SOPO 36

SOZIALISTISCHE POLITIK 36
AUGUST 1976
8. JAHRG. HEFT 2
DM 6,-

Diskussion + Kritik:
DIKTATUR DES PROLETARIATS?
Dokumentation

WISSENSCHAFT ALS ALLGEMEINE ARBEIT

Theorie & Geschichte

Mater. Wissenschaftstheorie/P. Ruben Seite 5

Naturwissenschaft & Sozialgeschichte – Newtons Kreisel/M. Wolff Seite 51

Wiss.-techn. Fortschritt & sozial. Persönlichkeit/Th. Waldhubel/S. Wenk Seite 71

Rezensionen Seite 133

George Thomson
Aischylos und Athen
Eine Untersuchung der gesellschaftlichen Ursprünge des Dramas
2. Auflage,
Zeittafel, Sach- und Personenregister,
515 Seiten,
Brosch., DM 19,80
ISBN: 3-920 303-70-9

Das Werk des Aischylos wird hier unter besonderer Berücksichtigung der sozialökonomischen Entstehungsgeschichte der attischen Demokratie behandelt. Dabei steht das Drama in seiner gesellschaftlichen Bedeutung im Mittelpunkt. Interessentenkreis: Theaterwissenschaftler, Literaturkritiker, Historiker, Ethnologen und Altphilologen.

Wolfgang Ruge
Weimar – Republik auf Zeit
388 Seiten, 27 Abbildungen,
Personenregister,
Brosch., DM 14,80
ISBN: 3-920 303-69-5

Ruges Abhandlung macht mit dem liberalen Geschwätz von der demokratischen „Mitte", die zwischen den Extremen von links und rechts zerrieben wurde, Schluß und versucht die politische Entwicklung von der sozialökonomischen Basis her zu begreifen. Dabei wird auch mit der falschen Selbsteinschätzung des Historismus aufgeräumt, unter vorgeblicher Objektivität nur zu schildern, „wie es denn eigentlich gewesen sei". Daß marxistische Geschichtsschreibung nur im Sinne einer „Parteilichkeit" mit dem Proletariat verstanden werden kann, macht Ruge deutlich.

Hermann Lehmann
Grenznutzentheorie
Kritik der theoriegeschichtlichen Grundlagen der heutigen bürgerlichen politischen Ökonomie
mit einem Vorwort von Bernd Schüngel
2. Auflage, Personenregister
427 Seiten,
Brosch., DM 14,80
ISBN: 3-920 303-67-9

Den Kern des Buches bildet – und darin ist sein besonderer Wert vor allem für Studenten der Wirtschaftswissenschaften, aber auch für fortgeschrittene Wissenschaftler zu sehen – eine ausführliche und systematische Darstellung der Grenznutzentheorie in ihren wichtigsten Zweigen. Die Grenznutzentheorie wird das erste Mal umfassend marxistisch untersucht. Der formale Aufbau der Arbeit sowie die Methode ermöglichen es dem Leser, die Argumentation Lehmanns nachzuvollziehen und auf dieser Basis die jeweiligen Probleme zu erkennen und selbst an ihrer Lösung weiterzuarbeiten.

Luigi Longo
Die Internationalen Brigaden in Spanien
1. Auflage, 287 Seiten,
20 Fotos
Brosch., ca. DM 14,80
ISBN: 3-920 303-25-3

Luigi Longo, einer der Mitbegründer der K.P. Italiens und ihr heutiger Präsident war von 1933–1935 Vertreter der PCI in der Leitung der Kommunistischen Internationale. Im spanischen Bürgerkrieg war er Generalinspekteur der Internationalen Brigaden. In seinem Buch gibt Longo einen Abriß der historischen Ereignisse, die zum Spanienkrieg führten, und beschreibt auch den gesamten Verlauf. Er schildert aus eigenem Erleben und gründlicher Kenntnis der Ereignisse den Kampf der ausländischen Internationalisten für Spaniens Freiheit.

deb
verlag das europäische buch
1 Berlin 12, Knesebeckstraße 3

SOPO 36
SOZIALISTISCHE POLITIK
AUGUST 1976
8. JAHRGANG
HEFT 2

EDITORIAL 3

Peter Ruben
Wissenschaft als allgemeine Arbeit . . 5

Michael Wolff
Newtons Kreisel 41

Thomas Waldhubel, Silke Wenk (Projektgruppe Automation und Qualifikation) Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und individuelle Emanzipation 71

DISKUSSION & KRITIK

Hans Werner Franz u.a. Mitglieder der Kommission Arbeiterbewegung
Diktatur des Proletariats – Einleitung zu einer Dokumentation 89

Georges Marchais
Der französische Weg zum Sozialismus 98

Paul Boccara
Die Errungenschaft des Marxismus und die neuen Bedingungen berücksichtigen 109

François Hincker
Für eine kritische Assimilation der Theorie 113

Serge Goffard
Die Machtfrage steht auf der Tagesordnung. 122

Etienne Balibar
Über die Diktatur des Proletariats. . . 130

REZENSIONEN

Roland Simon-Schaefer, Walter Zimmerli (Hrsg.): Wissenschaftstheorie der Geisteswissenschaften (Arnim Regenbogen) 140

W. Segeth: Elementare Logik (Jörg Zeller). 145

Karin Hausen, Reinhard Rürup (Hrsg.): Moderne Technikgeschichte . 150

Wolfgang Jonas (Hrsg.), Valentine Linsbauer, Helga Marx: Die Produktivkräfte in der Geschichte

E.J. Dijksterhuis: Die Mechanisierung des Weltbildes (Andreas Mehlitz)

Autorenverzeichnis . . . . . U 3

BILDHINWEIS zur Titelgraphik: Die Titelgrafik zeigt Isaac Newton (1643–1727), den engl. Physiker, Mathematiker und Astronom, Begründer der Klassischen Physik vor einem Ausschnitt der Darstellung einer atmosphärischen Kolbendampfmaschine von Th. Newcome, 1722, England.

BEILAGENHINWEIS: Dieser Ausgabe liegen ganz oder teilweise der *Deutschen Volkszeitung* und Prospekte der *Demokratischen Verlagskooperative* bei.

lendemains
lendemains
lendemains
lendemains

ZEITSCHRIFT FÜR
FRANKREICHFORSCHUN
+FRANZÖSISCHSTUDIU

4

SCHWERPUNKT — Aufklärung I

mit Beiträgen von:
Michael Nerlich
François Hincker
Werner Krauss
Brigitte Schlieben-Lange
Winfried Schröder
Manfred Naumann

SCHWERPUNKT — Sprachgeschichte in der Frankreichforschung II

mit Beiträgen von:
Udo L. Figge
Rupprecht Rohr

FORUM LENDEMAINS — Winfried Engler

FRANCE ACTUELLE — Politik
Nouvelles brèves

KRS/DRV-NACHRICHTEN — Arno Euler

Jährlich 4 Hefte. Einzelheft DM 7,-/Jahresabonnement DM 24,-
Studentenabonnement DM 20,- gegen Bescheinigung.

Bestellungen beim Verlag und Vertrieb Sozialistische Politik,
Büsingstr. 17, 1 Berlin 41, Postfach 410 269.
Postscheckkonto: Verlag und Vertrieb Sozialistische Politik,
SONDERKONTO LENDEMAINS, Berlin-West, Nr. 1237 68-109.

EDITORIAL

In ihren theoretischen Voraussetzungen — auch dort, wo deren Erörterungen nur von fachspezifischem Interesse zu sein scheint —, spiegelt sich die zunehmende gesellschaftliche Bedeutung der Wissenschaften. Grundfragen der Wissenschaften methodisch zu erörtern, heißt daher auch, Aussagen von sozialer und politischer Relevanz zu vertreten, die über theoretische Begründungsinteressen hinausweisen.

Diese Auffassung bestimmt die Themenvorstellung der vorliegenden Ausgabe der SOPO, mit der an die Schwerpunkte von Heft 34/35 (Marxistische Philosophie, Systemtheorie, Psychologie) angeschlossen wird. Wir veröffentlichen Beiträge zur systematischen Darstellung von Grundproblemen der materialistischen Wissenschaftsauffassung, zur Bedeutung der Sozialgeschichte für die Entstehung wissenschaftlicher Theorie, vor allem im Bereich der Naturwissenschaften und schließlich zur Auswirkung des wissenschaftlich-theoretischen Fortschritts auf die Persönlichkeitsentwicklung.

Der Beitrag von *Peter Ruben* ist eine systematische und kritische Erörterung von weitgehend ungeklärten Grundfragen zur marxistisch-leninistischen Wissenschaftstheorie. Lösungsmöglichkeiten zeichnen sich ab, wo Ruben aus dem materialistischen Arbeitsbegriff das Erkenntnis- und Wissenschaftsprinzip bei Marx entwickelt. Es handelt sich dabei um Ergebnisse einer Forschungsarbeit, die in ihren Etappen unter den Philosophen und Erkenntnistheoretikern auch kontrovers diskutiert worden sind. Die „Irritationen", die im Bereich der naturwissenschaftlichen und philosophischen Begriffsbildung auftreten, und für die der Neopositivismus, aber auch die in der BRD namhafte ‚Erlanger Schule' der ‚konstruktivistischen' und ‚analytizistischen' Wissenschaftstheorie verantwortlich zeichnen, werden auf ihre Ursachen kritisch untersucht. Nicht weniger hervorzuheben ist, daß Ruben über oft undifferenzierte Auffassungen zum methodologischen Verhältnis von Logik und Dialektik in der Marxschen Wert- und Widerspiegelungstheorie aufklärt, die unter Marxisten in der BRD und in Berlin (West) nachgerade Schule gemacht haben.

Michael Wolffs Aufsatz „Newtons Kreisel" ist eine historisch-theoretische Studie zur Geschichte der Naturwissenschaften im 17. Jahrhundert. Er untersucht also eine besonders wichtige Phase der Physikgeschichte im Zeitalter der *Wissenschaftlichen Revolution*. Deutlich wird, wie sehr die Bildung der Grundlagen einer klassischen, mathematisch-empirischen Wissenschaft durch soziale Zwecke bestimmt worden ist. Besonders beachtet werden die Beziehungen zwischen physikalischer Theoriebildung und der Entwicklung der Maschinen und Mühlen vor Erfindung der Antriebsmaschinen. Dabei kommt Wolff zu dem Ergebnis, daß solche Beziehungen sich bis in den inneren begrifflichen Gehalt der theoretischen Mechanik hinein verfolgen lassen. Die antike Mechanik wurde in den frühen westeuropäischen Zentren des entstehenden Kapitalismus nicht einfach übernommen, sondern ihrem Inhalt nach umgewandelt und erweitert zu einer Theorie der bewegenden Kräfte, welche die *mechanischen* Grundlagen einer *Ökonomie der Kräfte* liefern sollte. Die *soziale* Funktion der modernen Mechanik war insofern von Anfang an durch das Interesse an quantitativer Reduktion von Arbeitskräften bestimmt. Daß die moderne Mechanik aber nicht, wie die antike, eine nur „praktische Mechanik" blieb, sondern sich mit der Naturphilosophie zu einer theoretischen Wissenschaft verband, beruht auf der Tatsache, daß Kräfte sich nicht so unmittelbar messen lassen wie Längen und Gewichte. Man setzte wegen dieser Schwierigkeit, im Gegensatz zur

herrschenden mittelalterlichen Naturphilosophie, menschliche und „natürliche" Kräfte gleich — ein nolens volens materialistischer Gedanke — und versuchte, aus der genauen Beobachtung der Gravitationsphänomene ein allgemeines Kraftmaß zu gewinnen. Newton gelang als erstem eine solche Berechnung der Kraftgröße, indem er die Keplerschen Planetengesetze zugrundelegte und ein weiteres spekulatives Postulat aufstellte, das *Trägheitsgesetz.*

Inwiefern nun auch das Trägheitsgesetz, das bis heute ein Grundgesetz der theoretischen Mechanik ist, sich aus der Anwendung arbeitsökonomischer Überlegungen in der praktischen Mechanik entwickelte, wird in Wolffs Aufsatz gezeigt.

Welche Konsequenzen hat die wissenschaftlich-technische Umwälzung der gesellschaftlichen Arbeit für die Persönlichkeitsentwicklung? Die Autoren der *Projektgruppe Automation und Qualifikation* gehen der Frage nach am Leitfaden der in der DDR geführten Diskussion über die „Sozialistische Persönlichkeit", ihre Grundlagen, Entfaltungsmöglichkeiten und Bestimmungsmomente. Die kritische Untersuchung der in dieser Diskussion vertretenen Positionen fördert die Einsicht, daß die umfassende Durchsetzung der Automation die materiellen Bedingungen schafft, die nicht nur die sozialistische Persönlichkeit als allseitig entwickelte ermöglicht, sondern sie sogar erfordert, daß also nach Auffassung der Autoren umgekehrt eine Politik, die die Entwicklung der Menschen zu sozialistischen Persönlichkeiten sich zur wesentlichen Aufgabe gestellt hat, zuallererst die umfassende Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Automation leisten muß. Die Autoren schlagen vor, diese in der DDR geführte Diskussion auch für die kapitalistische Gesellschaft der BRD und Berlins (West) fruchtbar und den Begriff der sozialistischen Persönlichkeit zum Kampfbegriff zu machen, der es erlaube, die aus der automatisierten Produktion resultierenden Entwicklungsmöglichkeiten für die arbeitende Persönlichkeit mit der Perspektive der Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu verbinden. Mit ihren Thesen und den daraus sich ergebenden Schlußfolgerungen für eine fortschrittliche Politik, insbesondere Bildungspolitik in der BRD, bieten die Autoren zugleich Reibungsflächen für die Diskussion, wie diese zu entwickeln ist. Um Widerspruch in dieser Zeitschrift wird also gebeten.

Im Rahmen der Rubrik „Diskussion und Kritik" beginnt die SOPO in diesem Heft mit Beiträgen zu aktuellen Fragen der internationalen Arbeiterbewegung. Unter den zahlreichen gegenwärtig diskutierten Problemen sozialistischer Strategie, die sich im wesentlichen unter dem Begriff „Demokratie und Sozialismus" zusammenfassen lassen, ist mit dem 22. Parteitag der Französischen Kommunistischen Partei die „*Diktatur des Proletariats*" in den Vordergrund getreten. Die SOPO veröffentlicht dazu neben Auszügen aus der Rede von Generalsekretär *Georges Marchais* auf dem Parteitag auch den Diskussionsbeitrag von *Paul Boccara* sowie zwei nach dem Parteitag verfaßte Artikel von *François Hincker* und *Serge Goffard,* die vor allem theoretische Grundlagen liefern, und damit die Begründung für den Beschluß der FKP, auf die „Diktatur des Proletariats" zu verzichten. Im ebenfalls abgedruckten Diskussionsbeitrag von *Etienne Balibar* dagegen wird für die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats auf dem Weg zum Sozialismus argumentiert. In einem Vorwort zu dieser Dokumentation haben *Hans-Werner Franz* u.a. Mitarbeiter der Kommission Arbeiterbewegung der SOPO versucht, die Fragen herauszuarbeiten, „die sich die FKP gestellt hat", und die „Fragen, die an die Antworten der FKP zu stellen sind."

Für die folgende SOPO-Nummer 37 ist beabsichtigt, in verschiedener Weise

an die letzten Hefte anzuknüpfen: Der Schwerpunkt „Wissenschaftsbegriff und Wissenschaftsentwicklung" wird durch Beiträge von Hans-Jörg Sandkühler und Erhard Stölting über den produktiven Charakter und die gesellschaftlichen Grundlagen von Wissenschaft fortgeführt. Von einer Arbeitsgruppe im Rahmen der Kommission Philosophie-Ideologie der SOPO (Pierre Franzen, Bernhard Heidtmann, Hans-Jörg Rheinberger, Matthias Tripp) erscheint eine kritische Würdigung des Beitrags von Louis Althusser in SOPO 34/35 („Ist es einfach, in der Philosophie Marxist zu sein?").

Schließlich erwarten wir Diskussionsbeiträge zum Aufsatz „Wissenschaft — technischer Fortschritt und individuelle Emanzipation" ebenso wie eine Fortsetzung der in dieser Nummer dokumentierten französischen Diskussion über die „Diktatur des Proletariats".

lendemains

ZEITSCHRIFT FÜR
FRANKREICHFORSCHUN
+FRANZÖSISCHSTUDIU

5

A. Robbe-Grillet:	Zum Problem der künstlerischen Avantgarde
SCHWERPUNKT:	La France contemporaine I
Kh. Barck / B. Burmeister:	Marxismus und Literaturtheorie in Frankreich
F. Vernier:	Freiheit des künstlerischen Schaffens
A. Gisselbrecht:	Zum Theater in Frankreich
Ph. Laik:	Das französische Fernsehen nach der "Reform"
SCHWERPUNKT:	Aufklärung II
M. Naumann:	Die Rezeption von Holbachs "Système de la Nature" im 18. Jahrhundert in Deutschland I
J. Siess:	Zum Theater von Marivaux
U. Knoke:	Rousseau: Die Rezeption der "Nouvelle Héloïse"

Jährlich 4 Hefte. Einzelheft DM 7,- / Jahresabonnement DM 24,- / Studentenabonnement: DM 20,- gegen Beschein. Bestellungen beim Verlag und Vertrieb Sozialistische Politik GmbH., Büsingstr.17, 1 Berlin 41, Postfach 410 269. Postscheckkonto: Verlag und Vertrieb Sozialistische Politik, SONDERKONTO LENDEMAINS, Berlin-West, Nr. 1237 68-100

WISSENSCHAFT ALS ALLGEMEINE ARBEIT

Über Grundfragen der marxistisch-leninistischen Wissenschaftsauffassung

Mit der folgenden Darstellung möchte ich versuchen, einige Charakteristika der Sicht der wissenschaftlichen Erkenntnis, wie sie von den Klassikern des Marxismus-Leninismus entwickelt worden ist, in Erinnerung zu rufen und — vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Wissenschaftsdebatte und Marx-Rezeption — zu fixieren. Die Diskussionen um das in der Marxschen „Kritik der politischen Ökonomie" realisierte Wissenschaftskonzept, um den Gegensatz zwischen analytischer und konstruktiver Wissenschaftstheorie, um Althussers Alternative von Marxscher Philosophie (Dialektischer Materialismus) und Marxscher Wissenschaft (Historischer Materialismus), auch um Kuhns Konzept der Wissenschaftsentwicklung zeigen sicher unübersehbar, daß wir es zur Zeit mit den Geburtswehen einer qualitativ neuen Entwicklungsstufe im Verhältnis der Wissenschaft zur Gesellschaft zu tun haben. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß diese Geburtswehen die Reflexion der Umwälzung der Gesellschaftsordnung selbt sind, d.h. des internationalen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, der auch eine neue Position der Wissenschaft zur Gesellschaft impliziert.

Man muß zugeben, daß die aktuelle Marx-Rezeption, so bedeutungsvoll sie ist, im Detail mancherlei Anlaß zur Irritation enthält. Was man naiv und gutmütig zunächst als durchaus bekannte Sache unterstellt, wird in dieser, wie man so schön im Frankfurter Deutsch sagt, erneut „thematisiert". Da erhält man durch H.-G. Backhaus den Bericht von „der von Friedrich Engels ausgelösten Fehlinterpretation der ersten drei Kapitel des *Kapital* als Wert- und Geldtheorie der von ihm so getauften ‚einfachen Warenproduktion' "(1) verbunden mit dem militanten Versprechen: „Es wird noch zu zeigen sein, daß von diesem fundamentalen Irrtum her die *marxistische* Werttheorie das Verständnis der *Marxschen* Werttheorie blockieren mußte."(2) Da erfährt man durch A. Schmidt, daß Marx „ausdrücklich die nur ‚analytische Methode' der klassischen Ökonomie" verworfen habe, weil diese allein „isolierte Momente eines Ganzen, dessen lebendige Struktur (was das nur sein mag? d.V.) nicht wirklich aus der Notwendigkeit ihres Begriffs abgeleitet wird", erfasse.(3) Da teilt schließlich D. Lecourt mit gallischer Leidenschaft mit, daß die wissenschaftstheoretischen Arbeiten der Moskauer Akademie demselben philosophischen Geiste entspringen wie diejenigen der Yale-Universität, nämlich der Unphilisophie des Positivismus.(4) Angesichts solcher, mit P. Lorenzen zu sprechen, „Polydoxie"(5) ist die erwähnte Irritation vielleicht verständlich. Man steht mit jener Polydoxie in der Marx-Rezeption einer „Totalität" gegenüber, die man nicht einfach auf einen Nenner zu bringen imstande ist.

1 H.-G. Backhaus: „Materialien zur Rekonstruktion der Marxschen Werttheorie", in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 1, Hrsg. v. H.-G. Backhaus u.a., Frankfurt/M. 1974, S. 55.
2 Ebenda.
3 A. Schmidt: Geschichte und Struktur. Fragen einer marxistischen Historik, 2. Aufl., München 1972, S. 49–50.
4 D. Lecourt: Kritik der Wissenschaftstheorie, deutsche Übers. v. I. Neu, Westberlin 1975, S. 8.
5 P. Lorenzen: Konstruktive Wissenschaftstheorie (stw), Frankfurt/M. 1974, S. 12.

Angesichts solchen Umstands ist es empfehlenswert, ohne Verzug eine Grundrichtung der Argumentation zu wählen, die möglichst viele (wenn auch nicht alle) Fragestellungen der aktuellen Debatte umschließt. Diese Grundrichtung ist nach meiner Auffassung vermittels der Frage nach der Natur der Wissenschaft anvisiert. Wenn mit der folgenden Behandlung dieses Problems das eine oder andere Argument in der gegenwärtigen Wissenschaftsdebatte nicht zur Sprache gelangt, so sei dies nicht als Indiz dafür verstanden, daß der Autor, mit Backhaus zu reden, „das Schweigen vorgezogen"(6) wünscht. Es handelt sich dann nur darum, daß die Vorstellung eines bestimmten Räsonnements notwendig beschränkt ist oder Information und Wissen nicht hinreichen, um eine sinnvolle Fragestellung vernünftig zu beurteilen.

Das erste Problem jeder Wissenschaftsdebatte ist zweifellos die Frage nach der Definition des Begriffes der Wissenschaft. Wer über Wissenschaft redet, muß wissen, wovon er spricht. Insbesondere gilt diese Forderung natürlich für jeden wissenschaftstheoretischen Entwurf. Dem Einzelwissenschaftler wird man zubilligen dürfen, daß er mit dem Worte „Wissenschaft" eine gewisse *Vorstellung* (materieller oder geistiger Art) verbindet, d.h. imstande ist, bestimmte Sachverhalte als wissenschaftlich zu beschreiben und zu zeigen (und zwar handgreiflich). Man wird ihn also billigerwiese nicht auf die Folter des *Begriffs* spannen. Solche Nachsicht kann man jedoch dem Wissenschaftstheoretiker nicht gewähren. Denn er macht sich anheischig, über *die* Wissenschaft zu reden (während der Fachwissenschaftler, der scientist, stets über eine *Art* der Wissenschaft Auskunft gibt!), d.h. über die *Gattung* aller Arten des wissenschaftlichen Verhaltens. Infolgedessen muß er einen Begriff von der Sache haben, die sich in den vielen Fachwissenschaften äußert. Die dem Einzelwissenschaftler zugestandene Vorstellung der Wissenschaft muß der Wissenschaftstheoretiker — man gestatte die Sprache der klassischen deutschen Philosophie (die man wohl wieder erlernen sollte) — zum Begriffe *aufheben*. Andernfalls verbleibt er im Vorfeld des eigenen theoretischen Anspruchs der Wissenschaftstheorie.

Dieses Verbleiben will uns neuerdings D. Lecourt schmackhaft machen, indem er an die Stelle *der* Wissenschaft vielmehr „die Gesamtheit wissenschaftlicher Praxen"(7) zu setzen vorschlägt. Diese Attitüde ist von demselben Werte wie die Auflösung eines Waldes in die Gesamtheit seiner unterschiedlichen Bäume, die Auflösung eines Wolfsrudels in die Gesamtheit vieler Wölfe, die Auflösung eines menschlichen Gemeinwesens in die Gesamtheit seiner verschiedenen Individuen und gegenständlichen Arbeitsbedingungen. Die Forderung nach dem Begriffe der Wissenschaft (wie jede Forderung nach dem Begriffe irgendeiner Sache) hat nicht das mindeste mit einer — wie Lecourt meint — „idealistischen Prämisse"(8) zu tun, wohl aber alles mit der Verwirklichung des erkennenden Verstands. Wo auf den Begriff verzichtet wird, wird der Verstand als reine Möglichkeit behandelt, die unrealisiert verbleibt. Idealismus haben wir erst dann, wenn wir das Verhältnis des Begriffs zu der ihm tatsächlich zugrunde liegenden Sache so verkehren, daß nunmehr der Begriff als Schöpfer der Sache oder die Sache als miese Kopie des Begriffs gilt. Lecourt realisiert sein gallisches Temperament mitnichten gegen den Idealismus, sondern gegen den wissenschaftstheoretischen Verstand, der sich elementar in der Bildung des (analytischen) Begriffs der Wissenschaft als wirklich bestehend zeigt. (Begriffe sind Verstandesprodukte; der Verstand als spezielle Tätigkeit ist also gerade in dem Maße verwirklicht, in dem Begriffe erzeugt werden!)

6 Backhaus, a.a.O., S. 69.
7 Lecourt, a.a.O., S. 10.
8 Ebenda.

Aber Lecourt mißversteht nicht nur den sich verwirklichenden Verstand als den leibhaftigen Idealisten, er kann auch die Dialektik der Arbeit seines eigenen Verstands nicht identifizieren. Er versichert uns nämlich: „Wenn man dieser Gesamtheit (der der wissenschaftlichen Praxen, d.V.) die Einheit eines Ganzen zuerkennt, dann ‚absorbiert', annulliert diese Prämisse durch Eingebildetes . . . die Realität dieser Praxen, die in ihrer *Unterschiedlichkeit* besteht — eine jede hat ihren eigenen Gegenstand, ihre eigene Theorie und ihre eigenen, spezifischen Erfahrungsdaten — Realität, die ebenso in ihrer *ungleichen Entwicklung* besteht — eine jede hat ihre eigne Geschichte"(9). Somit also ist die Realität, die Wirklichkeit einer Sache durch Lecourts Verstand (ein bemerkenswert cartesianischer Verstand) an die Bedingung ihrer Unterschiedenheit, ihrer Ungleichheit zu anderen Sachen geknüpft. Nun läßt uns der junge Kritiker der Wissenschaftstheorie aber im Stiche mit Bezug auf die Frage, was denn wohl seine Redeweise von der „Unterschiedlichkeit" bzw. von der „Ungleichheit" sagen will. Lecourt mag einmal versuchen zu erklären, was die Wörter „Unterschied" und „Ungleichheit" (die *Kategorien* bezeichnen) anzeigen. In diesem Versuche wird er unweigerlich das Wort „Gleichheit" gebrauchen und damit die Erkenntnis der *Vernunft* (im Unterschied zu der des *Verstands*) erfahren, daß die *Wirklichkeit* einer Ungleichheit im effektiven Ausschluß der Gleichheit besteht, daß also die Ungleichheit niemals ohne die Gleichheit wirklich ist (denn eben durch den Ausschluß der Gleichheit *wird* die Ungleichheit für den Verstand, also eben im Ausschluß ist die Gleichheit — als Gegenstand des Ausschließens — vorausgesetzt!). Lecourt kann die Basis der analytischen Begriffsbildung — und das ist die Gleichheit im Gegensatz zur Ungleichheit — nur um den Preis der *Idealisierung* ihres Gegenteils, der Ungleichheit, für seinen Verstand hinwegdisputieren, womit natürlich der Schein erreicht ist, daß die auf der Grundlage der Gleichheit verfahrende (abstrahierende) Bestimmung des Begriffs *der* Wissenschaft „eine *idealistische* Prämisse" sei. An die Stelle der klassischen Verhimmelung des durch den Begriff bestimmten *Wesens* einer Sache (hier der Wissenschaft) setzt er also die Verhimmelung ihrer *Existenz*. Man mag dies „materialistisch" nennen, dialektisch-materialistisch ist es nicht!

Indem wir in Lecourts Attacke gegen die Wissenschaftstheorie, die ihren Verstand mit der Bildung des Begriffs *der* Wissenschaft als real bestehend auszuweisen beabsichtigt, die metaphysische Verhimmelung der Ungleichheit auf Kosten der Gleichheit, der *Existenz* einer Sache (die in der Sprache durch grammatische Subjekte bezeichnet wird) auf Kosten des *Wesens* derselben Sache (das in der Sprache durch grammatische Prädikate bezeichnet wird, nicht etwa durch Prädikatergänzungen oder sogenannte „Prädikatoren") erkennen, so sind wir wohl berechtigt, gegen Lecourt und im Anschluß an die gewöhnliche Tradition, von *der* Wissenschaft zu sprechen. Damit dürfen wir auch hoffen, einen angemessenen Begriff von derselben zu bilden. (Wir bemerken noch, daß Lecourt, wollte er konsequent sein, aus seinem Räsonnement das Wort „ensemble" — deutsch durch I. Neu mit „Gesamtheit" übersetzt, in mathematischen Texten sonst durch „Menge"! — streichen müßte, um es durch das Wort „Vielheit" oder „Haufen" (Quine sagt gern: heap) zu ersetzen. Denn eben ein ensemble, eine Menge im mathematischen Sinne hat die für Lecourt vertrackte Eigenschaft, die Extension eines *Begriffs* zu sein.)

9 Ebenda.

Ehe wir nun auf den marxistischen Begriff der Wissenschaft eingehen, wird es nützlich sein, sich zunächst zu vergegenwärtigen, wie man unter vormarxistischen, bürgerlichen Denkvoraussetzungen die Sache Wissenschaft begreift. Die eifrige Verwendung der Prädikate „ist wissenschaftlich" und „ist unwissenschaftlich" *legitimiert* (Negt sei es geklagt) empirisch, daß ihre Verwender in der Tat mit bestimmten Vorstellungen von *der* Wissenschaft operieren. Sie desavouiert insbesondere die Meinung, wir wüßten nicht zu bestimmen, was Wissenschaft sei. Wer solche Prädikate verwendet, äußert — mit Hegel zu sprechen — seinen Begriff *an sich* von der Wissenschaft. Um also empirisch solche Wissenschaftsbegriffe bei irgendwelchen Methodologen zu erkennen, hat man nur darauf zu achten, welchen Subjekten dieser die entsprechenden Prädikate zuweist. Wenn z.B. der Apostel der „kritischen Vernunft", Sir Charles, Hegels ‚Wissenschaft der Logik' ein Buch nennt, „das nicht nur veraltet, sondern typisch ist für vorwissenschaftliches und sogar vorlogisches Denken" (10), so wird man gewappnet sein, unter Sir Charles' Vorstellung der Wissenschaft solche Existenzen wie Hegels Produkte mit Sicherheit nicht vorzufinden. Die Pikanterie in der Attitüde des Sir Charles liegt hier darin, daß der sozial-liberal konfirmierte Bannenträger der „kritischen Vernunft" mit seiner Denunziation Hegels zugleich die Logik (die formale versteht sich) der Wissenschaft genetisch vorordnet, wodurch sie also zum vorwissenschaftlichen Phänomen avanciert, obwohl doch alle Welt weiß, daß eben die Logik ein recht spätes Produkt der Wissenschaftsentwicklung ist, daß mithin vielmehr die Wissenschaft der Logik vorangeht. Denn wie anders soll man das Prädikat „ist vorwissenschaftliches und sogar vorlogisches Denken" anders verstehen als eben in diesem Sinne, daß sein Verwender zunächst die Logik und *danach* die Wissenschaft realisiert sieht? Popper hat natürlich die von ihm bewußtlos ausgesprochene Pikanterie der vorwissenschaftlichen Logik nicht bemerkt. Sein Sensorium hat unter den Salven der Revolution von 1918 in Wien ein wenig gelitten.

Die in der spätbürgerlichen Philosophie (damit meinen wir die bürgerliche Philosophie nach Hegel und Feuerbach, d.h. nach der weltgeschichtlichen Vollendung des Sieges der Bourgeoisie über den Feudaladel) gegenwärtig übliche Auffassung der Wissenschaft besteht praktisch darin, sie als *Menge von Sätzen* zu unterstellen. G. Frey erklärt: „Die drei Funktionen, die in der Wissenschaft auftreten, *Bewahren, Infragestellen und Auffinden von Wissen*, finden wir in allem menschlichen Sprechen. ... In ... Aussagen wird unser Wissen sprachlich objektiviert."(11) D.W. Theobald sagt: „Die erste der beiden Problemkategorien der Philosophie der Wissenschaft, ..., ist eine Gruppe sogenannter methodologischer Probleme, die es mit der Struktur wissenschaftlicher Sätze und den Realationen zwischen ihnen zu tun haben. ... Die andere Gruppe philosophischer Probleme der Wissenschaften ist mit der Prüfung von Bedeutungen und Implikationen zwischen Begriffen befaßt, die der Wissenschaftler verwendet."(12) Angaben gleicher Art kann man fast beliebig — angesichts der enormen Fülle wissenschaftstheoretischer Publikationen — aneinanderreihen. Die hier zitierten sind nach dem Prinzip der Zufallsauswahl angegeben und haben nur exemplarische Bedeutung.

10 K.R. Popper: „Was ist Dialektik? ", in: Logik der Sozialwissenschaften, Hrsg. v. E. Topitsch. 3. Aufl. Köln/Berlin (W) 1966, S. 287–288.

11 G. Frey: Philosophie und Wissenschaft, Stuttgart 1970, S. 8.

12 D.W. Theobald: An introduction to the philosophy of science, London 1968, S. 5–6, (Deutsche Übers. v. Verf.).

Mit einer solchen Voraussetzung der Wissenschaft in der Form konstruierter oder konstruierbarer Fachsprachen ist klarerweise eine spezielle Vergegenständlichung einer speziellen Fähigkeit des wissenschaftlichen Vermögens als Modell der Wissenschaft überhaupt vorgestellt. Wenn ein Physiker mißt, dann spricht er gewöhnlich nicht, sondern realisiert geregeltes Handwerk. Wenn ein Pathologe seziert, dann spricht er gewöhnlich nicht, sondern realisiert geregeltes Handwerk. Ist nun die *Tat* des Messens wie die des Sezierens, weil sie sich nicht zu Satzsystemen vergegenständlichen, *kein* Ausdruck der Wissenschaft? Wenn ein Physiker messen will, so muß er Meßgeräte bauen, die als die Arbeits*mittel* seiner Tätigkeit fungieren. Ist das Meßgerät *keine* Vergegenständlichung wissenschaftlicher Arbeitsfähigkeit? (Selbstverständlich ist das Meßgerät kein *sprachlicher* Ausdruck!)

Die genannten Fragen zu stellen, heißt zu meinen, daß die Voraussetzung der Wissenschaft als *Produkt* des Sprechens (Konzept der analytischen Wissenschaftstheorie) oder als *Fähigkeit* des regelgeleiteten Argumentierens (Konzept der konstruktiven Wissenschaftstheorie) die Wissenschaft allemal allein unter der Bestimmung beobachtet, Äußerung des *Bewußtseins* zu sein. Mit einer solchen Voraussetzung verschwindet sowohl die *lebendige Arbeit* der Wissenschaftler wie das Arbeits*mittel* (z.B. das Meßgerät) wie schließlich das *materielle* Arbeits*produkt* des wirklichen wissenschaftlichen Tuns, das wir „Modell" nennen werden.(13) Was allein bleibt, sind die Theorien, realisiert in Fachsprachen, mit denen wir bestimmte Modelle beschreiben. Damit wird die reale wissenschaftliche Arbeit auf ihr theoretisches Moment reduziert, also die theoretische Tat in Abstraktion von der *materiellen Modellproduktion* zum Gegenstand der wissenschaftstheoretischen Untersuchung gemacht — analytisch unter der Form des Objekts (nämlich vorgegebener Fachsprachen), konstruktiv unter der Form der rein geistigen Tätigkeit (nämlich der Fixierung von Argumentationsregeln).

Von dieser Unterstellung der Wissenschaft als Objekt der Wissenschaftstheorie ist nun die marxistisch-leninistische Konzeption der Wissenschaft strikt verschieden. Sie sei im folgenden vor allem mit Rückgriff auf Darstellungen von Marx charakterisiert.

Der Marxsche Begriff der Wissenschaft

Im Zusammenhang mit der Analyse der Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals bemerkt Marx im Dritten Band seines ‚Kapital', daß man zwischen *allgemeiner Arbeit* und *gemeinschaftlicher Arbeit* zu unterscheiden habe. Und es heißt dann: „Allgemeine Arbeit ist alle wissenschaftliche Arbeit, alle Entdeckung, alle Erfindung. Sie ist bedingt teils durch Kooperation mit Lebenden, teils durch Benutzung der Arbeiten Früherer."(14) Indem wir hier das Wörtchen „ist" im Sinne von „ist dasselbe wie" verstehen, können wir sagen, daß damit von Marx eine Definition des Begriffs der Wissenschaft gegeben worden ist, die wir kurz durch den Ausdruck „Wissenschaft = df allgemeine Arbeit" wiedergeben. Dabei verstehen wir weiter unter „Entdeckung" die objektive Erscheinungsweise der allgemeinen Arbeit, unter „Erfindung" dagegen deren subjektive Erscheinungsweise. Eine Entdeckung realisiert ein unabhängig vom menschlichen Zugriff *bestehendes* Allgemeines; eine Erfindung realisiert

13 Vgl.: P. Ruben/H. Wolter: „Modell, Modellmethode und Wirklichkeit", in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie. 17. Jhrg. (1969), S. 1229.

14 K. Marx: Das Kapital, Dritter Band, in: MEW, Bd. 25. Berlin 1970, S. 114.

ein vermittels des menschlichen Zugriffs *erzeugbares* Allgemeines. In der Entdeckung operieren wir wesentlich *deskriptiv* (bei konstruktiver Erzeugung der Entdeckungsbedingungen); in der Erfindung operieren wir wesentlich konstruktiv (bei deskriptiver Bestimmung der Erfindung). Entdeckungen und Erfindungen sind zusammen die *Produkte*, in denen sich allgemeine Arbeit vergegenständlicht (und damit sinnlich wahrnehmbar) darstellt.

Ich bin mir natürlich dessen bewußt, daß die hier gelieferte Interpretation des Marxschen Textes — eine *Interpretation* ist, d.h. philologisch sicher nicht unumstritten sein wird. Z.B. wird man in der ersten Auflage des ‚Kapital' finden, daß Marx den Terminus „allgemeine Arbeit" zur Bezeichnung der Wertsubstanz, d.h. der menschlichen Gattungstätigkeit, verwendet hat. Da nun selbstverständlich nach der obigen Definition die Wissenschaft eine spezielle Art dieser Gattungstätigkeit ist, so müssen wir uns entscheiden, den Terminus „allgemeine Arbeit" eben *nicht* zur Bezeichnung der Substanz des (ökonomischen) Werts zu gebrauchen. Da Marx im fraglichen Zusammenhang auch von „abstrakt menschlicher Arbeit" spricht bzw. von „allgemeiner Verwirklichungsform der menschlichen Arbeit", so ist klar, daß hier „allgemeine Arbeit" nur als sprachliche Kurzfassung der Bezeichnung dessen auftritt, was beim Austausch beliebiger menschlicher Arbeiten, einschließlich der wissenschaftlichen, *invariant* bleibt.(15) Zum sprachlichen Ausdruck dieser Invariante verwendet Marx in der zweiten Auflage des ‚Kapital' dann bekanntlich auch strikt den Terminus „abstrakt menschliche Arbeit". Wer will, kann auch sagen: Der (ökonomische) Wert ist die Abstraktion von der menschlichen Arbeit oder die abstrakt-allgemeine Arbeit. Die Wissenschaft ist dann die konkret-allgemeine Arbeit, während die materielle Produktion bzw. die Gebrauchswerterzeugung die konkret-einzelne Arbeit ist. Konkret-einzelne und konkret-allgemeine Arbeit bilden die beiden Momente der konkreten Arbeit der Menschengattung, während die Abstraktion von der Verschiedenheit der Gebrauchsarten ihrer Bedingungen und Produkte zur abstrakt-allgemeinen Arbeit führt. (Man beachte, daß weder das Konkret-Einzelne noch das Konkret-Allgemeine ein Exempel des Abstrakt-Allgemeinen ist! Ein solches Exempel heißt in der Sprache der Philosophie vielmehr ein Abstrakt-Einzelnes.)

Es sei nun zunächst gezeigt, daß das fragliche Zitat aus dem ‚Kapital' nicht etwa eine nur beiläufige Bemerkung von Marx ist. In seiner ‚Kritik des Hegelschen Staatsrechts' erklärt Marx: „... in der Wissenschaft kann ein ‚Einzelner' die allgemeine Angelegenheit vollbringen, und es sind immer Einzelne, die sie vollbringen. Aber wirklich allgemein wird sie erst, wenn sie nicht mehr die Sache des Einzelnen, sondern die der Gesellschaft ist. Das verändert nicht nur die Form, sondern auch den Inhalt."(16) Damit wird schon 1843 die Wissenschaft als Ausdruck des Betreibens der „allgemeinen Angelegenheit" verstanden. 1844 erklärt F. Engels: „... für einen vernünftigen Zustand, der über die Teilung der Interessen, wie sie beim Ökonomen stattfindet, hinaus ist, gehört das geistige Element allerdings mit zu den Elementen der Produktion und wird auch in der Ökonomie seine Stelle unter den Produktionskosten finden. Und

15 K. Marx: Das Kapital, Erstes Buch, Erstes Kapitel, 1) Die Ware, in: K. Marx/Fr. Engels, Studienausgabe, Bd II, hrsg. v. I. Fetscher, Frankfurt/M. 1966, S. 234–235. Es ist nötig zu sagen, daß für die erneute Publikation des ersten Abschnitts der Erstauflage des ‚Kapital' I. Fetscher und H.-G. Backhaus uneingeschränkter Dank gebührt.

16 K. Marx: „Kritik des Hegelschen Staatsrechts", in: MEW, Bd. 1, Berlin 1970, S. 267.

da ist es allerdings befriedigend, zu wissen, wie die Pflege der Wissenschaft sich auch materiell belohnt, zu wissen, daß eine einzige Frucht der Wissenschaft, wie James Watts Dampfmaschine, in den ersten fünfzig Jahren ihrer Existenz der Welt mehr eingetragen hat, als die Welt von Anfang an für die Pflege der Wissenschaft ausgegeben."(17) Damit wird der Sache nach die Wissenschaft als notwendige Bedingung der materiellen Produktion ausgesprochen, der eine „Stelle unter den Produktionskosten" rechtens zukommt. Wie in den ‚Pariser Manuskripten' die Einheit von Wissenschaft und Produktion (Arbeit)gefaßt wird, ist wohl so bekannt, daß wir auf eine Wiedergabe verzichten können.

In den ‚Grundrissen' bemerkt Marx über die Realisierbarkeit der „wirklich freien Arbeit" folgendes: „Die Arbeit der materiellen Produktion kann diesen Charakter nur erhalten, dadurch daß 1) ihr gesellschaftlicher Charakter gesetzt ist, 2) daß sie wissenschaftlichen Charakters, zugleich allgemeine Arbeit ist, nicht Anstrengung des Menschen als bestimmt dressierter Naturkraft, sondern als Subjekt, das in dem Produktionsprozeß nicht in bloß natürlicher, naturwüchsiger Form, sondern als alle Naturkräfte regelnde Tätigkeit erscheint."(18) An anderer Stelle heißt es: „In demselben Maße wie die Arbeitszeit ... durch das Kapital als einzig bestimmendes Element gesetzt wird, in demselben Maße verschwindet die unmittelbare Arbeit und ihre Quantität als das bestimmende Prinzip der Produktion ... und wird sowohl quantitativ zu einer geringen Proportion herabgesetzt, wie qualitativ als ein zwar unentbehrliches, aber subalternes Moment gegen die allgemeine wissenschaftliche Arbeit, technologische Anwendung der Naturwissenschaften nach der einen Seite, wie [gegen die] aus der gesellschaftlichen Gliederung in der Gesamtproduktion hervorgehende allgemeine Produktivkraft — die als Naturgabe der gesellschaftlichen Arbeit (obgleich historisches Produkt) erscheint." (19)

Wie man sieht, ist die Marxsche Fassung der Wissenschaft als allgemeine Arbeit mit der theoretischen Erfassung des Zusammenhangs der Wissenschaft mit der Evolution der Produktion untrennbar verbunden. J. Jungnickel hat für die Erkenntnis dieser Beziehung dankenswerterweise neues Material aus bisher in Deutsch nicht veröffentlichten Manuskripten von Marx zur Verfügung gestellt. In einem solchen Manuskript heißt es: „Die Production in Masse ... unterwirft erst die *Naturkräfte* im Großen — Wind, Wasser, Dampf, Elektricität — dem unmittelbaren Productionsproceß, verwandelt sie in *Agenten der gesellschaftlichen Arbeit*. ... Da diese naturel agents nichts kosten, gehn sie in den Arbeitsproceß ein, ohne in den Verwertungsproceß einzugehn. Sie machen die Arbeit productiver, ohne den *Werth des Products* zu erhöhn, ... Die Anwendung der *natural agents* ... fällt zusammen mit der Entwicklung der *Wissenschaft*, als eines selbständigen Factors des Productionsprocesses. Wie der Productionsproceß zur *Anwendung der Wissenschaft*, wird umgekehrt die Wissenschaft zu einem Factor, sozusagen zu einer Function des Productionsprocesses. Jede Entdeckung wird Basis einer Erfindung oder neuer verbesserter Methoden der Production. Erst die capitalistische Productionsweise macht die Naturwissenschaften dem unmittelbaren Productionsproceß dienstbar, während umgekehrt die Entwicklung der Production die Mittel zur theoretischen

17 F. Engels: „Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie", in: MEW, Bd. 1, S. 509.

18 K. Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 505.

19 Ebenda, S. 587–588.

Unterwerfung der Natur liefert. Die Wissenschaft erhält den Beruf Productionsmittel des Reichtums zu sein; Mittel der Bereicherung."(20)

Mit dieser wichtigen Passage halten wir fest, daß für Marx die Genesis der Wissenschaft in der Unterwerfung der Naturkräfte erscheint, in ihrer Verwandlung in „Agenten der gesellschaftlichen Arbeit". Insofern also eine (aussermenschliche) Naturkraft als Agent dieser Produktion auftritt, ist Wissenschaft verwirklicht — und zwar völlig unabhängig davon, ob die Wissenschaft auch sozial institutionalisiert ist oder nicht, ob also der Unterwerfer von solchen Naturkräften den Titel eines „Diplom-Wissenschaftlers" trägt oder nicht. Das objektive Dasein einer Naturkraft als Agent der Produktion widerspiegelt das subjektive Dasein der Wissenschaft als des allgemeinen Moments der Produktion!

Im von Jungnickel publizierten Manuskript heißt es weiter: „Das Capital schafft die Wissenschaft nicht, aber es exploitirt sie, eignet sie dem Productionsprozeß an. Damit zugleich *Trennung der Wissenschaft*, als auf die Production *angewandter Wissenschaft* von der *unmittelbaren Arbeit*, während auf den früheren Stufen der Production beschränktes Maaß der Kenntniß und Erfahrung unmittelbar mit der Arbeit selbst verbunden ist, sich nicht als von ihr getrennte, selbständige Macht entwickelt, daher auch im Ganzen nie hinauskommt über traditionell fortgeübte und nur sehr langsam und im Kleinen sich erweiternde Receptsammlung. (Erfahrungsmässige Erlernung der mysteries of each handicraft.) Hand und Kopf nicht getrennt . . . "(21) Der kundige Leser wird natürlich sofort diese Feststellungen mit A. Sohn-Rethels Deutung der Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit vergleichen(22), um sodann für sich selbst das Urteil zu fällen, inwieweit Sohn-Rethels Anspruch, eine „marxistische Untersuchung" zu liefern (23), vielmehr durch die Feststellung korrigiert werden muß, in der Tat eine kantianische Rekonstruktion vorgestellt zu haben.

20 J. Jungnickel: „Bemerkungen über Wissenschaft und Naturkräfte in einem bisher in Deutsch nicht veröffentlichten Manuskript von Karl Marx", in: Wirtschaftswissenschaft 23. Jhg. (1975) Nr. 6, S. 807.

21 Ebenda, S. 808.

22 A. Sohn-Rethel: Geistige und körperliche Arbeit. 2. Aufl., Frankfurt/M. 1972. Sohn-Rethel meint, „die Probleme der Bewußtseinsformation stehen nicht im Zentrum, bilden als solche keinen primären Bestandteil des Marxschen Hauptwerks" (a.a.O., S. 14–15), d.h. das ‚Kapital'. Angesichts dieser neuerlichen Entdeckung einer bislang nicht bekannten Schranke des ‚Kapital' möchte man ihrem Entdecker zurufen, daß er doch das ganze ‚Kapital' lesen möge. Und selbst wenn er nur die Betrachtungen über Ware und Geld zu korrekten Kenntnis nimmt, ist dies denn nicht die dialektische Theorie der *Genesis* der Abstraktion par excellence? Und gerade von der Abstraktion weiß doch der Verfasser der „Geistigen und körperlichen Arbeit" mancherlei zu notieren! Wenn er nur die kantische Brille abnähme, so würde er eben im Marxschen Hauptwerk seine eigene Frage exakt und exemplarisch beantwortet finden. Daß er diese Antwort nicht zu identifizieren weiß, ist an sich kein Unglück. Daß er aber seine Identifikationsfähigkeit als einen objektiven Tatbestand des ‚Kapital' erklärt, kann ernstahft nicht akzeptiert werden.

23 Ebenda, S. 9.

Unter kapitalistischen Bedingungen, so sagt Marx im genannten Manuskript weiter, *erscheint* die Wissenschaft „als der Arbeit *fremde, feindliche* und sie *beherrschende Potenz* gegenüber und ihre Anwendung . . . beruht ganz so auf der Trennung der geistigen Potenzen des Processes von dem Wissen, Kenntniß und Geschick des einzelnen Arbeiters, wie die Concentration und Entwicklung der Productionsbedingungen und ihre Verwandlung in Capital beruht auf der Entblössung — Trennung des Arbeiters von denselben."(24) Selbstverständlich ist eine solche Erscheinungsweise der Wissenschaft nicht dem Charakter der Wissenschaft als solcher geschuldet, sondern den sozial-ökonomischen Bedingungen, unter denen sie verwirklicht wird. Ebenso wie das Privateigentum an den objektiven Bedingungen der Arbeit die Trennung oder Entfremdung der Arbeiter von eben diesen Produktionsbedingungen *ist*, stellt es zugleich die Realisation der Trennung der Wissenschaft von den Arbeitern dar. Ebenso also wie die sozialistische Negation des Privateigentums an den gegenständlichen Arbeitsbedingungen die Entfremdung der Arbeiter von diesen beseitigt, ebenso liquidiert sie deren Trennung von der Wissenschaft.

Trotz der verkehrten Weise, unter welcher sich die Wissenschaft im Kapitalismus entwickelt, darf man jedoch niemals vergessen: „Die Entwicklung der Naturwissenschaften selbst [und sie bilden die Basis allen Wissens] wie alles auf den Productionsproceß bezüglichen Wissens, entwickelt sich selbst wieder auf Grundlage der capitalistischen Production, die ihr zum großen Theil erst die materiellen Mittel der Forschung, Beobachtung, Experimentirung schafft. Die men of science, sofern diese Wissenschaften als Mittel der Bereicherung von dem Capital gebraucht werden, und dadurch selbst zu einem Mittel der Bereicherung für ihre Entwickler werden, concurriren unter einander *praktische Anwendungen* dieser Wissenschaft zu finden. Andererseits wird die *Erfindung* zu einem eignen métier. Mit der capitalistischen Production wird daher der *wissenschaftliche Factor* zuerst mit Bewußtsein und auf einer Stufenleiter entwickelt, angewandt und ins Leben gerufen auf einem Maßstab von dem frühere Epochen keine Ahnung."(25) Indem wir also nicht von der romantischen Denunziation der Entfremdung als des an sich Bösen, sondern von dem realistischen Wissen ausgehen, daß zur Ausbildung der Einheit der menschlichen Gattung als des einen universellen Gemeinwesen (der kommunistischen Gesellschaftsordnung) die Durchgangsstufe des Privateigentums unvermeidlich ist, so brauchen wir nicht die Wissenschaft zu attackieren, wenn wir richtig feststellen, daß sie — unter kapitalistischen Bedingungen — von den Arbeitern getrennt und ihnen also entfremdet ist. Dabei ist es ganz gleichgültig, welche in der ideologischen Konjunktur bedingte Gestalt diese Attacke annimmt, ob sie sich also als Negation der Wissenschaftstheorie, als „anarchistische Wissenschaftstheorie", als Lobpreisung selbst der Methode des ‚Kapitals' als einer esoterischen „Kapitallogik", verständlich nur für in ihre Mysterien eingeweihte Geister, oder als Denunziation der Wissenschaft mit Hinweis auf ökologische Krisen darstellt.

Die angeführten Auszüge aus Marxschen Darstellungen zeigen wohl hinreichend, daß unsere Verwendung des Definiens „allgemeine Arbeit" für den Terminus „Wissenschaft" den Marxschen Intentionen entspricht. Mit der Definition der Wissenschaft als Allgemeiner Arbeit wird unterstellt, daß die wissenschaftliche Erkenntnis das *allgemeine Moment* der materiellen Produktion ist. Ihre art*spezifische* Besonderheit besteht also gerade darin, das *Allgemeine* dieser Produktion selbst zum Inhalt zu haben. Die Wissenschaft hört durch diesen

24 Jungnickel, a.a.O., S. 808.

25 Ebenda.

Umstand keineswegs auf, *physische* Arbeit bzw. *materielle* Tätigkeit zu unterstellen. Experimentelle Leistungen sind ebensowohl die Basis der Wissenschaft wie physische Äußerungen der Experimentatoren. Die Vorstellung von der Wissenschaft als einer rein geistigen Tätigkeit ist eine Chimäre. Will man die Wissenschaft wirklich verstehen, so muß man sie von der Gebrauchswertproduktion im ökonomischen Sinne unterscheiden: Während wir in der materiellen Produktion, insofern sie nicht allgemeine Arbeit, also Wissenschaft ist, unmittelbar *Gebrauchswerte* der Potenz nach erzeugen, also quantitativ bestimmte Gegenstände oder Gegenstandsgesamtheiten, die ein gewisses materielles Bedürfnis in der physischen Reproduktion der Menschen befriedigen, erzeugen wir in der Wissenschaft — wie wir sagen können — *Modelle* (einschließlich der zu ihnen gehörigen Theorien). Modelle aber sind Gegenstände oder Gegenstandssysteme unter der Bedingung, *Geltungsinstanzen für die Urteile* der entsprechenden Theorien zu sein. Als solche bestehen sie, sofern sie in der physischen Konsumtion gerade nicht vernutzt werden. Und eben als solche sind sie gegenständliche Vertreter für Allgemeines, das wir in den Theorien unter Geistesaufwand beschreiben. Nicht daß sie das göttliche Reich des „reinen Geistes" ist, macht die Wissenschaft aus, sondern daß sie die aus der Umwelt isolierten Gegenstände zu Modellen allgemeiner Bestimmungen macht, dies ist die Lebensäußerung der Wissenschaft! Daß in eben dieser Tat der Geist zu sich kommt, ist auch ein erfreuliches Produkt.

Es ist vielleicht an dieser Stelle nicht unwichtig zu notieren, daß Marxens Begriff der Wissenschaft die legitime Fortsetzung des Hegelschen Begriffs des Geistes ist. Bekanntlich besteht die besondere Leistung Hegels in diesem Zusammenhang genau darin, daß er den Geist als den *Arbeiter* par excellence auffaßt. Während aber nun Hegel die *Identifikation* zwischen den Begriffen der Arbeit und des Geistes unterstellt, löst Marx gerade diese Identifikation auf und bestimmt die Wissenschaft als das allgemeine *Moment* der Arbeit, das sich unter den Bedingungen des Privateigentums gegen die unmittelbaren Produzenten gerichtet sieht. Es bedarf sicher keiner ausführlicheren Begründung der Feststellung, daß Hegels Fassung der Wissenschaft als des daseienden Allgemeinen und zugleich der (konkreten) Arbeit natürlich eine geniale Vorleistung für die Entwicklung des Marxismus-Leninismus ist. Beachtet man diesen historischen Umstand, so wird der Sinn des Marxschen Wissenschaftsbegriffs, eben weil er damit in die historische Kontinuität eingebettet ist, noch zugänglicher als durch den rein analytischen Aufweis der faktischen wissenschaftlichen Arbeit (in den Labors, in den industriellen Großversuchen und auch — am Schreibtisch).

Abschließend stellen wir fest: (1) Die Definition der Wissenschaft als allgemeiner Arbeit ist formal — im Sinne der klassischen Definitionslehre, die keineswegs durch die moderne formale Logik beerdigt worden ist — korrekt. Das Wort „allgemein" im Terminus „allgemeiner Arbeit" bezeichnet den in der Definitionslehre geforderten artspezifischen Unterschied, das Wort „Arbeit" die entsprechende Gattung. (2) Die inhaltliche Adäquatheit der Definition wird verstanden, indem man weiß, wie im Rahmen der marxistisch-leninistischen Wissenschaftsauffassung die Termini „allgemein" und „Arbeit" verwendet werden, und indem man erkennt, daß jedes und nur solches Phänomen, das „Wissenschaft" genannt wird, auch die Charakterisierung „allgemeine Arbeit" verdient.

Da man in der Literatur feststellen kann, daß mit dem Terminus „Arbeit" — auch unter Berufung auf Marx — ziemliche Spekulationen angestellt werden, so sei zum besseren Verständnis des Marxschen Wissenschaftsbegriffs auf die Bestimmung der Gattung eingegangen, zu der die Wissenschaft als eine ihrer Arten gehört.

Die hauptsächlichste Verdrehung der Marxschen Intentionen basiert gegenwärtig auf einer unmißverständlich *idealistischen* Deutung der Arbeit. Wenn sie mit der Berufung auf Marx proklamiert ist, so wird regelmäßig an die Vorstellung des berühmten Zitats erinnert, wonach sich der schlechteste Baumeister von der besten Biene dadurch auszeichnet, „daß er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut"(26). Ich gebe natürlich zu, daß ein gewöhnlicher Baumeister gut daran tut, solches Vorgehen zu realisieren; es könnte sein Bau sonst recht teuer werden. Was ich aber nicht und unter gar keinen Bedingungen zugebe, ist die Annahme, daß Marx mit diesem Hinweis das *Wesen* der Arbeit bestimmt habe. Die Existenz eines *Bauplans* im Kopf ist eine *notwendige*, aber *nicht hinreichende* Bestimmung der entwickelten Arbeit. Wer die Existenz des gedachten Plans für die wesentliche Äußerung der Arbeit ausgibt, dem ist die Arbeit tatsächlich gerade das, was sie für *Hegel* war, nämlich Ideenproduktion, Setzung und Aufhebung eines (mit Sartre zu sprechen) geistigen Entwurfs etc.; doch es ist bekannt genug, was Marx über die regelmäßige Blamage der Idee meint, die die gegenständlichen Bedingungen ihrer Realisierbarkeit ignoriert. Die Reduktion der Arbeit auf die Erzeugung von Bauplänen ist nichts als die idealistische Manier, das Phänomen der Arbeit, nachdem es einmal sich herumgesprochen hat, man könne ohne Arbeit auf dem Standpunkt der Menschengattung nicht leben, auf eine von den *Arbeitern* getrennte Existenz herunterzubringen. Das ist eine Manier, die besonders bei links protestierenden *Intellektuellen*, die sich auch zeitweise der kommunistischen Bewegung anschließen mögen, sich einer vordergründigen Beliebtheit erfreut.

So schließt denn auch G. Lukács sogleich aus Marxens Bemerkung über den schlechtesten Baumeister und der besten Biene: „Durch die Arbeit wird eine teleologische Setzung innerhalb des materiellen Seins als Entstehen einer neuen Gegenständlichkeit verwirklicht. . . . Die bloße Tatsache, daß die Arbeit die Verwirklichung einer teleologischen Setzung ist, ist ein elementares Erlebnis des Alltagslebens aller Menschen, . . ." (27) Ist dies auch das „elementare Erlebnis" der Privateigentümer, d.h. der Nichtarbeiter? Und ist es das „elementare Erlebnis" der Lohnarbeiter, daß sie (und nicht etwa die Kapitalisten) die Zwecke der kapitalistischen Produktion setzen? Lukács behauptet weiter, „daß jede Arbeit unmöglich wäre, wenn ihr nicht eine solche Setzung voranginge, um ihren Prozeß in allen seinen Etappen zu determinieren"(28). Aber was machen wir dann, wenn wir Gegenstände der Natur verarbeiten wollen, deren Verhaltensweisen wir gar nicht kennen, so daß wir den Prozeß ihrer Verarbeitung gerade nicht determinieren können? Und ist die Arbeit denn wirklich identisch mit dem Prozeß der Determination ihres Ablaufs? Oder korrigiert nicht vielmehr die *wirkliche* Arbeit jede antizipierte Determination ihres Ablaufs (welche ja doch von der vorausgesetzten Kenntnis abhängt)? Und

26 K. Marx: Das Kapital, Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 193.
27 G. Lukács: Ontologie – Arbeit, Neuwied/Darmstadt 1973, S. 13.
28 Ebenda, S. 19.

schließlich: Wie erklären wir die Genesis der Erkenntnis, wenn sie der Arbeit angeblich vorangehen soll? Etwa durch die Ergießung des Heiligen Geistes am schönen Pfingstsonntag?

Diese Fragen legen wohl nahe, daß das Konzept der Arbeit als „teleologischer Setzung" nichts als die ideologische Paraphrase auf die Vorstellung des Intellektuellen *von sich selbst in seiner Trennung von den Arbeitern* ist. Einen anderen philosophischen Wert hat sie nicht. Die wirkliche Arbeit ist „ein Prozeß zwischen Mensch und Natur, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kontrolliert. Er tritt dem Naturstoff selbst als eine Naturmacht gegenüber. Die seiner Leiblichkeit angehörigen Naturkräfte, Arme und Beine, Kopf und Hand, setzt er in Bewegung, um sich den Naturstoff in einer für sein eignes Leben brauchbaren Form anzueignen. Indem er durch diese Bewegung auf die Natur außer ihm wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigene Natur."(29) Das entscheidende Merkmal, das die Arbeit als menschliche Lebensäußerung von der tierischen unterscheidet, ist die *Werkzeugproduktion*, die Herstellung und der Gebrauch also von Arbeits*mitteln*. Die Arbeit ist *werkzeugvermittelte Tätigkeit* der menschlichen Gemeinwesen zur physischen Erhaltung derselben.

Nun kann man meinen: Wenn die Werkzeugproduktion und -verwendung das Charakteristikum der Arbeit im Unterschied zur tierischen Lebensäußerung ist, wird dann nicht doch der Geist oder das Bewußtsein implizit zur definitorischen Bestimmung derselben bemüht? Denn wie soll man Werkzeuge ohne jene „teleologische Setzung" herstellen (so würde Lukács fragen)? Die Antwort liefert die empirische Untersuchung. Und da in solchen Fragen der Philosoph gut daran tut, sich auf das Urteil der entsprechenden Fachwissenschaftler zu verlassen, so sei die bemerkenswerte Arbeit K. Holzkamps über die sinnliche Erkenntnis zitiert, worin der Autor seinerseits mit Berufung auf J.R. Napier feststellt, daß man zwischen einer *Ad hoc-Werkzeugherstellung* und einer *Werkzeugherstellung für eine künftige Gelegenheit* sowie schließlich einer *gesellschaftlichen Werkzeugherstellung* zu unterscheiden habe. Wesentlich ist hierbei philosophisch, daß die Ad hoc-Werkzeugproduktion die genetische Vorbedingung der kulturell tradierten Werkzeugherstellung ist. Holzkamp schätzt den Zeitraum der geschichtlichen Herausbildung einer definitiven gesellschaftlichen Werkzeugproduktion auf über 100 000 Jahre, nämlich von vor ca. 150 000 bis vor 40 000 Jahren.(30)

An diesen Feststellungen ist für uns vor allem der Umstand wichtig, daß die Arbeit mit der wesentlich *zufälligen* Werkzeugherstellung beginnt und gerade mit dem Übergang zur kulturell fixierten und tradierten Werkzeugproduktion den materiellen Grund für die Geburt des Geistes (d.h. des erkennenden Verstands) liefert. Denn eben in der Kontrolle des Gebrauchs und der Herstellung der Werkzeuge realisiert sich vornehmlich der Verstand. Das ist deshalb der Fall, weil es die *erhaltenen, vererbten, gepflegten, reparierten* Werkzeuge sind, die den arbeitenden Menschen die fundamentale Verstandeskategorie der *Identität* exemplarisch vorstellen. Nicht an den *Gegenständen des Verzehrs* (der Konsumtion) gewinnt der Mensch Verstand, sondern an den *Mitteln seiner Produktion*, die er *identisch* erhalten will! Damit er also zu Verstand kommen kann, muß er sie überhaupt erst einmal erzeugen — und zwar *ohne* Verstand, also zufallsdeterminiert, sozusagen als Mutante mit Selektionsvorteil. Indem dies vorausgesetzt wird, ist die Erklärung des verständigen Bewußtseins unter der genetischen Voraussetzung der Arbeit realisierbar, nämlich im Sinne der synthetischen Evolutionstheorie. Es entfällt dann aber auch die Idee von der Arbeit, ein „geplanter Eingriff" zu sein, wonach die durch „geplant" gemeinte Eigenschaft das artspezifische Charakteristikum der Arbeit ist. Die wirkliche Arbeit ist immer reicher als jede noch so detaillierte Planung ihres Vollzugs sein kann. Pläne sind stets *Bewußtseins*produkte . Infolgedessen können sie nicht das Wesen der *materiellen* Arbeit ausmachen.

Es ist wohl einsichtig, daß der Umstand einer Ad hoc-Werkzeugherstellung nach wie vor in der modernen Arbeit seine Rolle spielt. Zwar ist er zum subalternen Moment dieser Arbeit geworden. Nichtsdestoweniger aber ist er stets vorhanden. Jede Erprobung einer neuen Maschine zeigt dies Faktum — gleichgültig wie präzis die Konstruktionsunterlagen gewesen sein mögen.

Wir vertreten also die These: Nicht aus der Voraussetzung des Verstands erwächst die Arbeit, sondern aus der Voraussetzung der Arbeit wird der Verstand erzeugt. Einmal entstanden, gehört der Verstand dann zu den *notwendigen* Bedingungen der Arbeit. Niemals aber macht er ihr *Wesen* aus.

Zum besseren Verständnis des Marxschen Arbeitsbegriffs müssen wir unbedingt die spezielle Stellung der Arbeits*mittel* (Werkzeuge) als der *materiellen Vermittlung* zwischen den Arbeitenden (die Philosophen sagen auch: dem *Subjekt)* und ihren Gegenständen (philosophisch: dem *Objekt)* hervorheben. Es gehört bekanntlich zu den traditionellen Redeweisen in der Philosophie, auf der Basis eines vorgestellten „Subjekt-Objekt-Verhältnisses" das (gewöhnlich erkenntnistheoretisch gestellte) Problem zu formulieren, wie denn wohl das Subjekt zum Objekt komme (wie die Einheit von Denken und Sein zustande komme). Klopft man diese Tradition ab, so wird man regelmäßig feststellen, daß jenes „Subjekt" als durchaus *mittellos* unterstellt ist, daß es als ein an seinen Arbeitsmitteln *enteignetes* Subjekt theoretisch vorausgesetzt wird. Jeder Arbeiter weiß natürlich, daß er ohne die erforderlichen Werkzeuge die gewünschten Gebrauchswerte nicht herstellen kann. Er könnte also, verstünde er die Sprache der Philosophen, auf die Absurdität eines Unternehmens hinweisen, das die Einheit eines mittellosen Subjekts mit seinem Objekt herstellen möchte. Er würde schlicht erklären: Gebt diesem euren Subjekt die Mittel seiner Tat, behandelt es nicht länger als ein *eigentumsloses* Subjekt, und ihr werdet sehen, wie verständig es sich in Einheit mit seinem Objekt zu setzen weiß!

Es ist also zu betonen, daß die traditionelle Subjekt-Objekt-Gegenüberstellung der Sache nach eine Reflexion der wirklichen Lage in der Klassengesellschaft ist, worin die subjektiven Träger der Arbeit, die unmittelbaren Produzenten, eigentumslos sind und die Nichtarbeiter genau die Arbeitsmittel besitzen. Angesichts der Tatsache, daß in der Ausbeutergesellschaft die Arbeiter *keine Arbeitsmittel* haben und die Arbeitsmittelbesitzer *keine Arbeit* leisten, ist die philosophische Vorstellung vom mittellosen Subjekt, also vom eigentumslosen Subjekt, durchaus verständlich. Denn sie ist die begriffslose Reflexion eben dieser Wirklichkeit. Nichtsdestoweniger aber handelt es sich für die Arbeit der Vernunft eben darum, diese begriffslose Reflexion selbst auf den Begriff zu bringen und mithin zu desavouieren. Damit aber wird zugleich deutlich, daß man den Marxschen Arbeitsbegriff keineswegs adäquat wieder-

29 K. Marx: Das Kapital, Erster Band, Berlin 1953, S. 185.

30 K. Holzkamp: Sinnliche Erkenntnis – Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung, Frankfurt/M. 1973, S. 107–113.

gibt, wenn man ihn unter das traditionelle Subjekt-Objekt-Schema subsumiert. (31) Man lese nur gründlicher das ‚Kapital', und man wird finden, daß Marx die konkrete Arbeit als die prozessierende Einheit dreier einfacher Elemente faßt: der *Arbeitskraft* (subjektive Arbeitsbedingung), des *Arbeitsmittels* und des *Arbeitsgegenstands* (beide als objektive Arbeitsbedingungen). In diesem Trialismus ist das Arbeitsmittel die materialisierte Einheit des Subjekts und Objekts der Arbeit, sinnlich-gegenständlich hervorragend wahrnehmbar und wohl unterscheidbar vom Subjekt wie vom Objekt (Gegenstand) der Arbeit. Entzieht man diesem Zusammenhang das Arbeitsmittel, so freilich stehen sich Subjekt und Objekt einander äußerlich gegenüber, und es gibt in der Tat *nichts*, das sie vermittelt.

Wir bemerken schließlich noch, daß mit der hier entwickelten Problemstellung zugleich die Bedeutung der Aneignung und damit des *Eigentums* für die Realität der Arbeit von fundamentaler Bedeutung ist. In der Arbeit stehen die Menschen bereits als Eigentümer ihrer Arbeitsmittel. Mit diesen eignen sie sich erneut nicht *die* Natur an, sondern in ihrer natürlichen Umwelt *Teile* derselben, um sie in geändertem Zustand zu konsumieren, wobei als Resultat der Konsumtion eine Resurrektion von Naturgegenständen stattfindet, die mancherlei „ökologische Krisen" heraufbeschwören mag. Die Arbeit setzt das Eigentum voraus, und sie selbst ändert die Bedingungen der Realisierbarkeit des Eigentums. Das Eigentum wird über den wirklichen Aneignungsakt als die soziale Fundamentalrelation des arbeitenden Subjekts zu den Gegenständen und Mitteln seiner Arbeit hergestellt. In der Wissenschaftstheorie führt die Aneignung auch den Namen „Auswahl von Gegenständen". Es ist hier von eminenter Wichtigkeit zu beachten, daß die Aneignung oder Auswahl ein effektiver Vorgang ist, der von einem *nicht* angeeigneten Gegenstand zu einem *angeeigneten* führt. Die traditionelle metaphysische Ontologie besitzt nämlich eine ihrer theoretischen Quellen nicht nur darin, daß sie uns ein eigentumsloses Subjekt vorstellt, sondern konsequent auch die kontradiktorische Annahme macht, daß der *nicht angeeignete* Gegenstand (d.i. der in Wechselwirkung mit seiner Umwelt verbundene) dasselbe sei wie der *angeeignete* Gegenstand (d.i. der von Menschen aus der Umwelt entnommene). Sie segnet diese Kontradiktion mit der Verleihung des Titels „objektiv" an den angeeigneten Gegenstand.

Man sieht, was der Grund für diesen logischen Kopfsprung der metaphysischen Ontologie ist: die Ignoranz der Aneignung, die Gleichgültigkeit also gegenüber den Eigentumsverhältnissen, welche doch die soziale Struktur des ar-

31 Dies ist die Position von A. Schmidt: Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx, Neuausgabe, Frankfurt/M. 1971. Schmidt findet: Marx „hütet sich davor, wie Hegel das Werkzeug gegenüber den mit seiner Hilfe hergestellten unmittelbaren Gebrauchswerten zu fetischisieren. Hegels Formulierung (daß nämlich die Mittel ein Höheres als die endlichen Zwecke sind, d.V.) setzt einen Zustand voraus, in dem die Menschen mehr und mehr zu Anhängseln ihrer entfesselten produktiven Kräfte werden" (a.a.O., S. 103). Abgesehen davon, daß hier nicht Hegel fetischisiert, sondern Schmidt vielmehr die Produktivkräfte im Sinne von Horkheimer und Adorno, ist die wohlmeinende Feststellung über Marxens Mangel charakteristisch konträr zur Feststellung der Klassiker, „daß es nicht möglich ist, eine wirkliche Befreiung anders als in der wirklichen Welt und mit wirklichen Mitteln durchzusetzen, daß man die Sklaverei nicht aufheben kann ohne die Dampfmaschine und die Mule-Jenny, die Leibeigenschaft nicht ohne verbesserten Ackerbau" (K. Marx/F. Engels: „Neuveröffentlichung des Kapitels I des I. Bandes der ‚Deutschen Ideologie' ", in: DZfPh 14. Jhrg. (1966) Nr. 10, S. 1207).

beitenden Subjekts grundlegend bestimmen! Es versteht sich, daß eine solche Attitüde in einer Gesellschaft des Privateigentums hervorragend geeignet ist, die eigentumslosen Produzenten von der „Natürlichkeit" ihrer Eigentumslosigkeit zu überzeugen. Marx hat in seiner ‚Kritik des Gothaer Programms' dazu die erforderlichen Feststellungen getroffen.

Es sei weiter betont, daß im Sinne des Marxschen Arbeitsbegriffs das Subjekt der Arbeit stets ein *Gemeinwesen* ist, niemals ein Individuum vom Schlage des berühmten Robinson. Der einzelne Mensch arbeitet nie anders denn als *Glied des Gemeinwesens*. Er kann zwar individuell allerlei Tätigkeiten ausführen, aber *Arbeit* werden diese erst, wenn sie als Bestandsteil der Tätigkeiten des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters auftreten. Die „Gesellschaft" etwa über „herrschaftsfreie Kommunikation" jenseits und neben der Arbeit „synthetisieren" zu wollen, ist mithin ein ideologisches Unternehmen, das vom wirklichen Subjekt der Arbeit nichts weiß. Sobald man „Arbeit" sagt, sagt man, wenigstens im Sinne von Marx, auch „Gesellschaft". Denn sie ist es ja eben, die arbeitet. Natürlich ist es in diesem Zusammenhang sehr wichtig zu beachten, ob die Gesellschaft als Subjekt der Arbeit eine Klassengesellschaft ist oder nicht. Je nachdem dies der Fall ist, nimmt die unmittelbare Arbeit für die Produzenten den Charakter an, den man in Frankfurt auch ihren „instrumentalen Charakter" nennt. Die „instrumentelle Natur" der Arbeit an den Gegenständen der Produktion kommt in der Ausbeutergesellschaft deshalb zustande, weil die Produzenten auf Grund ihrer Enteignung (Entfremdung) *nicht* zum sozialen *Urteil* über den Wert ihrer Produkte zugelassen sind. Die *Urteilsbildung* ist wesentlich an die Bedingung des *Eigentums* geknüpft. Sie besteht elementar im Vergleich des Arbeitsresultats mit dem Arbeitsaufwand und hat zu sichern, daß das Resultat wenigstens dem Aufwand gleichwertig ist, möglichst aber höherwertig. Sie hat zu verhindern, daß das Resultat von geringerem Werte ist als der Aufwand. Es ist klar, daß eine solche Urteilsbildung das Eigentum an Aufwand und Resultat voraussetzt. *Der Eigentümer* also ist *der Urteilsbildner*, d.h. der Wertende. Wenn Eigentum und Arbeit auseinanderfallen, so reduziert sich der Arbeitsakt auf die Betätigung fremder Instrumente und die Wertung auf die Kalkulation der Kosten und des Profits, den die Nichtarbeiter erzielen.

Es ist aber nachdrücklich zu betonen, daß dieser Charakter der Arbeit durch die sozialökonomischen Bedingungen bestimmt wird und nicht etwa aus der Tatsache der Existenz von Arbeitsmitteln überhaupt folgt. Die Arbeitsmittel (die Instrumente) sind an sich der verlängerte menschliche Arm, die materialisierte Wissenskraft der Gattung. Damit sind sie der wirkliche gegenständliche Reichtum der Gesellschaft (wie übrigens schon Aristoteles erkannte). Indem sie aber den Produzenten enteignet (entfremdet) werden, treten sie diesen als Organe fremden Willens gegenüber und reduzieren daher das subjektive Tun der Arbeiter auf „instrumentelles Verhalten". Diese Eigenschaft nun der Arbeit überhaupt anzulasten, bedeutet, die kapitalistische Erscheinungsweise der Arbeit für die „natürliche Daseinsweise" der Arbeit zu halten. Mit einer solchen Unterstellung ist es dann durchaus konsequent, wenn J. Habermas neben der Arbeit die sogenannte „Interaktion" als zweite Art der gesellschaftlichen Lebensäußerung zu fixieren sucht.(32) Diese Fahndung hat jedoch ihren Sinn nur unter der Bedingung, die Arbeit als das naturgeschichtliche Verhalten

32 J. Habermas: Erkenntnis und Interesse, Mit einem neuen Nachwort, Frankfurt/M. 1973.

der atomisiert vorgestellten Produzenten vorauszusetzen, sie also gerade nicht als die Lebensäußerung von *Gemeinwesen* anzunehmen. Sobald als Subjekt der Arbeit nicht die vereinzelten Einzelnen, sondern die Gesellschaften verstanden werden, ist die soziale Kommunikation selbst eine der notwendigen Bedingungen der Arbeit. Dabei ist immer zu beachten, daß die fundamentale Daseinsbedingung von Klassengesellschaften der fortwährende Ausschluß der unmittelbaren Produzenten vom Eigentum an den gegenständlichen Bedingungen der Produktion ist (ein Ausschluß, der militärisch, politisch, juristisch etc. tagtäglich realisiert wird). Habermas irrt, wenn er sagt: „Der Kapitalismus . . . ist dadurch ausgezeichnet, daß das Klassenverhältnis in der privatrechtlichen Form des freien Arbeitsvertrages *ökonomisch* bestimmt ist." (33) Die *politische* Voraussetzung des Kapitalismus ist die *Enteignung des Gemeinwesens!* Und nur unter dieser Voraussetzung kann der Austausch zwischen Lohnarbeit und Kapital „in der privatrechtlichen Form des freien Arbeitsvertrages *ökonomisch*" auftreten. Der „freie Austausch" basiert hier auf der absoluten Gewalt gegen das Gemeineigentum. Gewalt und freier Arbeitsvertrag sind keineswegs disjunkt gegeneinander: die Vernichtung des Gemeinwesens vermittels der (politischen) Liquidation des Gemeineigentums sind die genetischen Bedingungen für die Erzeugung des freien Arbeitsvertrags zwischen Kapitalisten und Arbeitern. Diese Bedingungen werden fortwährend vom bourgeoisen Staat reproduziert. Das Berufsverbot für Kommunisten (d.h. für die Vertreter des Gemeinwesens im Kampfe gegen das Privateigentum) und andere dem Privatwesen unliebsame Linke reflektiert wohl exemplarisch genug diesen Umstand in der Gegenwart des westdeutschen Kapitalismus.

Wir halten also fest: Das Subjekt der Arbeit im Sinne des Marxschen Begriffs von ihr ist stets *gesellschaftlicher* Natur und tritt in der einen oder anderen historischen Form als *Eigentümer* der objektiven Arbeitsbedingungen auf. Dieses sein Dasein als Eigentümer ist die conditio sine qua non der Realisation der konkreten Arbeit. Sobald also die Eigentumsfrage aus der Betrachtung der Arbeit ausgeklammert wird, kann man nicht mehr rechtens behaupten, vom Marxschen Arbeitsbegriff zu reden. Die Herstellung des Privateigentums und damit der kapitalistischen Klassenverhältnisse ist in einem die Vernichtung des Gemeineigentums und damit des Gemeinwesens in der Wirklichkeit, d.h. seine Verwandlung in ein ideales Abstraktum, seine Himmelfahrt, die durch seine Resurrektion im Gelde mystische Gegenständlichkeit erlangt. Im *Ausschluß* des Gemeineigentums durch das Privateigentum ist eben das Gemeinwesen als solches immer wirksam, zeigt es sich noch immer als die eigentliche Basis der Arbeit — wenn auch in der verkehrten Form. Nur wenn man im Ausschluß des Gemeineigentums nicht *das Gemeinwesen selbst* als den *Gegenstand* des Ausschlußverhaltens erkennt, kann man der Illusion erliegen, daß das Eigentum überhaupt für das Verständnis des Wesens der Arbeit bedeutungslos sei. Das ist etwa dieselbe Illusion, die sich für die Metaphysik ergibt, wenn sie aus dem *Ausschluß* des Widerspruchs auf die Widerspruchs*freiheit* der Wirklichkeit schließt. Indem sie das tut, desavouiert sie das Ausschließen des Widerspruchs als reines *Schein*verhalten. Denn man kann nicht *wirklich* ausschließen, was es gar nicht geben soll.

33 Ebenda, S. 70.

Allgemeine Arbeit und Widerspiegelung

Wenn wir den Marxschen Begriff der Wissenschaft durch das von ihm gebrauchte Definiens „allgemeine Arbeit" fixieren, so müssen wir darauf aufmerksam machen, daß solcher Definitionsvorschlag auf Grund der entsprechenden Interpretation des Marxschen Textes keineswegs die Privaterfindung des Autors ist. In der Vergangenheit wie in der Gegenwart der marxistisch-leninistischen Philisophie sind vielfach die genannten Marxschen Äußerungen in der hier vorgestellten Weise aufgefaßt worden. (34) Allerdings gibt es ebensosehr marxistisch-leninistische Philosophen, die die fraglichen Textstellen bei Marx nicht im Sinne der hier entwickelten Definition verarbeitet zu sehen wünschen. Sie befürchten, daß die Bestimmung der Wissenschaft als allgemeine Arbeit ein Abgleiten in ein „soziologisches Extrem" sei (35), welches eine erkenntnistheoretische Erfassung der Wissenschaft nicht mehr adäquat gestattet, oder daß mit einer solchen Bestimmung die materialistische Basis der Widerspiegelungstheorie nicht mehr konsequent erhalten werden könne(36). Es ist also zu betonen, daß die hier erklärte Bestimmung der Wissenschaft für die sich entwickelnde marxistisch-leninistische Philosophie in der Gegenwart einen *Vorschlag* bildet, dessen Konsequenzen erst noch allseitig verfolgt werden müssen, ehe er den Rang einer *akzeptierten* Definition einnehmen kann.

Da insbesondere die Frage nach dem Zusammenhang des Begriffs der Wissenschaft als allgemeiner Arbeit mit der klassischen materialistischen Widerspiegelungstheorie auch für die Marx-Rezeption in den kapitalistischen Ländern von erheblicher Bedeutung ist, so wollen wir im folgenden zu dieser Frage einige — wie zu hoffen ist — aufklärende Feststellungen treffen.

Die erste Bemerkung wird wohl problemlos verständlich sein: Der *dialektische* Materialismus ist kein *metaphysischer* Materialismus. Infolgedessen ist die Widerspiegelungstheorie des dialektischen Materialismus nicht dieselbe wie die des metaphysischen Materialismus. Die zweite Bemerkung muß notieren, daß beide philosophischen Auffassungen *Materialismus* sind. Infolgedessen müssen ihre erkenntnistheoretischen Konzepte etwas miteinander gemeinsam haben. Und dies Gemeinsame ist eben, daß beide Erkenntnis als *Widerspiegelung* objektiv-realer Verhältnisse auffassen. Damit ist das Kardinalproblem einer dialektisch-materialistischen Widerspiegelungtheorie die Frage nach der *dialektischen* Fassung der Widerspiegelung. Indem es gelöst wird, wird zugleich erklärt, was die metaphysische Fassung der Widerspiegelung ist.

Die gewöhnlichen Attacken gegen die Widerspiegelungstheorie, soweit sie irgendeinen rationellen Kern im Räsonnement aufweisen, unterstellen durchweg bewußtlos die metaphysische Widerspiegelungstheorie als den Stein ihres

34 Vgl.: B. Fogarasi: Logik, Berlin 1955, S. 107f.; G.N. Wolkow: Soziologie der Wissenschaft, Berlin 1970, S. 253; G. Kröber/H. Laitko (Hrsg.): Wissenschaft, Stellung, Funktion und Organisation in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, Berlin 1975, S. 165–166; M. Buhr: „Dialektik – Weltanschauung – Methodologie"; in: Festvorträge der wissenschaftliche Konferenz der Akademie anläßlich des 275. Akademiejubiläums, Sitzungsbericht der AdW der DDR, 3 G, Berlin 1975, S. 10.

35 Vgl.: F. Fiedler/G. Klimaszewsky/G. Söder: „Das Verhältnis der marxistisch-leninistischen Philosophie zu den Einzel- und Strukturwissenschaften", in: DZfPh 20. Jhrg. (1972) Nr. 11, S. 1314.

36 Vgl.: H. Hörz: Marxistische Philosophie und Naturwissenschaften, Berlin 1974, S. 43–45.

Anstoßes. Diese Theorie ist in der klassischen bürgerlichen, materialistischen Version durch J. Locke systematisch ausgebildet und vorgestellt worden. Sie basiert auf der Annahme, daß das Subjekt der Erkenntnis erstens das autonome Individuum sei (der wohlbekannte Robinson), welches zweitens mit einer tabula rasa geboren werde, auf die die außermenschliche Natur vermittels der sinnlichen Empfindung einwirkt, um so drittens Vorstellungen im Bewußtsein (im Gehirn) zu erzeugen, die dann viertens durch verknüpfenden Zugriff des an sich gegebenen Intellekts verarbeitet werden. Über die Gesetze dieser Verknüpfungsleistung weiß danach die formale Logik zu berichten. Wir setzen die metaphysische Widerspiegelungstheorie (in der Version Lockes) als bekannt voraus, sparen uns also weitere Bemerkungen über sie und notieren nur noch, daß Marx über Locke feststellt, daß dieser „die neue Bourgeoisie in allen Formen vertrat, die Industriellen gegen die Arbeiterklassen und die Paupers, die Kommerziellen gegen die altmodischen Wucherer, die Finanzaristokraten gegen die Staatsschuldner, und in einem eigenen Werk sogar den bürgerlichen Verstand als menschlichen Normalverstand nachwies"(37). Die *metaphysische* materialistische Widerspiegelungstheorie ist also die erkenntnistheoretische Fassung des menschlichen Verstands als Realisation des *bürgerlichen* Verstands, d.h. des Verstands einer Klasse, deren Mitglieder Privateigentümer von gegenständlichen Arbeitsbedingungen sind, die sie nicht als Produzenten in Bewegung setzen, deren Anwendungsresultate sie aber gleichwohl der analytischen Wertkalkulation unterwerfen.

Was ist der Ausgangspunkt einer *dialektischen* Fassung der Erkenntnis? Er fällt mit dem Ausgangspunkt aller dialektischen Leistung zusammen. In Konfrontation zur klassischen bürgerlichen Nationalökonomie hat Marx diesen Ausgangspunkt wie folgt charakterisiert: „Die Nationalökonomie verbirgt die Entfremdung in dem Wesen der Arbeit dadurch, daß sie nicht das *unmittelbare* Verhältnis zwischen dem *Arbeiter* (der Arbeit) und der Produktion betrachtet. . . . Das unmittelbare Verhältnis der Arbeit zu ihren Produkten ist das Verhältnis des Arbeiters zu den Gegenständen seiner Produktion. . . . Wenn wir also fragen: Welches ist das wesentliche Verhältnis der Arbeit, so fragen wir nach dem Verhältnis des *Arbeiters* zur Produktion."(38) Übersetzen wir diesen die Ökonomie betreffenden Text in die erkenntnistheoretische Version, so lautet er: Die metaphysische Widerspiegelungstheorie verbirgt die Entäußerung im Wesen der Erkenntnisleistung dadurch, daß sie nicht das *unmittelbare* Verhältnis zwischen dem Wissensproduzenten (dem wissenschaftlichen Arbeiter) und den Gegenständen seiner Produktion betrachtet. Sie setzt das Produkt der wissenschaftlichen Arbeit bereits als isoliert von der lebendigen wissenschaftlichen Arbeit voraus und in dieser Isolation als objektiven (vergegenständlichten) Träger des Grund*werts* der Erkenntnis, nämlich der Wahrheit. Die metaphysische Erkenntnistheorie betrachtet also nicht das Verhältnis des wissenschaftlichen Arbeiters zu den Gegenständen und Mitteln seiner Produktion, sondern reduziert ihre Ansicht der Wissenschaft auf deren Produkte, wobei sie diesen Produkten den Rang zuerkennt, *Widerspiegelungen* zu sein, wenn sie *wahr* sind. (Das Wort „wahr" hat hier den gleichen *methodologischen* Sinn wie das Wort „Wert" in der Nationalökonomie!) Mit anderen Worten: der metaphysischen Erkenntnistheorie ist die Erkenntnis als Wissens*produktion* gleichgültig, obwohl die Erkenntnis als Gesamtheit von Wissens*produkten* ihre strikte genetische Vorbedingung ist.

37 K. Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 13, Berlin 1961, S.61

38 K. Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte (1844), in: MEW, Ergänzungsbd., 1. Teil, Berlin 1968, S. 513.

Mit dieser Feststellung läuft die *dialektische* Widerspiegelungstheorie im elementaren Ansatz auf die einfache Feststellung hinaus: Die Voraussetzungen der Existenz von *Abbildungen* (gegenständlicher Widerspiegelungen) ist der definitive Beweis für die vorgänge Existenz des *Abbildens* (des Widerspiegelns als der *Erzeugung* von Abbildern). Wie man kein Produkt ohne Produktion hat, so hat man kein Abbild ohne Abbilden, keine Widerspiegelung ohne Widerspiegeln! Die Erklärung des Abbilds aus der Tat des Abbildens ist also die theoretische Leistung der *dialektischen* Widerspiegelungstheorie. Das Abbild desavouiert nicht den Abbildner, sondern das Bild verdankt sein Dasein dem Bildner. Und *materialistisch* verstanden, kann sich ein Subjekt nur zum Bildner bilden, wenn es für diese Tat materielle Mittel und Gegenstände vorfindet, die es im Abbilden gültig reproduziert. Das Abbilden ist nicht die jungfräuliche Konzeption des Heiligen Geistes, sondern die gegenständliche Arbeit der Umbildung natürlicher Sachverhalte in Vertreter von Allgemeinem, d.h. ihrer Umbildung in Modelle bestimmter Eigenschaften. Die Resurrektion eines natürlichen Sachverhalts als Modell einer endlichen Gesamtheit von Merkmalen ist der Ausdruck derjenigen Arbeit, die wir „allgemeine Arbeit" nennen und die wir nun auch „Widerspiegelungstätigkeit" nennen können. Was spiegeln Modelle wider? Sie sind nichts mehr und nichts weniger als die Spiegel derjenigen Eigenschaften, nach denen sie durch alle ihnen gleichartigen Kopien ersetzbar sind. Die Widerspiegelungseigenschaft gewinnen unsere Modelle (auch „Urbilder" oder „Originale") kraft des Umstands ihrer Ersetzbarkeit (Austauschbarkeit) durch ihnen *gleichwertige* Sachverhalte, also kraft ihres über die wissenschaftliche Arbeit vermittelten Daseins als der, mit Marx zu sprechen, „allgemeinen Äquivalentformen" von Klassen untereinander gleichwertiger Gegenstände.

Die einfachsten in der Wissenschaft bekannten Urbilder sind die Etalons, d.h. die normativ fixierten Maßeinheiten, die interessierende Eigenschaften (Einheitsgrößen) darstellen oder abbilden. Das Pariser Urmeter wie das Pariser Urkilogramm sind genau solche *materiellen* Gegenstände, welche physikalisch wichtige Grundeigenschaften *vorstellen* (nämlich Einheits*länge* und Einheits*masse)* und also *Urbilder* in dem hier gemeinten Sinne sind. Andere einfache Beispiele für die Existenz natürlicher Sachverhalte als Abbilder sind die von den Taxonomen ausgewählten Organismen, die als Repräsentanten, Vorbilder, Musterexemplare, Spiegel der gemeinten (morphologisch bestimmten) Arten fungieren. Der Aufweis von Widerspiegelungen im Sinne des materialistischen Ansatzes der Erkenntnistheorie ist also vollständig simpel und ganz problemlos vollziehbar.

Die Denunziation der Widerspiegelungstheorie als „zu den wichtigsten Bestandteilen des Marxismus als Legitimationswissenschaft" gehörig, wie sie von O. Negt vorgenommen wird(39), basiert demnach auf der schlichten Ignoranz gegenüber dem wirklichen Verfahren insbesondere in der Naturwissenschaft. Negt möge erklären, wie er zum Zwecke des Nachweises seiner akademischen Produktivität über seine Publikationsleistung vernünftige Auskunft geben kann, wenn er nicht den Standard, das *Urbild* einer publizierten Seite schriftlichen Textes verwendet! Wie will er über die *Länge* seines Schreibtisches Auskunft geben, wenn er nicht eine Kopie des Pariser Urbilds der Länge als Vergleichmittel gebraucht? Wer die Widerspiegelungstheorie angreift, sollte wissen, daß er damit der Sache nach *jedes* in der Wissenschaft verwendete Tertium com-

39 O. Negt: „Marxismus als Legitimationswissenschaft", in: N. Bucharin/A. Deborin: Kontroversen über dialektischen und mechanistischen Materialismus, Frankfurt/M. 1974, S. 7–48.

parationis als eine Inkarnation des Teufels der „kritischen Theorie“ ausschreien muß. Indem er das wohlweislich *nicht* tut, beweist er nicht den „Legimitationscharakter“ der Widerspiegelungstheorie, sondern die eigene Schizophrenie! Er beweist so, daß es ihm in letzter Instanz nicht um handfeste Erkenntnis geht, sondern um die Attacke gegen das Abstrakt-Allgemeine, das er nicht begreift, sondern nur, mit Adorno zu reden, „beargwöhnen“ kann. Er beweist also, daß es ihm nicht um die Subsumtion des Abstrakt-Allgemeinen unter das Gattungsinteresse geht, sondern um die Abwehr eben dieses Abstrakt-Allgemeinen im Interesse der individuellen Zufälligkeit des eigenen Verhältnisses zur Welt. Es versteht sich, daß eine solche Attitüde mit dem Standpunkt von Marx nichts zu tun hat und zwar auch dann nicht, wenn sich diese Attitüde als Versuch der „Rekonstruktion der *Marxschen* Theorie“ im Unterschied zur *marxistischen* Theorie handelsfähig zu machen gedenkt.

Zum weiteren Verständnis der hier entwickelten Position ist nun weiter außerordentlich wichtig zu bemerken, daß wir mit den Termini „Abbild“, „Vorstellung“ etc. *keine* psychologisch zu beschreibenden Sachverhalte meinen. Ein Abbild in der Wissenschaft ist zunächst ein *materieller Gegenstand*, ein handgreifliches Ding unter der *Bestimmung, als Vergleichsmittel* für artgleiche Dinge *zu dienen*. So wie wir uns gelegentlich eines Besuches bei Fremden (mit einer Verbeugung) *vorstellen*, uns so für Fremde zum Mittel der Vorstellungen für diese *machen* (ohne dabei im geringsten bedrückende Empfindungen unserer Subsumtion unter unser eigenes Wesen zu erleben), gerade so machen wir die Standards oder Etalons zu Vorstellungsmitteln, zu Bildern. Wenn einst Frege und Husserl gegen den „Psychologismus“ in der Logik opponiert haben, so müssen wir heute im Interesse der Entwicklung der dialektischen Widerspiegelungstheorie gegen den „Psychologismus“ in der Erkenntnistheorie opponieren. Das bedeutet insbesondere zu unterstreichen, daß solche Termini wie „Bild“, „Vorstellung“ etc. *nicht* primär *geistige* Phänomene bezeichnen, die auf welche Weise auch immer im individuellen Gehirn existieren, sondern durchaus *materielle* Sachverhalte, die man zeigen und ergreifen kann. Mit der Auswahl des Pariser Urmeters als der Längeneinheit zur Abbildung, Widerspiegelung der Einheitslänge kann man sich nun auch ein *geistiges* Bild eben von dieser Länge machen und von seiner Existenz über die Äußerung etwa seines zeichnerischen Talents berichten. Es ist aber *erkenntnistheoretisch* nicht wesentlich, daß die Reproduktion des materiellen Bilds im geistigen erfolgt. Wesentlich ist für die Widerspiegelungstheorie allein, *daß Bilder effektiv produziert werden*, daß also *die Beziehung des Bilds zum Abgebildeten* definitiv aufweisbar ist.

Was ist die Ursache des „Psychologismus“ in der Erkenntnistheorie, d.h. der Vorstellung, daß das Dasein von Bildern ausschließlich eine Sache der Psyche des Geistes sei? (Und es ist diese Unterstellung, welche der Attacke gegen die Widerspiegelungstheorie als Basis dient!) Wir haben sie oben schon genannt: Es ist die metaphysische Annahme eines *mittellosen* Subjekts der Erkenntnis, also die weltanschauliche Reflexion des *enteigneten* Arbeiters. Es handelt sich nämlich darum, daß die materiellen Bilder im erklärten Sinne die *Werkzeuge* der (analytischen) Erkenntnis sind. Der Gebrauch eines Tertium comparationis im (analytischen) Vergleich, also der Gebrauch eines Abbilds einer Klasse gleichartiger Gegenstände, ist der Gebrauch eines *materiellen Mittels* zur Vermittlung der Ersetzbarkeit von Gegenständen, die unmittelbar miteinander *nicht* verglichen werden. Die Notwendigkeit der Feststellung solcher Ersetzbarkeit ergibt sich unmittelbar aus dem Bedürfnis der physischen Reproduktion der Vergleichenden. Wer sicher sein will, daß er einen erneuten Konsumtionsakt nicht

mit dem Leben bezahlen muß, tut gut daran, solche Konsumtionsgegenstände aus der natürliche Umwelt auszuwählen, deren Art er bereits in anderen Vertretern kennengelernt hat. Er tut noch besser daran, diese Art definitiv durch Standardauswahl zu fixieren, sich also ein Bild zu schaffen, durch dessen Gebrauch er von neuen Experimenten unabhängig wird, um nur noch die elementare Vergleichsleistung mit dem Standard als Mittel zu realisieren. Natürlich wird dadurch das Risiko des Irrtums nicht auf null reduziert, aber erheblich verringert. Des weiteren kann sich jemand, der mit einem Standard genügend oft Vergleichsleistungen ausgeführt hat, vom aktuellen Gebrauch des Standards emanzipieren, d.h. allein mit seiner geistigen Vorstellung auskommen, um aufgefundene Sachverhalte als Gegenstände der Klasse des Standards zu identifizieren. Dies ist der Fall bei den vertrautesten Gegenständen unseres täglichen Lebens, bei Hämmern, Schafen, Linden etc., nicht aber bei neu zu identifizierenden Objekten.

Es sei betont, daß unsere Wendung gegen den „Psychologismus“ keine Attacke gegen die Psychologie bedeutet, sondern vielmehr die Emanzipation dieser von der Erkenntnistheorie legimitiert. Selbstverständlich ist es ein sinnvoll gestelltes wissenschaftliches Problem zu erkunden, wie zu Bildern gemachte materielle Sachverhalte in Wahrnehmungen transformiert werden. Aber diese Frage ist kein *philosophisches*, sonder ein *einzelwissenschaftliches* Problem! Wir betonen dies nachdrücklich, weil die Emanzipation der Psychologie von der Erkenntnistheorie in einem auch *die Emanzipation der Erkenntnistheorie von der Psychologie* ist, also die Erkenntnistheorie von Fragestellungen entlastet, die sie — als philosophische Disziplin — gar nicht zu beantworten imstande ist. Sinnesphysiologische und psychologische Probleme werden *experimentell* zu stellen und zu lösen sein, konstituieren also fachwissenschaftliche Fragen und keine philosophischen. Das philosophische Problem der Erkenntnis ist die Frage nach dem Abbildcharakter der Erkenntnisprodukte. Und in dem Augenblick, da wir diese Erkenntnisprodukte in der Gestalt unserer *materiellen Bilder*, also unserer Standards und Etalons, erfassen, ist das Erkenntnisproblem im philosophischen Sinne das Problem der Genesis *materieller Gegenstände* als *Zeichen!*

Dieses Problem tritt in der metaphysischen Erkenntnistheorie deshalb nicht auf, weil in ihr — unter der Herrschaft der Abstraktion — die unausgewählten Sachverhalte der Natur (z.B Bäume *in einer bestimmten Umwelt*, Tiere *in einer bestimmten Umwelt* etc.) sofort und bewußtlos als gleichwertig mit den stillschweigenden vorausgesetzten und ausgewählten Standards entschieden werden. So kommt zustande, daß z.B. eine Linde am Dorfkrug eben als — eine Linde (unabhängig vom Dorfkrug) *gilt*, daß also die unausgewählten und daher *konkreten*, weil mit ihrer Umgebung in Wechselwirkung stehenden Sachverhalte ideell als ausgewählte gesetzt werden, um sodann mit den unterstellten Standards verglichen zu werden. Der Taschenspielertrick der Metaphysik besteht damit darin, die konkrete Einheit eines Gegenstands, eines Sachverhalts mit seiner natürlichen Umgebung für nichtig zu unterstellen, so zu tun, als sei der zum Zweck der Repräsentation einer Eigenschaft ausgewählte, d.h. menschlich *angeeignete* und also von seiner Umwelt als getrennt gesetzte Sachverhalt noch *derselbe*, der er von Natur aus, mithin gerade in seiner Einheit mit der Umwelt ist. Mit anderen Worten: der erkenntnistheoretische Trick der Metaphysik besteht in der Ignoranz gegenüber der Tat des Aneignens (Auswählens)! Diese Ignoranz rächt sich, indem sie die Metaphysik zwingt, die Realität des Erkenntnisprodukts fortwährend ausschließlich im Gehirn zu suchen. Denn da sie den natürlichen, zum Zwecke der Abbildung seiner Art *ausgewählten* Ge-

genstand mit dem natürlichen, aber *nicht* ausgewählten Gegenstand identifiziert (und unter die Kategorie des „objektiven Gegenstands" subsumiert), so kennt sie keine *materiellen* Bilder und muß demzufolge die Realität des Bildes immer im „Reiche des Geistes" suchen. Es geht ihr wie dem Privateigentümer, der als die wirklichen Gegenstände seines Lebens immer nur die von ihm besessenen akzeptiert und alle anderen für Launen des undurchsichtigen Schicksals hält, für, mit Hegel zu sprechen, „sinnlichen Schein".

Mit dem erkenntnistheoretischen Konzept, die Standards und Etalons der Wissenschaft als die materiellen Urbilder und Werkzeuge der allgemeinen Arbeit zu betrachten, haben wir für die wissenschaftliche Tätigkeit eine genaue Entsprechung zum Marxschen Begriff der einfachen Momente des Arbeitsprozesses: Neben der subjektiven Arbeitsbedingung (Arbeitskraft), also der Fähigkeit des Abbildens, haben wir als wissenschaftliches Arbeits*mittel* (Werkzeug) den Standard und als wissenschaftlichen Arbeits*gegenstand* die auswählbaren Sachverhalte der Natur. Damit unterscheidet sich der wissenschaftliche Arbeitsprozeß in dieser Beziehung durch nichts von jedem anderen Arbeitsprozeß. Der artspezifische Unterschied kommt erst ins Blickfeld, wenn wir den Gebrauch der Mittel und Gegenstände in der allgemeinen Arbeit betrachten: Hier nämlich fungiert das Mittel (der Standard einer Art bzw. Gattung) nicht als Instrument, dem Gegenstand eine Gebrauchsart physisch aufzuwingen, wodurch das Mittel selbst verschlissen wird, sondern als Bild, dem der Gegenstand gleicht oder nicht. Wird auf Gleichheit entschieden, so ist der Gegenstand als Kopie des Urbilds konfirmiert und wird als Element der Klasse des Standards selig. Wird dagegen auf Ungleichheit entschieden, so bleibt die Konfirmation aus und der Gegenstand ein Barbar außerhalb der zivilisierten Klasse des Standards. Was es hier zu erfassen gilt, ist also der Umstand, daß die Erkenntnisleistung auf der Grundlage des (analytischen) Vergleichs mittels Standards, wenngleich sie keine physische Umbildung des Gegenstands erzeugt, nichtsdestoweniger dennoch eine Umwandlung desselben bewirkt, nämlich seine Umbildung in eine reale *Bedeutung*. Ist das erfaßt, so ist der Arbeitscharakter der Widerspiegelungstätigkeit gar keine Frage, sondern ein Faktum. Nur dann, wenn man die natürlichen Sachverhalte an sich für Bedeutungen hält, ist die Auffassung der Erkenntnis als Arbeit gegenstandslos.

Wir bemerken schließlich, daß die klassische Frage der Erkenntnistheorie nach der Identität des Subjekts mit dem Objekt unter Beachtung der Bilder als Erkenntnismittel eine definitive Antwort erlangt: Die materiellen Bilder, die gemachten Zeichen, sind gerade die Repräsentationen dieser gesuchten Einheit. Sie sind es in demselben Maße, wie die Arbeitsmittel überhaupt Einheiten menschlicher und außermenschlicher Fähigkeiten sind. Sind die Arbeitenden allerdings an ihren Arbeitsmitteln enteignet, so ist jene Einheit mystifiziert und kann nur noch als ein Ideal vorgestellt werden. Die Proklamation der dialektischen Widerspiegelungstheorie ist daher: Herstellung des Eigentums der Arbeitenden an den gegenständlichen Bedingungen ihrer Arbeit! Denn indem dieses Eigentum realisiert wird, ist die Erfahrung der wirklichen Einheit des erkennenden *Subjekts* mit seinem Erkenntnis*objekt* am Entwicklungsstand der Erkenntnis*mittel* des Subjekts auf gewöhnliche Weise zu gewinnen. Es versteht sich dabei, daß dieses Subjekt das Gemeinwesen ist, das in den unterschiedlichen Fähigkeiten seiner Mitglieder ebensoviele Arten seiner Lebensäußerung besitzt.(40)

Der Wertbegriff und das methodische Konzept von Marx

Mit den erklärten Voraussetzungen wollen wir nun die Frage nach der Natur der Marxschen Vorgehensweise in seiner Kritik der politischen Ökonomie zu beantworten versuchen. Die in den sechziger Jahren angebahnte, mit W.F. Haug zu sprechen, „massenhafte Rezeption des *Kapital*" (41) unter Einschluß der endlich erfolgten Beachtung der ‚Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie' hat zu einer „Polydoxie" geführt, die als solche die theoretischen Unsicherheiten im Verständnis des methodischen Konzepts von Marx nachhaltig unter Beweis stellt. Diese Unsicherheiten haben tiefliegende Gründe, die wesentlich mit dem weitgehenden Verlust der Fähigkeit verbunden sind, die philosophische Fachsprache der deutschen Klassik noch halbwegs angemessen zu verstehen. Die „Rücknahme Beethovens" durch die spätbürgerliche, imperialistische deutsche Ideologie ist so gründlich gelungen, daß den Nachkommen selbst die Sprache der klassischen deutschen Philosophie wie eine Fremdsprache erscheint.

Es ist überaus wichtig, diesen gravierenden historischen Umstand genau im Auge zu behalten, weil ja das methodische Konzept von Marx eben auf der konstruktiven Verarbeitung des philisophischen Erbes der deutschen Klassik basiert. Daß dies so ist, hat sich inzwischen herumgesprochen. Lenins berühmter Aphorismus: „Man kann das ‚Kapital' von Marx und besonders das I. Kapitel nicht vollständig begreifen, ohne die *ganze* Logik von Hegel durchstudiert und begriffen zu haben"(42), ist heute zur Selbstverständlichkeit der Marx-Rezeption geworden. Auch L. Althusser, dessen Hegel-Bild nach meinem Eindruck ein wenig stark durch die Hegel-Deutung des französischen Existentialismus affiziert ist (ein Mißgeschick, das offenbar durch die Dialektik des Kampfes Althussers genau gegen den Existentialismus in Erscheinung trat), akzeptiert Lenins Position „wortwörtlich"(43), wenngleich er das 1. Kapitel des ‚Kapital' den „schrecklichen, in seiner Terminologie und Gliederung noch Hegelschen ersten Teils von Buch I" nennt. (44) Und darüber hinaus formuliert er die überaus wichtige und zutreffende Orientierung: „ . . . *man kann Hegel*

40 Wie man weiß, hat L. Wittgenstein vom „Tractatus" zu den „Philosophischen Untersuchungen" den Weg von der Auffassung der Erkenntnis als Bild zur Auffassung derselben als Werkzeug absolviert. Daß aber Bilder Werkzeuge sind, ist ihm deshalb nie bewußt geworden, weil er stets nur vom autonom gedachten individuellen Erkenntnissubjekt ausging und nie in der materiellen Produktion einen ernsthaften philosophischen Gegenstand erblicken konnte. Nichtsdestoweniger ist dieser Gang Wittgensteins symptomatisch für die Problemlage der Philosophie der Gegenwart.

41 W.F. Haug: Vorlesungen zur Einführung ins „Kapital", Köln 1974, S. 6

42 W.I. Lenin: Konspekt zur ‚Wissenschaft der Logik', in: LW, Bd. 38, Berlin 1964, S. 170.

43 L. Althusser: Lenin und die Philosophie, deutsche Übers. v. K.-D. Thieme, Hamburg 1974, S. 72.

44 Ebenda.

unmöglich begreifen, ohne ‚Das Kapital' durchstudiert und begriffen zu haben."(45) Der Zusammenhang der Hegelschen ‚Wissenschaft der Logik' mit dem Marxschen ‚Kapital' ist in der Tat so beschaffen, daß das ‚Kapital' die materialistische (und daher verständliche) Aufhebung der ‚Wissenschaft der Logik' ist.

Worin besteht das methodische Problem „des schrecklichen, in seiner Terminologie und Gliederung noch-Hegelschen ersten Teils von Buch I" des ‚Kapital"? Nach meiner Auffassung besteht es in der Frage nach dem Zusammenwirken der *analytischen* und *dialektischen* Methode beim Studium des Kapitalismus. Die Schwierigkeit, diese Frage zu formulieren und zu beantworten, ist im Grunde die Schwierigkeit, das wissenschaftstheoretische Konzept der klassischen bürgerlichen Philosophie (d.h. derjenigen, die in der Epoche von Bacon und Descartes bis Hegel und Feuerbach realisiert worden ist) in seinem definitiven zum wissenschaftstheoretischen Konzept der spätbürgerlichen Philosophie zu identifizieren. Man hat sich also die Frage zu stellen und zu beantworten: Was unterscheidet die Sicht der Wissenschaft, wie sie von den Philosophen einer *um den Sieg ihrer politischen Revolution kämpfenden* Klasse entwickelt wird, von derjenigen Sicht derselben Wissenschaft, wie sie von den Philosophen einer *ihre politische Diktatur gegen die Arbeiterklasse verteidigenden* Bourgeoisie formuliert wird? Der historische Wendepunkt, um den es geht, wird klar durch die Julirevolution von 1830 und die europäische Revolution von 1848 definiert.

Natürlich kann die gestellte Frage hier nicht vollständig beantwortet werden. Ich werde mich auf die Charakterisierung einiger mir wichtig erscheinender Umstände beschränken, die vielleicht zum Verständnis „des schrecklichen, in seiner Terminologie noch Hegelschen ersten Teils von Buch I" des ‚Kapital' beizutragen vermögen. Der erste Umstand betrifft den Gebrauch des Wortes „Logik". Bekanntlich ist mit dem Wendepunkt in der objektiven Lage der Bourgeoisie auch das Faktum eingetreten, daß die traditionelle Logik, die Kant noch durch Aristoteles weitgehend vollendet sah, in der Hand von Mathematikern eine revolutionäre Umwälzung erfuhr. Diese Umwälzung, so darf man sagen, ist in den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts (insbesondere mit den Resultaten von Gödel und Church) zu einem relativen Abschluß gebracht worden. Ihr Ergebnis bestimmt heute wesentlich den Gebrauch des Terminus „Logik". Wenngleich auch in der Gegenwart keineswegs ein allgemeinverbindlicher Begriff der Logik gilt, so kann man doch über die Verwendung des Wortes „Logik" feststellen: Sofern wir *logische* Untersuchungen anstellen, versuchen wir, diejenigen Gesetze zu erfassen, die die Bildung von allgemeingültigen Urteilsverbindungen bestimmen. Unter einem Urteil ist dabei ein *bewerteter* Satz zu verstehen, d.h. ein Ausdruck, der seinerseits (im einfachsten Fall) den Wert des Wahren oder des Falschen besitzt. Setzen wir nur singuläre Urteile als Objekte der logischen Verknüpfungsleistung voraus, so betreiben wir die sogenannte Aussagenlogik. Betrachten wir überdies generelle Urteile, so betreiben wir die sogenannte Quantorenlogik. Aussagen- und Quantorenlogik sind die beiden Theorien, die wir heute unter dem Namen „Logik" vorstellen.

Es ist nun von äußerster Wichtigkeit zu bemerken, daß diese Art der logischen Theorie in der klassischen Epoche der bürgerlichen Wissenschaftsauffassung (also von ca. 1600 bis 1830) wesentlich *kein* Gegenstück besitzt. Es handelt sich vielmehr darum, daß das Wissenschaftskonzept dieser Epoche gerade durch den *Ausschluß* solcher Art von theoretischer Leistung charakteri-

45 Ebenda, S. 73

siert ist. Neuerdings hat P. Lorenzen auf diesen Umstand hingewiesen. Er stellt fest, daß „mit dem Beginn der Neuzeit" die „scholastische Logik" trotz der von ihr erreichten Höhe des theoretischen Niveaus „völlig verdrängt" worden ist — und zwar „im Namen einer neuen Wissenschaft".(46) Diese „neue Wissenschaft" ist gerade vom „Typ der sogenannten analytischen Theorie"(47) gewesen. Weiter heißt es bei Lorenzen: „Die analytische Theorie . . . beginnt nicht mit Axiomen . . ., sondern mit gewissen mathematischen Gleichungen, mit sogenannten Differentialgleichungen. . . . Durch analytische Operationen allein von diesen Gleichungen aus" gelangt man zu Ergebnissen, die das Vorliegen bestimmter Phänomene in der Natur behaupten. „Die scholastische Logik erschien. . . der neuzeitlichen Wissenschaft als ein Instrument, das bloß geeignet sei, unfruchtbar mit Worten zu streiten. Nur die mathematischen Operationen, insbesondere die analytischen, erschienen als Operationen einer der Natur angepaßten übermenschlichen Sprache. Das System der Grundgleichungen muß von einem Genius in glücklicher Stunde gefunden sein. Kein Weg der Vernunft führt dahin. . . . Daß der Typ analytischer Theorien, die mit reiner Mathematik allein die Begründungszusammenhänge lieferten, den Typ der axiomatischen Theorien ablöste, das ist der Grund dafür, daß die Neuzeit die formale Logik verdrängte; sie brauchte sie nicht."(48)

Was hier von Lorenzen diagnostiziert wird, ist ein methodologisches Fundamentalereignis, dessen Bedeutung m.E. in der Wissenschaftstheorie bisher ganz ungenügend erfaßt worden ist: Die klassische bürgerliche Wissenschaftsauffassung ersetzt die Logik durch die Mathematik, macht die Mathematik zum Paradigma der wissenschaftlichen Zuverlässigkeit. Dies geht so weit, daß Hobbes die Frage nach der Natur der rationellen Erkenntnis methodologisch präzise und einfach wie folgt beantwortet: „Unter rationeller Erkenntnis . . . verstehe ich Berechnung. Berechnen heißt entweder die Summe von zusammengefügten Dingen finden oder den Rest erkennen, wenn eins vom andern abgezogen wird. Also ist rationelle Erkenntnis dasselbe wie Addieren und Subtrahieren;. . ."(49)

Die methodologische Umwälzung, die sich in diesen Sätzen darstellt, ist heute deshalb noch unbegriffen, weil der theoretische Zusammenhang der Logik mit der Mathematik durchaus unklar ist, weil das philosophische Fundament der Logik ebensowohl wie der Mathematik ein offenes Problem der Forschung ist. Fest steht nur, daß das im Rahmen der spätbürgerlichen Philosophie angebotene Konzept des sogenannten Logizismus (d.h. der Auffassung Freges und Russels, die Mathematik als logische Konsequenz der Logik zu zeigen) definitiv gescheitert ist, daß also der Übergang von der Logik zur Mathematik die Annahme von Voraussetzungen einschließt, die ihrerseits nicht logisch begründbar sind (wenngleich sie natürlich als Prämissen logischen Schließens dienen).

Was haben nun diese wissenschaftshistorischen Feststellungen mit der Interpretation des Marxschen Vorgehens im ‚Kapital' zu tun? Was man auch immer über den Zusammenhang der Logik mit dem mathematischen Erkennen denken möge, liefern sie uns in jedem Fall den Zugang zum Begriff der analytischen Methode! Es handelt sich nämlich darum, daß die analytische Methode (die wir auch kurz „Analytik" nennen werden) in der Gestalt von *Gleichungen* oder

46 P. Lorenzen: Collegium Logicum, in: Methodisches Denken, Frankfurt/M. 1968, S.15.
47 Ebenda, S. 17.
48 Ebenda, S. 18.
49 Th. Hobbes: Lehre vom Körper, deutsche Übers. v. M. Frischeisen-Köhler, Leipzig 1948, S. 6.

Ungleichungen die elementaren Produkte ihrer Anwendung hat. Dies bedeutet insbesondere, daß die Prädikate der Gleichwertigkeit und der Ungleichwertigkeit *analytische* Prädiktate sind, daß also das Vergleichen und Ordnen (nach den von den verglichenen Objekten dargestellten *Werten) analytisches* Handeln ist, daß das *Werten analytische* Bestimmungsleistung ist. Mit anderen Worten: unsere wissenschaftstheoretischen Feststellungen liefern uns einen Zugang zum Begriff der Analytik, der erstens notwendig gebraucht wird, wenn man die Einheit von analytischer und dialektischer Methode im ‚Kapital' verstehen will, und der zweitens die Räsonnements über „Analytizität", wie sie vornehmlich im logischen Positivismus entwickelt worden sind, zunächst einfach zu übergehen gestattet. Wir stellen demgemäß fest: Wenn sich die allgemeine Arbeit in der Feststellung von Gleichungen (bzw. Ungleichungen) vergegenständlicht, so hat sie analytischen Charakter. Insofern Gleichungen in der Naturwissenschaft Ausdrücke für reale Gleichgewichtsverhältnisse sind, die an materiellen Systemen eingestellt werden, ist die gegenständliche Produktion solcher Gleichgewichtsverhältnisse die Erzeugung der Objekte der Analytik.

Was nun die Bestimmung des Begriffs der Hegelschen „Logik" betrifft, so können wir mit den formulierten Voraussetzungen erklären: Hegels ‚Wissenschaft der Logik' ist keine Theorie der Logik, sondern die Theorie der *Genesis der Analytik!* Indem sie dies ist, ist die *Hegelsche* Dialektik die Bestimmung der Entwicklungsgesetze desjenigen „Geistes", der sich als analytische Erkenntnis äußert oder vergegenständlicht. Hegels ‚Wissenschaft der Logik' steht in der Tradition der klassischen bürgerlichen Philosophie, welche als die elementaren Äußerungen der wissenschaftlichen Erkenntnis analytische Sätze oder Urteile unterstellt. Sie steht in dieser Tradition, wobei sie gleichzeitig die Auflösung der Mathematik *als Paradigma* der Wissenschaft überhaupt *im Rahmen dieser Tradition* zum Ausdruck bringt. (Außerhalb des Rahmens dieser Tradition stehen erst Bolzano, Brentano, Trendelenburg, Boole etc.!) Das Problem der methodologischen Dechiffierung der Hegelschen „Logik" ist das Problem des *Übergangs von der Analytik zur Dialektik.* Es empfiehlt sich daher, das Wort „Logik" — mit Blick auf die Aussagen - und Quantorenlogik — bei der Rekonstruktion des methodischen Ansatzes von Hegel vorläufig beiseite zu lassen. Insbesondere ist damit auch der Terminus „logische Struktur des Kapitalbegriffs", der ja doch auf die Bestimmung der Marxschen Methode abzielt, aus dem methodologischen Vokabular auszuscheiden.(50)

Um diesen Vorschlag plausibel zu machen, müssen wir auf den einfachen analytischen Satz „a = a" eingehen, welcher nach mancherlei philosophischen Texten noch immer als ein „logischer" Ausdruck, als eine „logische Wahrheit" angesehen wird. Halten wir fest, daß im Sinne des gegenwärtigen Sprachgebrauchs das Wort „Logik" auf diejenigen Phänomene angewandt wird, die sich bei der *Verknüpfung von Urteilen* einstellen, so kann ein einfacher Satz bzw. ein singuläres Urteil *keinerlei* logische Eigenschaften darstellen. Da er weder einen logischen Operator noch ein logisches Prädikat (das der Implikation oder der Äquivalenz) enthält, so vertritt er gar kein logisches Phänomen. (Die Meinung, daß ein Satz als Produkt einer „logischen Verknüpfung", genannt „Prädikation", zustande komme, welche angeblich gegebene und voneinander unabhängig bestehende Subjekte und Prädikate — auch „Prädikatoren"

50 Natürlich beziehe ich mich auf H. Reichelts Darstellung: Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx, Frankfurt/M. 1970.

genannt — miteinander zu Sätzen verbinde, halte ich für eine Meinung.(51) Nun ist aber der analytische Satz „a = a" ein *einfacher* Ausdruck: Das Zeichen „a" rechts vom Prädikat der Gleichwertigkeit (=) heißt in der traditionellen Grammatik „Dativobjekt", das Zeichen „a" links vom Gleichheitszeichen heißt „Subjekt" des Satzes. Der Satz „a = a" behauptet also, daß der vom Subjekt „a" gekennzeichnete Gegenstand mit dem von Objekt „a" gekennzeichneten Gegenstand gleichwertig sei. (Hierbei ist genau zu beachten, daß die Gleichheit, d. h. die Übereinstimmung nach *einem* Merkmal, von der Identität, d.h. der Übereinstimmung nach *allen* Merkmalen, verschieden ist!) Das Objekt „a" ist in diesem Zusammenhang, als Bestandteil des Prädikatverbands, Kennzeichen eines Gegenstands von bestimmter Art (Eigenschaft); das Subjekt dagegen ist Kennzeichen eines Gegenstands, dessen Art nach der Aussage des Satzes „a = a" mit der Art des vom Objekt bezeichneten Gegenstands übereinstimmt. Die vom Objekt „a" einerseits und vom Subjekt „a" andererseits bezeichneten Gegenstände sind mithin verschieden und als gleich*wertig* nach der Art (bzw. Gattung) festgestellt, die der vom Objekt bezeichnete Gegenstand bei der Realisation der Vergleichsleistung voraussetzungsgemäß repräsentiert! Die Abstraktion liefert dann die Feststellung, daß die *beiden* Gegenstände *denselben* Wert darstellen (der bereits durch den vom Objekt bezeichneten Gegenstand als repräsentiert gilt!). Das Produkt dieser Abstraktion nennen wir die „analytische Identität". Sie sei dargestellt durch den Ausdruck: $[a] \equiv [a]$, worin die Klammer [. . .] auch als „der Wert von . . ." zu lesen ist und das Zeichen = das Prädikat „ist identisch" ersetzt. Der Abstraktionsschritt unterstellt damit die Geltung des analytischen Konditionals: $a = a \rightarrow [a] \equiv [a]$ (worin „$\rightarrow$" die Verknüpfung „wenn . . ., so . . ." ersetzt). Die Abstraktion ist also der Übergang von der Gleichheit zur Identität.

Will man von der analytischen Behauptung „a = a" zu einer logischen Behauptung gelangen, so muß man das (logische) Urteil „$a = a \rightleftarrows a = a$" formulieren, worin das Prädikat nunmehr „ist logisch äquivalent" (abgekürzt durch „$\rightleftarrows$") ist, während Subjekt und Objekt des logischen Satzes ihrerseits analytische Sätze bezeichnen. Auf diese Weise wird exemplarisch vorgeführt, daß die *analytische* Behauptung der Gültigkeit von „a = a" strikt von der *logischen* Behauptung der Gültigkeit von „$a = a \rightleftarrows a = a$" zu unterscheiden, daß mithin die Analytik von der Logik scharf zu unterscheiden ist. Auf der ständigen Verwechslung beider basiert unter anderem die Unklarheit bezüglich der Frage, welche Art von „Logik" uns denn nun mit der Hegelschen „Wissenschaft der Logik" gegeben sei.

W.v.O. Quine hat das hier zur Debatte stehende Problem mit Bezug auf die Gegenstände der Logik einerseits und der Mathematik andererseits recht deutlich zur Sprache gebracht. Er stellt nämlich fest: „. . . in der Logik sprechen wir über Sätze und ihre Beziehungen untereinander, besonders über die Implikation; in der Mathematik dagegen sprechen wir über abstrakte nicht-sprachliche Dinge

51 Die konstruktivistische Deutung der Prädikation basiert auf der Annahme, daß man unabhängig von Sätzen bereits Satzglieder kenne. Die Erlanger nennen diese Pseudosatzglieder „Eigennamen" und „Kennzeichnungen" (d.h. Subjekte) sowie „Prädikatoren" (d.h. Prädikate). Abgesehen davon, daß ein Lorenzenscher Prädikator tatsächlich kein Prädikat, sondern eine Prädikatergänzung ist, haben die Konstruktivisten noch das Mysterium aufzulösen, wie man Satzglieder ohne Sätze kennen kann. Was ist das Verbum „schwimmen", ein Prädikator oder nicht? Zum Zwecke der Klärung dieses Problems bietet sich der Satz „Schwimmen ist gesund" bestens an.

wie Zahlen und Funktionen und ähnliches. (52)
Er meint dann weiter, daß dieser Gegensatz „zum Teil irreführend" sei, weil die logischen Wahrheiten „nicht von Sätzen" handeln: „Sie können von irgend etwas handeln; das hängt davon ab, welche Sätze wir an die Leerstellen ‚p' und ‚q' setzen." Diese merkwürdige Argumentation basiert auf dem *philosophischen* Unverständnis der Abstraktion (i.e. der Wertbildung), d.h. auf der Verkennung des Umstands, daß die logischen Wahrheiten eben nur und nur dadurch *real* sind, daß sie durch Urteilsverbindungen *repräsentiert* (modelliert) werden (Quine würde sagen: durch Satzverknüpfungen). Nichtsdestoweniger hält Quine aber fest: „Es ist allerdings richtig, daß sich die mathematischen Wahrheiten explizit mit abstrakten nicht-sprachlichen Dingen befassen, . . .; die logischen Wahrheiten dagegen, . . ., haben nicht solche Entitäten zum spezifischen Gegenstand." (53) Diese Ansicht darf man aufgreifen und überdies folgendes feststellen: Wir werden dem griechischen Terminus „logos" keine Gewalt antun, wenn wir bemerken, daß ein „logos" ein allgemeingültiges Urteilsverhältnis ist. Wir werden weiter dem griechischen Terminus „arithmos" keine Gewalt antun, wenn wir feststellen, daß ein „arithmos" ein rationales Verhältnis verschiedener Größen derselben Art ist. Mit dieser Interpretation sind „logoi" die Objekte der Logik, „arithmoi" die Objekte der Mathematik. Ein „logos" wird durch die Verknüpfung von *Urteilen* (z.B. Subjunktion der Identität unter die Gleichheit) vorgestellt; ein „arithmos" wird durch die Verknüpfung von *Größen* (z.B. Teilung einer Längenganzheit durch ihre Längeneinheit) repräsentiert. Ein „logos" ist mithin der Wertausdruck des *Verstands*; ein „arithmos" dagegen ist der Wertausdruck der *Realität*. In der Wertbildung haben Logik und Mathematik ihre Einheit, in der *Art* der Werte ihren Unterschied. Und es ist die Aufgabe der Vernunft (der Philosophie), die Genesis der Werte zu erklären — und zwar unabhängig von der Besonderheit der Wert*arten*.

Mit diesen Bemerkungen stehen wir nun genau auf dem Boden der Fragestellung des 1. Kapitels des ‚Kapital': Die Frage nämlich, wie aus der Voraussetzung der Waren die Existenz des Geldes zu erklären sei, ist — in spezieller ökonomischer Fassung — die generelle Frage, wie es zur Abstraktion von Werten kommt. Die ganze sogenannte Schwierigkeit des Verständnisses des 1. Kapitels basiert hier auf dem methodologischen Umstand, daß die spätbürgerliche Wissenschaftstheorie (sowohl in ihrer analytizistischen wie in ihrer konstruktivistischen Fassung) *keine* genetische Theorie der Wertbildung kennt, sondern die Abstraktion rein „technizistisch" faßt. Dies ist auch angesichts des propagierten Dualismus von Fakten und Werten gar nicht anders möglich (auch die Erlanger Schule, obwohl sie Werte rational zu begründen versucht und damit den Ansatz von Kant wiederholen will, steht unter der Herrschaft dieses Dualismus und zwar deswegen, weil sie den Terminus „Wert" nur als Bezeichnung eines *ethischen* Phänomens unterstellt). Im Gegensatz zu diesem Dualismus möchten wir betonen, daß die wohl von jedem Dualisten zweifellos als „Faktenfeststellungen" anerkannten physikalischen Meßaussagen im strengen Sinne stets und immer Wertungen ausdrücken. Wenn ein solcher Faktenfetischist seinen Schreibtisch nach dessen Länge bestimmen will, so verwendet er einen Wertstandard, um nach vollbrachter analytischer Operation (Längenaddition) festzustellen, daß die Länge seines Schreibtisches wertgleich mit der Länge der Verknüpfung von Kopien des Standards ist, die er durch sein analytisches Operieren erzeugt hat. Das analytische Urteil über die Länge l_j seines Schr

52 W.V.O. Quine: Grundzüge der Logik, deutsche Übers. v. D. Siefkes, Frankfurt/M. 1974, S. 23.
53 Ebenda, S. 24.

tisches lautet dann: $l_j = \alpha \cdot l$. Dabei bezeichnet l_0 einen normierten Wert der Einheitslänge und α die Anzahl der erforderlichen Reproduktionen des Standards l_0 zum Zwecke der additiven Verknüpfung, d.h. der Erzeugung eines Maßes für die Länge des Schreibtisches. Es versteht sich dabei, daß das Subjekt „l_j" der fraglichen Meßaussage einen *anderen* Gegenstand bezeichnet als das Objekt „$\alpha \cdot l_0$"; während das Subjekt den *Gegenstand* der Messung bezeichnet, kennzeichnet das Objekt vielmehr das *Mittel der Messung*. Und erst *durch Abstraktion* wird festgestellt, daß der Wert des Gegenstands *derselbe* sei wie der Wert des Mittels!

Nun handelt es sich bekanntlich im 1. Kapitel des ‚Kapital' darum, daß Marx genau über den analytischen Ansatz der Gleichung „1 Quarter Weizen = a Ztr. Eisen" die Existenz der Waren als Tauschwerte feststellt. Die methodologische wesentliche Feststellung von Marx lautet dann: „Was besagt diese Gleichung? Daß ein Gemeinsames von derselben Größe in zwei verschiedenen Dingen existiert, in 1 Quarter Weizen und ebenfalls in a Ztr. Eisen."(54) In der ersten Auflage des ‚Kapital' heißt die Antwort: „Daß *derselbe Wert* in *zwei verschiedenen Dingen*, in 1 Qrtr. Weizen und ebenfalls in a Ztr. Eisen existiert."(55) Marx deutet also eine gültige Gleichung als den Ausdruck der Existenz eines Allgemeinen, das — als das gemeinsame Dritte — in den beiden einander nach der Art des vom Satzobjekt bezeichneten Gegenstands gleichwertigen Dingen enthalten ist.

Die erste Bedingung zum Verständnis dieses Ansatzes besteht darin zu bemerken, daß Marx die „einfache, einzelne oder zufällige Wertform", die wir symbolisch kurz durch „a = b" angeben wollen, nicht im Sinne des (mathematischen) *Relations*begriffs versteht, sondern im Sinne der gewöhnlichen *grammatischen* Satzauffassung, also der bekannten Subjekt-Prädikat-Gliederung des einfachen sprachlichen Ausdrucks. Was bedeutet dieser scheinbar nebensächliche Unterschied? Betrachten wir „a = b" als Ausdruck für eine Äquivalenzrelation (geschrieben zu „= (a,b)"), so bezeichnen „a" und „b" grundsätzlich gleichartige „Dinge", nämlich bestimmte *Individuen* (die von den Konstruktivisten auch „konkrete Einzeldinge" genannt werden, von den Szientisten oder Analytizisten auch „Elemente einer gegebenen Grundklasse"). Betrachten wir dagegen „a = b" als grammatisch bestimmten Satz, so sind „a" und „b" Zeichen, die ganz verschiedene syntaktische Kategorien realisieren: „a" ist Satz*subjekt*, „b" ist Satz*objekt* im Rahmen des Prädikatverbands! (Der Prädikatverband ist das Satzglied „= b".) Die relationale Auffassung des Satzes „a = b" basiert also auf einer stillschweigenden Identifikation dessen, was *Subjekt* einerseits und *Objekt* andererseits bezeichnen. Damit der Leser diese wichtige Feststellung deutlicher erfassen möge, formulieren wir beide Auffassungen umgangssprachlich ausführlich. (1) Relationale Deutung des Ausdrucks „a = b": Das Individuenpaar (a,b) ist gleichwertig. (2) Grammatische Deutung des Ausdrucks „a = b": Der Gegenstand a ist dem Gegenstand b gleichwertig. Man bemerkt so wohl deutlich, daß in der grammatischen Auffassung vom Gleichwertigsein mit dem Gegenstand b die Rede ist, nicht aber vom Gleichwertigsein mit dem Gegenstande a! Die grammatische Auffassung garantiert uns mithin, die wesentliche Verschiedenheit zwischen dem vom Subjekt und dem vom Objekt bezeichneten Gegenstand anzugeben. Während das Subjekt einen artbestimmten *Gegenstand* benennt (ökonomisch einen Gebrauchswert), bezeichnet das Objekt einen Gegenstand, der in dieser Wertform

54 K. Marx: Das Kapital, Erster Band, Berlin 1953, S. 41.
55 Marx-Engels: Studienausgabe 2, hrsg. v. I. Fetscher, Frankfurt/M. 1966, S. 217.

als *Mittel* des Wertausdrucks fungiert. Dieser dialektisch entscheidende Unterschied zwischen Gegenstand und Mittel verschwindet in der relationalen Auffassung der Gleichung „a = b". (Philosophisch gesprochen: die relationale Auffassung betrachtet Gegenstände und Mittel ununterschieden als „Dinge" oder „Objekte".)

Mit diesen Bemerkungen kommt uns auch das in die Hände, was Hegel in seiner ‚Wissenschaft der Logik' die „Reflexion" genannt hat. Die sprachliche Erscheinungsweise der Reflexion ist der grammatisch aufgefaßte Gleichheitsausdruck: Es wird der vom Subjekt bezeichnete Gegenstand nach seinem Wesen (d.i. nach seiner Gattung) durch den vom Objekt bezeichneten Gegenstand reflektiert bzw. widerspiegelt. Was also in der Grammatik „Objekt" heißt, das benennt einen Spiegel, ein Bild, ein Vergleichsmittel in der Realität!

Die Durchsetzung der relationalen Auffassung des Gleichheitsausdrucks ist ein Produkt der Verbindung der Logik mit der Mathematik in der zweiten Hälfte des 19.Jahrhunderts. Da die mathematischen Logiker verständlicherweise mathematische Gleichungen als die sie interessierenden Gleichheitsausdrücke voraussetzen, so können sie den für Marx (und Hegel) wesentlichen Unterschied zwischen dem Subjekt und dem Objekt eines empirischen Gleichheitsausdruck gar nicht bemerken. Denn auf *beiden* Seiten einer mathematischen Gleichung werden mathematische Werte bezeichnet; was Marx den „Gebrauchswert" nennt, kommt in der Mathematik gar nicht vor! So ist mit Bezug auf den Umstand, daß Subjekte wie Objekte in mathematischen Gleichungen Wertzeichen sind, die Identifikation der beiden Kategorien wohl verständlich. Nicht verständlich ist, wenn der logische Positivismus diesen Sprachgebrauch der Mathematik ohne jegliche philosophische Reflexion auf die Umgangssprache überträgt, uns also weismachen will, daß z.B. der Satz „Fritz gibt Otto ein Bier" verständigerweise der Relationsausdruck „gibt (Fritz, Otto, ein Bier)" sei.

Wir müssen allerdings bemerken, daß auch in der Mathematik die Dinge nicht so einfach liegen. Zwar sind etwa im berühmten Satz Kants, 7 + 5 = 12, die Ziffern „7", „5" und „12" Wertzeichen der Arithmetik, aber im Subjekt „7 + 5" tritt neben diesen Wertzeichen auch noch das Operationszeichn „+", auf, das im Objekt des Satzes fehlt. Somit kennt auch die Mathematik den Unterschied des Subjekts zum Objekt. Der Analytizismus beseitigt ihn — im Sinne von Leibniz — dadurch, daß er den Term „7 + 5" vom Standpunkt der abgeschlossenen, vollzogenen Operation als einen Namen betrachtet, der denselben Wert bezeichnet wie der einfache Name „12". Dagegen protestiert Kant, indem er sich auf den Standpunkt stellt, die fragliche Operation gerade als nicht vollzogen, als gestellte Aufgabe zu betrachten (womit er zum Ahnherrn des modernen Konstruktivismus wird).

Wir halten fest: Der methodologische Kernpunkt der einfachen Wertform besteht in dem Umstand, vermittels der Ausnutzung der Verschiedenheit der Satzglieder mit „a = b" auszudrücken, daß der Gebrauchswert a seinen Tauschwert in der Ware b vorstellt. Wir bemerken noch, daß Marx die *Geltung* der einfachen Wertform empirisch einführt, nämlich aus dem effektiven Tauschvorgang gewinnt. Die einfache Wertform „x Ware A = y Ware B" wird als sprachliche Wiedergabe sprachunabhängiger singulärer Tauschakte aufgefaßt. Indem wir dies feststellen, erklären wir zugleich, daß Marx nicht als heimlicher Konstruktivist interpretiert werden kann.(56) Die in der elementaren Wertform ausgedrückte Gleichheit wird durchaus objektiv gefaßt. Diese Objektivität bemerken die Tauschenden spätestens dann, wenn sie auf Grund des Verstoßes gegen die Gleichheit Pleite machen. (Wer dem Werte nach weniger einnimmt als er ausgibt, wir nach endlicher Dauer nicht mehr unter den Tauschenden zu finden sein!) Daß dagegen für den Konstruktivismus die Gleichheit subjektive Geltung hat, artikuliert H. Wohlrapp in seiner Kritik der Meinungen Sohn-Rethels: „Es ist, entgegen einer populären Annahme, nicht etwa durch die Natur der Dinge festgelegt, wann es sinnvoll ist, von zwei Gegenständen als „gleich" zu sprechen."(57) Wohlrapp wird erklären müssen, wieso die populäre Annahme z.B. angesichts der Einstellung eines Gleichgewichts auf der Waage desavouiert wird. Hier passiert ja wohl nicht ernsthaft ein sprachlicher Zugriff! Es sei denn, Wohlrapp ist bereit, die Einstellung von Gleichgewichtsverhältnissen in der Natur als den Ausdruck einer „Sprache der Natur" zu deuten (er würde dann gerade den Schritt von Kant zu Schelling wiederholen).

Die zweite „totale oder entfaltete Wertform" wird nun von Marx als Adjunktion singulärer analytischer Sätze angegeben, die alle gleiche Subjekte, aber verschiedene Objekte haben: a = b v a = c v a = d v . . . Mit dieser entfalteten Wertform wird für denselben Gebrauchswert a festgestellt, daß er sich in den Waren b oder c oder d etc. seinem Tauschwerte nach ausgedrückt, reflektiert, widergespiegelt finde. „Der Wert einer Ware, der Leinwand z.B., ist jetzt ausgedrückt in zahllosen andren Elementen der Warenwelt. Jeder andre Warenkörper wird zum Spiegel des Leinwand*werts*."(58) (Man beachte diese Feststellung auch bezüglich unserer obigen Bemerkungen über die materielle Gegenständlichkeit von Bildern!)

Die dritte oder „allgemeine Wertform" kommt schließlich durch das zustande, was Marx die „Rückbeziehung" oder „Umkehrung" nennt: „Wenn ein Mann seine Leinwand mit vielen andren Waren austauscht und daher *ihren Wert* in einer Reihe von andren Waren *ausdrückt*, so müssen notwendig auch die vielen andren Warenbesitzer ihre Waren mit der Leinwand austauschen und daher *die Werte* ihrer verschiednen Waren in *derselben dritten Ware* ausdrükken, in Leinwand."(59) Die Rückbeziehung oder Umkehrung, die zur allgemeinen Wertform führt, wird offensichtlich durch einen Standpunktwechsel in der Betrachtung der vielen möglichen Tauschakte realisiert: Während in der entfalteten Wertform der Besitzer von a als Verkäufer seiner Ware unterstellt ist und damit diese selbst als singulärer Gebrauchswert einer Vielfalt von Tauschwerten gegenübersteht, erscheint in der allgemeinen Wertform der Besitzer von a nun als Käufer der Waren b, c, d etc. und die Ware a damit als singulärer Tauschwert für eine Gesamtheit von Gebrauchswerten. Unter der Annahme,

56 Eine solche Variante bietet J. Klüver an in: Wissenschaftskritik und sozialistische Praxis, hrsg. v. J. Klüver u.F.O. Wolf, Frankfurt/M. 1973, S. 79. Dort wird programmatisch mit Bezug auf die Mathematik erklärt: „Eine adäquate Interpretation der Mathematik, die auch den Intentionen von Marx gerecht zu werden vermag, muß sich vielmehr an die wissenschaftstheoretische Position des Konstruktivismus halten, die vom Diamat ja auch abgelehnt wird."

57 H. Wohlrapp: „Materialistische Erkenntniskritik?", in: Methodologische Probleme einer normativ-kritischen Gesellschaftstheorie, hrsg. v. J. Mittelstraß, Frankfurt/M. 1975, S. 212.

58 K. Marx, a.a.O., S. 68.

59 Ebenda, S. 70.

daß die Ware a von allen anderen Verkäufern als Ausdrucksmittel (Spiegel) des Werts ihrer Waren akzeptiert wird, stellt sich dann die Konjunktion b = a ∧ c = a ∧ d = a ∧ ... als der analytische Ausdruck der allgemeinen Wertform da. Mit ihr ist der Gebrauchswert a zum Mittel des Wertausdrucks überhaupt geworden, zum „allgemeinen Äquivalent".

In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu bemerken, daß der Übergang von der entfalteten zur allgemeinen Wertform die unbeschränkte Reproduzierbarkeit der Ware a (als Geld) erfordert. Denn natürlich kann eine einzelne Ware a nur in einem einzelnen Tauschakt die Funktion des Wertausdrucks übernehmen, nicht für alle anderen Waren zugleich diese Funktion realisieren. Haben wir jedoch genügend viele Kopien (Replikationen) von a zur Verfügung, so kann der von der allgemeinen Wertform ausgedrückte Sachverhalt verwirklicht werden. Damit tritt beim Übergang von der entfalteten zur allgemeinen Wertform jener Umstand ein, der für die Gleichheitsauffassung des formallogischen und mathematischen Erkennens grundlegend ist, nämlich die Feststellung der Gültigkeit des Ausdrucks „a = a" mit der Bedingung, daß das Satzsubjekt „a" eine Replikation des vom Satzobjekt „a" bezeichneten Gegenstands (Wertdings) ist. Man bemerkt natürlich, daß „a = a" *keine* relative Wertform im Sinne der Marxschen Darstellung ist. Vielmehr handelt es sich darum, daß mit diesem Ausdruck unter der genetischen Voraussetzung der Entwicklung der allgemeinen Wertform nunmehr von der *Existenz* des Wertdings ohne Rücksicht auf seine konkrete Bindung an die Gebrauchsdinge ausgegangen wird.

Nach meiner Meinung haben wir es hier mit dem Drehpunkt des Zusammenhangs der Analytik mit der Dialektik zu tun: Vom dialektischen Ansatz her interessiert uns die Genesis des Wertdings. Dies Interesse wird so befriedigt, daß von der Voraussetzung der *konkreten* Gleichheit ausgegangen wird, d.h. von einer solchen Auffassung des Ausdrucks „a = b", nach der (mit Bezug auf die Welt der Waren) das Subjekt „a" den Gebrauchswert der Ware, das Objekt „b" dagegen den Wert derselben Ware bezeichnet. Die Entwicklung dieses in der einfachen Wertform schon gegebenen Widerspruchs bis hin zur allgemeinen Wertform besteht dann in nichts anderem als in der *äußerlichen* Darstellung eben dieses Widerspruchs, d.h. in dem Ausschluß einer Warenart als Geld von allen anderen Warenarten als Arten von Gebrauchswerten. „Die *allgemeine Aequivalentform* ist eine *Form des Werts* überhaupt. Sie kann also *jeder* Ware zukommen. Andererseits befindet sich eine Ware nur in allgemeiner Aequivalentform . . ., weil und insofern sie *durch alle anderen Waren als Aequivalent ausgeschlossen wird.* Und erst vom Augenblick, *wo diese Ausschließung* sich endgültig auf eine *spezifische* Warenart *beschränkt*, hat die *einheitliche relative* Wertform der Warenwelt *objektive Festigkeit* und *allgemein gesellschaftliche Gültigkeit* gewonnen." (60)

Auf Grund dieser Ausschließung kann nun das rein analytische Erkennen dazu übergehen, den vergegenständlichten Wert selbst zum Objekt seiner Untersuchung zu machen. Damit geht es nicht vom Widerspruch, sondern vielmehr vom ausgeschlossenen Widerspruch, nicht von der konkreten, sondern von der abstrakten Gleichheit aus, d.h. von derjenigen, welche nun die Wertdinge und ihre Kopien untereinander realisieren. Der entscheidende Punkt zum Verständnis dieses wissenschaftstheoretischen Qualitätsumschlags ist der Umstand, daß mit den Wertdingen und ihren Kopien — wie ich sagen möchte — *analytische* Operationen (Addieren, Subtrahieren, . . .) ausführbar sind, die zum technischen Handwerk der allgemeinen Arbeit gehören und der Wertkalkulation dienen. Sofern man dieses Operieren (nicht identisch mit den speziellen Operationen der mathematischen Analysis, die der Bewegungsanalyse dienen) nicht im Blick hat, bleibt der Übergang von der konkreten (dialektischen) zur abstrakten (analytischen) Gleichheitsauffassung unverständlich. Die analytische Verselbständigung des Werts gegenüber dem Gebrauch (Hegel würde sagen: die „Verendlichung" desselben) basiert auf den natürlich von den Interessen der unmittelbaren Produktion unterscheidbaren Interessen der Zirkulation, letzten Endes auf der Notwendigkeit für jedes Gesellschaftssystem, seinen Arbeitsaufwand mit seinem Arbeitsprodukt zu vergleichen.

Die abstrakte Auffassung der Gleichheit a = b besteht im Unterschied zur konkreten darin, daß „a" und „b" nunmehr als Zeichen von Wertdingen allein gelten. Beide Terme sind also nicht mehr Zeichen für *Momente* des Prozesses der Warenbildung, sondern Zeichen für realisierte Wert*dinge*. In der Frage, wie die abstrakte Gleichheit zu bestimmen (definieren) sei, unterscheiden sich die Analytizisten von den Konstruktivisten. Während die ersteren von der Vorstellung ausgehen, daß ein Wertding irgendwie mit einer *Klasse* gleichwertiger Dinge verbunden ist, sehen die Konstruktivisten dasselbe Wertding als ein „konkretes Einzelding" (also das Wertzeichen selbst als einen Gegenstand!). Daher führen die Analytizisten (mit Leibniz als Ahnherrn) die abstrakte Gleichheit vorausgesetzter Klassen a und b auf deren Umfangsgleichheit zurück, während die Konstruktivisten die abstrakte Gleichheit vorausgesetzter Einzeldinge auf die logische Äquivalenz der in einer bestimmten Sprache über sie gemachten Aussagen zurückzuführen. Ganz entsprechend wird dann auch die Abstraktion selbst entweder als Äquivalenzklassenbildung oder als Beschränkung des Aussagens auf Behauptungen verstanden, die gegenüber der unterstellten abstrakten Gleichheit invariant sind. In dem Gegensatz zwischen dem Analytizismus und dem Konstruktivismus (mit Kant als Ahnherrn) hat denn auch die spätbürgerliche Methodologie ihren philosophischen Ausgangspunkt.

Halten wir zum Abschluß fest: Der Sinn „des schrecklichen, in seiner Terminologie noch Hegelschen ersten Teils von Buch I" des ‚Kapital' besteht in der genetischen Erklärung der Erzeugung von Wertdingen. Die Schwierigkeit, diesen Sinn zu verstehen, ist die Schwierigkeit, den Widerspruch zu denken, d.h. die Bewegung zum Gegenstand des Erkennens zu machen. Sie ist zugleich die Schwierigkeit, die philosophischen Voraussetzungen der reinen Analytik adäquat zu erfassen. Dieses Problem wird gewöhnlich dadurch hinwegdisputiert, daß man die analytische Methode mit der wissenschaftlichen überhaupt identifiziert (wie das jüngst etwa Monod mit gallischer Klarheit demonstrierte) und die *Wert*dinge mit dem Mute der metaphysischen Verzweiflung für die *wirklichen* (konkreten) Sachverhalte ausgibt. Es versteht sich, daß solche Verkehrung den Interessen einer Klasse entspricht, deren Individuen wirklich auf der Jagd nach Werten sind.

Es sei noch bemerkt, daß in Hegels Werk, an dem man bei der Suche nach der Weiterbildung der materialistischen Dialektik nicht vorbeikommt, die bourgeoise Verkehrung (die keineswegs schlichte Falschheit ist!) die eigentümliche Wendung nimmt, aus der Voraussetzung von Abstrakta zum Konkreten zu gelangen (etwa vom Sein und vom Nichts zum Werden). Die wirkliche Beziehung ist gerade umgekehrt: Das Konkrete ist die hinreichende Bedingung des Abstrakten, das Abstrakte die notwendige Bedingung des Konkreten! Aber weil dies so ist, beginnt das Verständnis der Dialektik mit dem Verständnis des Konkreten. Und was konkret ist, erfahren wir, indem wir unsere natürliche Umwelt be- und verarbeiten. Die faktische Arbeit selbst ist das gewöhnlichste Konkrete. Sie zu denken (nicht nur ihre Produkte zu genießen oder zu bewerten), ist daher die erste Pflicht des Theoretikers, der es mit der Dialektik ernst meint. Indem er das tut, macht er das Subjekt der Arbeit, die Arbeiterschaft, die Arbeiterklasse,

60 Ebenda, S. 74–75.

zum Ausgangs- und Bezugspunkt seiner Erkenntnis, vereinigt er also die allgemeine Arbeit mit ihrer wirklichen Basis. Und die Verwandlung der Wissenschaft in ein Organ der Arbeiterklasse ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit.

Deutsche Volkszeitung

ein demokratisches Wochenblatt –

unentbehrlich für den kritischen Zeitgenossen

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, Düsseldorf, Oststr. 154, Postfach 5707 – Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei –

JÜRGENS BUCHLADEN

1 Berlin 33, Königin-Luise-Straße 40 • U-Bahn Dahlem-Dorf

Telefon (030) 8313825

NEU

PÄDAGOGIK GESCHICHTE

PSYCHOLOGIE PHILOSOPHIE

POLITIK & GESELLSCHAFT

NEWTONS KREISEL

Zur Frage nach den sozialgeschichtlichen Wurzeln der klassischen Trägheitsmechanik (1)

„Ist die Anschauung der Natur . . . die der griechischen Phantasie und daher der griechischen Mythologie zugrunde liegt, möglich mit self-actors und Eisenbahnen und Lokomotiven und elektrischen Telegraphen? Wo bleibt Vulkan gegen Roberts et Co., Jupiter gegen den Blitzableiter und Hermes gegen den Credit mobilier? Alle Mythologie überwindet und beherrscht und gestaltet die Naturkräfte in der Einbildung und durch die Einbildung; verschwindet also mit der wirklichen Herrschaft über dieselben." . . .

„Aber", so fährt Marx fort, „die Schwierigkeit liegt nicht darin zu verstehn, daß griechische Kunst und Epos an gewisse gesellschaftliche Entwicklungsformen geknüpft sind. Die Schwierigkeit ist, daß sie uns noch Kunstgenuß gewähren und in gewisser Beziehung als Norm und unerreichbare Muster gelten." (2)

Die Schwierigkeit mit der Geltung einer *ästhetischen* Norm, die der Ausdruck einer vergänglichen Naturanschauung zu erreichen vermag, entsteht in kaum geringerer Weise auch beim Verständnis einer *logischen* Norm: Der *Wahrheitsgehalt* eines vergänglichen Naturbildes ist kaum leichter zu begreifen als seine *Schönheit*, die in ihm enthaltene *Erkenntnis*, kaum leichter als der aus ihm zu gewinnende *Genuß*. Der anhaltende akademische Streit darüber, wie man die Wahrheit vergänglicher Weltbilder und Wissenschaften erklären kann, deutet sachlich genau auf eine solche Schwierigkeit. Der ernsteste Teil dieses Streits spielt sich nämlich zwischen Parteien ab, von denen die eine vor allem um die *Reduktion* wissenschaftlicher Theoriebildung auf gesellschaftliche Entwicklungsformen schließt, die andere um die *Normierung* des Wissenschaftsbegriffs oder des Begriffs wissenschaftlicher Wahrheit bemüht ist. Die eine Seite begibt sich in die Gefahr des Wahrheitsrelativismus. Die andere muß sich den Vorwurf gefallen lassen, irgendeinen gegenwärtigen Wissenschaftstypus willkürlich zum normativen Vorbild erheben zu müssen und dieses bestenfalls formalistisch auf die Geschichte oder das bis dato entwickelte Gesamtsystem der Wissenschaft anzuwenden.

Was immer man heute als wissenschaftliche Arbeit oder Theorie gelten läßt und gegenüber allem Unwissenschaftlichen aussondern möchte, dürfte von einer Menge historisch zu erklärender Voraussetzungen abhängen. Die Geschichte der Weltbilder und Wissenschaften scheint selbst ein Normierungs- und Selektionsprozeß zu sein. Bestehen aber geltende Normen zu Unrecht schon deshalb, weil sie historisch *bedingt* sind? Machen wir nicht auch dann schon notwendig Gebrauch von ihnen, wenn wir den einen Teil vergangener, d.h. überholter und veralteter Theorien zur Geschichte der *Wissenschaft* zählen, den anderen zur Geschichte der Pseudowissenschaften, der Kuriositäten, des individuellen und gesellschaftlichen Wahnsinns etc.?

1 Der vorliegenden Fallstudie liegt die abgewandelte Fassung eines Vortrags zugrunde, den ich im Dezember 1975 an der Technischen Universität in West-Berlin gehalten habe. Inzwischen ist die Arbeit eines anderen Autors zum gleichen Thema, aber mit anderen Voraussetzungen und Ergebnissen, erschienen: Alfred Sohn-Rethel: „Das Geld, die bare Münze des Apriori", in: Beiträge zur Kritik des Geldes, Frankfurt/M. 1976, S. 35–177. Vergleiche und Kritik möchte ich, wenn er es für lohnend hält, dem Leser überlassen.

2 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 30/31

Die Einsicht in die historische Bedingtheit einer wissenschaftlichen Theorie durch gesellschaftliche Entwicklungsformen schließt die Anerkennung ihrer Normativität und ihres Wahrheitsanspruchs nicht aus. Man könnte sogar fragen, ob und aufgrund welcher Tatsachen diese Bedingtheit einer Theorie die allgemeine Anerkennung ihres Wahrheitsanspruchs erst ermöglicht. Ich möchte diese Fragen an den Anfängen der modernen Wissenschaft erläutern, die man gewöhnlich mit den Anfängen der neuzeitlichen Mechanik in Zusammenhang bringt.

I. Über die Bedingtheit der Grundlagen der modernen Mechanik

Die Modernität der neuzeitlichen Mechanik gegenüber allen anderen wissenschaftlich-theoretischen Disziplinen, die bis ins 17. Jahrhundert überhaupt einer Axiomatisierung, d.h. einer logischen Zurückführung aller ihrer Lehrsätze auf ein System von wenigen Grundsätzen (Axiomen) fähig waren, — vor allem also gegenüber antiker Geometrie und Statik — zeigt sich meines Erachtens im innersten Kern ihres theoretischen Gehalts. Die drei Axiome, die Isaac Newton „die Bewegungsgesetze" nannte, auf welche er um das Jahr 1686 zum ersten Mal das ganze bis dahin entwickelte Lehrgebäude der theoretischen Mechanik zurückgeführt hat, sind vielleicht nicht weniger anschaulich als die geometrischen Axiome der „Elemente" Euklids oder die statischen Gesetze des Archimedes. Jedenfalls kann man sich die räumlichen Körperbewegungen, von denen da die Rede ist, noch ebenso gut anschaulich vorstellen: Selbst jene „gleichförmig geradlinie Bewegung", die jeder nichtruhende Körper (gemäß dem ersten Axiom) ausführen soll, wenn er allen äußeren Einflüssen entzogen ist, erscheint in gewisser Weise vorstellbar, auch wenn in der Naturwirklichkeit kein einziges Stäubchen, kein einziger Stern diesem Zustand jemals ausgesetzt gewesen ist oder sein wird. Einem nicht ganz phantasielosen Anschauungsvermögen ist so etwas kaum weniger zugänglich als die Vorstellung zweier Längen, die einer dritten gleich sind, oder die Vorstellung zweier starrer Körper, die, an gleichlangen Hebelarmen hängend, sich die Waage halten.

Zum Verständnis und erst recht zur Annahme der Newtonschen Axiome gehört nun aber dennoch sehr viel mehr als ein gewöhnliches Anschauungs- oder Vorstellungsvermögen. Euklid scheint noch einen Leser vorausgesetzt zu haben, der gewissermaßen von Natur oder von Haus aus sich alle Längenverhältnisse immer nur im dreidimensionalen „Euklidischen Raum" (einen Raum, worin Euklids Axiome uneingeschränkt gelten) zu denken vermag. Archimedes hat von seinen Lesern ausdrücklich, der Sache nach aber implizit erwartet, daß sie wenigstens die traditionelle Marktgewohnheiten, die sich auf den Gebrauch der Waage und die Anerkennung eines bestimmten vorwissenschaftlichen Gewichtsmaßsystem (wonach man z.B. zwei Gewichte miteinander addieren darf) beim Kauf und Verkauf beziehen, nicht in Frage stellen. Euklid hatte es sozusagen mit einem Publikum „natürlichen" Menschen zu tun, die jedenfalls naiv genug sind, ihrer natürliche Anschauung zu trauen und zum Beispiel das Parallelenaxiom ohne einschränkende Bedingung evident zu finden. Archimedes' Grundsätze knüpfen an vielleicht weniger „natürliche" Vorstellungen und Überzeugungen eines Leserpublikums an, da solche erst erforderlich zu werden scheinen im Verkehr zwischen Menschen, die den Warentausch unter Anwendung eines Gewichtssteins und einer Waage bereits als allgemeine oder wenigstens verallgemeinerbare Konvention übernommen haben, wie es in den antiken Gesellschaften geschehen ist. (Das altrömische Recht definierte die Begriffe von Kauf und Verkauf noch als einen durch „Erz und Waage" vermittelten Akt. Archimedes' Axiome gelten für ein Publikum von Käufern und Verkäufern.

Nach traditioneller Auffassung enthalten Axiome *evidente* Wahrheiten: sie sind einer Begründung weder bedürftig, noch fähig, sie müssen allein deshalb allgemein anerkannt werden, weil sie wahr sind, aus keinem anderen Grund. Euklid und Archimedes, die beide Anhänger dieser Auffassung waren, machten die Frage nach den genetischen Voraussetzungen ihrer Evidenzansprüche nicht zum Gegenstand einer eigenen Betrachtung.

Eine eigene genetische Betrachtung seiner Axiome darf man freilich auch von Newton nicht erwarten, der von der Wahrheit seiner Bewegungsgesetze schlicht überzeugt war. Seltsamerweise aber hielt er diese, als er sie in seinem mechanischen Hauptwerk 1686/67 veröffentlichten „Philosophiae naturalis principia mathematica"(3) zusammenstellte, für nicht so evident, daß er es nicht für nötig gehalten hätte, Erläuterungen hinzuzufügen, die dem Leser zum Verständnis und zur Einsicht erst verhelfen sollen. In diesen Erläuterungen erinnert Newton seinen Leser nicht in erster Linie an gewisse anerkannte Tatsachen des alltäglichen Lebens, vielmehr verweist er ihn auf spezielle Tatsachen*deutungen*, die in der mechanischen Diskussion des 17. Jahrhunderts eine zentrale Rolle gespielt haben und die im engeren Kreise der Fachleute, die an dieser Diskussion teilgenommen haben, nicht mehr bestritten werden. Newton rechnet, so scheint es, nicht mit einer Evidenz für jedermann, wohl aber mit einer Evidenz für das mechanisch gebildete Publikum, das an den Fortschritten von Wissenschaft und Technik vorbehaltlos, wenn nicht aktiv, so doch mit Interesse teilnimmt.

Man sollte den Versuch Newtons, die theoretischen Grundlagen, die er der wissenschaftlichen Mechanik geben wollte, für einen begrenzten Leserkreis evident zu *machen*, allen Versuchen der Wissenschaftshistoriker entgegenzuhalten, die Entstehung dieser Grundlagen und damit die Entstehung der modernen Naturwissenschaft auf deren innere Evidenz zurückzuführen. Newtons Versuch, an eine bestimmte Bildung, sozusagen an die aufgeklärten Vorurteile seiner Zeitgenossen anzuknüpfen, ermöglicht vielmehr denjenigen, die heute die Durchsetzung der modernen Wissenschaft verstehen wollen, zu untersuchen, von welchen historisch gewachsenen Voraussetzungen eigentlich das Evident*erscheinen* der Grundgesetze der klassischen Mechanik abgehangen hat.

II. Vorformen des klassischen Trägheitsprinzips

Ich betrachte hier nur das fundamentalste dieser mechanischen Gesetze, das sogenannte Trägheitsprinzip, Newtons erstes Axiom oder „erstes Bewegungsgesetz".

Was besagt das Trägheitsgesetz?

Bevor ich es im ursprünglichen Wortlaut Newtons zitiere, hier zunächst eine negative Beschreibung des gleichen Sachverhalts: Jeder Ruhezustand und jede Bewegung, sofern sie nur geradlinig und ohne Beschleunigung oder Verlangsamung verläuft, ist ursachlos und hört nicht von selber auf.

So grundlegend das Trägheitsgesetz bis heute für die Mechanik ist, so wenig ist es unmittelbar empirisch überprüfbar. Reine Trägheitszustände, die ihm ge-

3 Ich zitiere im folgenden nach der Ausgabe: Isaaci Newtoni: Opera quae exstant omnia, Vol. 2, London 1779 (im folgenden zitiert als „Principia"), und ziehe zur Übersetzung die deutsche Ausgabe: Isaac Newton: Mathematische Prinzipien der Naturlehre, hrsg. von J.Ph. Wolfers, Berlin 1872 (im folgenden zitiert als „Mathematische Prinzipien"), heran.

horchen, kann man nicht einmal künstlich herstellen, da man bewegliche Dinge nicht jedem äußeren Einfluß, jeder Einwirkung äußerer Kräfte entziehen kann. Schon durch seine eigene Schwere wird jeder Körper am Verharren im Trägheitszustand gehindert. Man kann dennoch das Trägheitsprinzip, seitdem es einmal aufgestellt worden ist, als empirisch bewährt ansehen, da es bis heute nicht im ernstlichen Widerspruch mit irgendeiner physikalischen Erfahrung oder mit einem empirisch direkt überprüfbaren Gesetz liegt.

Wenn die Bewährung des ersten mechanischen Axioms sich nur indirekt über jahrhundertelange, methodisch geleitete Erfahrung und nur auf der Grundlage der Verfügung über bereits systematisch erprobtes Wissen gewinnen läßt, so war auch die Entdeckung und Durchsetzung dieses Gesetzes nicht aus unmittelbarer sinnlicher Erfahrung möglich. Auf dieser Tatsache beruht die Schwierigkeit, die Entstehung des Trägheitsaxioms zu erklären.

Untrügliche Alltagsevidenz kommt dem Gesetz aber auch aus anderen Gründen, etwa aufgrund seiner vermeintlichen Einfachheit, nicht zu. Dagegen spricht schon die historische Tatsache, daß mehr als 2000 Jahre lang die Naturphilosophen und mechanischen Theoretiker ganz anderen Bewegungsauffassungen anhingen. Der aristotelisch-scholastischen Physik liegt ein Prinzip zugrunde, wonach „alles, was bewegt wird *von etwas* bewegt wird." (4) Diesem Prinzip wurden selbst solche Bewegungen unterworfen, die, wie etwa der Wurf, dem Anschein nach nicht in jedem Augenblick einen äußeren Beweger voraussetzten. Beim Wurf wurde dem Luftmedium eine aktiv bewegende Rolle zugeschrieben. Die auf Platon, den Lehrer des Aristoteles, zurückgehende Tradition der sogenannten Antiperistasis-Theorie (5) ist dieser aristotelischen „Medientheorie" verwandt.

Der Gedanke einer ursachlosen, ruhegleichen Bewegung ist ihr ebenfalls fremd. Selbst die antiplatonische und antiaristotelische sogenannte Impetus-Wurftheorie, die in der Deutung der Wurfbewegung als einzige der vorklassischen Bewegungslehren nicht dem Medium die Rolle des Bewegers zuschreibt, weiß noch nichts von der Trägheit bewegter Körper. (6) Sie führt wie Aristoteles, den sie kritisiert, alle Bewegung auf das Wirken einer unabhängigen Ursache zurück, nur daß sie die Ursache als etwas betrachtet, das von einem äußeren Beweger auf das bewegte Ding *übertragen* werden kann. Dieses Etwas heißt in der Sprache der Impetustheorie „vis impressa", eingedrückte Kraft.

4 Vgl. Aristoteles: Physik, Buch 7, Kap. 1, 241 b 24 ff., sowie die auf diese Stelle sich beziehenden mittelalterlichenden Kommentare.

5 Vgl. Platon: Timaios 79 e – 80 a
Die Antiperistasis-Theorie besagt folgendes: Beim Wurf bewegt sich der geworfene Körper nach Verlassen der werfenden Hand weiter, weil die vom Wurfgegenstand verdrängte Luft stetig ihren Platz mit diesem tauscht und ihn so weiterdrängt. – Aristoteles, der dieser Theorie Platons widerspricht, meint, daß nicht erst vom Wurfgegenstand, sondern schon von der werfenden Hand das Luftmedium mitbewegt wird. Diese Bewegung der Luft pflanze sich stetig von Luftschicht zu Luftschicht fort und trage den geworfenen Körper weiter.

6 Der Ausdruck „Impetustheorie" ist von den Historiographen des 20. Jahrhunderts geprägt worden. Das Neue an ihr ist die Verwendung eines eigentümlichen Kraftbegriffs, der von Johannes Buridan im 14. Jahrhundert den Namen „Impetus" erhalten hat. Der Sache nach geht diese Theorie auf einen alexandrischen Gelehrten des 6. Jahrhunderts zurück, Johannes Philoponos. Zur späteren mittelalterlichen Impetuslehre vergleiche Anneliese Maier: Die Impetustheorie der Scholastik, Wien 1940; zur früheren spätantiken Michael Wolff: Fallgesetz und Massebegriff, Berlin 1971.

Seltsamerweise tendieren sogar Wissenschaftshistoriker, die mit diesen Tatsachen der antiken, mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Wissenschaft bestens vertraut sind, zu der Meinung, die klassische Theorie der Trägheits- oder Inertialbewegung habe sich allein wegen ihrer Evidenz gegenüber den älteren Theorien eingestellt und schließlich durchgesetzt. So schreibt, um nur ein prominenteres Beispiel zu nennen, Anneliese Maier in ihrem Buch „Die Vorläufer Galileis im 14. Jahrhundert" (7):

„Es bleibt noch ein letzter Punkt zu klären, nämlich die Frage, aus welchen Beweggründen im 17. Jahrhundert eigentlich die Impetustheorie aufgegeben und durch das Prinzip der Inertialbewegung ersetzt worden ist. Auch hier sind die wirklichen Zusammenhänge oft mißverstanden worden. . . . Diese Wandlung erfolgte . . . aus demselben Grunde, der seinerzeit die Philosophen des 14. Jahrhunderts veranlaßt hatte, an Stelle der aristotelischen Theorie die Impetuslehre zu setzen: Die traditionelle Auffassung genügte nicht mehr, um gewisse neu beachtete Phänomene zu erklären, das heißt, sie leistete nicht mehr, was man vor allem von einer naturphilosophischen Theorie verlangte: salvare apparentia (Phänomene retten). Seltsamerweise war nun aber die Beobachtung, die in erster Linie zu einer Revision der Impetustheorie führte, keine neue Entdeckung, die erst einer experimentierenden und messenden Generation zugänglich gewesen wäre, sondern eine Erfahrungstatsache, die die Scholastik auch schon hätte konstatieren können. Es ist die Feststellung, daß eine Kugel, die auf einer glatten horizontalen Ebene in Bewegung versetzt wird, keineswegs die Tendenz zeigt zur Ruhe zu kommen, sondern im Gegenteil die, sich immer weiter zu bewegen. Es handelt sich hier um einen Sonderfall der Projektionsbewegung, bei dem praktisch alle Widerstände weitgehend ausgeschaltet sind: Die Einwirkung der Schwerkraft fällt weg, denn die Kugel bewegt sich ja auf einer ebenen festen Unterlage, und der Reibungswiderstand der Unterlage kann durch geeignete Wahl des Materials gleichfalls sehr eingeschränkt werden. Es bliebe also nur die inclinatio ad quietem (Tendenz zur Ruhe) des mobile (beweglichen Dings) – und die Erfahrung zeigt eben in diesem Fall, daß diese inclinatio offenbar nicht existiert. Das 14. Jahrhundert hat diese experientia (Erfahrung), die ja eigentlich im täglichen Leben leicht zu machen war, nicht beachtet, hat sie mindestens nicht in Zusammenhang mit der Impetustheorie gebracht: ein Zufall, dem es möglicherweise zuzuschreiben ist, daß die Spätscholastik das Trägheitsprinzip eben noch nicht entdeckt hat."

Anneliese Maier übersieht hier eine (ihr übrigens sonst wohlbekannte) Tatsache, die für alle Vorläufer der Trägheitsmechanik grundlegend ist: „Geradlinige" Bewegungen auf realen horizontalen Flächen wurden nicht als wahrhaft geradlinig angesehen, sondern im selben Maße für scheinbar gehalten, wie die reale Fläche nicht wirklich als eben, sondern als Ausschnitt einer Kugeloberfläche betrachtet wurde. Noch Galilei identifizierte am Anfang des 17. Jahrhunderts in einem seiner vielen Gedankenexperimente die als reibungslos und widerstandsfrei gedachte Bewegung einer Kugel auf einer glatten horizontalen Ebene (von der er, wie später Newton von der Inertialbewegung, annahm, daß sie ins Unendliche sich fortsetzen müßte) mit einer Kreisbahn, weil er sich geradlinige horizontale Bewegungen irdischer Körper nur als Bewegungen auf der Erdoberfläche dachte. (8) Dieser kreisförmige Bewegungszustand hat aber mit vermeintlich evidenten Alltagserfahrungen weniger zu tun als mit Galileis revolutionärer Treue zur neuen Copernicanischen Theorie der Erddrehung, wonach diese, als kreisförmige Bewegung aller Teile des Erdkörpers, unaufhörlich fortdauern sollte. Sowohl der Schöpfer des neuzeitlichen Heliozentrismus Copernicus, als auch Galilei gingen dabei von der Vorstellung einer nicht nachlassenden, dem bewegten irdischen

7 Zweite erweiterte Auflage, Rom 1966, S. 149–152.

Körper und der Erde selbst eingeprägten Kraftursache aus. (9) Sie waren in diesem Sinne beide Anhänger der antiaristotelischen Impetustheorie. Hielt auch sie nur der Zufall von der Entdeckung des Trägheitsgesetztes zurück?

Betrachtet man Newtons Formulierung des Trägheitsprinzips, kann man feststellen, daß sogar er noch in der Vorstellungswelt der Impetustheorie befangen ist. Wenigstens drückt er sich noch in ihrer Terminologie aus. Sehen wir uns an dieser Stelle seine Formulierung im Wortlaut an: „Erstes Gesetz. Jeder Körper beharrt in seinem Zustand der Ruhe oder der gleichförmigen geradlinigen Bewegung, wenn er nicht durch eingedrückte Kräfte gezwungen wird, seinen Zustand zu ändern." (10) „Durch eingedrückte Kräfte" — im ursprünglich lateinischen Text heißt es „a viribus impressis". (11) E.J. Dijksterhuis meint von dieser an die Impetustheorie erinnernden Ausdrucksweise Newtons, sie sei „etymologisch kaum zu verantworten". (12) In der Tat betont Newton in der Erläuterung seiner eigenen Definition der „eingedrückten" Kraft, der vis impressa: „Diese Kraft besteht nur in dem Bestreben (sc. den Zustand eines Körpers zu ändern) und sie verbleibt, nachdem sie dieses ausgeübt hat, nicht im Körper." (13) Sie wird also nach Newtons Auffassung *nicht* eigentlich in den Körper „eingedrückt" oder übertragen, wie es der Ausdruck selbst nahelegt. Das deutet darauf hin, daß Newton nur einen verfestigten Terminus übernimmt, ihn in seinem theoretischen Gehalt aber vollständig umdeutet. Die vis impressa ist für Newton keine Bewegungs*ursache* mehr, sondern eine Kraft, die den Ruhe- oder Bewegungszustand von außen *stört*. Bewegungen als solche bedürfen keiner Ursache, nur Bewegungs-, d.h. Geschwindigkeits- oder Richtungsänderungen; das ist der Inhalt des ersten Axioms.

Was hat Newton zu seiner Umdeutung des impetustheoretischen Kraftbegriffs geführt?

8 „Nach Feststellung eines solchen Prinzips kann man unmittelbar schließen, daß, wo die großen Weltkörper von Natur beweglich sein müssen, ihre Bewegungen unmöglich geradlinig oder anders als kreisförmig sein können; der Grund ist sehr einfach und deutlich: denn was sich geradlinig bewegt, ändert seinen Ort, und wenn es fortfährt, sich zu bewegen, entfernt es sich immer weiter vom Ausgangspunkt und von allen Orten, an denen es nacheinander vorbeikommt. Und wenn es eine solche Bewegung von Natur aus besäße, so wäre es also von Anfang an nicht an seinem natürlichen Ort, und also wären die Teile der Welt nicht in vollkommener Ordnung verteilt . . . . Da außerdem die geradlinige Bewegung ihrer Natur nach unendlich ist . . . kann kein beweglicher Körper von Natur aus das Prinzip besitzen, sich geradlinig dorthin zu bewegen, wohin er unmöglich gelangen kann." Vgl. Galileo Galilei: Dialogo (1632), I. Le Opere di Galileo Galilei, Edizione Nazionale. Vol. 7, Florenz 1968 (Neudruck), S. 43 (und 56).

9 Nicolaus Copernicus: Über die Kreisbewegungen der Weltkörper (De Revolutionibus Orbium Caelestium), Erstes Buch, zweisprachige Ausgabe, hrsg. und eingeleitet von Georg Klaus, Berlin 1959, S. 60 f.
Zu Galileis Festhalten an den traditionellen dynamischen Auffassungen der Impetuslehre vgl. E.J. Dijksterhuis: Die Mechanisierung des Weltbildes, Berlin 1956, S. 391 ff.

10 Mathematische Prinzipien, S. 32.

11 Principia, S. 13.

12 E.J. Dijksterhuis, a.a.O., S. 525.

13 Principia, Definitio IV, S. 2f.; Mathematische Prinzipien, S. 22.

III. Das Problem kreisförmiger Bewegungen in der Mechanik des 17. Jahrhunderts

Betrachten wir Newtons Erläuterung zum ersten Axiom:

„Geschosse verharren in ihrer Bewegung, insofern sie nicht durch den Widerstand der Luft verzögert und durch die Kraft der Schwere von ihrer Richtung abgelenkt werden. Ein Kreisel, dessen Teile vermöge der Kohäsion sich beständig aus der gradlinigen Bewegung entfernen, hört nur insofern auf, sich zu drehen, als der Widerstand der Luft und die Reibung ihn verzögert. Die großen Körper der Planeten und Kometen aber behalten ihre fortschreitende und kreisförmige Bewegung, in weniger widerstehenden Mittel, längere Zeit bei."(14)

Das erste und das letzte der drei Beispiele dieser Erläuterung beziehen sich auf Gegenstände der traditionellen Physik. Newton behauptet hier, daß sowohl gewöhnliche Projektionsbahnen als auch die Umläufe des Sonnensystems sich als modifizierte Trägheitszustände deuten lassen. Kräfte erzeugen nicht die Bewegung der Geschosse, der Planeten und Kometen, sondern nur die Abweichungen dieser Bewegungen von der Form der Gradlinigkeit und Gleichförmigkeit. Newton deutet damit an, daß auf der Basis seines ersten Axioms Galileis Theorie der Wurfparabeln und Keplers Theorie der elliptischen Sonnenumläufe zu einer einheitlichen Theorie zusammengefaßt werden können.(15) Die Geltung des Trägheitsaxioms hängt mit der Geltung dieser beiden kinematischen Theorien zusammen. Keine von beiden macht von sich aus und für sich genommen das Newtonsche Trägheitsaxiom notwendig oder evident. Aber umgekehrt soll das Trägheitsaxiom zur Erklärung beider dienen. Die Tatsache, daß daher die verschiedenen Gesetze der terrestrischen und siderischen Kinematik mit derselben dynamischen Theorie vereinbart werden können, ermöglicht die Anerkennung des Trägheitsgesetzes. Die beiden physikalischen Beispiele der Erläuterung machen deutlich, wie sehr die Anerkennung des Trägheitssatzes bereits wissenschaftliche Theorienbildung, und zugleich das wissenschaftliche Interesse an theorienvereinenden Theorien voraussetzt. Es ist historisch unzutreffend, wenn Newton in der Anmerkung zu seinen drei Bewegungsgesetzen unterstellt, schon sein Vorläufer Galilei sei bei der Auffindung seiner Fall- und Wurfgesetze vom Trägheitssatz ausgegangen.(16) In Wahrheit baute nicht von Anfang an die wissenschaftliche Arbeit der Mechanik des 17. Jahrhunderts auf dem Trägheitssatz auf, sondern umgekehrt wurde durch ihn (gleichsam als Schlußstein) die systematische Verarbeitung ihrer verschiedenartigen Ergebnisse im Rahmen einer einheitlichen dynamischen Theorie erreicht. Das geschah erst mit Newton.

14 Principia, S. 13; Mathematische Prinzipien, S. 32

15 Galileis Theorie, nach der jede Wurfbahn eine parabelförmige Gestalt hat, sagt noch nichts über die mechanischen Kräfte aus, die diese Gestalt erzeugen. Sie gehört deshalb systematisch nicht zur „Dynamik", sondern zum anderen Hauptstück der Mechanik: der „Kinematik". Die Kinematik untersucht nur die räumlichen und zeitlichen Formen der mechanischen Bewegung. Keplers drei Gesetze, die den Sonnensatelliten ellipsenförmige Bahnen und bestimmte regelmäßige Geschwindigkeitsänderungen auf diesen Bahnen zuschreiben, liefern das Gegenstück zu Galileis terrestrischer, d.h. nur auf irdische Bewegungen bezogener Kinematik. Sowohl Galilei als auch sein Zeitgenosse Kepler suchten nach dynamischen Erklärungen ihrer kinematischen Gesetze, aber ohne Erfolg.

16 Principia, S. 21 f. (Scholium); Mathematische Prinzipien, S. 39. Dazu auch Stillman Drake: „Galileo and the Concept of Inertia", in Galileo Studies, Ann Arbor 1970, S. 240 ff. .

Dieser Theoriezusannemhang ist nicht unwichtig für die Beurteilung der historischen Geltungsgründe des ersten Newtonschen Gesetzes. Wenn es nämlich richtig ist, daß der Sache nach weder die Keplersche noch die Galileische Kinematik eine dynamische Erklärung auf der Basis des Trägheitssatzes schon enthalten, sie vielmehr an sich auch eine andere Erklärung zulassen, dann stellt sich die Frage, welches Motiv Newton zur Annahme des Trägheitssatzes zwang. Die Vereinbarkeit war kein hinreichendes Motiv. Vielmehr konkurrierten andere Dynamiken mit der Trägheitsdynamik. Tatsächlich war das sowohl hinsichtlich der dynamischen Erklärung der Wurf- und Stoßbewegungen als auch hinsichtlich derjenigen der Himmelsbewegungen zu Newtons Zeit der Fall. Wenn bei der mechanischen Analyse von Wurf und Stoß sowohl die Schule Galileis (17), als auch diejenige der Cartesianer(18) das Prinzip durchaus anerkennen, wonach Körper den Zustand der Ruhe oder der gleichförmig gradlinigen Bewegung beibehalten, wenn sie nicht von außen daran gehindert werden, so versuchen diese Schulen in der Regel, dieses Prinzip nicht wie Newton als Trägheitsprinzip dem Impetusprinzip entgegenzusetzen, sondern es mit diesem zu vereinbaren: sie deuten die gradlinig gleichförmige Bewegung als Wirkung einer mitgeteilten, freilich beharrlichen Kraft oder umgekehrt diese als Wirkung jener. Die Kraft oder der Impetus wird als Ursache oder Wirkung der gleichförmigen gradlinigen Bewegung betrachtet, während Newton die Kraft nur als Ursache der Bewegungs*änderung*, d.h. der Beschleunigung oder Verlangsamung oder der Richtungsänderung ansieht. In der Anwendung des Trägheitsprinzips auf die Kinematik der Keplerschen Gesetze hatte Newton mit einer noch stärkeren Konkurrenz zu tun. Bis weit ins 18. Jahrhundert hinein hielten ernstzunehmende und bedeutende Physiker am Cartesianischen Wirbelmodell zur Erklärung der Bewegungen des Sonnensystems fest. Selbst so gute Mathematiker wie Huygens(19) und Jean Bernoulli(20) ließen sich auch durch Newtons „Principia" nicht davon abbringen: Sie betrachteten das Sonnensystem als eine in sich zusammenhängende rotierende Masse, in welcher wiederum kleinere Wirbel auftreten. Das Gravitationsphänomen (oder das Schwersein der Körper)

17 Ich denke vor allem an Giovanni Battista Baliani und Evangelista Torricelli.

18 Als wichtigster Schüler Descartes' ist hier Christaan Huygens zu nennen. René Descartes lehrte eine gewisse Vorform des klassischen Trägheitssatzes (vgl. seine „Principia philosophiae" (1644), P. II, § 37), wonach jeder Körper eine Kraft besitzt, in seinem vorigen Zustand zu beharren, also die Ruhe fortzusetzen, wenn er ruht, und in Bewegung zu bleiben, wenn er sich bewegt. Hierbei wird allerdings erstens eine Kraft angenommen, wo nach Newtons erstem Axiom keine eigentliche Kraft nötig ist; zweitens wird bei dem, was nach Descartes ein Bewegungszustand ist, von der Richtung abgesehen und allein auf die Bewegung mit einer bestimmten Geschwindigkeit geachtet, genauer: Dem bewegten Körper soll eine Kraft zukommen, seine Bewegung, wenn er geradeaus zu gehen gehindert wird, rückwärts, seitwärts etc. fortzusetzen, eine Kraft, die den Körper immer in gleicher Geschwindigkeit zu erhalten sucht, gleichgültig, ob es nach der augenblicklichen Richtung oder nach einer anderen geschieht. Dieser Cartesische Kraftbegriff kommt teils der Newtonschen Beharrungskraft (vis inertiae), teils dem klassischen Impulsbegriff nahe, was der Sache nach etwas ganz Verschiedenes ist.

19 Huygens' „Discours de la cause de la pesanteur", worin er seine Wirbeltheorie darlegte und deren Grundgedanken er bereits ein Jahr zuvor bei seinem ersten und letzten Besuch der Royal Society zu London in Newtons Gegenwart vorgetragen hatte, erschien als Anhang zu seinem berühmten „Traité de la lumiere" im Jahre 1690.

entsteht nach ihrer Auffassung aus der zentrifugalen Bewegung einiger Teile der Gesamtmasse, wodurch andere Teile wiederum zum Zentrum des Wirbels gedrückt werden. Das Cartesianische Wirbelmodell deutet alle Bewegungen des Weltsystems als Wirkung von Druck und Stoß und versucht auf diese Weise das Programm mechanistischer Erklärung, das den Wissenschaftsbegriff der Neuzeit so entscheidend geprägt hat, konsequent zu verfolgen. Newtons Anwendung des Trägheitsprinzips auf die Astrophysik hingegen setzt eine andere Deutung der Gravitation voraus, die eigentlich nicht mehr mechanistisch zu nennen ist, weil sie von der Möglichkeit einer fernwirkenden Masseanziehung ausgeht: Die Abweichungen der Planeten und Kometen von gradlinigen gleichförmigen Trägheitsbahnen werden durch das wechselseitige Attraktionsverhältnis zwischen ihrer Masse und der Masse des Zentralkörpers bedingt. Nur die „zentripetale" Kraft, die sich in der Attraktion der Massen äußert, ist nach Newton im eigentlichen Sinne eine (bewegungsändernde) Kraft. Die ihr entgegenwirkende, d.h. zentrifugale Tendenz sich bewegender Massen ist nichts anderes als Trägheit; sie ist nicht Wirkung einer eigentümlichen *Kraft*, wie Huygens meinte.(21) Huygens' Zentrifugalkraft (vis centrifuga) dagegen ist ein spezifisches Epiphänomen kreisförmiger Bewegungen: Sie ist eine bewegungsverursachende, von der Kreisbahn ablenkende Kraft. Ein rotierender Körper zum Beispiel teilt einem zweiten, mitbewegten Körper eine vom Rotationszentrum fortgerichtete Kraft mit. Sie äußert sich darin, daß der zweite Körper vom Zentrum zu entfliehen sucht und auch wirklich dann, wenn er aus der Kreisbahn entlassen wird, sich entfernt und in tangentialer Richtung fortbewegt. Nur eine gleichstarke entgegengesetzte Kraft kann ihn auf der Kreisbahn halten. Die Kreisbewegung ist nach Huygens, anders als für Newton, aber im Einklang mit der Auffassung der Cartesischen Mechanik, Erscheinung eines Gleichgewichts gegeneinander gerichteter Kräfte, die an rotierenden oder kreisförmig bewegten Systemen aufzutreten pflegen. Die Richtungsänderung im Kreis beruht demnach auf dem Ausgleich des Kräftepaars. Sie ist als solche keine Beschleunigung. Für die Cartesianer, also, wie für die gesamte vor-Newtonsche Mechanik, gab es nicht nur eine einzige Form unbeschleunigter Bewegung, die geradlinige, sondern daneben auch kreisförmige. (Richtungsänderung gilt erst auf der Basis des Newtonschen Trägheitsprinzips durchgängig als Beschleunigung.) Für die Cartesianer ist die Kreisbewegung daher nicht Erscheinung einer einzigen Kraft, die beständig einen träge sich bewegenden Körper gleichmäßig beschleunigt. Sie ist nach ihrer Auffassung ein unbeschleunigter Erhaltungszustand besonderer Art. Er beruht nicht auf dem Fehlen oder der Erhaltung von Kräften, sondern auf einem *Ausgleich* entgegengesetzter Kräfte. (22) Huygens hat — übrigens zum Zweck der Konstruktion von Pendeluhren und ihrer dynami-

20 Jean Bernoulli beantwortete fast ein halbes Jahrhundert nach Erscheinen von Newtons Principia die 1730 von der französischen Académie des Sciences erhobene Frage nach der Ursache der Elliptizität der Planetenbahnen noch immer mit Hilfe der Annahme der Cartesischen Wirbel. J. Bernoulli: „Nouvelles pensées sur le système de M. Decartes" (1730), in: Opera omnia (Lausanne und Genf 1742), Bd. 3, S. 142.

21 Im Unterschied zum Begriff der Zentripetalkraft ist daher der Begriff der Zentrifugalkraft kein eigentlicher Grundbegriff in Newtons System, der einer gesonderten Definition bedürfte.

22 Vgl. dazu Richard S. Westfall: „Circular Motion in Seventeenth-Century Mechanics", in: Isis, Bd. 63, 1972, S. 184–189. Die Möglichkeit eines kreisförmigen Beharrungszustands hängt für die Cartesianer mit den in Fußnote 18 genannten Voraussetzungen zusammen.

schen Analyse — den Begriff der Zentrifugalkraft erstmals in seinem „Horologium oscillatorium" von 1673 quantifiziert, indem er deren Größe aus der Wirkung der tangentialen Entfernung vom Kreismittelpunkt geometrisch berechnete. Huygens tat damit historisch den ersten bedeutenden Schritt in eine mathematische Dynamik. Er glaubte allerdings noch nicht, damit so etwas wie „Kreisbeschleunigung" berechenbar gemacht zu haben. Denn nach seiner Auffassung setzt nicht jede Richtungsänderung Beschleunigung voraus. Die Zentrifugalkraft ist ja auch der Sache nach gar keine beschleunigende Kraft; sie verursacht überhaupt keine „Bewegungsänderung" im klassischen Sinne, nur eine Ablenkung von der Kreisbahn, die im klassischen, d.h. Newtonischen Sinne *selbst* nichts anderes als die Bahn eines aus dem Inertialzustand abgelenkten Körpers ist. Huygens' quantitativer Begriff der Zentrifugalkraft enthielt für Newton eigentlich nur das Verdienst, die Größe dessen, was dieser erstmals (23) „Zentrepetalkraft" (vis centripeta) nannte, und somit allgemein die Größe Trägheitszustände verändernder Kräfte bestimmbar zu machen.

Die Frage nach den historischen Geltungsgründen des Trägheitsprinzips läßt sich, so können wir jetzt genauer sagen, in die beiden anderen Fragen überführen, *erstens*, warum die kreisförmige Bewegung in Newtons Mechanik nicht mehr als Beharrungszustand besonderer Art, sondern nur noch als abgewandelte Erscheinung eines einzigen Beharrungsprinzips, des Inertialgesetzes, anerkannt werden konnte; und *zweitens*, warum der eine gradlinige gleichförmige Trägheitszustand als vollkommen ursachlos, d.h. kräftefrei zu denken war.

IV. Die Reduktion kreisförmiger auf gradlinige Trägheitszustände

Die zweite Frage läßt sich auf die erste reduzieren.(24) Die Idee der Kreisbewegung als einer gleichförmig beschleunigten Bewegung, und allgemein die Auffassung der Richtungsänderung als einer Form der Beschleunigung, läßt sich nämlich der Sache nach nicht mehr mit der Vorstellung einer Aufbewahrung der dem kreisförmig bewegten Körper zugeführten beschleunigenden Kraft vereinbaren. Bei geradlinigen Bewegungen konnte ohne Schwierigkeit immer eine innere, dem Körper eingeprägte Kraft als Wirkursache unterstellt werden, die der Summe aller äußeren Kräfte entsprach, deren Wirken den augenblicklichen Bewegungszustand herbeigeführt hat. Das kontinuierliche Wirken einer Zentripetalkraft auf einen Körper dagegen läßt sich nicht mehr vorstellen als Akkumulation innerer Kräfte: In jedem Augenblick ändert der kreisförmig bewegte Körper seine Richtung um denselben Betrag. Wenn jedesmal dieser Betrag auf die äußere Wirkung einer gleichgroßen Zentripetalkraft zurückzuführen ist, können in keinem Augenblick außerdem auch innere Kräfte angenommen werden, die dem Körper durch die Wirkung der Zentripetalkräfte der vergangenen Augenblicke zugeführt worden sind. Der ständige Einfluß von Zentripetalkraft auf einen Körper vergrößert nicht dessen innere Kraft, oder wie Newton in der Definition IV der „Principia"

23 Vgl. zu Newtons Neuschöpfung des Ausdrucks „centripetal force" im Jahre 1679 in bewußter Anlehnung an Huygens' Ausdruck „vis centrifuga" J.W. Herivel: The Background to Newtons ‚Principia', Oxford 1965, S. 257 und 277; sowie R.S. Westfall: Force in Newton's Physics, London – New York 1971, S. 432.

24 Ich folge hier einem Gedanken Westfalls; vgl. Circular Motion etc., a.a.O..

verallgemeinert: „Eine eingeprägte Kraft (vis impressa) ist das gegen einen Körper ausgeübte Bestreben, seinen Zustand zu ändern, entweder den der Ruhe oder den der gleichförmigen geradlinigen Bewegung. Diese Kraft besteht nur in dem Bestreben und sie verbleibt, nachdem sie dieses ausgeübt hat, nicht im Körper."(25) Wenn Richtungsänderung eine Form von Beschleunigung ist, ist Beschleunigung nicht mehr als Erscheinung einer Zunahme innerer Kräfte aufzufassen. Stetige gleichbleibende Beschleunigung im widerstandsfreien Raum ist vielmehr die Einwirkung einer gleichbleibenden äußeren Kraft; unbeschleunigte Bewegung im widerstandsfreien Raum ist Trägheit, zu deren Bestehen es keiner Kräfte bedarf. — Wenn Richtungsänderung eine Form von Beschleunigung ist, und wenn Kräfte Ursachen von Beschleunigung sind, dann wird die Vorstellung zerstört, diese Kräfte könnten im beschleunigten Körper verharren.(26)

Was führt Newton zur Auffassung der Richtungsänderung als einer Form der Beschleunigung? Warum erkennt Newton neben der geradlinigen Trägheit nicht länger die gleichförmige Kreisbewegung als Beharrungszustand eigener Art an?

Im mittleren der drei Beispiele der Erläuterung zum ersten Axiom erwähnt Newton, wie wir sahen, den rotierenden Kreisel. Es handelt sich hier um ein Beispiel nicht aus dem traditionellen Themenbereich der Physik, sondern eher aus dem der praktischen Mechanik oder der Technologie. Kreisel befinden sich ja nicht nur unter den althergebrachten Spielzeugen der Kinder. Sie gehören auch zu den Teilen mechanischer Apparate, den Schwungelementen in Uhren, Mühlen und Maschinen.

Doch was hat der rotierende Kreisel überhaupt in der Erläuterung des ersten Axioms zu suchen? Was hat seine Drehbewegung, sofern sie durch Widerstände oder Reibung nicht verzögert wird, mit dem Trägheitszustand des ersten Axioms zu tun? Daß sie nicht aufhört, spricht doch, so könnte man sagen, eher dafür, daß es neben der geradlinig gleichförmigen Bewegung noch andere Bewegungszustände gibt, in welchen ein Körper zu beharren pflegt. Wie Dijksterhuis meint, scheint das Kreiselbeispiel nichts weiter als ein ungeschickter Mißgriff Newtons zu sein: Es gehöre ganz einfach nicht hierher.(27) Nur, wenn nicht hierher, wohin gehört es dann?

Wenn man in Newtons Axiom den Begriff des Körpers — im Sinne der nach-Newtonischen Punktmechanik(28) — durch den des Massenpunkts ersetzt, scheint das Problem zunächst einmal ganz beseitigt zu sein. Der Massenpunkt eines rotierenden Körpers ruht, denn Punkte drehen sich nicht. Sicherlich aber will Newton in seinem Kreiselbeispiel nicht den Ruhezustand, sondern die ungehemmte, daher unaufhörliche Drehbewegung betrachten.

Ebensowenig wie für die punktmechanische Betrachtungsweise würde das Problem für die moderne Kreiselmechanik bestehen, wonach man den Träg-

25 Principia, S. 2 f.; Mathematische Prinzipien, S. 22.

26 Westfall, Circular Motion etc., a.a.O., S. 188.

27 E.J. Dijksterhuis, a.a.O., S. 523.

28 Während Newton den umgangssprachlichen Ausdruck „Körper" für den physikalischen Begriff der Masse verwendet, vermeidet die neuere Mechanik diese Ausdrucksweise, um bestimmte, vor allem räumliche Merkmale des Begriffs „Körper" vom Begriff „Masse" fernzuhalten. Etwa seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts hat man begonnen, angeregt durch Leibniz und Boscovic, das Verhältnis von Massen im Raum zueinander als Verhältnis von Punkten im Raum zu betrachten.

heitssatz als Erhaltungssatz für den Impuls und die ungehemmte Kreiseldrehung als Erhaltung eines Dreh-Impulses auffassen kann. Hier wird über ein paar mathematischen Gleichungen (die für Newton noch nicht möglich waren) die Beziehung zwischen der Kreiselbewegung und dem ersten Axiom Newtons hergestellt. Aber andererseits wurde dadurch noch kein anschaulicher Zusammenhang zwischen beharrlicher Rotation und beharrlicher gleichförmiger, geradliniger Bewegung hergestellt, auf den es Newton gerade anzukommen scheint und der allein es seinen Lesern berechtigt erscheinen lassen könnte, in beiden Vorgängen die Erscheinung ein und desselben Inertialprinzips zu erblicken.

Worin besteht nach Newton ihrem Wesen nach die Rotation eines Kreisels, , dessen Teile aufgrund ihrer Kohäsion ihre Lage gegen das Ganze des Kreisels nicht verändern, und inwiefern kommt in ihr Trägheit zur Erscheinung?

V. Newtons mechanische Deutung der Kreiseldrehung

Betrachten wir dazu eine Bemerkung, die Newton im Scholium zu den Definitionen seiner „Principia" macht:

„Eine Eigenschaft der Bewegung besteht darin, daß Teile, welche die gegebene Lage gegen das Ganze beibehalten, an der Bewegung des letzteren teilnehmen. Alle Teile rotierender Körper haben nämlich das Bestreben, sich von der Achse der Bewegung zu entfernen, und der Impetus bewegter Körper entspringt aus dem vereinigten Impetus ihrer einzelnen Teile. Wenn daher bewegte Körper sich herumdrehen, so bewegen sich die Teile, welche relativ in den sich drehenden Körpern ruhen."(29)

Mit anderen Worten: Die Drehbewegung eines Kreisels ist Bewegung insofern, als jeder Teil von ihm sich bewegt. Obgleich jeder Teil im Verhältnis zum Ganzen ruht, bewegt er sich in jedem Augenblick zentrifugal, oder vielmehr, das seine relative Lage ja unverändert bleibt, tendiert er zu einer zentrifugalen, d.h. aber für Newton zu einer trägen, geradlinigen gleichförmigen Bewegung. Für diese Tendenz (conatus) gebraucht Newton, wie man sieht, überraschenderweise den alten Ausdruck Impetus. Und er behauptet, daß der Impetus jedes Teils aus dem vereinigten Impetus aller Teile „hervorgehe". Der Impetus der de facto eine kontinuierliche Drehbewegung des Ganzen bewirkt, setzt sich zusammen aus den vielen Impetus jedes Teils, die in jedem Augenblick von neuem zu einer geradlinigen gleichförmigen Bewegung drängen, ohne daß diese jemals verwirklicht würde. Die Kreiseldrehung ist in jedem Augenblick die Summe der virtuell gleichförmigen geradlinigen Bewegungen aller Kreiselteile.

Wie kommt Newton zu dieser eigentümlichen Deutung des Rotationsvorgangs, die des Impetusbegriffs nicht entbehren kann? Offenbar ist er sich bewußt, daß er mit seiner Verwendung des Impetusbegriffs an eine verbreitete Meinung anknüpft. Newton erklärt seine Verwendungsweise dieses Begriffs in der Erläuterung zur Definition III der „Principia":

„Die Trägheit der Materie bewirkt, daß jeder Körper von seinem Zustande der Ruhe oder der Bewegung nur schwer abgebracht wird, weshalb auch dieses der Materie eigentümliche Vermögen mit dem sehr bezeichnenden Namen: vis inertiae (Trägheitskraft) belegt werden könnte. Es übt daher der Körper diese Kraft nur bei der Änderung seines Zustands aus, die durch eine andere ihm eingeprägte Kraft (vis impressa) bewirkt wird, und ersteres wirkt, unter verschiedenen Gesichtspunkten, bald als Widerstand, bald als Impetus Widerstand, insofern der Körper zur Erhaltung seines Zustandes der vis impressa entgegenstrebt; Impetus, insofern er, indem er der Kraft des entgegenstrebenden Hindernisses nur sehr schwer nachgibt, den Zustand des letzteren zu ändern versucht. Der Vulgus schreibt den Widerstand den ruhenden, den Impetus den sich bewegenden Körpern zu; allein Bewegung und Ruhe, wie sie gewöhnlich aufgefaßt werden, unterscheiden sich voneinander durch die Weise der Beziehung, und es ruhen nicht immer diejenigen Körper, welche man gewöhnlich als ruhend ansieht." (30)

Der Begriff der Trägheit wird in diesen Bemerkungen mit dem Impetusbegriff in engen Zusammenhang gebracht. Die Trägheitstendenz ist nichts anderes, so meint Newton, als der Impetus, insofern sie nicht Zustandsänderungen von seiten anderer Körper widersteht, sondern solche Änderungen an anderen Körpern bewirkt. Als Impetus, der solche äußeren mechanischen Veränderungen hervorruft, ist sie für diese anderen Körper eine vis impressa; denn sie wirkt deren Trägheitszustand entgegen. Freilich haben nicht alle vires impressae den Charakter eines Impetus, einer Trägheitstendenz.

Vom Inhalt der traditionellen Impetustheorie ist hier nicht viel übrig geblieben. Allein der Aspekt der Fähigkeit zur aktiven Veränderung ist im Newtonschen Impetusbegriff erhalten geblieben. Und dennoch ist die spezifische Form der Beibehaltung des Impetusbegriffs für Newtons Trägheitsauffassung nicht ohne Bedeutung: ohne ihn ist, wie wir sahen, die Deutung der beharrlichen Drehbewegung als Trägheit im Sinne des ersten Axioms für Newton nicht möglich, und ohne diese Deutung fehlt ein entscheidendes Stück in der Überwindung der vorklassischen Theorie der Kreisbewegung (einschließlich der Cartesianischen) und für die Universalisierung des klassischen Trägheitsprinzips.

VI. Dynamische und arbeitsökonomische Probleme in der praktischen Mechanik vor Erfindung von Antriebsmaschinen

Nun ist die spezifische Form der Beibehaltung des Impetusbegriffs, auch wenn ihr jede empirische Grundlage fehlt, keine bloß willkürliche Konstruktion Newtons. Wäre sie das, hätte sie sich kaum so leicht durchsetzen lassen. Newton konnte, wie wir aus seinem Text erfahren, an „gewöhnliche" Vorstellungen anknüpfen, wenn er Impetus und Trägheit miteinander in Zusammenhang gebracht hat. Newtons Kritik am „Vulgus" beschränkt sich darauf, daß dieser den Impetus den sich bewegenden, den Widerstand den ruhenden Körper zuordne, ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß Ruhe und Bewegung sich nicht immer absolut voneinander unterscheiden lassen. (Bewegung im absoluten Sinne kommt nach Newtons Auffassung, wie er im Scholium zu den Definitionen ausführt, mit Gewißheit nur den sich drehenden Körpern zu, bei denen Zentrifugalkräfte wirksam werden; mithin auch den Kreiseln, deren Drehung Erscheinung einer vereinigten Zentrifugalkraft , d.h. einer vereinigten Trägheitstendenz, eines vereinigten Impetus ist. Der berühmte „Eimerversuch" (31), den Nexton im selben Scholium erwähnt, soll seine Auffassung stützen.)

Fragt man, auf welche „gewöhnlichen" Auffassungen Newton hier zurückgreifen konnte, um kreisförmige auf geradlinige Trägheit reduzieren zu können, darf man nicht allein an die „gehobene" wissenschaftliche oder philosophische Literatur des 17. Jahrhunderts denken. Es existiert in dieser Zeit

29 Principia, S. 9; Mathematische Prinzipien, S. 28.

30 Principia, S. 2; Mathematische Prinzipien, S. 21 f. .

nämlich daneben noch eine ganz andere Gattung von Literatur, in welcher die theoretische Erörterung kreisförmiger Beharrungszustände eine wichtige Rolle spielt: die Literatur der *praktischen* Mechaniker zu Problemen des Maschinenbaus und der mechanischen Arbeitsökonomie, die von den Wissenschaftshistorikern meist zu wenig beachtet wird.

Newton selbst verweist in seinem „Vorwort an den Leser" vom 8. Mai 1686 in seinen „Principia" auf die „praktische Mechanik", indem er mit ihren Aufgaben und Inhalten das Vorhaben der „rationalen Mechanik", und insbesondere seiner eigenen „Mathematischen Prinzipien der Naturlehre", zu vermitteln sucht. Während jene es mit den „Kräften der Hand" zu tun habe, gehe es in dieser um die anziehenden und bewegenden Kräfte der Natur. Es handelt sich nach seiner Meinung aber nicht nur um vollkommen getrennte Gegenstandsbereiche. Er betont vielmehr, daß gerade die systematische Ausführung der Naturphilosophie als mathematische Wissenschaft, die er zu leisten beabsichtigt, für die praktische Mechanik nicht ohne Nutzen ist. Der Mangel an Genauigkeit in den mechanischen Künsten sei nur ein Mangel der mechanischen Künstler an mathematischem Wissen: Nicht nur die Kenntnis der Geometrie, die „ihre Basis in der praktischen Mechanik" habe, sondern auch die Kenntnis der mathematischen Prinzipien der Naturlehre sollen hier weiterhelfen. „Wer nämlich weniger genau zu Werke geht, ist ein unvollkommener Mechaniker; derjenige hingegen, welcher aufs genaueste arbeiten könnte, würde der vollkommenste aller Mechaniker sein."(32) Diese Auffassung Newtons über die Wichtigkeit der Kenntnis der Naturgesetze für die Praxis der Ingenieure und Handwerker berührt sich durchaus mit den Auffassungen, die in den zeitgenössischen Handbüchern zu Fragen des Maschinenbaus von den Ingenieuren selbst vertreten werden. Hier nur wenige Beispiele. Venterus Mandey und James Moxon, zwei praktische Mechaniker, die wie Newton der Royal Society nahestehen, beanspruchen in ihrer 1796 zu London veröffentlichten Theorie der Maschine (mit dem Titel „Mechanick-Powers: or the Mistery of Nature and Art unvail'd") zwar keine strengen Beweise für die von ihnen angenommenen Naturprinzipien zu führen, wohl aber wollen sie aus solchen Prinzipien den „wahren Grund" für die Vermehrung der Kräfte durch Maschinen herleiten.(S. 14) Ähnlich schreibt auch der zu seiner Zeit international berühmte deutsche Ingenieur Jacob Leupold in seinem „Theatrum Machinarum Generale" aus dem Jahre 1724, es sei für einen praktischen Mechanicus erforderlich, „daß er die Regeln und Gesetze der Bewegung, soweit solche zu denen Machinen nöthig sind, wisse" und „daß er verstehe, wie die äußerlichen Kräffte an dieselben zu applicieren" (§ 252) sind.

31 Newtons Experiment besteht darin, das Verhalten des Wassers in einem Eimer, der an einem Faden hängend sich dreht, zu beobachten. Die Wasseroberfläche bleibt eben, solange sich nur der Eimer relativ zur Erde und zum Wasser dreht, das Wasser aber relativ zur Erde ruht. Die Oberfläche krümmt sich erst, wenn das Wasser allmählich sich mitbewegt. Im Aufsteigen des Wassers an den Rändern zeigt sich nach Newton nicht nur die Wirkung der Fliehkräfte, sondern auch ein deutlicher Unterschied zwischen der bloß relativen Kreisbewegung des Wassers und seiner „absoluten" Kreisbewegung. Newton glaubt darin ein Argument zu finden für die Existenz „absoluter" Bewegungen und eines „absoluten" (unkörperlichen) Raums, relativ zu dem „absolute" Bewegungen stattfinden.

32 Principia, S. IX f.; Mathematische Prinzipien, S. 1.

Newton erinnert am Ende des Scholiums zu den Axiomen noch einmal daran, welche Bedeutung seine Bewegungsgesetze für die praktische Mechanik oder den Maschinenbau haben. Er schreibt:

„Die Wirkung und der Gebrauch derselben (sc.der Maschinen) besteht darin, daß wir durch Verminderung der Geschwindigkeit die Kraft vermehren, und umgekehrt, wodurch in geeigneten Instrumenten jeder Art die Aufgabe gelöst wird: eine gegebene Last durch eine gegebene Kraft zu bewegen, oder irgendeinen gegebenen Widerstand durch eine gegebene Kraft zu überwinden. Werden die Maschinen so gebaut, daß die Geschwindigkeit des wirkenden und des widerstehenden Teiles sich indirekt wie die Kräfte verhalten; dann wird die wirkende Kraft dem Widerstand das Gleichgewicht halten, und ist erstere größer, so wird sie den letzteren überwinden. Ist sie so bedeutend größer, daß auch aller derjenige Widerstand überwunden wird, welcher aus der Reibung der zusammenhängenden und übereinandergleitenden Körper, aus der Kohäsion der zusammenhängenden und voneinander zu trennenden Körper und endlich aus den zu hebenden Gewichten zu entspringen pflegt: so wird nach Überwindung jedes Widerstandes die überflüssige Kraft eine ihr selbst proportionale Beschleunigung der Bewegung teils in den Teilen der Maschine, teils im widerstehenden Körper hervorbringen."(33)

In diesen Bemerkungen über das Wesen der Maschinen wird deutlich vom Trägheitsprinzip Gebrauch gemacht: Kräfte, soweit sie nicht durch die entgegengesetzten Wirkungen von Widerständen aller Art aufgehoben werden, bewirken eine *Beschleunigung* der Maschinenbewegung; das heißt, die Maschinenbewegung selbst bedarf an sich keiner Kräfte.

Interessant sind Newtons Bemerkungen auch wegen der deutlichen Kennzeichnung der „Aufgabe" der Maschinen: Begrenzte Kräfte sollen ökonomisch so ausgenutzt werden, daß mit ihnen entweder möglichst große Lasten oder möglichst große Widerstände bewältigt werden können. Auch darin gibt Newton präzise die Meinung der zeitgenössischen Mechaniker wieder. Die „Maschine" des 17. und frühen 18. Jahrhunderts sind ja insofern durchweg noch keine Maschinen im modernen Sinne, als ihnen maschinelle Antriebsquellen fehlen. Sie bestehen bestenfalls, wie die Mühlen, aus Arbeitsmaschinerie und Transmissionsmechanismus. Da sie noch nicht selbst ihre Bewegungskräfte erzeugen können, wie es zum erstenmal in der Geschichte der Produktivkräfte mit der Dampfmaschine des 18. Jahrhunderts möglich wurde, kann ihre ökonomische Leistung nur dadurch vergrößert werden, daß die vorhandenen „natürlichen" Kräfte des Wassers, der Luft, der Tiere und Menschen nach mechanischen Gesetzen sparsam genutzt werden. Das Problem der verlustlosen Reduzierung und optimalen Nutzung „natürlicher" Kräfte ist das Grundproblem der frühkapitalistischen(34) Arbeitsökonomie

33 Principia, S. 28; Mathematische Prinzipien, S. 44.

34 Warum die kapitalistische Produktionsweise, und besonders auch die des Frühkapitalismus, die Anzahl beschäftigter Arbeiter, nicht jedoch deren individuelle Arbeitszeit aus ihren besonderen ökonomischen Gründen in bestimmten Situationen zu senken zwingt, erklärt Marx im „Kapital".
Die Ökonomisierung der Arbeitskräfte wurde in der Literatur des 17. und 18. Jahrhunderts meist durch humanitäre Gesichtspunkte verbrämt. „Die Alten trieben fast alle ihre Maschinen durch Sklaven, deren Unterhalt wenig kostete, und deren Leben und Gesundheit ihnen oft nicht sonderlich teuer war. Diese Anstrengung und Verschwendung der menschlichen Kräfte in der wir es ihnen weder gleich tun können noch wollen, setzte sie in Stand, bei sehr eingeschränkten Kenntnissen der mechanischen Theorie, dennoch erstaunenswürdige Unter-

und das Haupträtsel der praktischen Mechanik des 17. Jahrhunderts. Aufgrund ihrer unzulänglichen dynamischen Kenntnisse wird es von den praktischen Mechanikern selbst meist als Problem der „Kraftvergrößerung" durch Maschinen verstanden. Auch Newton bequemt sich in seiner soeben zitierten Bemerkung dieser Gewohnheit an.

Durch ihre dynamische Fragestellung unterscheidet sich die praktische Mechanik des 17. Jahrhunderts auch von der antiken. Die antike Theorie der Maschinen hat es mit anderen Gegenständen zu tun. Ihre Betrachtung beschränkt sich auf die sogenannten „einfachen Maschinen", d.h. vor allem auf Hebel, Winde, schiefe Ebene, Schraube und Keil. Im Verhältnis zu Mühlen sind sie unter anderem deshalb „einfach", weil ihnen der Transformationsmechanismus fehlt. Dieses Fehlen ist aber seinerseits nur der Ausdruck eines anderen Zwecks: es soll nicht an Kräften ökonomisch gespart werden (durch Anschließen möglichst vieler Arbeitsgänge an eine begrenzte „natürliche" Kraftquelle), vielmehr sollen in den „einfachen Maschinen" technische Mittel gefunden werden, die auf „mechanische" d.h. naturüberlistende, also unnatürliche Weise leisten, was „natürliche" Kräfte, auch wenn man mehrere zusammennimmt, ihrem Wesen nach nicht leisten können. Mechanische Kräfte werden in der antiken Mechanik nur als dingliche Gegenmittel gegen einen als natürlich vorgestellten Ruhezustand betrachtet. Demgegenüber lenkt die praktische Mechanik der Neuzeit ihr Augenmerk vornehmlich auf einen Krafttypus, der erst als Folge eines räumlichen Bewegungsvorgangs aufzutreten vermag. Bewegungen, gleichgültig, ob künstlich erzeugt oder natürlich, werden in der beginnenden Mühlentechnik zum Mittel der Steigerung nutzbarer Kräfte gemacht. Leibniz konnte aus diesem Grund die zeitgenössische Mechanik von der antiken mit folgenden Worten unterscheiden: „Die Alten haben, soweit bekannt, allein eine Wissenschaft der toten Kraft gekannt, und diese ist es, die gemeinhin als Mechanik bezeichnet wird. Sie handelt vom Hebel, der Winde, der schiefen Ebene — zu der Keil und Schraube gehören —, vom Gleichgewicht der flüssigen Körper und ähnlichen Problemen, wobei nur vom Beginn des Gegenstrebens der Körper, nicht von einem Antrieb (impetus), den sie durch ihre Tätigkeit bereits erlangt haben, die Rede ist." (35) Der Impetusbegriff enthält den Begriff einer Kraft als Folge von Bewegung und als solcher eignet er sich zur Kennzeichnung des Unterschieds von antiker und frühneuzeitlicher Maschinentheorie. Obgleich sein historischer Ursprung nicht im Bereich der praktischen Mechanik liegt, sondern auf die mitteralterliche Naturphilosophie zurückgeht, durchdringt er als dynamischer Grundbegriff die Literatur der Technologen und praktischen Mechaniker des 17. Jahrhunderts. Für Mandey und Moxon zum Beispiel ist der Impetus „the most universal Principle in nature" und daher auch das wichtigste Prinzip für die Maschinentheorie.(36)

nehmungen auszuführen. Bei unsern mechanischen Entwürfen hingegen muß immer die möglichste Schonung der menschlichen Kraft eine Hauptabsicht sein." (Johann Samuel Traugott Gehler: Physikalisches Wörterbuch oder Versuch einer Erklärung der vornehmsten Begriffe und Kunstwörter der Naturlehre etc., Zweiter Theil, Leipzig 1789, S. 808.)

35 G.W. Leibniz: „Specimen dynamicum", Teil I (1695), in: Hauptschriften zur Grundlegung der Philisophie, hrsg. von Ernst Cassirer, Bd. 1, dritte Auflage 1966, S. 265.

VII. Das Schwungrad und das Geheimnis scheinbarer Kraftvermehrung

Das wichtigste Problem, das die praktischen Mechaniker des 17. Jahrhunderts angesichts der anschwellenden Transformationsmechanismen der Maschinen zu lösen hatten, war das Problem der Reduktion der daher nicht minder anschwellenden Reibungswiderstände. Die Anwendung des Schwungrads, das in Westeuropa den Mühlenbauern und Uhrmachern seit dem späteren Mittelalter bekannt war,(37) mußte immer mehr verfeinert werden. Die Fragen nach der kraftsparendsten Form, Masse, Lage und Applikation der Räder zwingen zu immer systematischeren dynamischen Berechnungen.

Der Schwungradmechanismus, seine Dynamik und sein Charakter als künstlicher Erhaltungszustand, wird von den praktischen Mechanikern bis ins 18. Jahrhundet hinein ganz auf der Grundlage der traditionellen Impetuslehre gedeutet. Das seltsame Mysterium, wonach ein totes Ding lebendige Kräfte zu erwecken imstande sei, wird auf die Fähigkeit des Impetus zurückgeführt, als vis impressa auf Dinge übertragbar zu sein. Im Schwungrad akkumulierte, als Folge der Bewegung eines Bewegers erscheinende Kraft erlaubt die Einsparung menschlicher und tierischer Arbeitskraft. Nach diesem Erklärungsmodell verfahren noch die Zeitgenossen Newtons, am Ende des 17. Jahrhunderts Mechaniker wie Mandey und Moxon, am Anfang des 18. der Ingenieur Leupold. „Das Schwung-Rad", schreibt Leupold, „ist eine runde Scheibe, oder auch an dessen Stelle ein Circkel, oder auch nur 2, 3 oder 4 Arme mit schwehren Gewichten, also angeordnet, daß solche an einer Machine von der empfangenen Krafft vermögend sey, bey Nachlassung der Krafft, oder wo stärckere Krafft vonnöthen solche empfangene Krafft zur Bewegung mit anzuwenden, und durch aequalen Lauff und Krafft die Machine auch in einem gleichen Lauff und Gange zu erhalten."(38) Die Erhaltung dieses gleichbleibenden Rotationszustandes ist es also nach Leupold, die entweder erlaubt, trotz einer Reduktion antreibender Kräfte die Wirkung durch sukzessive Hinzufügungen von Kraft zu erhöhen.

36 V. Mandey und J. Moxon, a.a.O., S. 20. Die zentrale Bedeutung des Impetusbegriffs für die *praktische* Mechanik ist offensichtlicher als die für die *theoretische* Mechanik des 17. Jahrhunderts. Das liegt aber nicht etwa daran, daß die theoretische Mechanik andere dynamische Grundprinzipien bevorzugt hätte — im Gegenteil behält der Impetusbegriff auch hier seine Bedeutung als dynamischer Grundbegriff bis Newton bei —, sondern nur daran, daß sie, seit Galilei, meist vom Problem der Bestimmung dynamischer Größen, die an mechanischen Bewegungen beteiligt sind, methodisch absieht, um zuerst einmal die kinematischen Gesetze solcher Bewegungen exakt zu bestimmen, in welchen die bewegenden Kräfte zur Erscheinung kommen. In dieser methodischen Abstraktion bestand im wesentlichen der historische Ursprung der *Verselbständigung* der theoretischen gegenüber der praktischen Mechanik als einer mathematischen Wissenschaft von der Natur.

37 Vgl. Lynn White Junior: Die mittelalterliche Technik und der Wandel der Gesellschaft, München 1968, S. 100 f. .

38 Jacob Leupold, a.a.O., S. 61.

Solche Vorstellungen kommen einer Trägheitseinsicht sehr nahe und sind ja sicher auch dem Vorverständnis ähnlich, mit welchem Newton, wie wir sahen, bei der Erläuterung seines Axioms rechnet. Im gleichen sachlichen Zusammenhang, eben bei der Erläuterung der Funktionsweise des Schwungrades, bemüht nun Leupold die Impetuslehre. Wenn die „äußerliche Kraft", die das Schwungrad antreibt oder im gleichen Lauf hält, ein Mensch ist, so gleiche der Stoß, den dieser Mensch über den Hebel einer Kurbel auf das Schwungrad überträgt, dem Wurf, und zwar geschehe das Stoßen auf die Weise, „daß die imprimirte Kraft, gleichwie bey dem Wurff, noch etwas dauret."(39) Diese Bemerkung steht in einer Hinsicht in direktem Widerspruch zur Ansicht Newtons, der in der Erläuterung zur Definition IV der „Principia", die dem Begriff der vis impressa gilt, ausdrücklich schreibt: „Diese eingeprägte Kraft besteht nur in dem gegen einen Körper ausgeübten Bestreben, seinen Zustand zu ändern, und sie verbleibt nicht, nachdem sie dieses ausgeübt hat, im Körper. Dieser verharrt nämlich in jedem neuen Zustand nur vermöge der Kraft der Trägheit. Die vis impressa ist verschiedenen Ursprungs, wie z.B. durch Stoß, Druck, Centripetalkraft."

Newtons vis impressa dauert also nicht an, das heißt der Bewegungszustand eines Schwungrades wäre nach seiner Auffassung nicht einer anhaltenden, aber nachlassenden Wirksamkeit der mitgeteilten Kraft unterworfen und wäre allein zu berechnen aus der Größe eines Impulses und der Größe der Widerstände. Das hatten wir bereits gesehen. Für Leupold ist dagegen, wegen seines Festhaltens an einer bestimmten Voraussetzung der Impetustheorie, die Beeinflussung eines Bewegungszustands eines Schwungrads zu komplex, um sich in der Lage zu fühlen, „eine gewisse Regel zu geben wegen der Schwehre, Größe und gewissern Schnelligkeit solcher Räder", eine Untersuchung, die seiner Ansicht nach zwar „nöthig" wäre, aber „noch zur Zeit muß ausgesetzet bleiben, weil ich noch nicht sehe, wie wegen so vieler Umstände etwas gewisses zu melden sey."(40)

Man sieht an dem Beispiel Leupolds, wie noch eine Weile nach Newtons Veröffentlichung die Technologen an einem physikalisch veralteten vis impressa-Begriff festhalten. Andererseits aber wird durch dieses Beispiel eins deutlich: Newtons Neufassung des vis impressa-Begriffs bedeutet *nur* eine physikalische Abwandlung: der Arbeiter, der das Schwungrad einer Maschine in gleichförmiger Bewegung erhält, hebt vermittels einer vis impressa nach Newton nur die hemmenden Luft- und Reibungswiderstände auf. Nach Leupold leistet er eine geringe, aber unbestimmte Menge an Wirkung mehr. Für ihn ist die Kraft, die der Arbeiter der Maschine während einer bestimmten Zeit einprägt, noch die Quelle der Bewegung, nicht der Bewegungsänderungen, die die Maschine vollzieht; aber daß die Maschine aufgrund der Erhaltung ihres Bewegungszustandes die empfangene Kraft vermehren kann, das setzt diese auch in Leupolds Ansicht zu einer nur noch begleitenden oder subsidiären Bedingung herab. Newtons Auffassung der vis impressa enthält also eine indirekte Korrektur unklarer und ungenauer Vorstellungen in der praktischen Mechanik. Der mit dem Anwachsen des Maschinenkörpers immer marginaler werdende Charakter, den die Technologen und Ingenieure menschlichen und anderen Antriebskräften zusprechen, ist Newton noch nicht marginal genug.

Die wichtigste wissenschaftsgeschichtliche Bedeutung der Anwendung des Impetusmodells auf die Kreiselbewegung, wie wir sie in der praktischen Me-

39 Ebenda, S. 92.

40 Ebenda, S. 62 f.

chanik der Newton-Zeit finden, dürfte darin liegen, daß in ihr bereits die theoretische Reduktion der Rotationszustände auf geradlinige Bewegungszustände vorbereitet worden ist: *Derselbe* Impetus, der im Wurf ein Verharren in geradliniger Bewegung erzeugt, ist es, der ein Rad in kreisförmiger Bewegung zu erhalten vermag.

VIII. Über den Ursprung der Idee, das geradlinige Trägheitsprinzip in der Erklärung der Planetenbewegung anzuwenden

Das Postulat eines einzigen universellen Beharrungsprinzips, die Reduktion der zirkulären auf die geradlinige Trägheitstendenz, war eine fundamentale Voraussetzung für die Konzeptualisierung des Gesetzes der allgemeinen Gravitation und damit für das wichtigste Element der Kosmologie der klassischen Physik: Wenn alle bewegten Weltkörper an sich geradlinig fortzuschreiten tendieren, dann sind die Biegungen ihrer Bahnen um Zentralkörper auf Zentripetalkräfte oder, was dasselbe ist, auf Attraktionen der Zentralkörper zurückzuführen. Es mußte sich von dieser Voraussetzung aus die Frage erheben, inwiefern die von Galilei und Kepler berechneten kinematischen Phänomene des freien Falls schwerer Körper und der elliptischen Himmelsbahnen demselben mathematischen Gesetz der Abnahme der Attraktionen mit Zunahme der Entfernung vom Attraktionsmittelpunkt gehorchen, mithin gleichermaßen als Gravitationserscheinungen zu deuten sind. Es war Newton, der dieses mathematische Problem wenige Jahre vor Veröffentlichung seiner „Principia", zwischen 1679 und 1686, gelöst hat. Diese Lösung dürfte erheblich zur Festigung der Idee der universalen geradlinigen Trägheit beigetragen haben. Aber es wäre ein Fehler, die Festigung dieser Idee mit ihrer Konzeptualisierung zu verwechseln. Diese lag ja bereits der mathematischen Problemstellung zugrunde. War es ein Zufall, daß es Robert Hooke war, ein vornehmlich praktischer Mechaniker, ein Freund Joseph Moxons, der in seinem berühmten Brief(41) vom 24. November 1679 Newton erstmals das Problem vorlegte, die „Zusammensetzung der Himmelsbewegungen der Planeten aus einer geradlinigen Bewegung längs der Tangente und einer attraktiven Bewegung in Richtung auf den Zentralkörper" in eine mathematische Form zu bringen?

Hooke, der Erfinder der Spiralfederuhr, hatte sich bereits jahrelang mit dynamischen Problemen zusammengesetzter Maschinen befaßt und dabei besonders das Problem der quantitativen Bestimmung jener Kräfte in Angriff genommen, die als Eigenschaft der in Bewegung befindlichen Maschinenteile oder als Folge der Bewegung eines Körpers auftreten. Aus der Be-

41 The Correspondence of Isaac Newton, hrsg. von H.W. Turnbull, Cambridge 1959 ff., Bd. 2, S. 297.

obachtung, daß die Verdoppelung der Umdrehungen eines Schwungrades Die Vervierfachung eines nach Art einer Triebfeder daran applizierten Gewichtes erfordert, glaubte er den allgemeinen Schlüssel zur Berechnung dieser Kräfte gewinnen zu können. Der Impetus, der das Gewicht geradlinig nach unten treibt, soll dem Impetus entsprechen, der das Rad im Kreise herumführt. Hooke entnahm daraus die Annahme, daß die bewegende Kraft sich wie das Doppelte der Geschwindigkeit verhält, eine Annahme, die generell für alle mechanischen Bewegungen, geradlinige und kreisförmige, gelten sollte.(42) Wir brauchen uns hier nicht für Hookes quantitatives Resultat zu interessieren. Sachlich entspricht der Hookesche Kraftbegriff dem Newtonschen Impetus. Es liegt seiner Gleichung die Idee zugrunde, daß sich der Rotationen bewirkende Impetus auf einen geradlinig wirkenden Impetus zurückführen läßt. Jede Änderung der Bewegungsrichtung, jede Abweichung von der geradlinigen Bahn bedarf dann einer zusätzlichen Kraft: einer Attraktions- oder Zentripetalkraft. Es erscheint unter dieser Voraussetzung folgerichtig, wenn bereits Hooke, in seiner Analyse von ungeradlinigen Bahnbewegungen im freien Raum, zur Annahme des Einflusses einer ablenkenden Attraktionskraft gelangt. Folgt man den Untersuchungen Westfalls, so dürfte Hooke die Konzeptualisierung der Himmelsumläufe als zusammengesetzte Wirkung von Attraktion und Trägheit entscheidend vorbereitet haben.

Vor diesem Hintergrund erscheint Newtons Lösung des Hookeschen Problems, die Ableitung der Größe einer beschleunigten (richtungsändernden) Kraft aus den Keplerschen Gesetzen der Planetenbahnen, als der zweckmässigste Umweg, die Berechnung der maschinenbeschleunigenden Kräfte erstmals zu erreichen.

IX. Schluß

Mir scheint die historisch-genetische Erklärung der „Entdeckung" und Geltung des klassischen Trägheitsgesetzes und des darauf errichteten Lehrgebäudes nicht möglich zu sein, ohne die teils technischen, teils arbeitsökonomischen Problemstellungen zu beachten, die von der praktischen Mechanik ausgegangen sind. Durch die tiefere Untersuchung der Beziehungen der mechanischen Wissenschaft und Kosmologie des 17. Jahrhundert, nicht nur ihrer inneren, sondern auch ihrer Begriffs- und Theoriebildung, zur zeitgenössischen praktischen Mechanik wird sich meines Erachtens der Zusammenhang mit der Geschichte der sozialen Produktivkräfte auftun.(43) Die *Abhängigkeit* wissenschaftlicher Theorien von äußeren historischen Bedingungen muß nicht immer deren *Wahrheitsgehalt* zweifelhaft erscheinen lassen. Im Gegenteil. Je mehr es der Fall ist und je deutlicher sich zeigt, daß das Wachstum gesellschaftlicher Produktivkräfte und die Durchsetzung einer Theorie, die einen Teil solcher Kräfte zum Gegenstand hat, sich gegenseitig bedingen, desto mehr scheint der Inhalt dieser Theorie mit der Wirklich-

42 Hooke trug diese Überlegungen in einer 1669 vor der Royal Society gehaltenen Lecture vor. Thomas Birch berichtet darüber in seiner „History of the Royal Society of London", 4 Bde., London 1756 f., Bd. 2, S. 338 f. . Vgl. dazu und zur Beurteilung der Neuartigkeit der dynamischen Gesichtspunkte bei Hooke R.S. Westfall: Force in Newton's Physics, a.a.O., S. 206 ff. .

keit, die sie zu erfassen sucht, zu tun zu haben. Zwar kann sich hier nicht ein Erfolg im Sinne der Bestätigung der Theorie durch verifizierende oder falsifizierende Operationen zeigen, zumal der theoretisch behauptete Sachverhalt empirisch nicht einfach aufzeigbar ist. Die Nutzbarkeit und Freisetzung der Produktivkräfte, deren theoretische Aneignung und praktische Förderung wissenschaftliche Arbeit ermöglichen kann, zeigt sich überhaupt nicht unmittelbar, wie im Labor, dem wissenschaftlichen Spezialisten als solchen. Aber sie zeigt sich ihm als Glied der Gesellschaft, von deren Arbeit die seine ein Teil ist. Eine Gesellschaft, die im Bau und in der Aneignung von Maschinen von den Gesetzen der theoretischen Mechanik Gebrauch macht, setzt Produktivkräfte frei. Das Trägheitsgesetz besagt, daß nur Bewegungsänderungen, nicht die Bewegungen selber, Kräfte erfordern. Im selben Maße, wie eine Gesellschaft in Anwendung solcher Gesetze sich zu reproduzieren imstande ist, im selben Maße erhalten die Gesetze gleichsam Hand und Fuß.

43 Gehler schreibt 1790: „Die Maschinenlehre, welche ohne höhere Mechanik nicht vollkommen sein kann, hat seit Newtons Zeiten eine ganz andere Gestalt, als vormals, gewonnen." (Johann Samuel Traugott Gehler: Physikalisches Wörterbuch oder Versuch einer Erklärung der vornehmsten Begriffe und Kunstwörter der Naturlehre etc., Dritter Theil, Leipzig 1790, S. 173). Auch wenn man findet, daß „höhere Mechaniker" wie Newton sich nur am Rande für die mechanisch-technischen Probleme der industriellen Produktion interessierten (Franz Borkenau: Der Übergang vom feudalen zum bürgerlichen Weltbild, Paris 1934; und Robert K. Merton: Science, Technology and Society in Seventeenth Century England, 2. Aufl. New York 1970 (1938) bestreiten fürs 17. Jahrhundert sogar jedes Interesse dafür auf seiten der Wissenschaftler), so steht das nicht im Widerspruch mit der Tatsache, daß ihre Arbeit von den Voraussetzungen der praktischen Mechanik geprägt war und auch wieder rückwirkend für diese und die industrielle Produktion Bedeutung erhalten konnte. Newtons Bedeutung für die Maschinenlehre dürfte vor allem auf die mit seinen Bewegungsgesetzen geschaffene Möglichkeit der mathematischen Präzisierung des Kraftbegriffs zurückzuführen sein. Darin bestand sein theoretischer Beitrag zur Reduktion und Ökonomisierung der Antriebskräfte, die, wenigstens bis zur industriellen Revolution, als Hauptzweck der praktischen Mechanik galt.

zielstrebig –
direkt
zur Wahrheit

Westberliner
sozialistische
Tageszeitung

Sie ist für dich –
sie ist deine Zeitung!

Zu beziehen über Boten, Post und Kioske

Verlag: Zeitungsdienst Berlin
Verlags- und Druckerei-GmbH, Berlin 21, Kaiserin-Augusta-Allee 101

Thomas Waldhubel, Silke Wenk
(Projektgruppe Automation und Qualifikation)*

WIE ENTSTEHT DER SOZIALISTISCHE MENSCH

Zur Diskussion um die „Sozialistische Persönlichkeit" und ihre Entwicklung in der DDR.

Einleitung

Das Verhältnis von Weg und Ziel ist einer der großen Streitpunkte in der sozialistischen Bewegung. Viele sehen es als große Gefahr, daß das eigentliche Ziel der sozialistischen Bewegung: die Emanzipation des Menschen auf dem mühsamen Weg aus den Augen verloren wird; daß die politischen und ökonomischen Veränderungen zum Selbstzweck geraten, wo sie doch nur Mittel sein sollen zur Befreiung des Menschen von Unterdrückung und materieller Not als Voraussetzung zu seiner freien und vollen Entfaltung. Es wird heftig diskutiert, inwieweit nicht schon jetzt neue Lebens- und Verhaltensformen, Formen solidarischen Zusammenlebens und der Kommunikation verwirklicht werden können. Es gibt zahlreiche Versuche, Vorgriffe auf ein menschliches Zusammenleben schon jetzt in der einen oder anderen Form zu praktizieren. Die dabei allzuoft auftretenden Schwierigkeiten zeigen, daß die Bedingungen und Voraussetzungen wahrhaft menschlicher Entwicklung noch wenig geklärt sind.

Es stellt sich die Frage: In welchem Verhältnis steht die menschliche Emanzipation zur materiellen Produktion, kann sie sich nur im Gegensatz zu ihr vollziehen, oder wie wirkt sie auf diese zurück und umgekehrt? Was ist die Bedeutung sozialistischen Eigentums für die Entwicklung des Menschen, reicht die soziale Umwälzung dafür hin? Wird sich der Mensch nur durch seine Freisetzung von Produktion — in Bildung und Muße — entfalten können?

Solche und ähnliche Fragen werden gegenwärtig in der DDR breit diskutiert. Gerade in jüngster Zeit häufen sich die Veröffentlichungen zum Problem der „Sozialistischen Persönlichkeit" in der Soziologie — der 1974 in Berlin abgehaltene II. Kongreß der marxistisch-leninistischen Soziologie war vornehmlich diesem Thema gewidmet — aber auch benachbarte Disziplinen,

* Die Projektgruppe arbeitet an einer empirischen Untersuchung über den Zusammenhang von Produktivkraftentwicklung und Ausbildung. Sie ist im Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften der FU Berlin beheimatet, interdisziplinär organisiert und hat zur Zeit 11 Mitglieder.
Veröffentlichungen u.a.: „Bildungsreform vom Standpunkt des Kapitals", in: Das Argument 80, August 1973, S. 13 ff.; Automation in der BRD, Berlin (West) 1975 (Argument-Sonderband AS 7); U. Gluntz, F. Haug, R. Nemitz, W. van Treeck, G. Zimmer: „Automation führt zur Höherqualifikation. Thesen über Hand- und Kopfarbeit", in: Demokratische Erziehung 4, 1975, S. 90 ff.; C. Ohm, I. Schütte, G. Zimmer: „Ist die Bildungsreform zu Ende? Die Verbreitung von Resignation in der Bildungsreform durch Martin Baethge", in: Demokratische Erziehung, 6, 1975, S. 28 ff.; H. May, R. Nemitz: „Kann der Kapitalismus die Produktivkräfte noch weiterentwickeln?", in: Marxistische Blätter, 3, 1976, S. 108 ff.; ein Band zur empirischen Untersuchung der Qualifikationsanforderungen an automatisierten Arbeitsplätzen und weitere Aufsätze sind in Vorbereitung.

wie Philosophie, Pädagogik (1) sind in die Auseinandersetzungen miteinbezogen. Wenn nun im folgenden die verschiedenen Positionen kritisch referiert werden und der Versuch unternommen wird, Licht in die oben aufgeworfenen Fragen nach der Entwicklung der sozialistischen Menschen zu bringen, so mit dem Anspruch und Interesse, aus der DDR-Diskussion zu lernen. Die von alltäglichen praktischen Erfahrungen und Erfordernissen bestimmte Diskussion soll genutzt werden, um die Ziele sozialistischer Menschenbildung genauer bestimmen zu können, und um zu prüfen, welche Möglichkeiten im hiesigen gesellschaftlichen Leben bestehen, dem Ziel der Emanzipation des Menschen näher zu kommen.

I. Das Ideal der sozialistischen Persönlichkeit

Die Diskussion in der DDR ist bestimmt von einem Ideal der „allseitigen Entwicklung sozialistischer Menschen"(2). Ein solches Ziel läßt sich genauer verstehen, wenn es zu den verschiedenen, im Lauf der Geschichte entstandenen Ideale in Bezug gesetzt wird. Ohne eine — von uns an dieser Stelle nicht zu leistende — philosophie- und sozialgeschichtliche Herleitung vornehmen zu wollen, seien die wichtigsten Aspekte der historischen Ideale kurz umrissen: Die dem Sozialismus vorausgegangenen Gesellschaften waren Klassengesellschaften, in denen eine scharfe Trennung zwischen den Arbeitenden, die mit der Versorgung der Gesellschaft mit dem unmittelbar Lebensnotwendigen betraut waren, und denjenigen, die sich allein den Geschäften der Wissenschaft, Kunst und Politik widmen konnten, bestand. Die jeweils herrschende Klasse entwarf ihr Persönlichkeitsideal aus ihrer besonderen Lebensweise heraus, aus dem Nicht-materiell-Arbeiten. So war in der antiken Sklavenhaltergesellschaft „die allseitige und harmonische Entwicklung ein Ideal der Nichtstuer"(3), d.h. dessen Verwirklichung war nur außerhalb der materiellen Produktion vorstellbar. Das bürgerliche Menschenbild betonte vermehrt die aktive und tätige Seite des Menschen: „Durch seine Tat, seine Leistungen sollte der bürgerliche Mensch den Anstoß zur Entwicklung der Natur und Gesellschaft geben. Seine schöpferische Aktivität müßte sich von der Welt des persönlichen ‚Lebensgenusses', wie Goethe sagt, bis hin zum großen Feld öffentlicher Wirksamkeit, des ‚Tatengenusses, Schöpfungsgenusses' erstrecken."(4) Allerdings war immer noch die Ent-

1 Vgl. die Veröffentlichungen aus der Schriftenreihe „Soziologie" (Dietz-Verlag): Soziologische Probleme der Klassenentwicklung in der DDR, Materialien vom II. Kongreß der marxistisch-leninistischen Soziologie in der DDR, 15.–17. Mai 1974, Berlin / DDR 1975 – Aktivität–Schöpfertum–Leitung und Planung, Materialien vom II. Kongreß der marxistisch-leninistischen Soziologie in der DDR, 15.–17. Mai 1974, Berlin / DDR 1975 – Lebensweise–Kultur–Persönlichkeit, Materialien . . . Berlin / DDR 1975 – Nolepa, G. und Steitz, L.: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt–Arbeiterklasse–Schöpfertum, Berlin / DDR 1975 – Außerdem Aufsätze in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie; und: G. Neuner: Sozialistische Persönlichkeit – ihr Werden – ihre Erziehung, Berlin 1975 – G.L. Smirnow: Die Herausbildung der sozialistischen Persönlichkeit, Berlin / DDR 1975.

2 R. Weidig: „Die Entwicklung der Arbeiterklasse und der Persönlichkeit bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR", in: Soziologische Probleme . . ., a.a.O., S. 31.

3 G. Neuner, a.a.O., S. 13.

4 Ebenda, S. 14.

faltung aller menschlichen Anlagen und Fähigkeiten, die Aneignung der kulturellen und zivilisatorischen Errungenschaften der Menschheit, also sämtlicher Gattungskräfte durch das Individuum, kurz: seine allseitige Bildung nur jenseits praktischer Zwecke vorstellbar, war schöpferische Tätigkeit nur außerhalb oder im Gegensatz zu der materiellen Produktion denkbar; denn es ist offensichtlich, daß die arbeitende Mehrheit der Bevölkerung von dieser Entwicklung ausgeschlossen war, daß die „großen Persönlichkeiten" sich nur auf ihre Kosten ausprägen konnten. Erst von den utopischen Sozialisten (wie Saint-Simon, Fourier, Owen) wurde das Augenmerk mehr auf den Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Einzelnen und der Gesellschaft gerichtet, wurde auch in der materiellen Produktion die Möglichkeit allseitiger Entwicklung gesucht.(5)

Mit der Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus wurden diese erahnten Zusammenhänge begreifbar und erklärbar, so daß mit der Angabe der Bedingungen ihrer Verwirklichung die Träume der Menschheit als für alle realisierbar gedacht werden konnten.

Im Zentrum dieses Wirklichwerdens steht nun die „Schaffung gleicher Möglichkeiten für die Entwicklung der Fähigkeiten aller". (6) Als entscheidend für die Entwicklung und die Bewährung sozialistischer Persönlichkeiten gilt das „Feld der Arbeit" — so eine häufig anzutreffende Wendung in der Diskussion in der DDR. (7) Die „Lösung eines Problems mit jahrtausendealter Geschichte: die Herausbildung der organischen Einheit zwischen körperlicher und geistiger Arbeit" (8) soll die arbeitenden Menschen in ihrer Gesamtheit in die Lage versetzen, die wissenschaftlichen und kulturellen Errungenschaften der Menschheit anzueignen, soll sie befähigen, „Aktivität, Schöpfertum und Initiative" (9) zu entfalten. Als wesentliche Charakteristika sozialistischer Persönlichkeiten werden genannt: allseitige Entfaltung schöpferischer Anlagen und Fähigkeiten, Initiative und Verantwortung für die Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Produktion und gesellschaftliche bewußte Aktivität (10).

So weit die allgemeine Zielvorstellung, auf die das „sozialistische Gesamtsystem letztlich konzentriert" ist (11). Die Frage, der es nun nachzugehen gilt, ist: welches sind die Bedingungen der Verwirklichung dieses Ziels; welche Hemmnisse gibt es; wie werden sie theoretisch erfaßt und welche Maßnahmen zu ihrer Überwindung lassen sich daraus ableiten? Da in einer Gesellschaft, die auf bewußter, gesamtgesellschaftlicher Planung basiert, der Wissenschaft selbst eine zentrale Bedeutung zukommt, sie die Grundlage der gesellschaftlichen Planung und Leitung — der Politik insgesamt — ist, sind die theoretischen Posi-

5 Vgl. ebenda, S. 17.

6 G.J. Gleserman: „Die Herausbildung und Entwicklung der sozialistischen Lebensweise . . ., in: Lebensweise . . ., a.a.O., S. 15.

7 Neuner, a.a.O., S. 40; vgl. auch: W. Lamberz: „Ideologische Arbeit für das Feld der Wirtschaft", in: Einheit, Heft 8 / 1975, S. 826 ff.

8 Weidig, a.a.O., S. 20.

9 Vgl. H. Jetzschmann: „Probleme der demokratischen Aktivität in sozialistischen Betrieben", in: Aktivität . . ., a.a.O., S. 5 ff.

10 H. Taubert: „Der sozialistische Aneignungsprozeß und die Struktur der Arbeiterklasse", in: Soziologische Probleme . . ., a.a.O., S. 119 f.

11 E. Hahn: „Sozialismus-ökonomisches System-Persönlichkeit", in: Soziologie im Sozialismus. Die marxistisch-leninistische Soziologie im entwickelten System des Sozialismus. Materialien der „Tage der marxistisch-leninistischen Soziologie in der DDR", Berlin / DDR 1970, S. 75.

tionen von großer praktischer Bedeutung. Es wird zu diskutieren sein, inwieweit sie die Entwicklung des Sozialismus bzw. der in ihm lebenden Menschen voranzutreiben vermögen.

Im folgenden werden zunächst exemplarisch Auffassungen kritisch referiert werden, die diesem Ziel nicht zu entsprechen scheinen, um dann später (in Teil III) die Fortschritte in der aktuellen Diskussion um so deutlicher erfassen zu können.

II. Der Ausgangspunkt der aktuellen Diskussion um die Herausbildung der Sozialistischen Persönlichkeit: Entwicklungshemmende Vorstellungen von der Verwirklichung des Ideals

1. Anspruch und Wirklichkeit

Wer angesichts in der DDR noch anzutreffender Verhaltensweisen, die man als kleinbürgerlich, verspießert oder auch unsozial bezeichnen könnte, daran zweifelt, daß sich in der DDR die allgemeine Herausbildung des neuen Menschen vollzieht, bekommt meist entgegengehalten, daß die grundlegenden Voraussetzungen dafür geschaffen seien: daß das Bildungsprivileg gebrochen sei, die Wissenschaft, Kunst und Politik den Interessen der arbeitenden Klasse untergeordnet seien. In politischen und wissenschaftlichen Publikationen aus den letzten 25 Jahren findet man viele Versicherungen des Inhalts, daß die wesentliche Aufgabe: die Entwicklung der Menschen zu sozialistischen Persönlichkeiten erfüllt sei — und wenn auch das politische Bewußtsein der einzelnen Mitglieder der Arbeiterklasse noch nicht gleichmäßig weit entwickelt sei und noch nicht ihrer gesellschaftlichen Stellung entspräche, so sei dies nur eine Frage noch zu leistender politischer Erziehung, der „Hebung" des Bewußtseins.

Zur Entkräftung der Zweifel wird also meist zum einen die Tatsache grundlegender Umwälzung der Eigentumsverhältnisse angeführt, zum anderen die damit einhergehende Befreiung von unmittelbarer Not und Arbeitslosigkeit. Die „tiefgreifende Wandlung" in der Stellung des einzelnen zur Gesellschaft — so wurde es 1969 von Kinast und Kneist formuliert — sei „gekennzeichnet durch die Aufhebung des Antagonismus zwischen Individuum und Gesellschaft, zwischen Bürger und Staat, sie sichert die Herstellung der Gemeinsamkeit ihrer Interessen und ihrer Arbeit am Aufbau des Sozialismus und nicht nur der persönlichen Lebensgrundlagen, und sie führt schließlich auch zur Wandlung der Persönlichkeit, einer Persönlichkeit, die jetzt befreit von allen Bindungen an den Kampf ums nackte Dasein, ihre Talente und Fähigkeiten im sozialistischen Sinne breit entfaltet."(12)

Zweifellos ist es richtig, daß die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln die Voraussetzung ist für die Durchsetzung des Allgemeininteresses, für die Aufhebung des Antagonismus zwischen Individuum und Gesellschaft; zweifellos trifft es zu, daß die Sicherheit des Arbeitsplatzes eine wesentliche Basis für die Entfaltung individueller Fähigkeiten darstellt. Gleichwohl bleibt das Problem bestehen, daß die Befreiung von „allen Bindungen an den Kampf ums nackte Dasein" noch nicht automatisch die Freilegung schöpferischer Anlagen, die allseitige Entwicklung des Individuums im Gefolge hat.

12 J. Kinast und K. Kneist: „Die Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft im gesellschaftlichen System des Sozialismus", in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Sonderheft 1969: Philosophie und Sozialismus. Zum 20. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik, S. 203.

Die zitierten Autoren versuchten, das grundsätzlich Neue mit Ulbrichts Worten zu untermauern: „Die tiefste, am meisten revolutionäre Wandlung, die sich mit der Entwicklung zum Sozialismus vollzieht, besteht darin, daß die *Arbeit*, die zuvor nur ein Mittel des Broterwerbs war, jetzt zu einer unmittelbaren gesellschaftlichen Tätigkeit wurde und in die Gesellschaft und in ihre Entwicklung eingeht, daß sie daher nicht nur ein fundamentales Lebensbedürfnis wird, sondern zugleich Sache der Ehre und des Ruhms".(13) Man fragt sich: wozu muß die Erfüllung eines solchen Lebensbedürfnisses nach gesellschaftlich nützlicher und schöpferischer Arbeit mit einem weiteren, solch schmückenden Prädikat versehen werden ? Dies erweckt den Anschein, als würde die Befriedigung eines solchen Bedürfnisses der Arbeitenden niedrig bewertet, so daß gesellschaftliche Anerkennung durch Ruhm und Ehre hinzutreten muß. Oder ist es so, daß die Möglichkeit der Erfüllung schöpferischer Ansprüche in der konkreten Arbeit von vielen noch gar nicht gegeben ist, so daß die Arbeit gar nicht anders propagiert werden kann denn als „Sache der Ehre und des Ruhms"?

Wie soll ein Bergarbeiter, der noch mit einem Preßluftbohrer unter Tage anstrengendste, körperliche Arbeit leisten muß, all seine Sinne und seine schöpferischen Anlagen und Triebe entfalten können — allein aufgrund der Tatsache, daß er sozialistischer Eigentümer ist? Nicht nur in der Arbeitszeit scheint dies kaum möglich, auch außerhalb dieser wird er in der Regel aufgrund seiner physischen Erschöpfung wenig zu aktiver Erholung, zur aktiven Aneignung der wissenschaftlichen und kulturellen Errungenschaften der Menschheit — zur umfassenden Nutzung der Möglichkeiten, die das sozialistische Bildungssystem bietet, in der Lage sein.

Oder wie soll der Arbeiter am Fließband — der zwar keine körperlich schwere Arbeit verrichten muß, aber acht Stunden lang täglich immer nur ein und dieselbe Armbewegung zu wiederholen hat — sich allein aufgrund der Tatsache, daß ihm nicht Arbeitslosigkeit und sozialer Abstieg drohen, mehr entfalten können als ein Fließbandarbeiter unter der Regie des Kapitals? Nach achtstündiger routinemäßiger Betätigung eines Organs scheinen seine Möglichkeiten begrenzt, seine schöpferischen Fähigkeiten auszubilden und zur produktiven Weiterentwicklung des gesellschaftlichen und damit eigenen Besitzes einzusetzen.

Noch 1974 verrichteten 58 % der Produktionsarbeiter in der DDR körperliche Arbeit „von ‚mittlerer', ‚großer' und ‚sehr großer' Schwere"(14); in der Metallurgie betrug der Anteil der Schwerarbeit noch 45 %, innerhalb anderer Bereiche leisteten 15 % der Transportarbeiter, 20 % der „Produktionsgrundarbeiter", 11 % der Werktätigen in sozialen und Versorgeeinrichtungen „schwere und sehr schwere körperliche Arbeit"(15). — In einer Untersuchung aus dem Jahre 1967 wurde festgehalten, daß „in manchen Bereichen bis zu 90 Prozent der Arbeiten in der unmittelbaren Fertigung so gut wie keine Elemente des Schöpfertums haben, sondern Erscheinungen der Monotonie vor-

13 W. Ulbricht: Der Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat, Berlin 1958, S. 31. – Zit. nach Kinast und Kneist, a.a.O., S. 203.

14 Weidig, a.a.O., S. 50.

15 M. Lötsch: „Über die soziale Struktur der Arbeiterklasse. Einige Schwerpunkte und Probleme der soziologischen Forschung", in: Soziologische Probleme . . . a.a.O., S. 104.

herrschen."(16) — Die oben angesprochenen Entwicklungsprobleme scheinen sich also nicht nur vereinzelt zu stellen: die Daten verweisen darauf, daß die Entwicklung zur allseitigen Persönlichkeit bei einem großen Teil der DDR-Bürger immer noch entscheidend beeinträchtigt ist, daß ihre Möglichkeiten der Nutzung sämtlicher Vorzüge des Sozialismus noch beschränkt sind.

2. Ersetzung von Einsicht durch Normen und Regeln sozialistischer Moral

Im Kapitalismus werden mangelndes Verantwortungsgefühl, nachlässiges Umgehen mit den Produktionsmitteln etc. mit umfangreichen und härtesten Repressionen verfolgt. Im Sozialismus, in dem dieser unmittelbare Zwang wegfällt, ist die sozialistische Arbeitshaltung primär eine Frage des Bewußtseins der Produzenten. Die Entwicklungsweise einer solchen Haltung ist entsprechend menschlicher aber auch schwieriger. In der DDR-Diskussion werden die auftretenden Schwierigkeiten immer wieder dargestellt, und es wird versucht, Vorschläge zur Verallgemeinerung der sozialistischen Arbeitseinstellung zu machen.

Von der Prämisse ausgehend, daß alle zur Entfaltung sozialistischer Persönlichkeiten notwendigen Bedingungen gegeben seien, scheinen die Mängel in der Arbeitshaltung und gesellschaftlichen Aktivität der einzelnen Mitglieder der Arbeiterklasse nur über den Einsatz materieller Hebel und über moralische Erziehung behebbar. Den wohl deutlichsten Ausdruck fand die Anstrengung über ethische Prinzipien und Apelle eine sozialistische Haltung zu erzeugen, in den im Duktus an die zehn Gebote der christlichen Kirche erinnernden 10 Grund-, bzw. Soll-Sätzen im Programm der SED von 1963. Dort wird u.a. postuliert: „Du sollst Dein Vaterland lieben und stets bereit sein, Deine ganze Kraft und Fähigkeit für die Verteidigung der Arbeiter- und — Bauern-Macht einzusetzen." — „Du sollst das Volkseigentum schützen und mehren." Und: „Du sollst stets nach Verbesserungen Deiner Leistungen streben, sparsam sein und die sozialistische Arbeitsdisziplin festigen."(17) — Auch in der gegenwärtigen Literatur zur sozialistischen Persönlichkeit findet man viele Anweisungen sozialistischer Moral — wenn auch in abgemilderter und teilweise widersprüchlicher Form.

So z.B. in Neuners Schrift „Sozialistische Persönlichkeit, ihr Werden, ihre Erziehung" (1975). Er konstatiert Widersprüche zwischen Wissen und Handeln bei vielen und verweist darauf, „daß trotz eines hohen Niveaus intellektueller Entwicklung, trotz politischer Überzeugungen und weltanschaulich-philosophischer Einsichten. . . die Moral in ihrer Entwicklung stagnieren oder sich auch verselbständigen" könne.(18) Er versucht, eine Ursache für solche Widersprüche zu beschreiben: „Ein bestimmter Bildungsgrad und ein entsprechendes Niveau der intellektuellen Entwicklung drängen mit Notwendigkeit zur weltanschaulich-philosophischen Verarbeitung und Wertung der Kenntnisse und Erkenntnisse. Bleiben jedoch weltanschauliche Bildung und . . . Verallgemeinerung und Vertiefung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Alltagserfahrung hinter solchen Notwendigkeiten zurück, dann ist die Gefahr

16 R. Schulz: „Soziologische Aspekte der Entwicklung der Arbeit unter dem Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution", in: Schöpferische Arbeit: Ergebnisse und Probleme soziologischer Forschungen zu Fragen der Arbeit in sozialistischen Industriebetrieben, (Schriftenreihe „Soziologie") Berlin / DDR 1967, S. 49.

17 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin 1963, S. 122 f.

18 Neuner, a.a.O., S. 93.

weltanschaulich-philosophischer Fehldeutungen und Fehlentwicklungen gegeben." (19)

Man könnte dies zunächst als Aufforderung verstehen, zur Herausbildung sozialistischer Haltungen vor allem die Ursachen noch bestehender Widersprüche zwischen individuellen und gesellschaftlichen Interessen wissenschaftlich zu erklären und zu ihrer Beseitigung zu aktivieren, um so die Widersprüche zu überwinden. — Eine solche Schlußfolgerung läßt sich aber bei Neuner nicht finden, er orientiert in der Ausführung seines pädagogischen Konzepts vornehmlich auf eine *Einübung* von für den Sozialismus notwendigen Verhaltensweisen. „Der Charakter, als Art und Weise des Verhaltens" werde vor allem „durch Fähigkeiten und Gewohnheiten des Verhaltens bestimmt"(20). Letztere seien herauszubilden, indem man „das Was, das Warum und das Wie bewußtmacht", indem man sie „immer wieder übt und die Resultate kontrolliert"(21). Dann formuliert er als Regel: „Fähigkeiten des Verhaltens sollten so geübt und verfestigt werden, daß sie zu Verhaltensgewohnheiten werden."(22)

Eine solche Regel scheint nur aufgrund der Annahme möglich, daß über das Bewußtmachen der Notwendigkeiten und der Folgen des Handelns allein eine sozialistische Haltung nicht erzeugt werden könne. Sie scheint davon auszugehen und damit die Anschauung nahe zu legen, daß weiterhin antagonistische Gegensätze zwischen individuellen und gesellschaftlichen Zielsetzungen unvermeidlich seien, daß folglich sozialistische Verhaltensweisen nur zum Teil aus der individuellen Einsicht und Tätigkeit erwachsen könnten.

Noch deutlicher kommt eine solche Tendenz in einem zur gleichen Zeit in der DDR erschienenen Buch des sowjetischen Soziologen Smirnow zum Ausdruck; aus noch vorfindbaren Interessengegensätzen zwischen Individuum und Gesellschaft konstruiert er ein allgemeines Prinzip: Regeln und Verhaltensnormen „regulieren" seiner Auffassung nach die gesellschaftlichen Beziehungen, „bilden in ihrer Gesamtheit die Moral, die das Verhalten der Menschen reguliert und bewertet, und zwar nach solchen Kategorien wie Gut und Böse, Gewissen und Gerechtigkeit"(23). So werden Beziehungen zwischen den Gesellschaftsmitgliedern nicht etwa als von der Einsicht in gemeinschaftliche Interessen gefaßt (denn warum sollte man noch fragen, ob und warum eine Sache, eine Handlung nützt, wenn sie schon mit Gut oder Böse oder Gerecht hinlänglich charakterisierbar sind?), sondern nur noch als „moralische Beziehungen"(24). — „Unter den Bedingungen der Existenz eines Staates" — so schreibt Smirnow weiter — „wird ein Teil dieser Regeln zu Gesetzen erhoben, deren Einhaltung vermittels staatlichen Zwangs gewährleistet wird."(25) Und: „Für das Individuum erscheint das gesellschaftliche Bewußtsein als eine Summe von Kenntnissen und Erfahrungen, von politischen, rechtlichen und sittlichen und anderen Prinzipien und Normen, Urteilen und Traditionen, Zielen und Idealen, die die Gesellschaft (. . .) durch das Bildungs- und Erziehungssystem sowie durch die Propaganda ihren Mitgliedern vermittelt. Der Staat unterstützt die aufgestellten Prinzipien und Normen auch durch Mittel des

19 Ebenda.

20 Ebenda, S. 154.

21 Ebenda, S. 157.

22 Ebenda, S. 158.

23 Smirnow, a.a.O., S. 48.

24 Ebenda.

25 Ebenda.

Zwangs."(26)

Auf der Basis der Anschauung, daß das gesellschaftliche Leben im Sozialismus nicht so sehr über die bewußte Regelung und Planung gesellschaftlicher Versorgung und Befriedigung gemeinsamer Interessen bestimmt sei, sondern durch ein den Individuen letztlich doch äußerliches Moralsystem von Normen und Regeln, scheint es nur zu leicht nachvollziehbar, daß in der Erziehung sozialistischer Menschen auch weiterhin Zwangsmaßnahmen unumgänglich sind, wie Smirnow dem Leser beiläufig nahezubringen sucht. Solche Schlußfolgerungen scheinen auch notwendig angesichts solcher perspektivloser Einschätzungen wie: „Wenn der Mensch von Kindheit an sich nicht das Maß für das Vernünftige und Wertvolle aneignet, wird er es später nie lernen." (27), wie sie in einem Kapitel über „Typen gesellschaftswidrigen Verhaltens" zu finden sind. Die Tatsache, daß Smirnow die Anstrengungen einer — sich nur an Oberflächenphänomenen festmachenden — „Klassifikation von Grundtypen gesellschaftswidrigen Verhaltens"(28) unternimmt, deutet außerdem darauf hin, daß er individuelles, nicht mit den gesellschaftlichen Interessen übereinstimmendes Verhalten für unüberwindbar hält, bzw. daß er nicht präzise bestimmen kann, an welche zu überwindende materielle Bedingungen ein solches geknüpft ist.

Moralische Apelle und Normen können den Individuen nur fremd und äußerlich bleiben, solange nicht die Vermittlung von Einsicht in bestehende Schranken individueller und gesellschaftlicher Entfaltung, somit in die Möglichkeit und Notwendigkeit ihrer Überwindung im Vordergrund steht. Es scheint der gesellschaftlichen Zielsetzung zu widersprechen, wenn transitorische Phänomene zum Ausgangspunkt einer pädagogischen Strategie genommen werden; die Lösung der eigentlichen Probleme, nämlich die Aufhebung der materiellen Grundlagen für ein Auseinanderklaffen gesellschaftlicher Ziele und individueller Bedürfnisse kann damit hinausgezögert werden.

Dieses Problem ist in der sozialistischen Literatur der DDR schon früh reflektiert worden. Erinnert sei an B. Brecht(29) oder auch an Volker Braun, der 1967 schrieb: „Das Wehklagen (wie es dem Dichter Kuba entfuhr) über das zurückgebliebene Bewußtsein der Massen ist töricht. Töricht ist auch der Wunsch, das Bewußtsein durch bloße ‚Überzeugungsarbeit' zu ‚heben'. Da wird immer wieder das Bewußtsein als eine Sache an sich betrachtet, eine sehr praktische Angelegenheit, eine Sache der Praxis. . . Es wäre also nicht das Zurückbleiben des politischen Bewußtseins zu beklagen, sondern das Zurückbleiben der politischen Massenhandlungen: dann käme man, und massenhaft, eher darauf, nach den objektiven Ursachen zu fragen, die Klagen hinunterzuschlucken, aufzustehen zu Tätigkeiten."(30)

3. Ersetzung von Initiative und schöpferischer Veränderung durch „Humanisierung"

Mangelnder Arbeitsmotivation, daraus folgendem Sinken der Arbeitsproduktivität oder steigenden Fluktuations- und Krankheitsraten wird in kapitalistischen Betrieben mit vielfältigen Mitteln entgegenzuarbeiten versucht. Bekannt sind Methoden der Arbeitsplatzverschönerung über farbliche Gestaltung, Musikberieselung, Gestaltung der Pausenzonen bis hin zum Wechsel der Arbeitsplätze, Auflösung der Fließbandarbeit durch Gruppenarbeit, wie es z.B. zuerst in großen Automobilkonzernen praktiziert und später als ein Programmpunkt für die „Humanisierung der Arbeit" propagiert wurde.(31)

Auch im Sozialismus stellt sich subjektive Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen als Problem; mangelnde Interessiertheit an der Arbeit, Sinken der Arbeitsproduktivität kann die Folge sein. Will man die Arbeitsmotivation erhöhen, und geht man davon aus, daß die grundlegenden Ziele des Sozialismus bereits erreicht seien, so gilt es nur noch, die objektiv bestehende Interessenübereinstimmung von Individuum und Gesellschaft auch individuell erfahrbar zu machen; also wird man versuchen die subjektive Arbeitszufriedenheit zu erhöhen.

Hierzu werden nun von DDR-Soziologen oft Vorschläge gemacht, die der Arbeitsplatz-Kosmetik in kapitalistischen Betrieben ähnlich sind. So z.B. in einer Untersuchung zur Arbeitsunzufriedenheit aus dem Jahre 1968. Die Palette der vorgeschlagenen Maßnahmen reicht von einem Wechsel der Arbeitsplätze über Pausengestaltung über Übertragen von Rundfunksendungen oder Einspielen von leichter Musik bis hin zu Vorschlägen freundlicheren Verhaltens der Leiter gegenüber den Arbeitenden(33) und Hinweisen auf die Sinnhaftigkeit eines „innerbetrieblichen Sanktionswesens": „Hier kommt es darauf an, das Mitdenken und das Engagement . . . zu honorieren, unabhängig von der Realisierbarkeit."(34)

Sicherlich ist der Einsatz solcher Methoden, wie sie aus kapitalistischen Betrieben bekannt sind, in einem sozialistischen Betrieb insofern nicht global abzulehnen, als die Zielsetzung der Produktion den Arbeitenden nicht feindlich ist; außerdem ist es sicherlich notwendig, denjenigen Gesellschaftsmitgliedern, die noch monotone Arbeit für die gesellschaftliche Versorgung leisten müssen, die Arbeit mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu erleichtern. Aber es ist die Frage zu stellen, ob wirklich mit solchen Methoden sozialistische Ziele erreicht werden können.(35)

Vergegenwärtigt man sich die Ziele sozialistischer Persönlichkeitsbildung: Allseitigkeit, Schöpfertum, Initiative in allen gesellschaftlichen Bereichen, so muß man fragen, ob diese Ziele mit derartigen Methoden nicht eher verstellt und ihre Realisierung verhindert werden. Die allein kosmetische Veränderung des Arbeitsplatzes verdrängt möglicherweise die produktive Kritik an der vorfindbaren Technologie, hält nicht dazu an, darüber nachzudenken, ob die gegebenen Arbeitsbedingungen der Weiterentwicklung der Arbeiter für die Gesellschaft zuträglich sein können, oder umgekehrt, wie diese gegebenen Arbeitsbedingungen, ihre konkrete Tätigkeit verändert werden kann, wie sie

26 Ebenda, S. 63.
27 Ebenda, S. 338.
28 Ebenda, S. 335 f.
29 B. Brecht: Arbeitsjournal. Band 1 (1938–42), hrsg. von W. Hecht. Frankfurt/M., S. 51 und 79 f.
30 V. Braun: Es genügt nicht die einfache Wahrheit. Notate, Frankfurt/M. 1976 (Lizensausgabe des Reclamverlages Leipzig), S. 30.

31 Zur Kritik vgl.: H. Gottschalch: Die Psychologie des Job Design, Diplomarbeit am Psycholog. Inst. der FU Berlin 1974. (Druck in Vorbereitung).
32 R. Stollberg: Arbeitszufriedenheit – theoretische und praktische Probleme (Schriftenreihe „Soziologie"), Berlin / DDR 1968.
33 Ebenda, S. 100 f.
34 Ebenda, S. 104.
35 Vgl. dazu auch die Kritik an den Versuchen, die Rollentheorie in eine marxistisch-leninistische zu verwandeln: F. Haug: „Gibt es eine marxistisch-leninistische Rollentheorie?", in: Das Argument 74, S. 626–637.

sich hierfür qualifizieren und einsetzen können. — Darüberhinaus mütet die Anregung, sämtliche Vorschläge zur Verbesserung, die von unmittelbaren Produzenten eingereicht werden, zu honorieren „unabhängig von ihrer Realisierbarkeit", eher zynisch an. Die Förderung „creativen" Einsatzes um seiner selbst willen — ohne wirklichen Nutzen und Bezug zu objektiven Erfordernissen diskreditiert den Anspruch nach Entfaltung wirklichen Schöpfertums. Die Anregung hierzu ist eine Aufforderung, denjenigen, die aufgrund objektiver Hindernisse kaum oder gar nicht schöpferisch initiativ werden können, das trügerische Gefühl zu geben, sie seien auch sozialistische Neuerer. Dem sozialistischen Persönlichkeitsideal würde es eher entsprechen, wenn die Produzenten darüber informiert würden, wie sie ihre Arbeitsbedingungen verändern können, so daß auch sie sich wirklich schöpferisch weiterentwickeln können und Initiative hierfür entfalten müssen.(36) Doch dieser Aspekt wird in der zitierten Untersuchung von Stollberg vernachlässigt. Die Begründung dafür muß wohl darin gesucht werden, daß der Autor zu sehr die Bedeutung der sozialen Umwälzung herausstreicht und davon ausgeht, es seien mit ihr bereits die hinreichenden Bedingungen für volle Entfaltung sozialistischer Persönlichkeiten gegeben. Allerdings stellt der Autor selbst die Grenzen seiner Vorschläge implizit dar. Er verweist nämlich darauf, daß Zufriedenheit „durchaus nicht immer eine positive und Unzufriedenheit nicht immer eine negative Erscheinung" sei.(37) Arbeitszufriedenheit von Arbeitern, die unschöpferische, monotone Arbeit verrichten, sei eigentlich nicht mit der Zielvorstellung des sozialistischen Menschen in Übereinstimmung zu bringen, da man schließen müsse, daß jene Arbeiter die Anwendung geistiger Fähigkeiten nicht als Bedürfnis empfänden. Es müsse vielmehr den Arbeitenden bewußt gemacht werden, „in welcher Weise ihre Interessen und Bedürfnisse durch den Sozialismus verwirklicht werden."(38) Es müsse das Hauptaugenmerk auf die „Herausbildung sozialistischer Arbeitsmotive und damit jener Handlungsbereitschaft, deren Triebkraft die *schöpferische Unzufriedenheit ist*", (39) gerichtet werden.

Genau diesem Problem wird in der sozialistischen Gegenwartsliteratur große Aufmerksamkeit geschenkt; man findet dort sehr scharfsinnige Darstellungen der in dem sozialistischen Alltag stattfindenden Auseinandersetzungen um die schöpferische Initiative der Produktionsarbeiter. So z.B. in Kolesnikows Roman „Das Recht der Wahl"(40). Er beschreibt in kompromißloser Deutlichkeit die noch bestehenden sozialen Unterschiede und Spannungen zwischen technischer Intelligenz und Produktionsarbeitern und entwickelt den praktischen Lösungsweg: Die Hauptfigur des Romans, ein Schweißer auf der Baustelle eines Atomkraftwerkes, lernt aus praktischen Erfahrungen anstrengender und selten schöpferischer Arbeit und theoretischen Diskussionen über

36 Stollberg verweist selbst auf den Antrieb durch Wissen und Information: „In einer Untersuchung . . . im Jahre 1966 wurde z.B. die Zufriedenheit der Werktätigen mit dem Umfang der Informationen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben nötig waren, ermittelt. Dabei ergab sich, daß Produktionsarbeiter in höherem Grade die vorhandenen Informationen für ausreichend hielten als die Meister und Brigadiere bzw. Techniker und Ingenieure. Das größere Blickfeld der qualifizierten Werktätigen führte offenbar eher zum Erkennen lückenhafter Informationen." a.a.O., S. 82.

37 Ebenda, S. 12.

38 Ebenda, S. 88.

39 Ebenda.

40 M. Kolesnikow: Das Recht der Wahl, Berlin / DDR – Weimar 1974 (UdSSR 1970).

die Möglichkeiten von Automation sich aktiv für technische Neuerungen einzusetzen, lernt sich gegen Produktionsleiter und Vorgesetzte, die in Neuerermethoden nur Stockungen der Produktion sehen wollen, durchzusetzen und auch seine Kollegen in dieser Auseinandersetzung von der Notwendigkeit der Produktivkraftentwicklung zu überzeugen.

III. Die aktuelle Diskussion: Verwirklichung der sozialistischen Persönlichkeit durch Entwicklung der Produktivkräfte

1. Die Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit als Erfordernis des Sozialismus

In der Konfrontation der durch den Produktivkraftstand bestimmten Arbeitstätigkeiten mit den politisch formulierten Ansprüchen und Zielen des Sozialismus wurde gezeigt, daß diese Ziele noch nicht von der Gesamtheit der Gesellschaftsmitglieder einholbar sind; noch ist eine beträchtliche Zahl der Produzenten an Arbeitsbedingungen gebunden, die weit davon entfernt sind, die Realisierung und Entfaltung menschlicher Fähigkeiten, wie die aktive Gestaltung des eigenen und gesellschaftlichen Lebens, in umfassender und verallgemeinernder Weise zuzulassen. Besonders die ausschließliche Verrichtung von körperlicher Arbeit erwies sich als hemmend und einschränkend; die Möglichkeiten, schöpferische Fähigkeiten auszubilden und zur Weiterentwicklung des sozialistischen Eigentums einzusetzen, erschienen begrenzt.

Diese Probleme werden in der DDR — besonders seit der ersten Soziologentagung 1969 — verstärkt diskutiert. So stellt Weidig fest, daß „Unterschiede . . . in den geistigen Anforderungen des Arbeitsprozesses, in der Qualifikation und Bildung . . . konkrete differenzierende Bedingungen (sind), unter denen sich die Persönlichkeitsentwicklung vollzieht"(41). Begreift man die Persönlichkeitsentwicklung als „in ihrem gesellschaftlichen Inhalt im Prinzip identisch mit der Aneignung des sozialen Wesens der Arbeiterklasse"(42), bleibt diese Aneignung des Klassenwesens „durch das Individuum" — führt Weidig weiter aus — „in verschiedenen Teilen der Klasse (noch) unterschiedlich entwickelt"(43). Die bestehenden Unterschiede in den Arbeits- und Lebensbedingungen schließen daher im krassesten Fall einen Teil der Gesellschaft aus von der Teilnahme an der gesellschaftlichen Entwicklung in Wissenschaft und Kultur, von der Aneignung und Entfaltung spezifisch menschlicher Fähigkeiten.

Je mehr sich die Produktion vergesellschaftet und im Sozialismus planend gelenkt wird, desto notwendiger werden die geistigen Arbeiten der Organisierung und Planung der Produktion, der Leitung in Betrieb und Gesellschaft. Körperlich schwere Arbeit hindert die Produzenten daran, ihre geistigen Fähigkeiten und Möglichkeiten auszubilden und ihre Funktion als sozialistische Eigentümer wahrzunehmen. „Eine der Hauptformen der sozialen Unterschiede in der sozialistischen Gesellschaft"(44), die Trennung in solche, die sich die Errungenschaften der Menschheit aneignen und sie fortentwickeln, und die übrige Mehrheit, die durch ihre Arbeit diese Entwicklung ermöglichen,

41 Weidig, a.a.O., S. 41 f.

42 Ebenda, S. 31.

43 Ebenda, S. 41.

44 Lötsch, a.a.O., S. 98.

aber nicht an ihr teilhaben, diese Trennung wird vom Standpunkt der Anforderungen des Sozialismus zusehends dysfunktional; d.h. die Beseitigung der wesentlichen Unterschiede in den Arbeitstätigkeiten, schließlich: die Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit wird notwendig, damit die sozialistischen Produzenten ihre Eigentümerfunktion realisieren können. Sie führt zur Befreiung von menschenunwürdiger Arbeit, ermöglicht für alle Gesellschaftsmitglieder die Aneignung der gesellschaftlichen Erfahrung und ihre Weiterentwicklung, kurz: ihre Entfaltung als sozialistische Persönlichkeiten.

„Die Teilnahme der Werktätigen an der Leitung und Planung des betrieblichen Reproduktionsprozesses" ist, so erklärt Jetzschmann, „eine entscheidende Triebkraft sozialistischer Gesellschaftspolitik. . . , die auf die Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes und die Entwicklung allseitig entwickelter Persönlichkeiten gerichtet ist"(45). Für sozialistische Persönlichkeiten sei daher hauptsächlich ihre gesellschaftliche Aktivität kennzeichnend, in ihr werde Bewußtsein und Handeln zur subjektiven Einheit, und das Individuum bringe seine Interessen und Handlungen bewußt in Übereinstimmung mit den Interessen seiner Klasse und der ganzen Gesellschaft. „In der gesellschaftlichen Aktivität zeigt sich ihre Fähigkeit (der Arbeiterklasse d. V.) die objektiven Gesetzmäßigkeiten dieses Gesellschaftsprozesses bewußtseinsmäßig zu erfassen und sie erfolgreich bei der Meisterung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und bei der Schaffung neuer Formen und Beziehungen des gesellschaftlichen Lebens, der Leitung und Planung, Organisierung und Verwaltung des gesellschaftlichen Produktionsvermögens einzusetzen"(46). Gesellschaftliche Aktivität „zeichnet sich durch freies, bewußtes, aus innerem Antrieb resultierendes, auf den gesellschaftlichen Fortschritt gerichtetes Handeln aus. Im Marxschen Sinne ist ‚freie Tätigkeit' eine nicht von außen aufgezwungene, sondern für den Werktätigen, für das Kollektiv und die Klasse innerlich als notwendig empfundene ‚Selbsttätigkeit'. Jeder gesellschaftlichen Aktivität wohnt ein bestimmtes Maß an Bewußtsein, an Kenntnis und Voraussicht gesellschaftlicher Fernwirkung inne"(47).

Im vorausgehenden Teil wurde das Problem aufgeworfen, daß sozialistische Produktionsverhältnisse nicht per se zu diesen Qualitäten einer sozialistischen Persönlichkeit führen. Jetzt ist zu fragen, an welche Bedingungen die Realisierung der Ansprüche des Sozialismus geknüpft sind. Wie kann sich „die Einheit von Bewußtsein und Handeln" herausbilden, wie wird ‚freies, bewußtes', am gesellschaftlichen Fortschritt orientiertes Handeln möglich?

2. Die Verallgemeinerung schöpferischer Arbeit

Die Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit bildet — so konnten wir bereits feststellen — eine notwendige Voraussetzung zur allgemeinen Entfaltung von sozialistischen Persönlichkeiten: wie anders soll sich das Wissen zur bewußten Gestaltung der Gesellschaft, sollen sich die für die Mitwirkung und Mitplanung in Betrieb und Gesellschaft notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten verallgemeinern? Die Auffassung, „wonach die Arbeiterklasse ohne

45 Jetzschmann, a.a.O., S. 10.
46 Jetzschmann: „Probleme der gesellschaftlichen Aktivität der Arbeiterklasse in der materiellen Produktion", in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 22. Jahrgang 1974, Heft 2, S. 149.
47 Ebenda.

volle Entwicklung der Produktivkräfte wachsen und reifen könne", kritisiert Weidig als „theoretisch falsch und politisch reaktionär"(48), der ‚neue Mensch' sei nicht in einer Art Kulturrevolution zu schaffen. Vielmehr müsse der untrennbare Zusammenhang zwischen dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt und der Entwicklung der Arbeiterklasse entschieden betont werden, da sich hier ein Prozeß von historischer Tragweite vollziehe: „die Herausbildung der organischen Einheit zwischen körperlicher und geistiger Arbeit"(49). Dabei stellten sich folgende Aufgaben: „die erforderliche Reduzierung und schließliche Überwindung schwerer körperlicher und einseitiger geistiger Arbeit, die volle Ausprägung des schöpferischen Gehalts des Arbeitsprozesses, die allseitige Erhöhung der Qualifikation und Bildung aller Teile der Arbeiterklasse"(50). Die referierten ‚kosmetischen Arbeitsplatzgestaltungen' und Maßnahmen zur Gestaltung des Betriebsklimas können daher allenfalls als „mögliche Übergangslösungen"(51) betrachtet werden, während allein durch „die ständige Weiterentwicklung der Produktivkräfte und der damit verbundenen eigenen Höherentwicklung . . . die Arbeiterklasse die Bedingungen für die Überwindung der wesentlichen . . . Unterschiede zwischen körperlicher und geistiger Arbeit (schafft)"(52).

Zu welchen qualitativen Veränderungen im Mensch-Maschine-Verhältnis führt der wissenschaftlich-technische Fortschritt, so daß die Entleerung von geistigen Elementen, die Bindungen an vereinseitigende körperliche Verrichtungen überwindbar wird? Wird die Fließbandarbeit als zwanghafte, menschenunwürdige und erniedrigende Einverleibung des Arbeiters in den Produktionsprozeß abschaffbar? Der Mensch als Anhängsel der Maschinerie wird überflüssig durch die Automatisierung, die die Verlagerung körperlicher und geistiger Routinetätigkeiten in die Maschinerie bedeutet. Insofern stellt Automation den Kernprozeß der wisschaftlich-technischen Revolution dar: der Produzent ist nicht mehr als bloßes Regelglied in den Produktionsprozeß eingebunden, er tritt aus dem Produktionsprozeß heraus, verwandelt sich „aus dem unmittelbaren Hauptakteur der Produktion in ihren Projektanten, Betreuer, Wächter und Regler"(53). „Um diese Funktionen durchführen zu können, sind Spezialisten mit breitem Profil an Kenntnissen notwendig"(54), das in den Maschinen vergegenständlichte Wissen muß in die Köpfe der Produzenten zurückkehren. Mit dieser Art der Produktion, der Automation nämlich, ist die Möglichkeit und vom Standpunkt der Ökonomie der Zwang gegeben, die Fähigkeiten der Gattung in das Individuum zurückkehren zu lassen, die vormals antagonistische Entwicklung der Menschheit gänzlich aufzuheben. Weidig charakterisiert daher die Automation als den „„historischen Typ der Produktivkräfte, auf dessen Grundlage im Sozialismus die günstigsten Möglichkeiten für die umfassende Entfaltung der schöpferischen Rolle des Menschen im Arbeitsprozeß und für die allmähliche Herausbildung der

48 Weidig, a.a.O., S. 20.
49 Ebenda.
50 Ebenda, S. 20 f.
51 Nolepa, a.a.O., S. 174.
52 Ebenda, S. 173.
53 S. Widerszpil: „Die Beziehungen zwischen Arbeitern und technischer Intelligenz im Prozeß des wissenschaftlich-technischen Fortschritts", in: Soziologische Probleme . . . a.a.O., S. 137.
54 Ebenda.

Keime kommunistischer Arbeit erwachsen"(55). D.h. mit der Automation sind die Ansprüche des Sozialismus einholbar, kann die Forderung und konkrete Utopie, daß die Entwicklung des einzelnen zur Bedingung der Entwicklung der Gesellschaft werde, verwirklicht werden; es ist möglich einzulösen, was von Marx formuliert wurde: „Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch. . . *Gattungswesen* geworden ist, erst wenn der Mensch seine ‚forces propres' als *gesellschaftliche Kräfte* erkannt und organisiert hat, . . . , erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht."(56)

„Es ist objektiv erforderlich, die sozialen Beziehungen und das geistige Leben der Gesellschaft so zu entwickeln, daß sich sozialistische Persönlichkeiten im Prozeß der Arbeit und des Schaffens für die Gesellschaft *massenhaft* (Hervgh. d.d. Verf.) herausbilden" (57). Dieses Erfordernis ergibt sich aus dem Anspruch des Sozialismus an die Gesellschaftsmitglieder, ihr Leben, ihre Entwicklung und Entfaltung, den gesellschaftlichen Fortschritt selbstbewußt in die Hand zu nehmen und gemeinschaftlich zu gestalten. Wie aber können sich sozialistische Persönlichkeiten ‚massenhaft' herausbilden, wenn unterschiedliche Arbeiten mit unterschiedlichen Graden der geistigen Tätigkeit bestehen?

Zweifellos ist „mit der Überwindung der Antagonismen zwischen den Klassen . . . die entscheidende Voraussetzung" (58) dafür gegeben, daß die verschiedenen Schichten sich einander annähern und zu einem Bewußtsein gemeinsamer, übereinstimmender Interessen gelangen. Allein dies reicht nicht aus; bereits 1963 formulierte Wolfgang Eichhorn II eine begründete Kritik an den „theoretischen Fehlern" Stalins, die „in der entsprechenden Literatur weite Verbreitung" (59) gefunden haben und „mehr und mehr in den marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften überwunden" (60) werden. Nach Stalin sei „die Überwindung von Unterschieden zwischen geistiger und körperlicher Arbeit im wesentlichen nur ein Problem der Hebung des kulturell-technischen Niveaus der Arbeiter und Bauern auf das Niveau der wissenschaftlich-technischen Intelligenz"(61), also außerhalb der Produktion herstellbar. Eine weitere Annäherung der sozialen Schichten und damit eine Verallgemeinerung der sozialistischen Persönlichkeit kann aber nur über die Veränderung der Arbeitsbedingungen erfolgen.

Indem durch die Automation immer mehr eine Trennung von Durchführung und Planung der Produktion hinfällig wird, so daß es zu einer „Vereinigung von Arbeitern mit den wissenschaftlich-technischen Kräften in einheitlichen Arbeitskollektiven" (62) kommen wird, gleichen sich Arbeiter und Intelligenz in ihren Arbeitstätigkeiten einander an. Die sich daraus ergebende Perspektive einer „Integration der Arbeiterklasse mit der Intelligenz

55 Weidig: „Arbeitsinhalte zunehmend progressiver gestalten", in: Neues Deutschland (B), 27.4.1974. – Zit. nach R. Schulz: „Probleme der Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten und Kollektive im Prozeß der Rationalisierung und Automatisierung", in: Lebensweise . . . a.a.O., S. 40 f.

56 K. Marx: „Zur Judenfrage", MEW 1, S. 370.

57 Jetzschmann: „Probleme der gesellschaftlichen Aktivität . . .", a.a.O., S. 147.

58 Weidig: „Die Entwicklung der Arbeiterklasse . . .", a.a.O., S. 21.

59 W. Eichhorn II: „Geistige und körperliche Arbeit als Kategorien des historischen Materialismus", in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 8, 1963, S. 984.

60 Ebenda, S. 984.

61 Ebenda, S. 984.

62 Widerszpil, a.a.O., S. 143.

insbesondere der technischen" – „ein zweiseitiger Prozeß"(63), wie Widerszpil hervorhebt – stellt keine Utopie dar, sondern eine reale Entwicklungsmöglichkeit, wie sich „unter anderm in der Herausbildung *und im raschen Wachstum jener Gruppe von Arbeitstechnikern* (zeigt), die komplizierte technische Einrichtungen zu überwachen und zu steuern haben, wozu Ausbildung und Kenntnisse von Mittelschulniveau oder gar Hochschulniveau erforderlich sind"(64).

Bestehen aber nicht darüberhinaus zwischen den verschiedenen Produktionsbereichen, besonders zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Produktion, Unterschiede in den Arbeitsbedingungen und damit der Lebensweise, die unterschiedliche Möglichkeiten der Teilnahme an der gesellschaftlichen Planung und Gestaltung mit sich bringen, und so einer Verallgemeinerung der sozialistischen Persönlichkeit entgegenstehen? Wie kann die Aufhebung dieser „alten Arbeitsteilung" und der damit verbundenen „Ungleichwertigkeit der menschlichen Arbeit"(65) vorangetrieben werden, um für alle Gesellschaftsmitglieder die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen? Den Hauptweg im Prozeß der sozialen Annäherung der Klassen und Schichten sieht Weidig auch hier in der entschiedenen Höherentwicklung der Produktivkräfte: „im besonderen die planmäßige Entwicklung industriemäßiger Formen der Produktion und Leitung in der Landwirtschaft (ist) die wichtigste materielle Grundlage der Annäherung von Arbeiterklasse und Klasse der Genossenschaftsbauern und der schrittweisen Überwindung der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land"(66). Die Verwissenschaftlichung der Produktion und der Produktionstätigkeiten enthält eine Verallgemeinerungstendenz, indem nämlich „wissenschaftliche Kenntnisse und Bildung in immer stärkeren Maße ein notwendiges Erfordernis für alle Tätigkeiten"(67) werden und „eine vergleichbare Basis für diese"(68) bilden. Die Aufhebung der Ungleichwertigkeit menschlicher Arbeiten durch die bewußte Durchsetzung der Automation – bei gleichzeitiger Vertiefung der funktionalen Aufgliederung der gesellschaftlichen Arbeit – schafft die Voraussetzungen zur Realisierung der Forderung des VIII. Parteitages der SED, „die *ganze* Arbeiterklasse und ihre Verbündeten, die Genossenschaftsbauern und die Intelligenz, in die aktive Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft einzubeziehen"(69).

3. Wissenschaftlichkeit der Produktionsarbeit und Einsicht in die Gesellschaft

Die Automation bietet die materielle Basis für die Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit: indem der Mensch in der automatischen Produktionsweise aus dem unmittelbaren Produktionsprozeß heraustritt und steuernd und regelnd die ablaufenden Maschinen- und Naturprozesse beherrscht, realisiert sich für den einzelnen Produzenten das allgemeine Verhältnis von Mensch und Natur, er tritt der Natur selbstbewußt gegenüber und organisiert

63 Ebenda, S. 143.

64 Ebenda, S. 139.

65 Lötsch, a.a.O., S. 95 f.

66 Weidig: „Die Entwicklung der Arbeiterklasse . . .", a.a.O., S. 14.

67 J. Gräschke: „Neuerertätigkeit als wissenschaftlich-technisches Schöpfertum der Arbeiterklasse im Sozialismus", in: Aktivität . . . a.a.O., S. 99.

68 Ebenda, S. 99.

69 G. Aßmann: „Die Entwicklung der sozialistischen Demokratie und die Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten", in: Aktivität a.a.O., S. 25.

sie zu seinen Zwecken. Um solche Planungs-, Überwachungs-, Kontroll-, Steuerungstätigkeiten und Eingriffe sinnvoll leisten zu können, muß der Automationsarbeiter Kenntnisse über die jeweiligen Naturprozesse und die Funktionsweise der Maschinerie besitzen, d.h. er eignet sich auf seinem Gebiet die gesellschaftlichen Erfahrungen an und dies in zunehmend wissenschaftlicher Form. Nicht mehr nur „die sinnliche Wahrnehmung als Möglichkeit der Erkenntnis" und das virtuose Geschick der Hände bestimmen die Arbeitstätigkeit, sondern genaue Berechnungen und Überlegungen. Wogatzki drückt dies in seiner Erzählung „Ein Tag und eine Nacht" aus, wenn er dem Baggerfahrer, der eine Armbanduhr mit seinem Bagger aus einer Baugrube herausholte und auf ein Zeitungsblatt absetzte, durch den Ingenieur entgegnen läßt: „Es ist schade, daß solche herrlichen Spiele bald nur noch in den Zirkus passen. Ich habe da kürzlich von Cowboys gelesen, die vom Pferde herunter junge Stiere bei den Hörnern packen und sie dann auf die Erde zwingen. Aber das machen sie heute nur noch vor einem teuer zahlenden Publikum. In der Steppe gibt es wohl längst Koppeln mit elektrischen Drähten." Und weiter: „Wenn wir auch nur drei Wochen nach diesen Berechnungen hier arbeiten — exakt wie die Automaten —, so bist du auch mit zwanzig solcher Turnierspiele, wie du sie vorgemacht hast, elend aus dem Feld geschlagen. Das ist es ja eben. Wir können das ja mal ausrechnen. Das eine ist Flirt, schöner Flirt, gewiß — bei dem andren handelt es sich um dauerhafte Beziehungen. Ich weiß nicht, ob dir dieser Vergleich etwas sagt"(70).

In diesem „Prozeß der Intellektualisierung der produktiven Arbeit"(71), in dem zunehmend geistige Tätigkeiten wie Planen, Überwachen, Steuern . . . in den Vordergrund rücken, realisieren sich in der Arbeit notwendige Elemente der sozialistischen Persönlichkeit; anders gesagt, zur Bewältigung der Produktion werden an die Produzenten Anforderungen gestellt, die Wesenszüge der sozialistischen Persönlichkeit darstellen und sie somit produktionsnotwendig werden lassen. Indem die Automation „die Herausbildung einer organischen Einheit von körperlicher und geistiger Arbeit in der materiellen Produktion" vorantreibt, entwickeln sich Fähigkeiten und Kenntnisse, um auf das Geschehen in Betrieb und Gesellschaft Einfluß nehmen zu können, entsprechend den objektiven Bedingungen. Nicht nur vermehrt die Produktivkraftsteigerung die freie Zeit für geistige Betätigung und gesellschaftliche Aktivität, diese Möglichkeiten werden bereits in der Arbeit zunehmend realisiert, indem die Automation eine immer weitergehende gedankliche Durchdringung des Produktionsprozesses erzwingt und die Produzenten zu immer umfassenderer Aneignung der Gattungskräfte und ihrer schöpferischen Weiterentwicklung befähigt. In „Über fünf Sätze von Lenin" faßt Volker Braun das Verhältnis von Automation und Persönlichkeitsentwicklung folgendermaßen zusammen: „Aber nicht elektronische Datenverarbeitung, Kernenergie usw. — nicht *das* wird das Wesen dieser technischen Revolution sein: sondern der Mensch, der diese Revolution macht und sich mit ihr *macht*. Der eigentliche Wandel ist der der sozialen Lebensweise — die Befähigung von Millionen zum bewußten Handeln *für alle*. Das ändert die Stellung des einzelnen in der Organisation der Produktion und des Staates (seine politische Lage); seine Stellung ist meßbar am Radius und an den Tangenten seines Eingreifens. Die soziale Entwicklung nur bringt uns so in Gemeinschaft, daß

70 B. Wogatzki: Zement und Karfunkel, Kleine Arbeiterbibliothek Kürbiskern, Damnitz-Verlag, München 1975, S. 86–150.

71 Widerszpil, a.a.O., S. 138

wir ganz über uns verfügen"(72).

4. Einsicht und Verantwortung als Triebkräfte politischer und kultureller Praxis

„Der Entwicklungsstand der demokratischen Aktivität der Arbeiter (ist) unmittelbarer Ausdruck und Gradmesser gewachsener Reife der sozialistischen Entwicklung"(73). Unter demokratischer Aktivität sei klassenmäßig orientiertes, bewußtes und schöpferisches Handeln der Werktätigen für die Ziele der sozialistischen Gesellschaft zu verstehen(74). Gesellschaftliche Aktivität in diesem Sinne läßt sich — wie der Teil II vor Augen führte — nicht außerhalb oder unabhängig von der konkreten Arbeit erzeugen. Wenn sich Verantwortungsbewußtsein vor allem in der produktiven Arbeit formen und realisieren muß — wie Weidig feststellt(75) —, so ist zu fragen, wie die Arbeit aussehen muß, damit sich „Verantwortung bzw. . . Verantwortungsbewußtsein für das Ganze . . . als Wesenszug der sozialistischen Persönlichkeit und bestimmende subjektive Triebkraft schöpferischer Initiative"(76) ausprägen kann.

Während die Zergliederung des Arbeitsprozesses in zersplitterte, inhaltslose Tätigkeiten die Verantwortung des Arbeiters reduzierte und durch Kontrolle überflüssig machte, tritt mit der weiteren Produktivkraftsteigerung ein Wandel ein: mit der Automation tritt der lebendigen Arbeit immer mehr vergegenständlichte Arbeit entgegen, der einzelne Produzent bewegt in seiner Arbeit eine ungeheure Masse von Maschinerie, so daß die Anforderungen an die Verantwortung der Produzenten steigen. Zum einen besitzt der Automationsarbeiter schon mehr Verantwortung, als wenn er an einer einzelnen Maschine ständig kontrolliert arbeiten müßte, zum anderen läßt es die Komplexität und vielfältige Abhängigkeit innerhalb des Gesamtprozesses nicht zu, sich nur um den eigenen Teilbereich zu kümmern, „die Verantwortung des einzelnen (erstreckt) sich nicht nur auf einen überschaubaren Anteil der Produktion . . ., sondern auf den gesamten Produktionsprozeß, der vom Arbeitskollektiv gesteuert wird"(77). Mit der Bedeutung des individuellen Handelns, seinem ungeheuren Wirkungskreis — bei gleichzeitigem ‚Verlust' der sinnlichen Nähe zu den ablaufenden Prozessen — wächst daher die Notwendigkeit einer genauen Einsicht in die Bedingungen des eigenen Tuns. So stellt Hahn auf der politischen Ebene fest, es sei ein allgemeines Merkmal der gesellschaftlichen Entwicklung im Sozialismus, „daß die historische Reichweite und Dimension aktueller Entscheidungen und Prozesse nicht nur objektiv wächst, sondern zunehmend bewußt in Rechnung gestellt werden kann"(78). Begreift man Sozialismus als bewußte und gemeinschaftliche Regelung gesellschaftlicher Produktion, so ist diese allgemeine Tendenz für den Bereich gesamtgesellschaftlicher Planung und politischer Leitung unmittel-

72 Braun, a.a.O., S. 69.

73 Jetzschmann: „Probleme der Entwicklung der demokratischen Aktivität" . . ., a.a.O., S. 6.

74 Ebenda, S. 7.

75 Weidig, a.a.O., S. 34.

76 Ebenda, S. 33.

77 A. Kahl: „Zum sozialen Typ des Arbeitskollektivs in automatisierten Produktionsbereichen der Chemie", in: Aktivität . . . a.a.O., S. 183.

78 Hahn: „Sozialismus – ökonomisches System . . . a.a.O., S. 83.

bar einsichtig, sie läßt sich mit der Automation nun auch für die Ebene der materiellen Produktion nachverfolgen, bzw. findet dort ihre Entsprechung. Je stärker nämlich die Verantwortung auch Einsicht in die Gesellschaft erzwingt, desto stärker erscheinen die Bedingungen des eigenen Handelns, die gesamte Gesellschaft als von Menschen gemachte und daher auch gemäß objektiver Gesetze beeinflußbare. Dies steigert wiederum die persönliche Verantwortung bzw. das Verantwortungsbewußtsein für immer umfassendere gesellschaftliche Zusammenhänge und bringt bewußtes gesellschaftliches Handeln hervor. Ergebnisse der soziologischen Forschung belegen dies klar: „Werktätige, die in ihrem unmittelbaren Arbeitsprozeß bereits eine geistig anspruchsvollere Arbeit vollziehen, sind auch überdurchschnittlich an jenen Formen der gesellschaftlichen Aktivität beteiligt, in denen sich über den Arbeitsprozeß hinausgehende Formen der schöpferisch-geistigen Arbeit vollziehen" (79).

Die Notwendigkeiten der Produktionstätigkeit sind nur verantwortungsvoll zu erfüllen, wenn die Handlungen von einem gebrauchswertorientierten, ökonomischen Denken bestimmt werden, welches eine gesellschaftliche Qualität gewinnt, „indem sich individuelle Einsichten in unmittelbare oder mittelbare ökonomische Zusammenhänge und Prozesse mit Einsichten in volkswirtschaftliche, gesamtgesellschaftliche Erfordernisse, Interessen und Beziehungen verbinden" (80): der sozialistische Eigentümer beginnt sich als solcher zu verhalten. Möglich wird diese Entwicklung durch die steigende Bedeutung der „Prozeßvorbereitung" bei Abnahme direkter Produktionstätigkeit, so daß Planung und Durchführung der Produktion integrierbar werden. Für die Entwicklung der Eigentümerfunktion folgert Widerszpil daher: „Grundlegende Voraussetzung zur Überwindung gewisser Widersprüche zwischen der Position des Arbeiters als Miteigentümer und Mitverwalter und seiner Position in der Produktion ist der weitere technische Fortschritt, vor allem der Übergang von der Etappe der Mechanisierung und Elektrizifizierung zur Etappe der Automation" (81). Die Arbeit an automatischen Anlagen stellt daher die Praxis dar, die gesellschaftliche Aktivität ermöglicht und erzwingt und folglich die Einheit von Bewußtsein und Handeln, die freie und selbsttätige Aktivität im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts als Wesenszug der sozialistischen Persönlichkeit befördert.

79 Lötsch, a.a.O., S. 103

80 Hahn, „Soziologie und Philosophie unter den gegenwärtigen Bedingungen", in: Soziologische Probleme . . ., a.a.O., S. 81.

81 Widerszpil, a.a.O., S. 142.

82 F. Staufenbiel: „Zur Entwicklung kultureller Bedürfnisse in der Arbeiterklasse und Konsequenzen für die Planung sozialer Prozesse im Betrieb und Territorium", in: Lebensweise . . ., a.a.O., S. 60.

„Die kulturellen Bedürfnisse existieren nicht isoliert von den anderen Bedürfnissen. Sie sind diesen immanent und drücken im allgemeinen das Bewußtwerden der Notwendigkeit persönlicher Teilnahme an der sozialen Vervollkommnung des menschlichen Lebens und des Menschen selbst aus. Wir verstehen darunter vor allem das Streben nach Aneignung und Erleben kultureller Werte der sozialistischen Lebensweise" (82). Nach diesen Worten Staufenbiels entwickeln sich kulturelle Bedürfnisse hauptsächlich aus den Bedürfnissen, die der gesellschaftlichen Aktivität zu Grunde liegen, anders gesprochen, solange durch das Vorherrschen körperlicher Arbeit die Möglichkeiten der Teilnahme an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens begrenzt sind, muß der Zusammenhang zwischen der hauptsächlichen Tätigkeit, der Arbeit, und der kulturellen Betätigung zumindest teilweise ein äußerlicher bleiben. Wenn daher in soziologischen Untersuchungen ausgewiesen wird, „daß ungefähr ein Drittel der befragten Arbeiter als entscheidenden Hinderungsgrund für die Beschäftigung mit der künstlerischen Kultur Müdigkeit und Abgespanntheit angeben" (83), so spiegeln sich darin die subjektiven Verarbeitungen der objektiven Hinderungsgründe wider. Jedoch nicht eine ‚leichte' Arbeit ist zur Beseitigung dieses Zustandes zu fordern, sondern eine Arbeit, die die Beherrschung der Natur durch den Menschen, ihre wissenschaftliche Durchdringung bis hin zur schöpferischen Neukonstruktion ermöglicht und die Entstehung gesellschaftlicher Aktivität erzwingt. Die Bedürfnisse, die sich in dieser Arbeit entwickeln und befriedigt werden, sind dann nicht beliebig ‚an- und abschaltbar', sondern drängen in die übrigen Lebensbereiche und treiben hier sowohl die Aneignung der Gattungskräfte durch das Individuum voran als auch das Bedürfnis nach bewußter Gestaltung dieser Bereiche, so daß das Individuum auch in diesen Bereichen schöpferisch tätig sein kann. Die durch die Automation vermehrte freie Zeit wird daher nicht von den Werktätigen „nach *eigenem Ermessen* genutzt, um sich (erst hier, außerhalb der Produktion — d.V.) als sozialistische Persönlichkeiten zu entwickeln und zu bewähren" (84), vielmehr wird die sozialistische Persönlichkeit, wie oben dargelegt, durch die Automation eine Produktionsnotwendigkeit, ist in der Arbeit verankert, um dann neben oder in der aktiven Erholung auch außerhalb der Arbeit schöpferisch tätig sein zu können.

5. Zusammenfassung

Das Bestimmende und Spezifische des Sozialismus ist es, daß in ihm die Menschen auf Grund der Eigentumsverhältnisse befähigt sind, selbstbewußt und gesellschaftlich ihr Leben zu organisieren. Die überwiegend körperliche Arbeit und der unentwickelte Stand der Produktivkräfte verhindern eine ‚Erfüllung' dieser Bestimmung — dies wurde oben dargelegt —; jetzt kann festgestellt werden, daß die Automation Kenntnisse, Fähigkeiten und Haltungen bei den Produzenten erfordert, die sie zu gesellschaftlichen Menschen werden lassen, zu sozialistischen Persönlichkeiten. Von diesem Stand der Diskussion aus erweisen sich die verschiedenen Bestrebungen zur Herstellung von Arbeitszufriedenheit, die Erzeugung von sozialistischen Menschen durch die Errichtung einer ‚sozialistischen Moral', durch die Vermittlung von Normen und Regeln

83 Ch. Ziermann: „Zur Erforschung sozialistischer Kunstbedürfnisse", in: Lebensweise . . ., a.a.O., S. 69.

84 P. Förster: „Überlegungen zu einem marxistischen Freizeitbegriff", in: ebenda, S. 86.

des sozialistischen Verhaltens um so deutlicher als kritikwürdige, weil hemmende und schädliche Auffassungen über die Entwicklung des sozialistischen Menschen. Wenn von Hahn eine allgemeine Tendenz des Sozialismus zur Verwissenschaftlichung von Planung, Leitung und politischem Handeln konstatiert wird, weist die Verwissenschaftlichung der Produktion den Weg zur Realisierung und Konkretisierung dieser allgemeinen Tendenz durch das Individuum: Automation ermöglicht, was Lamberz als Anforderung an den sozialistischen Menschen formuliert: „Ohne wissenschaftliche Welterkenntnis bleibt dem Menschen die Einsicht in die Notwendigkeit, die Fähigkeit zu sachkundigem Entscheiden und Handeln, bleibt ihm — auch wenn er schon befreit ist von Ausbeutung und Unterdrückung, also wesentlich mehr Freiheit besitzt, als in irgendeinem kapitalistischen Land existiert — ein charakteristisches Moment wirklicher Freiheit verschlossen. Er gewinnt Freiheit in dem Maße, wie er zur Erkenntnis objektiver Gesetzmäßigkeiten vordringt, sie in seinem Tun und Denken in Rechnung stellt und benutzt." (85)

Indem von dem durch die Automation gegebenen Entwicklungsstand der materiellen Produktivkräfte her die Grundaspekte der sozialistischen Persönlichkeit wie organische Einheit von körperlicher und geistiger Arbeit, Schöpfertum, Verantwortung und gesellschaftliche Aktivität, kulturelle Betätigung etc. herausgearbeitet wurden, erschien damit das Spezifische des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus scheinbar vernachlässigt — anders formuliert, die Existenz der sozialistischen Produktionsverhältnisse als notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für die Entfaltung sozialistischer Persönlichkeiten wurde vorausgesetzt. Der Vorteil des Sozialismus ist es natürlich, die Automation als Grundlage der Herausbildung der sozialistischen Persönlichkeit bewußt und durch die aktive Mitgestaltung der Werktätigen vorantreiben zu können, ohne daß z.B. Arbeitslosigkeit oder Widersprüche zu den Eigentumsverhältnissen auftreten, sondern im Gegenteil die Wahrnehmung der Eigentümerfunktion durch die Arbeiter möglich wird, die Steigerung der Produktivität zu einer Verkürzung des gesellschaftlichen Gesamtarbeitstages und zu einer schöpferischen Entfaltung sozialistischer Menschen führen kann. Darüber hinaus wurde deutlich, daß die Automation als die materielle Basis der Entfaltung der sozialistischen Persönlichkeit anzusehen ist, und daß die Durchsetzungsnotwendigkeit der Automation aus diesen Gründen von Theoretikern in der DDR zunehmend klarer erkannt wird.

Sozialistische Persönlichkeit als Kampfbegriff

„... gewiß wäre es ein Irrtum, die Möglichkeiten zu übersehen, über die das Monopolkapital verfügt, um die Mechanisierung und Automatisierung voranzutreiben" (86). Dieses Resümee über eine langjährige Debatte um die Durchsetzungsmöglichkeiten der Automation in kapitalistischen Ländern (87) verweist die fortschrittliche Bewegung in der BRD und West-Berlin auf die Notwendigkeit, die durch die Automation veränderten Produktionsbedingungen und deren Konsequenzen zu untersuchen.

85 W. Lamberz: a.a.O., S. 837.

86 H. Maier: „Gesellschaft und wissenschaftlich-technische Revolution", in: Einheit, 31. Jahrgang 1976, Heft 4 , S. 497.

87 Vgl. dazu H. May und R. Nemitz (Projekt Automation und Qualifikation): „Kann der Kapitalismus die Produktivkräfte noch weiterentwickeln?" Bericht über eine Diskussion in der DDR." in: Marxistische Blätter, Heft 3/1976, S. 108 ff. Zur Verbreitung der Automation in der BRD: Projektgruppe Automation und Qualifikation in der BRD, Berlin (West) 1975 (Argument-Sonderband AS. 7).

Wie dargestellt ist die Automation *die* sozialistische Produktionsweise, auf deren Grundlage sich das gesellschaftlich vorhandene Wissen verallgemeinern kann und Fähigkeiten und Haltungen erwachsen und notwendig werden, die Wesenszüge der sozialistischen Persönlichkeit in sich tragen. Da sich im Kapitalismus die Automation immer mehr durchsetzt und zur bestimmenden Produktionsweise wird, entspringen auch hier die veränderten Anforderungen an die Produzenten aus dieser neuen Art der Produktion. Der bewußten und uneingeschränkten Entfaltung der durch die Automation gesetzten Möglichkeiten stehen aber die privaten Eigentumsverhältnisse entgegen: Voraussetzung zur umfassenden Entwicklung dieser subjektiven Fähigkeiten und Haltungen wären sozialistische Produktionsverhältnisse. Folgenden Widerspruch muß das Kapital bewältigen, es wird gezwungen, hierauf adäquat und in seinem Interesse zu reagieren; einerseits den Anforderungen der Produktivkräfte gerecht zu werden — d.h. die bei den Produzenten erforderliche Verantwortung und das ökonomische Denken, die neuen Fähigkeiten können nicht ungestraft negiert werden, ohne daß die Produktion zusammenbrechen und damit unprofitabel würde —, andererseits sein Herrschaftssystem und die es begründenden Eigentumsverhältnisse aufrechtzuerhalten. Unter kapitalistischen Bedingungen werden daher Bestrebungen von den Herrschenden in Gang gesetzt werden, den fortschrittlichen, weil über das System hinausweisenden Tendenzen und Möglichkeiten die Spitze zu brechen und auf pervertierende Art und Weise systemintegrierende ‚sozialistische' Haltungen und Fähigkeiten herzustellen. Und genau damit ist das gesellschaftliche Kampffeld umrissen: Das Ausmaß der Pervertierung und Beschneidung fortschrittlicher Tendenzen hängt nämlich wesentlich von einem demokratischen Kampf um die Reformen ab, mit denen die Ausbildung in Schule, im Beruf und an der Hochschule den veränderten Bedingungen der Produktion angepaßt werden müssen und sollen. In diesen Bereichen verschärfen sich die Systemintegrationsversuche, wie die Auseinandersetzungen um diese Reformen zeigen.

Nicht nur in den Reformbestrebungen im Bildungssektor sondern auch in denen der übrigen Bereiche der gesellschaftlichen Reproduktion wirken die Vergesellschaftungstendenzen und -notwendigkeiten und die fortschrittlichen Anforderungen der Produktivkräfte innerhalb des kapitalistischen Systems. Das Kapital und seine Herrschaftssicherer bewegen sich in dem Widerspruch die Reformen vorantreiben zu müssen, die einer breiten, aktiven Trägerschaft bedürfen und den aus den Reformbewegungen entspringenden „System-Überschuß" (88) kanalisieren und entschärfen zu müssen; der Überschuß ist desto stärker, je mehr sich der Gedanke der vernünftigen Planbarkeit gesellschaftlicher Prozesse in den politischen Auseinandersetzungen verbreiten kann: spezifische Abwehrstrategien müssen ergriffen werden. Spezifisch, damit die Reformen bei aller Beschneidung und Pervertierung durch kapitalistische Interessen dennoch den langfristigen Anforderungen der Produktivkräfte genügen.

88 Zu diesem Begriff und dem Zusammenhang von Reformen und Berufsverboten vgl. R. Nemitz: „Die Konstruktion der Verfassungsfeindlichkeit durch den Verfassungs-‚Schutz', in: Das Argument Nr. 92, S. 585–600.

Diese Zusammenhänge bestimmten die Handlungsmöglichkeiten einer demokratischen Bewegung, die den pervertierenden und inhumanen Eingriffen und Interessen des kapitalistischen Systems entgegentreten muß und sich demgegenüber mit der Entwicklungskraft der Produktivkräfte im Rücken für die volle Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten und Möglichkeiten einsetzen muß. Ein solcher Kampf muß in die Irre führen, wenn er sich nur an der Oberfläche orientiert und nicht den Standpunkt des Allgemeininteresses vertritt. Pädagogische Strategien wie z.B. Rollenspiel und Gruppendynamik enthalten nämlich zutiefst widersprüchliche, ineinander verschränkte Komponenten (89), einerseits tragen sie fortschrittliche Elemente in sich, weil sie die neuen Fähigkeiten erzeugen müssen, und andererseits brechen sie zugleich deren kritische Potenzen und erzeugen scheinsozialistische Haltungen gegenüber privatem Eigentum. Es muß getrennt werden zwischen verallgemeinerungsfähigen, weil fortschrittlichen Elementen und kapitalismusspezifischen Verzerrungen und integrationistischen Maßnahmen. Ein solches Vorgehen der bestimmten Negation enthält in sich eine Zielvorstellung über das, was in einer entwickelteren Gesellschaft möglich sein wird. Der Begriff der sozialistischen Persönlichkeit gibt diese Perspektive an und wird damit zum Kampfbegriff zur Durchsetzung der menschlichen Entwicklungsmöglichkeiten in dieser Gesellschaft. Dieser Reformkampf kann nur geführt werden, wenn sich die Kämpfenden äußerste Klarheit über dieses Ziel verschaffen und in der Lage sind, raffinierten Manipulationsangeboten nicht aufzusitzen, sondern mit sicherem Urteil das Ineinander von progressiven und pervertierenden Elementen aufzudecken.

Dieser Kampf verändert die Kämpfenden: Die fortschrittliche Bewegung muß den Standpunkt der Vergesellschaftung, der vernünftigen Planung im Interesse der Allgemeinheit einnehmen — wenn es dem kapitalistischen System nicht gelingen soll, seine Interessen gegen die der Bevölkerungsmehrheit durchzusetzen —, so daß die Teilnahme an diesem Kampf die Chance bietet, bürgerliche Privatheit, Konkurrenzhaftigkeit und persönliches Vorteilstreben gegen die Interessen der Übrigen zu überwinden: es kann sich ein gesellschaftlicher Mensch bilden, der schrittweise die Persönlichkeitsdeformierungen des kapitalistischen Systems abstreift, seine Vernunft, das bürgerliche Erbe, human und gesellschaftlich einsetzt. Das Interesse, das er in dieser Bewegung vertritt, ist ein allgemeines, und der Standpunkt, den er hierbei beziehen muß, um nicht bei möglichen Rückschlägen in Resignation zu verfallen, und um ein Handlungskorrektiv und eine langfristige, überindividuelle Perspektive zu gewinnen, ist darum ein wissenschaftlich begründeter: er stützt sich auf die genaue Durchdringung des Zusammenhangs von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen und den emanzipativen Möglichkeiten der Automation. „Es geht (deshalb) nicht um einen Kampf gegen wissenschaftlich-technische Neuerungen. Anzukämpfen ist vielmehr dagegen, daß sie zu einer Vertiefung und Ausdehnung des Ausbeutungsprozesses benutzt werden. Deshalb gilt es, die sozialen Konsequenzen wissenschaftlich-technischen Fortschritts unter kapitalistischen Bedingungen aufzuzeigen . . .“ (90). Reformbemühungen und Emanzipationsbestrebungen müssen nicht mehr getrennt und losgelöst von der materiellen Produktion mit

89 Vgl. dazu F. Haug: Rollenspiel zwischen Emanzipation und Manipulation. Dissertation am Fachbereich 11 (Philosophie und Sozialwissenschaften) der FU Berlin-West 1976 – außerdem: C. Ohm: „Ziellosigkeit als Lernziel der Gruppendynamik“, in: Das Argument 78, S. 94–122.

90 H. Maier, a.a.O., S. 497.

der ständigen Gefahr des resignativen Rückfalls unternommen werden, der politische Fortschritt kann sich auf die ganze Kraft menschlicher Fähigkeiten in Gestalt der Produktivkräfte stützen.

REIHE TECHNIK + BILDUNG

Technikunterricht - Alternativen zur Arbeitserziehung in der BRD 216 S. 15,-

Technische Bildung als Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung

BAND 1
Analysen der arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Rahmenbedingungen, der pädagogischen Ziele, Versuch einer theoretischen Grundlegung.
166 S. 15,-

BAND 2
Unterrichtsbeispiele aus Sachunterricht, Arbeitslehre, Technikunterricht, Berufsgrundbildung und gewerkschaftlicher Jugendarbeit.
184 S. 18,-

BAND 3
Darstellung der Arbeitswelt in Technikunterricht und Arbeitslehre
160 S. 15,-

Dokumentationen zum 5. Werkpädagogischen Kongress mit Beiträgen von

Helmut BENJES Wolfgang BIESTER Ludwig von FRIEDEBURG Dieter GÖRS Horst HENSEL Christian KNEIFEL Johannes KOCH Gerd KÖHLER Michael MENDE Dieter MÜTZELBURG Helmut NÖLKER Gert REICH Ernst REUTER Hartmut SELLIN Werner TOBIAS Heinz ULLRICH Ekkehard WEBER Gerd WEGHORN Fritz WILKENING und anderen

ROTA

Britzer Verlag-Druck-&Vertriebs GmbH
1000 Berlin 47 (Britz) Scheveninger Str. 16
Tel. 030/6 06 23 78

Um einem breit vorhandenen Informationsbedürfnis bzgl. Form und Inhalt des Wegs zum Sozialismus entgegenzukommen, dokumentiert die SOPO wichtige Auszüge aus dem Bericht von Georges Marchais auf dem 22. Parteitag der FKP und Beiträge anderer französischer Kommunisten zu diesem Thema. Wir werden uns bemühen, die Diskussion im Ausland auch weiterhin zu verfolgen. Im Rahmen der Kommission „Arbeiterbewegung" der SOPO ist neben der Erstellung der Dokumentation folgender Artikel entstanden, der mit dem Anschneiden wesentlicher Fragestellungen und Zusammenhänge die Diskussion zu Fragen der Demokratie, des Sozialismus und der marxistischen Revolutionstheorie in der SOPO eröffnet. Die Redaktion

DIKTATUR DES PROLETARIATS– EINLEITUNG IN EINE DOKUMENTATION

„Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. . . Was ich neu tat, war 1. nachzuweisen, daß die *Existenz der Klassen* bloß an *bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion* gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur *Diktatur des Proletariats* führt; daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur *Aufhebung aller Klassen* und zu einer *klassenlosen Gesellschaft* bildet." (Karl Marx: Brief an Weydemeyer, MEW, Bd. 28, S. 507/508)

Mit der Zuspitzung der Krise der letzten Jahre und der damit einhergehenden Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen, des wachsenden Einflusses des Sozialismus und der kommunistischen Parteien steht in einigen Staaten Westeuropas die Frage qualitativer gesellschaftlicher Veränderungen auf der Tagesordnung und bietet aktuellen Anlaß, die Diskussion nach Form und Inhalt des Wegs zum Sozialismus verstärkt aufzunehmen.

Auf der Grundlage der wissenschaftlichen Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus rücken dabei in der Diskussion der Marxisten vor allem solche Fragen in das Zentrum der theoretischen Auseinandersetzungen,

- die sich mit der Gesamtheit des politischen Überbaus; seiner Wechselwirkung mit der ökonomischen Basis, insbesondere mit der Analyse des Wesens und der Funktion des monopolkapitalistischen Staates, d.h. auch dem unterschiedlichen Wesen des bürgerlichen und des sozialistischen Staates befassen;

- und die sich mit der Bestimmung und der Struktur der modernen Arbeiterklasse, allgemein der klassentheoretischen Analyse der Bevölkerungsstruktur; mit den daraus resultierenden Formen und Aufgaben der verschiedenen Organisationen und Organisationstypen der Arbeiterklasse; mit der wissenschaftlichen Analyse der programmatischen, strategisch-taktischen Zielsetzung dieser Parteien, der Fundierung ihrer Politik durch

die Rezeption der wichtigsten Werke des Marxismus und der Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung beschäftigen.

Dabei stehen, wie die von den Massenmedien in den letzten Monaten in bisher unbekanntem Ausmaß gegebenen Kommunismus-Darstellungen zeigen, nicht nur auf marxistischer Seite solche Fragen im Vordergrund wie:

- Gibt es allgemeine Gesetzmäßigkeiten des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus? Wenn ja, welche? In welchem Verhältnis stehen sie zu den jeweiligen nationalen ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Gegebenheiten? Wie tragen die kommunistischen und Arbeiterparteien diesem Verhältnis Rechnung?
- In welchem Verhältnis stehen die drei Hauptkräfte des revolutionären Weltprozesses — realer Sozialismus, Arbeiterbewegung, nationale Befreiungsbewegung — zueinander? Wie manifestiert sich der proletarische Internationalismus? Und welche Bedeutung kommt ihm zu?
- Welche strategischen Orientierungen haben die Marxisten angesichts der ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Krise des Kapitalismus? Gibt es Elemente einer gemeinsamen Strategie für die entwickelten kapitalistischen Länder? Wie beantworten die Marxisten die Frage der Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse? Welchen Stellenwert nimmt die Staatsfrage ein? Welche Rolle spielen die Begriffe Demokratie und Freiheit? Welches Verhältnis entwickelt sich zwischen den revolutionären und reformistischen sowie anderen Kräften innerhalb der fortschrittlichen Bewegung?

Diese Diskussion hat sich aus Anlaß des 22. Parteitages der Französischen Kommunistischen Partei auf den „demokratischen Weg zum Sozialismus" und die „Diktatur des Proletariats" konzentriert.

„Wenn die Diktatur des Proletariats als Bezeichnung der politischen Macht im sozialistischen Frankreich, für die wir kämpfen, nicht in der Beschlußvorlage enthalten ist, dann deshalb, weil sie nicht mit der Wirklichkeit unserer Politik übereinstimmt, der Wirklichkeit, die wir dem Land vorschlagen." /S. 103/ *

Der Beschluß der FKP hat in der Öffentlichkeit, insbesondere in der bürgerlichen, sehr starke Beachtung gefunden. Immer wieder wurde die Frage gestellt, ob diese Änderung denn ernstzunehmen sei, ob es sich nicht nur um ein taktisches Manöver handle. Schließlich gelte die „Diktatur des Proletariats" unter „orthodoxen Kommunisten" als wichtigstes Kriterium. Auf der anderen Seite wurde dieses ganze Rätselraten der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse lediglich als weiterer Versuch der Spaltung der Reihen der kommunistischen und Arbeiterparteien gewertet. Als die KP Portugals diesen Beschluß gefaßt habe, sei davon nicht viel Aufhebens gemacht worden. Schließlich sei die „Diktatur des Proletariats" auch in den Statuten und Programmen von DKP und SEW und überhaupt der meisten KPs des kapitalistischen Europa nicht enthalten.

* Die in Querbalken angegebenen Seitenangaben beziehen sich auf das vorliegende Heft der SOPO.

Die FKP selbst betonte wiederholt, daß dieser Beschluß von strategischer Bedeutung sei. Entsprechend umfangreich fielen vor, auf und nach dem Parteitag die theoretischen Bemühungen aus, die Richtigkeit und Notwendigkeit dieses Schritts zu begründen.

Hat die FKP auf die „Diktatur des Proletariats" verzichtet? Oder hat sie sie den französischen Verhältnissen entsprechend modifiziert? Wir meinen, daß der Diskussion dieser Frage große Bedeutung zukommt, weil sie zur theoretischen Klärung vieler Fragen an den „demokratischen Weg zum Sozialismus" und damit zur Begehbarkeit dieses Wegs beitragen kann. Denn es handelt sich um *die* strategische Kernfrage: Wer übt über wen wie Macht aus?

Mit der Dokumentation wichtiger Teile der Marchais-Rede auf dem Parteitag sowie Stellungnahmen und Diskussionsbeiträgen anderer Kommunisten wollen wir der Diskussion bei uns Material zur Verfügung stellen. Und unser Vorwort soll weniger ein Versuch sein, Position zu beziehen, als ein Beitrag zur Herausarbeitung der Fragen, die sich die FKP gestellt hat, und der Fragen, die an die Antworten der FKP zu stellen sind.

Die Grundlagen der Strategie der FKP

Die FKP hat in den drei Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg vor dem Hintergrund der nationalen und internationalen Entwicklung allmählich ihre Strategie des demokratischen Wegs zum Sozialismus auf- und ausgebaut. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die zunehmende Ausprägung des staatsmonopolistischen Kapitalismus (im folgenden SMK) gewesen, der weitreichende Konsequenzen für die Klassenstruktur, die Entwicklung der Klassenkämpfe und die Funktionen des Staates gehabt hat. „Der neue Tatbestand ist der Staatsmonopolismus: zum einen, weil er die Vergesellschaftung der Produktivkräfte mittels der Vergesellschaftung der Kapitale verstärkt, zum anderen, weil er sehr bedeutende soziale Veränderungen mit sich bringt.' /S. 127/

Neben der Arbeiterklasse unterwirft das Monopolkapital, unterstützt von der Macht des Staats, immer größere Teile der Bevölkerung seiner Ausbeutung und Ausplünderung. Objektiv entstehen neue Interessengemeinschaften, die neue Bündnismöglichkeiten bieten. Dabei bleibt die Arbeiterklasse, obwohl auch sie in ihrer Struktur Veränderungen erfährt, diejenige Klasse, die durch ihre Zahl, ihren Organisationsgrad und ihre Kampferfahrung, vor allem aber durch ihr unverändert entscheidende Rolle in der Produktion am direktesten und konsequentesten an der Beseitigung der Macht der Monopole interessiert ist. Allerdings reicht die bloße Existenz des gemeinsamen Interessengegensatzes zum SMK nicht aus. Das Interesse muß seinen subjektiven politischen Ausdruck finden. Wenn sich also heute in Frankreich die Frage der Staatsmacht konkret stellt — nicht aber in der BRD oder in Großbritannien, die doch sehr ähnliche sozio-ökonomische Strukturen aufweisen — dann deshalb, weil das hohe Entwicklungsniveau des Klassen- und Massenkampfes sie auf die Tagesordnung gesetzt hat.

Wenn auf diese Weise das nationale politische Kräfteverhältnis ausschlaggebend ist für die Reife der revolutionären Aufgabe (und damit auch für die Formen ihrer Erfüllung), so schafft das internationale Kräfteverhältnis verbesserte *äußere* Bedingungen, die die Möglichkeiten eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus erhöhen, vor allem in dem Sinne, daß sie die Gefahr einer militärischen Intervention von außen senken und ein ungünstigeres Klima für konterrevolutionäre Gewalt im Innern schaffen.

Es waren im wesentlichen diese Faktoren, die zur Weiterentwicklung der Strategie des demokratischen Wegs zum Sozialismus geführt haben. Zugleich war und ist die politische Umsetzung dieser Strategie selbst vorwärtstreibendes Moment und muß in die Überlegungen zum Charakter sozialistischer Machtausübung einbezogen werden. Denn die FKP sieht im Verzicht auf die „Diktatur des Proletariats" genau genommen nichts anderes als die gedanklich-konkrete Fortsetzung ihrer Strategie des demokratischen Wegs.

Umgang mit den Klassikern

Ebenso wie die FKP ihre theoretische Arbeit als Handlungsanleitung für die politische Praxis begreift, werden auch die Klassiker-Texte als Antworten auf Probleme einer bestimmten historischen Situation rezipiert. Hincker hebt hervor, daß der Begriff „Diktatur des Proletariats" bei Marx zunächst die allgemeine Einsicht ausdrücke, daß der Staat Instrument der Herrschaft einer Klasse über eine andere" /S. 116/ sei und daß demzufolge eine jede soziale Revolution darauf angewiesen sein, die politische Macht zu erobern. Diese Einsicht sei „das Kernstück der materialistischen Staatstheorie." Über die konkreten *Formen* einer Diktatur des Proletariats ist damit noch nichts ausgesagt, erst die historische Erfahrung der Pariser Kommune ließ Marx dann *entdecken*, daß es nicht ausreicht, den Staatsapparat zu erobern, sondern daß die revolutionäre Klasse ihn zerstören und durch ihren eigenen ersetzen muß. Hincker betont, daß die Staats*form* der Kommune jedoch keineswegs als die allgemeine Form der politischen Befreiung angesehen werden könne, da dann „allgemeines Wahlrecht, Pluralismus und enges Bündnis zwischen Arbeiterklasse und kleinbürgerlichen Schichten" /S. 116/ zu den konstitutiven Momenten der Diktatur des Proletariats gehörten.

Während Hincker also mit Marx die Kommune als „theoretischen Bezug" — nicht aber als allgemeines Modell — für die Diktatur des Proletariats akzeptiert, verfährt er bei der Untersuchung der Leninschen Auffasungen de facto umgekehrt. Unter Voraussetzung der allgemeinen Ableitung bei Marx und Engels zeichnet er zunächst die konkreten Bedingungen des Rußland der Revolution nach, die zu einer bestimmten Konzeption der Diktatur des Proletariats geführt haben. Die zahlenmäßig kleine russische Arbeiterklasse sei die einzige konsequent revolutionäre Kraft gewesen. Sie habe zwar des Bündnisses mit den Bauern bedurft, um den Staat als Instrument der Revolution einsetzen zu können, die Bauern auch an der Macht beteiligt, aber doch nur in untergeordneter Stellung und auf der Grundlage eines vom Proletariat *diktierten* Programms. Somit sei dieser Staat eine „Diktatur des Proletariats zugleich *für* und *über* die Volksmassen *gegen* die Bourgeoisie gewesen. Für die Volksmassen in dem Sinne, daß das revolutionäre Programm auch nicht spezifisch proletarische Punkte (Bodenverteilung, Frieden) enthalte. Über die Massen in dem Sinne, daß die revolutionären Arbeiter die einzigen sind, die aktiv zur Umwandlung des alten Rußland tätig werden können: es sind die „Kommissare", die die Macht konzentrieren. So gibt es einen Unterschied zwischen dem Klasseninhalt der Macht (Klassenbündnis der Mehrheit) und der Ausübung der Macht durch die Arbeiterklasse (der Minderheit)." /S. 117/ Diese Konzeption Lenins sei in den nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen sozialistischen Ländern ebenfalls praktiziert und theoretisch zur allgemeinen erhoben worden: die Macht gehört alleine der Arbeiterklasse.

Genau dieses Merkmal der Diktatur des Proletariats aber lehnt Hincker

ab, weil es nicht mehr den durch den SMK geschaffenen Klassenstrukturen und dem Entwicklungsstand des revolutionären Bewußtseins in Frankreich entspreche. Nicht mehr nur die Arbeiterklasse werde in französischen Sozialismus die Macht ausüben, sondern das werktätige Volk. Denn „unter den Bedingungen des SMK und seiner Krise ist nicht nur das Proletariat, sondern das *werktätige Volk* imstande, die sozialistische Macht auszuüben." /S. 123/

Wenn die FKP den Begriff der „Diktatur des Proletariats" aus ihrem Programm streicht, so verwirft sie damit nicht die Einsicht, daß eine „Änderung im Klassencharakter der Macht" /S. 104/ unumgängliche Voraussetzung für den Weg zum Sozialismus ist. An Hinckers Lenin-Rezeption wird vielmehr deutlich, daß bestimmte Herrschafts*formen* für Frankreich verworfen werden (z.B. ungleiches Stimmrecht von Arbeitern und Bauern, Ausschluß der Bourgeoisie von der Demokratie).

An dieser Stelle muß zunächst das methodische Vorgehen Hinckers als problematisch bezeichnet werden. Zwar versucht er, das was bei Lenin auf den ersten Blick widersprüchlich erscheint, durch historische Untersuchungen zu erklären, um so die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten von den konkreten historischen Sachverhalten zu trennen. In der offensichtlichen Absicht, sich von allen bisherigen realen Formen der Diktatur des Proletariats abzusetzen, rezipiert er Lenin jedoch in selektiver Weise so, daß konkrete Formen der Diktatur des Proletariats mit dem allgemeinen Begriff identifiziert werden.

Demgegenüber scheint es uns wichtig festzuhalten, daß bei den Klassikern mit dem Begriff der „Diktatur des Proletariats" je nach Kontext Sachverhalte mit unterschiedlichem Allgemeinheitsgrad bezeichnet werden. Eine systematische Untersuchung zum Begriff der „Diktatur des Proletariats" bei den Klassikern müßte die verschiedenen Bedeutungen unterscheiden und ihr Verhältnis zueinander bestimmen. Erst dann ließe sich überprüfen, mit welchen Argumenten der Begriff von den Klassikern zu den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Übergangs zum Sozialismus gezählt wurde und ob er tatsächlich das „Kernstück der marxistischen Revolutionstheorie" darstellt.

Staatsanalyse

Für die politische Strategie zur Erringung und Erhaltung der Macht ist die Analyse des Staatsapparates von zentraler Bedeutung, und zwar sowohl seiner allgemeinen Bestimmungen wie seiner historisch-besonderen Formen.

Hincker trägt zunächst die allgemeinen Merkmale des Staates zusammen, wie sie bei Marx entwickelt sind: einerseits ist er ein Instrument zur Erhaltung der Klassenherrschaft, andererseits ist die herrschende Klasse mit seiner Hilfe bestrebt, ihr Interesse als das allgemeine hinzustellen, indem sie mit ihren Gesetzen die gesamte Gesellschaft organisiert.

In der Geschichte der marxistischen Arbeiterbewegung sieht Hincker zwei verschiedene Staatskonzeptionen nebeneinander stehen. Eine „enge" Konzeption zunächst: der Staat wird vorwiegend als *repressiver Apparat* gesehen, der im Interesse der herrschenden Klasse *von außen* auf die Produktionsverhältnisse einwirkt; sozialistische Politik muß dann darauf gerichtet sein, diesen Apparat zu zerschlagen und durch einen neuen zu ersetzen, der ebenfalls von außen wirkt — im Interesse der Diktatur des Proletariats. „Diktatur" deshalb, weil das Funktionieren des Staatsapparats als diktatorischer, weil von außen kommender Eingriff in den sozialen Organismus gesehen wird. Hincker seinerseits vertritt ein „weites" Staatskonzept: „Das Wesen des Staates besteht in der Organisation der Produktionsverhältnisse, im Sinne der Reproduk-

tion der Herrschaft der herrschenden Klassen." /S. 120/ Die Klassenherrschaft werde vom Staat nicht nur durch repressive und ideologische Mittel garantiert, sondern auch dadurch, daß der Staat *organisierende Funktionen* erfüllt, die zum Funktionieren des sozialen Organismus *von innen* her nötig sind. Diese immer schon vorhandene Funktion des Staates gewinne in der gegenwärtigen Entwicklungsstufe des Kapitalismus zunehmend an Bedeutung: im SMK ist der Staat auf vielfältige Weise mit der Gesellschaft verbunden, von sozialen Dienstleistungen für die Bevölkerung über Kontrolle der Massenmedien bis hin zur Verwaltung der bereits verstaatlichten Kapitale.

Vor dem Hintergrund dieser Funktionsdifferenzierung stellt sich das Staatsproblem für die FKP in veränderter Weise, denn aus den neuen Funktionen des Staates resultieren neue politische Konflikte. Der Klassencharakter des Staates tritt in solchen Momenten zutage, wenn die organisierenden Funktionen des Staates in Konflikt mit seinen repressiven Funktionen geraten. Wenn aber das Auseinanderklaffen von organisierenden und repressiven Funktionen — gerade auch im allgemeinen politischen Bewußtsein — zum entscheidenden Konflikt um den Staatsapparat wird, dann kann es nicht mehr darum gehen, den Staatsapparat als ganzen zu zerschlagen, sondern darum, die schon im Kapitalismus entwickelten sozialen Funktionen des Staates von ihrer Bindung an die Monopolinteressen zu befreien. „Den Staat des SMK zerbrechen, das heißt den einheitlichen Mechanismus von Staat und Monopolen zu zerbrechen, der die soziale Funktion des Staates seiner Funktion als Apparat der Klassenherrschaft unterordnet. Den Staat zerbrechen, das heißt, den demokratischen Staat entwickeln mit dem Ziel, ihn voll und ganz seine soziale Funktion übernehmen zu lassen." /S. 122/

Auch die Möglichkeiten einer Demokratisierung des Staatsapparats werden von den Aufgaben des Staates im SMK her begründet. Zur Wahrnehmung seiner anwachsenden Aufgaben muß der Staat in immer mehr Bereiche des gesellschaftlichen Lebens eingreifen, die Verbindungen zwischen Staat und Gesellschaft werden immer enger. Dazu braucht der Staat eine wachsende Zahl von Beamten, ein riesiger bürokratischer Apparat entsteht. Je mehr nun die funktionellen Widersprüche im Staatsapparat sich zuspitzen, desto mehr Anknüpfungspunkte gibt es für die politische Bewußtwerdung der staatlichen Angestellten: durch den Widerspruch zwischen der Sozialstaats-Ideologie und unsozialer Verwaltungspraxis; durch die fehlenden Möglichkeiten der Mitbestimmung (besonders auch in Polizei und Armee) usw.

Der Staatsapparat wird von der FKP nicht nur als Repressionsapparat, sondern als von widersprüchlichen Interessen durchzogene gesellschaftliche Institution gesehen. Durch diese Perspektive wird der Staat selbst als politisches Kampffeld nutzbar: kommunistische Politik vor und nach der Erringung der Staatsmacht besteht im Eintreten für die volle Entfaltung der sozialen Funktion des Staates; die dabei im Kapitalismus auftretenden Beschränkungen können zur politischen Bewußtwerdung ausgenutzt werden.

Demokratie als Strategiebegriff

Bürgerliche Demokratie

Das Hauptgewicht der Argumentation der FKP bei ihrer Abgrenzung von der Diktatur des Proletariats liegt jedoch eindeutig auf der Fortschreitung des *demokratischen* Wegs zum Sozialismus. Marchais gibt in seiner Rede vor dem 22. Parteitag eine ausführliche Beschreibung der Freiheitsbeschneidungen, wie

sie im SMK verstärkt zum Tragen kommen. Er charakterisiert diese Entwicklung als allgemeine Tendenz des SMK, alle Rechte und Freiheiten einzuschränken. Doch entsprechend der relativen Autonomie des Überbaus sieht er auch, daß die bürgerlichen Freiheiten nicht nur Freiheiten der Bourgeoisie, sondern auch Freiheiten der Bürger sind, daß es politische Freiheiten gibt, die weniger direkt durch das Kapitalverhältnis beeinträchtigt werden. Diese politischen Freiheiten und Rechte unterliegen den aus dem Klassenkampf entstehenden Kräfteverhältnissen ebenso wie die unmittelbar wirtschaftlich und sozial bedingten Rechte und Freiheiten. In diesem Sinne sind auch sie durch die bürgerliche Gesellschaft bedingte formale Freiheiten. Doch gerade bei den *politischen* Rechten hängt es in weit höherem Maße vom *Kräfteverhältnis* ab, inwieweit sie geltend gemacht werden können und so an realem Inhalt gewinnen.

Ein Recht jedoch beinhaltet sogar die formale Möglichkeit, ein gesellschaftliches Kräfteverhältnis zum Ausdruck zu bringen, das die politische Voraussetzung für die Überwindung des Kapitalverhältnisses bietet. Gemeint ist das *allgemeine Wahlrecht*: ein Bürger, eine Stimme. Diese formale Anerkennung der Gleichheit zwischen den Bürgern, des gleichen Rechts aller, die Staatsverfassung zu bestimmen und den Staat zu verwalten, „hat zur Folge, daß die Demokratie auf einer bestimmten Entwicklungsstufe erstens die dem Kapitalismus gegenüber revolutionären Klasse, das Proletariat, zusammenschließt und ihr die Möglichkeit gibt, die bürgerliche, und sei es auch eine bürgerlich-republikanische, Staatsmaschine . . . zu zerbrechen, . . . aus der Welt zu schaffen, sie durch eine *demokratische* Staatsmaschine, aber immerhin noch durch eine Staatsmaschine zu ersetzen". (Lenin: „Staat und Revolution", LW Bd. 25, Berlin 1970, S. 487) Das allgemeine Wahlrecht ermöglicht es, einen quantitativen Ausdruck für das Maß an Übereinstimmung zwischen objektiver Interessenlage und subjektiver Interessiertheit der werktätigen Bevölkerung an der Überwindung des Kapitalismus herbeizuführen.

Marchais sieht in der Ausweitung der demokratischen Rechte eine historische Kontinuität. „In der Antike war nur eine kleine Anzahl von Männern Bürger (citoyens); die Sklaven hatten keinen Anteil an den Geschäften des (Stadt-) Staates (cité). Im Verlauf der Jahrhunderte hat ein wachsender Teil der Bevölkerung, entsprechend den Erfordernissen der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung, demokratische Rechte erobert. Heute sind im Prinzip alle Männer und Frauen unseres Landes verantwortliche Bürger mit uneingeschränkt gleichen Rechten." (im Bericht an den Parteitag, S. 36) Die Werktätigen haben u.a. kämpfen müssen für das allgemeine Wahlrecht, für die Freiheit der Meinung und der Meinungsäußerung, der Vereinigung, der Veröffentlichung, für das Streikrecht und das Gewerkschaftsrecht und für das Recht, eigene politische Parteien zu haben. „Wenn gewisse Freiheiten heute nur formalen Charakter haben, dann weil die Bourgeoisie an der Macht sich bemüht, sie ihres Inhalts zu entleeren." /S. 107/

Unter den heutigen Bedingungen wird die Demokratie nicht nur Form, sondern geradezu Bedingung des Übergangs zum Sozialismus, nicht zuletzt, weil demokratische Formen das Mittel sind, die Mehrheit des Volkes um die Arbeiterklasse zusammenzuschließen: „Die Demokratie ist nicht einfach die vorübergehende Form eines Staates, der zuerst nach seinem Klasseninhalt zu definieren wäre, sondern ist der politische Ausdruck einer grundlegend neuen Klassenrealität, auf der unsere Strategie begründet ist." /S. 134/

Wie soll die Macht der Monopole in der Praxis durch die neue démokratische Macht ersetzt werden? „Unser Kampf für die Freiheit ist keineswegs naiver Idealismus. Es ist ein Kampf der Klasse. Der Kampf der Arbeiterklasse, für die die Freiheit gegen die Bourgeoisie ein lebenswichtiges Bedürfnis ist." Und für die FKP gibt es nur eine Freiheit, gegen die sie sich wendet, „weil der ganze Kampf auf ihre Abschaffung hinzielt: die Freiheit der Ausbeutung." Es ist die wichtigste Aufgabe des demokratischen Staates, der „repräsentativen politischen Macht des werktätigen Volkes", die Freiheit der Ausbeutung zu beseitigen und eine von Ausbeutung freie Gesellschaft zu gewährleisten.

Fortgeschrittene Demokratie

Marchais formuliert die Aufgaben der fortgeschrittenen Demokratie:

- Herstellung der wirtschaftlichen Demokratie durch die Nationalisierung der Monopolunternehmen und die Beteiligung der Werktätigen an den *wirtschaftlichen* Entscheidungen dieser Unternehmen und an der Plangestaltung.
- Herstellung der *sozialen* Demokratie durch eine Einkommensumverteilung und durch verbesserte soziale Lebensbedingungen wie Zugang zu Bildung und Ausbildung usw.
- Herstellung der *politischen* Demokratie durch die effektive Beteiligung der Bürger, besonders der Werktätigen, an den politischen Entscheidungen auf allen Ebenen: in den Betrieben, auf lokaler, regionaler und Regierungsebene.

Es handelt sich also um eine quantitative und qualitative Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten. Zum einen werden die bis dahin auf den politischen Bereich beschränkten Rechte auf den wirtschaftlichen und sozialen Bereich ausgeweitet, zum anderen erfahren sie mit eben dieser Ausweitung eine wesentlich weitergehende Ausfüllung ihres formalen Charakters. Die Erweiterung der demokratischen Rechte soll ein effektives und dynamisches Wirtschaften ermöglichen und damit dem fortschrittlichen Staat die für tiefgreifende ökonomische und soziale Veränderungen notwendige wirtschaftliche Stabilität verleihen.

Sozialistische Revolution und Demokratie

Die Phase der wirschaftlichen, sozialen und politischen Demokratie ist die unmittelbare Vorbereitung des Sozialismus. Es fällt auf, daß wiederholt keine klare und eindeutige Trennung zwischen dieser Phase und dem Beginn des sozialistischen Aufbaus vorgenommen wird. So spricht Marchais einerseits von der „neuen demokratischen Macht" als Ablösung der undemokratischen Macht der Monopole, benutzt wenige Zeilen später aber, ohne in Worten zum Sozialismus gelangt zu sein, die Bezeichnung „sozialistische Macht". Die sozialistische Revolution vollzieht sich für die FKP als relativ langwieriger Prozeß (Gramsci) der Erneuerung und Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten für die werktätige Bevölkerung auf ökonomischem, sozialem und politischem Gebiet durch die klassenkämpferische Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses, als Prozeß, der die Macht der Monopole einschränkt und schließlich bricht. Dabei kann „im Kampf für den Sozialismus in unserer Zeit und in einem Land wie dem unseren nichts, absolut nichts den Mehrheitswillen des Volkes ersetzen, wie er

demokratisch im Kampf und im Mittel der allgemeinen Wahlen zum Ausdruck kommt." /S. 108/

Dem sozialen Inhalt nach besteht die wesentliche Bedeutung der revolutionären Umwälzung darin, überzugehen von der Herrschaft (domination) einer privilegierten Minderheit zur Beherrschung (maîtrise) der Hilfsquellen des Landes der Arbeitsergebnisse, der Organisierung und Entwicklung des gesamten gesellschaftlichen und politischen Lebens durch die ungeheure Mehrheit, durch die Nation.

Es bleibt jedoch zu klären, worin über die Inhalte hinaus der revolutionäre Charakter dieser Umwälzung besteht. Oder anders gefragt: Welches ist das Scheidekriterium zwischen Revolution und Reformismus, wenn allgemeine Wahlen und Regierungsreformen eine derart zentrale Bedeutung erhalten? Die Antwort der FKP bringt das älteste Unterscheidungsmerkmal zwischen Kommunisten und Sozialdemokratie zutage: Bei aller Wichtigkeit der *Wahlen* und der *Reformen* kann auch und gerade in der Phase der fortgeschrittenen Demokratie nichts, absolut nichts ohne den entschiedensten *Klassenkampf* erreicht werden. Im Dokument, das der Parteitag beschloß, heißt es dazu unmißverständlich: „Die große Ausbeuterbourgeoisie verzichtet niemals freiwillig auf ihre Herrschaft und Privilegien. Sie neigt immer dazu, alle möglichen Mittel zu nutzen, um sie zu retten oder wiederzuerobern . ... Daher können die Werktätigen, die Volksmassen, sich nicht darauf beschränken, einmal alle fünf oder sieben Jahre ihr Wahlrecht auszuüben. Sie müssen jetzt und in Zukunft in jeder Etappe ihre Kräfte sammeln und große Aktivitäten entfalten, um reaktionäre Manöver zum Scheitern zu bringen, und zwar auf dem Gebiet des politischen Kampfes und des Kampfes der Ideen wie auf dem der Wirtschaft, um die eventuellen Versuche der Reaktion, zu illegalen Mitteln, zur Subversion und Gewalt zu greifen, zu lähmen und zu zerschlagen. Dieses Handeln der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen ist unersetzlich. Die Kommunisten sagen den Werktätigen in aller Offenheit: es gibt kein anderes Mittel als den Kampf, um den Sofortforderungen Respekt zu verschaffen, um tiefgreifende Veränderungen durchzusetzen, die zum Sozialismus führen. Der demokratische Weg zum Sozialismus, den wir dem französischen Volk vorschlagen, ist eine Folge von hartnäckigen Kämpfen, von Massenkämpfen, um das gesellschaftliche und politische Kräfteverhältnis immer mehr zugunsten der Werktätigen, der Volksschichten zu verändern. In jeder Etappe werden diese Kämpfe den demokratischen Ausdruck des Volkswillens durch allgemeine Wahlen vorbereiten und dessen Respektierung gewährleisten." („Ce que veulent les communistes pour la France", in: Cahiers du Communisme, Nr. 2—3, 1976, S. 361—386, hier 378)

Vergleicht man diese Ausführungen mit denen der Klassiker, so fällt auf, daß überwiegend der Klassen- und Massenkampf zur Niederschlagung reaktionärer Manöver erwähnt wird, der Staat hingegen nicht als Instrument konterrevolutionärer Aktivitäten angesprochen wird, soweit diese sich im Rahmen der zivilen Rechte dieses Staates bewegen. Selbstverständlich wird der Staat nicht aus den Klassenkampf ausgeschlossen. Vor allem Marchais spricht immer wieder davon, daß die Arbeiterklassen ihre neuerworbenen oder erweiterten Rechte zur Durchsetzung ihrer ökonomischen, politischen und ideologischen Interessen und Standpunkte nutzen wird. Ausdrücklich erwähnt er in diesem Zusammenhang als Vorteile den freien Zugang zu den Massenkommunikationsmitteln (Fernsehen usw.) und die Demokratisierung von Polizei und Armee.

Die Nutzung gesetzlich verbriefter Rechte im Klassenkampf wird also nicht als Unterdrückung angesehen.„Der in seinen Strukturen und seinem Funktionieren demokratische Staat wird *keine Unterdrückungsmaschine mehr* sein, die den einfachen Leuten unzugänglich und fremd ist." („Ce que veulent les communistes . . . ", a.a.O., S. 377) Die verwaltende und planende Tätigkeit des Staates wird sehr viel stärker in den Vordergrund geschoben. Die Staatsgewalt des Sozialismus, wie er gemäß der Einschätzung der FKP aus der wirklichen Bewegung der Geschichte, aus den wirklichen Kämpfen des Volkes entsteht, wird nicht nur von ihrem Inhalt, sondern auch schon weitgehend von ihrer Form her der Marxschen Charakterisierung entsprechen, wie Lenin sie in „Staat und Revolution" darstellte: „Es ist immer noch notwendig, die Bourgeoisie und ihren Widerstand niederzuhalten . . . . Wenn aber die Mehrheit des Volkes *selbst* ihre Bedrükker unterdrückt, so ist eine „besondere Repressionsgewalt" *schon nicht mehr nötig!* In diesem Sinne *beginnt* der Staat *abzusterben.* An Stelle besonderer Institutionen einer bevorzugten Minderheit . . . kann das die Mehrheit selbst unmittelbar besorgen, und je größeren Anteil das gesamte Volk an der Ausübung der Funktion der Staatsmacht hat, um so weniger bedarf es dieser Macht." (Lenin Werke, Bd. 25, S. 432)

Der demokratische Weg zum Sozialismus stellt ganz offensichtlich neue Aufgaben hinsichtlich der Frage, was mit dem Staat zu geschehen habe. Wie die Untersuchungen des Staates im SMK (vgl. Goffard und Hincker) zeigen, ergibt sich neben der Aufgabe des Zerbrechens der Unterdrückungsorgane die des „Umfunktionierens" (sofern sinnvoll) der sozialen Organe. Die FKP sieht beide Vorgänge nicht als eine in kurzer Zeit zu erfüllende Revolutionsaufgabe an, sondern die Zerstörung des bürgerlichen Staates vollzieht sich als Prozeß der Demokratisierung des gesamten gesellschaftlichen und politischen Lebens. Sie ist somit ein langwieriger, von harten Klassenkämpfen geprägter Prozeß, in dem es selbstverständlich auch Rückschläge geben kann. Es wird in den zur Verfügung stehenden Texten kein Hinweis darauf geben, ob ein solcher Rückschlag beispielsweise auch in einem Wahlsieg bürgerlicher Parteien bestehen könnte.

Daß selbst der sozialistische Staat keineswegs mit einer Partei (z.B. der KP) identifiziert werden darf (Dokument, S. 377), somit also ein durch allgemeine Wahlen herbeigeführter Regierungswechsel zwischen den für den Sozialismus stehenden Parteien ausdrücklich als möglich und denkbar bezeichnet wird, wird unumwunden zu einer der zentralen Neuerungen erklärt, die die Abschaffung des Begriffs „Diktatur des Proletariats" nötig mache. War die erste und allgemeinste die, daß der sozialistische Staat, so wie er sich im Zuge der fortgeschrittenen Demokratie entwickle, eben nicht mehr als *Diktatur* , also schon nicht mehr als Staat im eigentlichen Sinne zu bezeichnen sei; so ist die zweite die, daß der sozialistische Staat nicht nur die Macht des *Proletariats*, sondern die „politisch repräsentative Macht des werktätigen Volkes" sei, die „Macht der Arbeiterklasse und der anderen Kategorien von Hand- und Kopfarbeitern in der Stadt und auf dem Land, d.h. der großen Mehrheit des Volkes." Der Arbeiterklasse werde allerdings ganz selbstverständlich die führende Rolle, die Hegemonie (Gramsci) in der sozialistischen Union des Volkes zufallen, da sie aufgrund „ihrer Lebensinteressen, ihrer zahlenmäßigen Stärke, ihrer großen Konzentration, ihrer Klassenkampferfahrung und ihrer Organisiertheit" /S. 104/ dazu bestimmt sei. Doch „diese Rolle der Vorhut, der Triebkraft der sozialen Bewegung die die Arbeiterklasse spielt, besitzt keinen administrativen Charakter. Sie

bedeutet keineswegs Unterordnung. Sie wird nicht dekretiert. Sie wird ganz einfach schon heute ausgeübt und bestätigt im Kampf gegen Großbourgeoisie und ihre reaktionäre Politik." (Marchais im Bericht an den Parteitag, S. 57)

Hier sollte nicht unerwähnt bleiben, daß die FKP traditionell eine relativ enge Auslegung des Begriffs Arbeiterklasse hat, wonach zur Arbeiterklasse „. . . die Mehrwert produzierenden manuellen Arbeiter und diejenigen, welche . . . durch ihre geistige Arbeit zur Produktion von Mehrwert beitragen oder verschiedene Hilfsoperationen verrichten" (Paul Boccara u.a.: Der Staatsmonopolistische Kapitalismus, Berlin 1972, S. 172) und mit rund 44 % (!) der werktätigen Bevölkerung zwar die zahlenmäßig stärkste Klasse stellt, aber nicht die Mehrheit der Bevölkerung ausmacht.

Wenn sich demnach das Problem stellt, daß die Arbeiterklasse Frankreichs auch heute noch eine Minderheit im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung ausmacht, so würde man jedoch der programmatischen Forderung der FKP, die „Diktatur des Proletariats" durch eine „repräsentative politische Macht der werktätigen Bevölkerung" zu ersetzen, nicht gerecht werden, würde man alleine in der engen Auslegung die Ursache suchen. Erst durch die objektiven Bedingungen der Klassenstruktur (die Mehrheit der Bevölkerung ist in objektiven Gegensatz zum SMK getreten) und den Grad des politischen Bewußtseins der Werktätigen ergeben sich Überlegungen bzgl. des Trägers politischer Herrschaft auf dem Weg zum Sozialismus. In Frage wird gestellt, daß die Arbeiterklasse alleine zur Herrschaft befähigt sei. Es ist die gesamte werktätige Bevölkerung, die die politische Herrschaft übernimmt, wobei die führende Rolle der Arbeiterklasse weiterhin von wesentlicher Bedeutung bleibt — also Herrschaft der Arbeiterklasse *und* ihrer Bündnispartner! An diesem Punkt wird wieder deutlich, daß der Diskussion um die Diktatur des Proletariats ein bestimmtes Verständnis des Begriffs zugrunde liegt, das sich im wesentlichen an einer historischen Analyse der sozialistischen Länder orientiert und mißt. Nach diesem Verständnis heißt „Diktatur des Proleatriats" offensichtlich auch immer politische Macht der Arbeiterklasse *über* ihren Bündnispartner! Von entscheidender Bedeutung ist jedoch — aus welchen Teilen der Bevölkerung sich der Träger der politischen Macht auch zusammensetzt — die grundsätzliche Bereitschaft, die über die Wahlen erkämpfte und durch sie legitimierte politische Macht der werktätigen Bevölkerung auf dem Weg der Wahlen auch wieder abzugeben. Denn neben der konsequentesten Kraft, der Arbeiterklasse, gibt es andere — weniger konsequent am Sozialismus interessierte — Träger der sozialistischen Macht, die Momenten der Trägheit und Unentschlossenheit, Schwankungen unterliegen und in erhöhtem Maße der bürgerlichen Ideologie zugänglich sind. Angesichts der schwankenden Schichten und der Zeitschranke, die durch die „freien Wahlen" der Herrschaft der Werktätigen auferlegt wird, stellt sich die Frage wie die gesellschaftliche Führungsrolle der Arbeiterklasse ihren politischen Ausdruck findet?

Die FKP sieht die Möglichkeit, den Sozialismus aufzubauen, „gebunden an die Fähigkeit der kommunistischen Partei, einen führenden Einfluß in der Volksbewegung auszuüben." (Marchais, Bericht . . ., S. 60) Die Ausübung eines führenden Einflusses nimmt „keineswegs administrativen Charakter an. Sie entspricht nicht etwa einem Monopol." (Ebd., S. 61) Der Anspruch, im Interesse der Arbeiterklasse einen führenden Einfluß in der Volksbewegung auszuüben, bedarf heute wie in der sozialistischen Zukunft immer wieder von neuem der Bestätigung durch die wirkliche Bewegung, des Vertrauens auf die eigene Kraft und die Einsicht der Werktätigen. Es bleibt der weiteren Diskussion überlassen, in diesen Fragen noch größere Klarheit zu finden, um die Kernfrage der Strate-

gie: Wer wen wie? zugunsten der Ausgebeuteten zu beantworten.

Hans Werner Franz und andere Mitglieder der Kommission Arbeiterbewegung.

Georges Marchais

DER FRANZÖSISCHE WEG ZUM SOZIALISMUS

Die Schlüssel des Fortschritts: Demokratie und Freiheit

Heute ist die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in gewisser Weise an einem Endpunkt angelangt. Eine kleine Anzahl industrieller und privater Finanzgruppierungen hat alle Schalthebel der Macht inne. Um die Ausplünderung der Nation unter den besten Bedingungen zu verwirklichen, die unbarmherzige Ausbeutung der Werktätigen zu gewährleisten, ist die herrschende Klasse seit bald zwanzig Jahren bestrebt, unser Volk jeder Einspruchs- und Kontrollmöglichkeit über seine Tätigkeit zu berauben, seine Rechte und Freiheiten fortschreitend und systematisch zu beschneiden. Je mehr sich die monopolistische Konzentration verschärfte, desto mehr konzentrierte sich auch die wirtschaftliche und politische Macht in den Händen einiger weniger. Zentralisierung, Autoritarismus und Bürokratisierung machen die beherrschenden Züge dieses Systems aus. Die außergewöhnlichen Vollmachten des Staatschefs sind der vollendete Ausdruck dieser Situation. Heute erweitert der Präsident der Republik unablässig das Feld seiner Kompetenzen. In Verletzung der Verfassung, die von der Regierung fordert, „die Politik der Nation zu bestimmen und zu leiten", geht er alles an und entscheidet allein im Sinne der Interessen des Großkapitals. Die Werktätigen, die breiten Volksmassen werden von den Entscheidungen, die ebenso ihre alltägliche Lage wie das Schicksal der Nation betreffen ferngehalten.Man entscheidet an ihrer Stelle, weil man gegen sie entscheidet.

Wenn die Werktätigen sehen, daß Fabriken in dem Moment schließen, wo die Produktion stagniert, daß die Bergwerke in dem Moment aufgegeben werden, wo die Regierung über die Energiekrise schwätzt, daß Hunderttausende Tonnen Obst verbrannt werden, wo so viele Familien keins kaufen können, weil es zu teuer auf den Markt kommt, wie sollten sie da denken: Das ist doch absurd! Mit welchem Recht hat man das beschlossen? Wenn wir Werktätigen die Mittel hätten, uns Gehör zu verschaffen, wenn unsere Vertreter die Entscheidungen fällen könnten, würden sich die Dinge nicht in dieser Weise abspielen.

Tatsächlich, hätten die Werktätigen im Betrieb und bei der Lenkung des Staates ein Wörtchen mitzureden, würden sie dann die Fabriken schließen lassen und gäbe es dann 1 500 000 Arbeitslose? Hätten die werktätigen Frauen etwas zu sagen, würden dann die Diskriminierungen, deren Opfer sie in Bezug auf Lohn und Zugang zu zahlreichen Berufen sind, fortbestehen? Hätten die Bauern etwas zu sagen, würde dann die frz. Landwirtschaft stets die Rechnung bezahlen müssen, wie es heute der Fall ist? Sicherlich nicht! Es gibt nur eine Möglichkeit, eine Politik im Interesse der Werktätigen zu betrei-

* Georges Marchais: „Le socialisme pour la France", Rapport du comité central, in: Cahiers du Communisme 2/3, Februar–März 1976, S. 12–72. Die hier vorliegenden Auszüge aus dem Bericht des Zentralkomitees der FKP zum 22. Parteitag finden sich im Original auf S. 35–37 und S. 41–51. Übersetzt aus dem Französischen von Renate Heimann.

ben. Es müssen die Werktätigen selbst sein, die diese Politik betreiben. Genau das erfordert die Demokratie. Denn die Hand- und Kopfarbeiter, jene auf dem Land und jene in der Stadt, sie sind es, die die überwältigende Mehrheit unseres Volkes darstellen!

Was also heute auf der Tagesordnung des Kampfes des Volkes steht ist die Demokratie.

— Die ökonomische Demokratie: Die Bankgruppierungen und die industriellen Monopole, die die wirtschaftliche Aktivität bestimmen, dürfen nicht länger im Privatbesitz einer kleinen egoistischen Kaste verbleiben, sondern müssen Eigentum der Nation werden. Dazu müssen die Werktätigen an den ökonomischen Entscheidungen teilhaben, insbesondere an der Leitung der auf diese Weise nationalisierten Unternehmen und an der Planung.

— Die soziale Demokratie: Alle Arten von Werktätigen müssen wirklich von den Früchten ihrer Arbeit profitieren; die Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen, deren Opfer sie sind, müssen aufhören; jeder muß über ein Einkommen verfügen, das es ihm gestattet, gemäß der Qualität und Quantität der geleisteten Arbeit würdig zu leben; allen müssen die verantwortlichen Stellen offen stehen, insbesondere durch die Garantie des Rechts auf Ausbildung, die höchst mögliche Ausbildung für alle.

— Die politische Demokratie: die Bürger, alle Bürger müssen wirklich in der Lage sein, eine Wahl zu treffen, zu entscheiden, zu kontrollieren und zu leiten. Und es ist insbesondere nötig, daß die Werktätigen im Stande sind, an der Lenkung und Leitung der Geschäfte des Landes auf allen Ebenen mitzuwirken — im Unternehmen, in ihrem Wohnort, in ihrer Region und in der Regierung selbst. Heute gibt es keinen einzigen Minister, der Arbeiter ist oder gewesen ist.

Diese zugleich ökonomische, soziale und politische Demokratie, d.h. diese moderne Demokratie ist heute für die Werktätigen, für das französische Volk ein Lebensbedürfnis. Denn nur so kann der Wirtschaft ihr Dynamismus, ihre Effektivität verliehen werden; nur so kann den Familien der Werktätigen wachsender Wohlstand gebracht werden, kann unserem Land seine Entscheidungsfreiheit wieder gegeben werden, die von Politikern mißachtet wird, die sich als Geschäftemacher aufführen.

Dies ist ein Erfordernis unserer Zeit, ein Gesetz der Geschichte. Im Altertum war nur eine kleine Anzahl Menschen Staatsbürger; die Sklaven hatten an den Staatsgeschäften keinen Anteil. Im Laufe der Jahrhunderte aber hat ein wachsender Teil der Bevölkerung entsprechend den Bedürfnissen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung demokratische Rechte errungen. Heute sind alle Männder und Frauen unseres Landes im Prinzip verantwortliche Staatsbürger, ohne Einschränkungen und gleichberechtigt. Wie aber wirkt sich das tatsächlich aus? In mehr oder weniger regelmäßigen Abständen wählen sie ihre Vertreter in politische Versammlungen wie die *Nationalversammlung* und die örtlichen Versammlungen — dies jedoch unter recht wenig demokratischen Bedingungen auf die ich zurückkommen werde. Und der Rest? Nun, wenn nicht durch Kampf, so haben sie keine Möglichkeit, in den Gang der Dinge im Land einzugreifen, gar keine Möglichkeit der Wahl, der Kontrolle, der Leitung. Außer in den kommunistischen Gemeinden, die innerhalb der Grenzen und Beschränkungen, die ihnen der Staat der Monopole auferlegt, den „Gemeinde-Vertrag" anwenden, haben die Einwohner einer Stadt oder eines Dorfes keine Möglichkeit, in die Entscheidungen, die direkt ihre alltägliche Existenz betreffen, einzugreifen. Dies ist ein Widersinn zu einer Zeit, wo die komplexen Probleme des Urbanismus, der kollektiven Einrichtungen und des Lebensrahmens auf befriedigende Weise nur von der Bevölkerung selbst gelöst werden können, indem man mittels Konsultationen und Debatten die formulierten Bedürfnisse berücksichtigt und an die Fülle dezentralisierter Initiativen appelliert. Im Unternehmen fragt man nicht den Arbeiter nach seiner Meinung; er wird als ein Anhang der Maschine behandelt, den man wie eine Schach-Figur auf dem Planungsbrett des Unternehmers verschiebt. Dies ist eine Beschneidung seiner Fähigkeiten und ebenso ein Widersinn zu einer Zeit, wo der Aufschwung der modernen Wirtschaft die Entfaltung der schöpferischen Initiative aller Kategorien von Werktätigen im Unternehmen erfordert.

Das Gemeinsame Regierungsprogramm, ein großer Schritt nach vorn

In diesem Geiste handeln wir, um die Bedingungen für die Verwirklichung des *Gemeinsamen Regierungsprogramms* zu schaffen, das die linken Parteien beschlossen haben, um damit das Land zu regieren.

Die große Idee des Gemeinsamen Programms ist die Demokratisierung des nationalen Lebens.

So sind darin neben wichtigen sozialen Maßnahmen, die eine bespielslose Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Volksmassen darstellen würden, erste große ökonomische Reformen vorgesehen, die der Nation die Herrschaft über die notwendigen Hebel zu ihrer Entwicklung wieder in die Hand geben würden, sowie die Erweiterung der Rechte und Freiheiten und die Demokratisierung des Staates. Die tiefgreifenden Reformen, die das Gemeinsame Regierungsprogramm im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben einführen würde, brächten eine ernsthafte Einschränkung der Vormachtsstellung mit sich, die die großen Finanz- und Industriegesellschaften gegenwärtig im Lande innehaben. Sie würden der Ausbeutung und dem Autoritarismus des Großkapitals einen schweren Schlag versetzen. Gleichzeitig würden sie der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen in allen Bereichen feste Positionen ver schaffen.

Sie würden auch eine aktive Teilnahme der Massen an ihrer Durchführung mit sich bringen und erfordern; diese Durchführung wird einen Kampf nötig machen, eine ganze Folge von beharrlichen Kämpfen, um den Widerstand einer Reaktion zu überwinden, die nicht zögern wird, sich der vielfältigsten Mittel zu bedienen, um den Erfolg des *Gemeinsamen Regierungsprogramms* zunichte zu machen.

Die Reichweite des Kampfes, den wir für den Sieg des *Gemeinsamen Regierungsprogramms* führen, ist also beträchtlich. Es handelt sich für uns nicht um ein vorübergehendes, für die Dauer eines Wahlkampfes geschlossenes Bündnis, von dem man später nur noch — je nach der ökonomischen Lage oder der politischen Stimmung — dieses oder jenes Teilstück anwenden kann. Es handelt sich auch nicht um ein Mittel, um das bestehende System zu perfektionieren, so wie es jene gerne hätten, die davon sprechen, die „Wirtschaftsmaschine" besser in Gang zu bringen. Es handelt sich für uns Kommunisten um einen aktuellen Gesamtzusammenhang von Maßnahmen, die tiefgreifende Umwandlungen in der ökonomischen, sozialen und politischen Struktur des Landes herbeiführen sollen. Veränderungen, die für die Werktätigen eine reale Verbesserung ihrer Lage bringen würden, weil sie ihnen die Möglichkeit gäben, wirksam in die Angelegenheiten des Landes einzugreifen. Ihre Durchführung würde also einen gewaltigen Schritt nach vorn auf dem Weg der Demokratie darstellen. Deswegen ist die Französische

Kommunistische Partei, in der Gegenwart und in der Zukunft, die beste Vorkämpferin für die erfolgreiche Anwendung des *Gemeinsamen Regierungsprogramms.*

Um von der Demokratie zum Sozialismus fortzuschreiten: zwei entscheidende Fragen

1. Eigentum und Leitung

Gleichzeitig sind wir, weil wir Kommunisten sind, nicht der Meinung, die Verwirklichung des *Gemeinsamen Regierungsprogramms* stelle den Endpunkt einer Entwicklung dar. Wir wollen die Demokratie noch weiter treiben, wir wollen den Sozialismus.

Der *Programmentwurf* definiert die Merkmale der sozialistischen Gesellschaft, die wir dem Land vorschlagen. Ich möchte gerne auf zwei Fragen eingehen, die in entscheidender Weise zum Ausdruck bringen, für welche Art von Gesellschaft wir kämpfen.

Wie unser *Programmentwurf* festhält, sind wir der Ansicht, daß die „großen Produktionsmittel und das Finanzwesen in ihrer Gesamtheit Eigentum der Gesellschaft selbst werden müssen". Dies ist eine der Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft und es gibt keinen Sozialismus, wenn diese Bedingung nicht erfüllt ist. Dies zeigt die Erfahrung der sozialdemokratischen Parteien in den von ihnen regierten Ländern: Mit ihrer Scheu, der Beschlagnahmung der wichtigsten Ressourcen der jeweiligen Länder durch das Großkapital ein Ende zu machen, ist es ihnen nirgendwo gelungen, den Sozialismus zu verwirklichen.

Heißt das, daß wir für Frankreich das wollen, was die reaktionäre Propagande „Kollektivismus" nennt, also Enteignung von jedermann, Uniformität und Zwang? Unsere Antwort ist ein kategorisches Nein.

Erstens wollen wir selbstverständlich nicht das persönliche Eigentum an den verschiedenen Konsum- und Gebrauchsgütern antasten, auch nicht seine Übereignung durch Erbschaft. Dies gilt zum Beispiel für Haus- oder Wohnungsbesitz.

Zweitens ist es das Ziel des Sozialismus, die Bedürfnisse der Mitglieder der Gesellschaft zu befriedigen. Als Konsequenz aus dieser Forderung wird das gesellschaftliche Eigentum verschiedene Formen annehmen: Verstaatlichung, Kooperativeigentum, Gemeinde- und Departementeigentum, regionales Eigentum. Daneben leisten in einer Reihe von Gebieten das kleine Privateigentum (in Handwerk, Handel und Industrie) und der landwirtschaftliche Familienbetrieb besser die Befriedigung der Bedürfnisse; auch im Hinblick auf internationalen Erfahrungen wollen wir sie in einem sozialistischen Frankreich beibehalten.

Drittens üben die Monopole über die Unternehmen eine regelrechte Diktatur aus: unter der gegenwärtigen Regierung entwickelt sich eine technokratische Bürokratie, die den Anspruch erhebt, alle Aspekte des nationalen Lebens zu beherrschen; der Staat des Großkapitals bevormundet die lokalen Gemeinschaften bis ins kleinste. Wir kämpfen heute gegen diesen Autoritarismus, gegen diesen alles erstickenden Zentralismus. Aber nicht, um morgen daraus eine Eigenart des Sozialismus zu machen! Wir wollen vielmehr, daß die verstaatlichten Unternehmen autonom geleitet werden, daß die Planung demokratisch ausgearbeitet wird, mit der Beteiligung der Werktätigen und der Verbraucher; daß die Leitung der Betriebe selbst demokratisch ist, d.h., daß die Werktätigen — Arbeiter, Angestellte, Ingenieure und Leitungsperso-

nal — daran immer aktiver teilnehmen. Ebenso wollen wir, daß die Kommunen, die Departements, die Regionen regelrechte Zentren der demokratischen Entscheidungen und Leitung werden.

Von denselben Grundgedanken ist unsere Vorstellung des kulturellen Lebens geprägt. Wir wollen eine Kultur, die nicht mehr Ware noch Luxus ist, sondern das Gut aller Männer und Frauen in unserem Land. In einem sozialistischen Frankreich wird die Kultur breiteren Raum einnehmen, sie wird lebendig sein und allen Erkenntnissen, Forschungen und Schöpfungen offenstehen. Sie wird die großen Traditionen unseres Volkes weiterentwickeln und sich dabei von der Verschiedenartigkeit der Talente bereichern lassen und auch von den Möglichkeiten jedes Individuums, die Fähigkeiten, die es in sich trägt, frei zu entfalten.

Kurz, wir wollen also nicht die verstümmelnde Gleichförmigkeit, sondern die bereichernde Vielfalt. Nichts ist von unserer Vorstellung vom Sozialismus weiter entfernt als das, was man den „Kasernenkommunismus" nennt, der alle Menschen und Dinge in ein und dieselbe Form preßt. Wir haben von dem sozialistischen System, das wir für unser Land wollen, die Vorstellung, daß es lebendig, flexibel, erfinderisch ist, daß es die Vielfalt der Lösungen bevorzugt und an die Fülle der Initiativen appelliert.

2. Die Frage der „Diktatur des Proletariats"

Dies führt mich zu einer anderen Frage. *Der Programmentwurf* definiert eine zweite entscheidende Voraussetzung des Sozialismus, die untrennbar mit der ersten verbunden ist: „Nur eine politische repräsentative Macht der werktätigen Bevölkerung wird die radikalen Umwandlungen des ökonomischen und sozialen Lebens vollbringen können."

Die Wichtigkeit dieser Frage hat eine umfangreiche Diskussion angeregt, umso mehr, als die „Diktatur des Proletariats" nicht im *Programmentwurf* auftaucht. Wir müssen daher näher darauf eingehen.

Wenn im *Programmentwurf* nicht der Begriff „Diktatur des Proletariats" auftaucht, um die politische Macht im sozialistischen Frankreich zu bezeichnen, für das wir kämpfen, dann deswegen, weil er die Realität unserer Politik, die Realität dessen, was wir dem Land vorschlagen, nicht abdeckt. Was sagen wir im *Programmentwurf*? Wir sagen folgendes:

— Die Macht, die die sozialistische Veränderung der Gesellschaft durchführen wird, ist die Macht der Arbeiterklasse und der anderen Kategorien von Werktätigen, Hand- und Kopfarbeiter, in der Stadt und auf dem Lande, daß heißt, der großen Mehrheit der Bevölkerung.

— Diese Macht wird sich konstituieren und handeln auf der Grundlage der bei allgemeiner Wahl frei abgegebenen Entscheidungen und wird die weitestgehende Demokratisierung des gesamten ökonomischen, sozialen und politischen Lebens des Landes zur Aufgabe haben.

— Es wird ihre Pflicht sein, die demokratischen Entscheidungen der Bevölkerung zu respektieren und dafür zu sorgen, daß sie respektiert werden.

Im Gegensatz dazu evoziert der Begriff „Diktatur" automatisch die faschistischen Regime von Hitler, Mussolini, Salazar und Franco, also die vollkommene Negierung der Demokratie. Das ist nicht das, was wir wollen.

Was das Proletariat angeht, so evoziert es heute den Kern, das Herz der Arbeiterklasse. Wenn es auch eine grundlegende Rolle spielt, so stellt es doch nicht die Gesamtheit der Arbeiterklasse dar und noch weniger die Gesamtheit der Werktätigen, von denen die sozialistische Macht, die wir an-

streben, ausgehen soll.

Es ist augenfällig, daß man das, was wir den Werktätigen, was wir unserer Bevölkerung vorschlagen, nicht „Diktatur des Proletariats" nennen kann.

Worauf stützen wir uns bei der Festlegung unserer Position in dieser Frage? Wir stützen uns auf die Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus, wie sie von Marx, Engels und Lenin ausgearbeitet worden sind.

Zunächst einmal besteht die Notwendigkeit, daß die Arbeiterklasse eine führende politische Rolle im Kampf für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft einnimmt.

Wenn die Werktätigen, die Volksmassen schon heute durch den Kampf denen, die an der Macht sind, bestimmte dringende soziale Maßnahmen abtrotzen und sogar bestimmte neue Freiheit hinzugewinnen können, so ist die reale und dauerhafte Befriedigung ihrer ökonomischen, sozialen und politischen Rechte doch vollkommen unmöglich ohne eine Veränderung des Klassencharakters der Macht. Die Beteiligung der Werktätigen und ihrer Vertreter an der Ausführung der Angelegenheiten des Landes, ihr Zugang zur Leitung der Gesellschaft stellt das Schlüsselproblem des Kampfes für den Sozialismus dar. Unter den Werktätigen ist die Arbeiterklasse zahlenmäßig am stärksten, am offensivsten, im Kampf für den sozialen Fortschritt und auch — dies muß unterstrichen werden — für das nationale Interesse am erfahrensten. Sie muß also im sozialistischen Staat den ihr gebührenden Platz haben und eine entscheidende Rolle spielen. Zu diesem Punkt heißt es im *Programmentwurf* „... als einzige Klasse kann die Arbeiterklasse den revolutionären Kampf zum Erfolg führen. Ihre vitalen Interessen, ihre zahlenmäßige Stärke, ihre große Konzentration, ihre Erfahrung im Klassenkampf und ihre Organisation mache sie für heute und für morgen zur treibenden Kraft im Kampf für eine neue Gesellschaft ..."

Zweitens besteht die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes der Massen, um die Manöver der Großbourgeoisie zum Scheitern zu bringen.

Der *Programmentwurf* hebt hierzu hervor: „... Die ausbeuterische Großbourgeoisie verzichtet niemals freiwillig auf ihre Herrschaft und ihre Privilegien. Sie setzt vielmehr immer alle möglichen Mittel ein, um sie zu bewahren oder wiederzugewinnen." Ich möchte sogar hinzufügen, daß dies in besonderem Maße auf die französischen Bourgeoisie zutrifft. Denn es gibt zwar in unserem Land eine demokratische Tradition, es gibt aber auch eine Versailles-Tradition — und das Verhalten derer, die an der Macht sind, erinnert uns täglich daran, daß sie lebendig ist.

Deshalb zeigt der *Programmentwurf*, daß die Werktätigen, die Massen der Bevölkerung „in jeder Etappe ihre Kräfte sammeln und eine große Aktivität entfalten müssen, um die Schachzüge der Reaktion zum Scheitern zu verurteilen ..., um die möglichen Versuche der Reaktion, auf Illegalität, Subversion und Gewalt zurückzugreifen, zu lähmen oder niederzuschlagen.

Ganz im Geiste unserer Theorie untersuchen wir nun sorgfältig den „realen Prozeß", anders ausgedrückt, die Bedingungen unserer Epoche und unseres Landes. Diese Bedingungen machen es möglich und nötig, für den Sozialismus in Frankreich andere Wege ins Auge zu fassen als die Völker, die die sozialistische Umgestaltung ihres Landes schon vollbracht haben.

Unter den Bedingungen des Rußlands von 1917, dann der jungen Sowjetunion, war die Diktatur des Proletariats notwendig, um den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus zu garantieren. Es ist richtig, zu sagen, daß die Arbeiterklasse, die sowjetischen Völker das beispielslose Befreiungswerk, das sie

vollbracht haben, ohne die Diktatur des Proletariats weder hätten angehen noch es verteidigen können. Deswegen haben die kommunistischen Parteien, als sie mit ihrer Gründung die Lehren zogen aus dem Versagen der internationalen Sozialdemokratie und aus dem Sieg der Oktoberrevolution, unter den Bedingungen der Epoche zu Recht diesen Begriff aufgenommen.

Die Welt hat sich verändert.

In der seitherigen geschichtlichen Periode hat sich die Welt grundlegend verändert. Das Kräfteverhältnis hat sich verschoben und entwickelt sich weiterhin zugunsten der Unabhängigkeit und der Freiheit der Völker, zugunsten der Demokratie und des Sozialismus. Die friedliche Koexistenz festigt sich. Wenn man die verwickelten und erbitterten Kämpfe insgesamt betrachtet, bei denen Fortschritte und manchmal auch Rückschritte zu verzeichnen sind, so sind es definitiv Reaktion und Faschismus, die ins Hintertreffen geraten, während die Demokratie voranschreitet, wie die Ereignisse in Griechenland, Portugal und auch Spanien zeigen. Es ist unbestreitbar, daß die Völker noch nie so große Möglichkeiten hatten, über ihre Geschicke zu entscheiden, auf dem Weg ihrer nationalen und sozialen Befreiung weiterzukommen. Diese neuen Möglichkeiten basieren auf der Existenz und auf den Fortschritten der sozialistischen Länder, auf der Entwicklung der Kämpfe der Arbeiterklasse und der Massen in den kapitalistischen Ländern, auf dem Aufschwung und der inhaltlichen Anhebung der Bewegung der nationalen Befreiung und auf der Solidarität aller dieser revolutionären Kräfte. Die Bevölkerung unseres Landes wird darin eine Unterstützung finden, die ihr selbstverständlich nicht die eigene Aktion abnehmen, aber mit deren Hilfe sie sich in beispielsloser Weise völlig unabhängig enfalten kann. Weiter gilt es zu bedenken: Obwohl die Lage Frankreichs in Westeuropa und seine Beziehungen zu den Nachbarländern Probleme aufwerfen, die wir nicht aus den Augen verlieren wollen, können diese Probleme doch gleichzeitig Möglichkeiten bieten, um mit den revolutionären und progressiven Kräften im Kampf zusammenzuarbeiten und gemeinsam zu handeln und, ausgehend von den konkreten Gegebenheiten unserer Länder, neue Wege zu Demokratie und Sozialismus zu finden. Unsere Partei tritt schon seit mehreren Jahren bewußt für dieses gemeinsame Handeln ein. Es ist aus diesem Gedanken heraus, daß wir zum Gelingen der Konferenz der Kommunistischen Parteien des kapitalistischen Europas im Januar 1974 beigetragen haben, daß wir an der Verwirklichung der dort gefaßten Beschlüsse teilnehmen und daß wir jüngst gemeinsam mit unseren italienischen Genossen eine wichtige Erklärung angenommen haben.

Nun haben die Kommunisten, alle fortschrittlichen Kräfte, mit großer Teilnahme die Vorgänge in Chile verfolgt. Sie beobachten ebenfalls mit Aufmerksamkeit, was in Portugal geschieht. Abesehen von den wesentlichen Unterschieden, die die beiden Ereignisse aufweisen, bestätigen sie mit brutaler Deutlichkeit, daß die Reaktion nicht vor der Anwendung von Gewalt zurückschreckt. Wer wirklich die Umgestaltung der Gesellschaft im Sinne des Fortschritts will, im Sinne der Interessen der Werktätigen, im Sinne des Sozialismus, kann diesen Sachverhalt nicht vergessen oder außer acht lassen. Aber diese Ereignisse machen auch deutlich, daß die Reaktion nicht in jeder Situation zur Gewalt greifen konnte und kann, sondern nur, wenn das politische Kräfteverhältnis ihr günstiger wird.

In Chile war die *Unidad Popular* auf ganz und gar legale und normale Weise an die Regierung gekommen. Jedoch, und das darf man nicht vergessen,

verfügte sie am Anfang nicht über die Mehrheit im Lande. Angesichts der Machenschaften der inneren Reaktion und des Imperialismus war für sie nichts wichtiger, als das Kräfteverhältnis in allen Bereichen zu ihren Gunsten zu verändern, und zwar durch die Gewinnung und den Ausbau einer Unterstützung seitens der Mehrheit der Bevölkerung. Nach der Aussage der chilenischen Genossen sind in dieser Hinsicht zwar positive Ergebnisse zu verzeichnen gewesen, jedoch sind auch äußerst schwere Fehler begangen worden, die für das Erreichen dieses Ziels nicht gerade förderlich waren. In Portugal hat die Volksbewegung durch den Sturz des Faschismus wesentliche Erfolge errungen. Aber die Spaltung der demokratischen Kräfte, für die die sozialistische Partei von Mario Soares eine vernichtende Verantwortung trägt, hat einen Rückgang der Volksbewegung zur Folge gehabt. Der Kampf für die Erhaltung und später die Ausweitung der demokratischen Errungenschaften des portugiesischen Volkes vollzieht sich heute unter schwierigeren Bedingungen. Wenn wir an diese Vorgänge erinnern, dann nicht, weil wir Lektionen erteilen wollen, sondern weil es für unseren eigenen Kampf die notwendigen Lehren zu ziehen gilt. Unter diesem Gesichtspunkt läßt sich aus der einen wie der anderen Erfahrung herauslesen, daß wir uns ständig vor einer zweifachen Gefahr hüten müssen:

— Die Gefahr, nicht zur rechten Zeit, wenn die Voraussetzungen gegeben sind, die demokratischen Umwandlungen der ökonomischen und politischen Struktur mit Unterstützung der Volksbewegung durchzuführen.

— Die Gefahr, Parolen zu verbreiten oder abenteuerliche Aktionen zu unternehmen, die nicht mit den realen Möglichkeiten in Einklang stehen, die von dem Wunsch, „Etappen zu überspringen", getragen sind und die die revolutionären Kräfte in die Isolierung und in die Niederlage führen.

Im wesentlichen wird daraus folgendes deutlich: Die entscheidende Voraussetzung für den Erfolg ist die Existenz und die Bestätigung einer Volksbewegung, die breit genug ist, um eine große Mehrheit des Volkes zu umfassen, die einig ist in ihrem Streben nach Umgestaltung. Diese grundlegende Lehre bestärkt uns in den Schlüssen , die wir dür Frankreich aus der Analyse der in unserem Land herrschenden Bedingungen ziehen.
Wie lautet diese Analyse und welches sind die Schlüsse?

Die französische Realität

Wie Ihr wißt, gehören der Arbeiterklasse in Frankreich heute zehn Millionen Menschen an, d.h. 44,5 % der aktiven Bevölkerung, Des weiteren gelten für mehrere Millionen anderer Lohnabhängiger, in erster Linie Angestellter, Lebens- und Arbeitsbedingungen, die denen der Arbeiterklasse nahekommen. Zusammen mit der Arbeiterklasse stellt die Gesamtheit dieser lohnabhängigen Werktätigen mindestens drei Viertel der aktiven Bevölkerung. Außerdem läuft die Krise nicht nur den Interessen der Masse der Lohnabhängigen zuwider, sondern auch denen der anderen Schichten der arbeitenden Bevölkerung. Die Übereinstimmung der prinzipiellen Interessen aller dieser sozialen Kräfte bietet also beispielslose Möglichkeiten, die Mehrheit der Bevölkerung für die Sache der Umgestaltung der Gesellschaft zu gewinnen, Möglichkeiten, um den mächtigen Pol, den die Arbeiterklasse darstellt, eine riesige Bewegung der Mehrheit der Bevölkerung zu formieren. Dies ist eine historisch neue Sachlage. Sollen wir uns dieser Möglichkeit bemächtigen? Ganz zweifellos.

In diesem Zusammenhang müssen wir auf eine Frage zurückkommen: die der „bürgerlichen Freiheiten". Es wird uns unterstellt, wir seien gegen bestimmte Freiheiten aufgrund ihres bürgerlichen oder formalen Charakters. Damit wird ebenso unsere Position wie die der Begründer unserer Doktrin verfälscht.

Es gibt eine Freiheit, eine einzige Freiheit, gegen welche die Kommunisten auftreten und immer auftreten werden, da ihr ganzer Kampf auf ihre Abschaffung zielt: das ist die Freiheit, die Werktätigen auszubeuten. Diese Freiheit ist die einzige bürgerliche Freiheit, wenn man überhaupt ein Recht zu unterdrükken, Freiheit nennen kann.

Was das übrige angeht, so verwahren wir uns energisch dagegen, die Existenz der Freiheiten der Bourgeoisie zugute zu schreiben. Gewiß hat die französische Bourgeoisie, als sie vor bald zweihundert Jahren in unserem Lande an die Macht kam, einige der demokratischen Prinzipien eingeführt, die von ihren Philosophen vertreten wurden. Aber sie hat schnell und seit langem schon die Aussage und die Anwendung dieser Prinzipien eingeschränkt auf das, was ihrer Natur und ihren Bedürfnissen als ausbeutende Klasse entspricht.

In Wahrheit gibt es nicht eine Freiheit in Frankreich, die nicht mit dem Leiden, dem Kampf und manchmal dem Blut unseres Volkes errungen worden wäre. Ja, die Werktätigen, die Volksmassen haben unter anderem für das allgemeine Wahlrecht kämpfen müssen, für Meinungs- und für Redefreiheit, für Versammlungsfreiheit, für Pressefreiheit, für das Streikrecht, für das Gewerkschaftsrecht, für das Recht, ihre politischen Parteien zu haben. Und sie haben gekämpft, weil alle diese Freiheiten ihren Interessen und ihren Wünschen entsprachen. Deswegen sind sie ihnen wichtig und deswegen hält die Kommunistische Partei unerschütterlich an ihnen fest. Die Kommunisten setzen das Werk all der Arbeiter, Bauern, Intellektuellen, einfachen Bürger und Staatsmänner fort, die in unserem Lande seit Jahrhunderten für die Freiheit gekämpft haben, und sie haben den Ehrgeiz, diese Aufgabe immer besser zu erfüllen.

Wenn bestimmte Freiheiten heute formalen Charakter haben, dann deshalb, weil die an der Macht befindliche Bourgeoisie es darauf angelegt hat, sie ihres Inhalts zu entleeren. Ihre Existenz zu ignorieren, würde bedeuten, diesen nur formalen Charakter noch zu unterstreichen: wir wollen diese Freiheiten vielmehr in ihrem vollen Umfang wiederherstellen, sie erneuern. Der Sozialismus ist keine willkürliche Konstruktion des Geistes. Er entsteht aus der realen Bewegung der Geschichte, aus den realen Kämpfen des Volkes, so wie es ist, mit seinen Traditionen, seinen Wünschen. Wir sind fest davon überzeugt: Der Sozialismus in unserem Lande muß sich, wenn er nicht im Bereich der Phrase bleiben will, mit der Erhaltung und Ausdehnung der demokratischen Errungenschaften identifizieren, die unser Volk in großen, erbitterten Kämpfen erzielt hat. Er muß es und er kann es.

Wie ich schon sage, räumt der *Programmentwurf* jede Illusion über die Haltung der Großbourgeoisie über ihre Bereitschaft, das allgemeine Wahlrecht zu respektieren, aus.

Aber der Entwurf weist gleichzeitig den Gedanken zurück, daß man in bestimmten Momenten den mehrheitlichen politischen Willen des Volkes durch die Aktion von „entschlossenen Minderheiten" oder durch die Waffen der Repression ersetzen könne. Dies ist eine ebenso gefährliche Illusion, weil sie der inneren und äußeren Reaktion nur die Mittel der Gewalt an die Hand geben muß; sie muß die revolutionäre Bewegung notwendig in die Isolierung und in die Niederlage führen.

Der Kampf der Massen und die Freiheiten.

Im Kampf für den Sozialismus kann, in unserer Epoche und in einem Land wie dem unseren, nichts, absolut nichts den mehrheitlichen Volkswillen ersetzen, der durch den Kampf und durch das Mittel der allgemeinen Wahl seinen demokratischen Ausdruck findet. Unter welchen Modalitätem auch immer, die man nicht im einzelnen vorhersehen kann, sich der Schritt zum Sozialismus in unserem Land vollziehen wird, wir müssen davon ausgehen, daß politische Mehrheit und arithmetische Mehrheit in jedem Stadium übereinstimmen müssen. Sie können es.

Wie schafft man die günstigsten Voraussetzungen, damit sich diese unentbehrliche Mehrheitsbewegung in unserem Volk entwickelt, damit sie Breite, Stärke und Durchschlagskraft gewinnt? Das ist die wahre Frage — alles andere ist leeres Gerede oder Provokation.

Auf diese Frage hält der demokratische Weg zum Sozialismus, den wir vorschlagen, eine ernstzunehmende Antwort bereit.

Indem wir heute für die demokratischen Umwandlungen kämpfen, die das *Gemeinsame Regierungsprogramm* vorsieht, bieten wir die beste Basis für die Sammlung der großen Volksmassen, eine Basis, die verbürgt, daß die Macht der Monopole durch eine neue demokratische Macht ersetzt wird.

Morgen werden durch die demokratischen Reformen die Positionen und die Mittel der Großbourgeoisie geschwächt werden, während die Positionen und folglich auch die Kampfmittel der Arbeiterklasse und des Volkes gestärkt werden.

Und darüberhinaus wird sich durch das Weitertreiben der ökonomischen, sozialen und politischen Demokratie, durch eine noch stärkere Erweiterung der individuellen und kollektiven Freiheiten, die Volksbewegung festigen, wird die sozialistische Macht ihre Unterstützung und die für sie unentbehrliche Beteiligung finden. Dadurch wiederum wird der Klassenkampf in zusehends stärkerem Maße das soziale und politische Kräfteverhältnis zugunsten der Werktätigen, zugunsten aller Schichte des Volkes verändern.

In Wirklichkeit liegt das Problem, den Erfolg des Sozialismus zu sichern, nicht darin, der Minderheit, die die reaktionären Kräfte darstellen, Freiheiten zu nehmen, sondern darin, den Werktätigen, die die überwältigende Mehrheit der Nation repräsentieren, Freiheiten zu geben. Die Reaktionäre werden sich in einer reaktionären Partei organisieren können? Das tun sie heute schon, das wird nichts Neues sein. Aber es wird demgegenüber eine ganz beachtliche Neuheit sein, daß die Werktätigen ausgedehnte Rechte im Betrieb haben, daß ihre Vertreter angemessenen Zugang zum Fernsehen haben und daß die Polizei demokratisiert wird. So werden den Werktätigen viele wirksame Mittel zur Verfügung stehen, um gegen die ökonomische Sabotage der Reaktion zu kämpfen, um ihre Positionen, ihre Ideen, ihr Handeln bekannt zu machen und breite Unterstützung dafür zu finden, sowie um ihren Gegner politisch und ideologisch zu schlagen. Die Werktätigen werden durch ihre Freiheiten stark und immer stärker werden.

Indem sie sich auf sie stützen, wird sich ihr Kampf entwickeln und die Großbourgeoisie zum Rückzug und in die Niederlage gezwungen werden. Dadurch, daß dieser umfassende Kampf ihr Halt gibt, wird die sozialistische Macht erreichen, daß die Reaktion die frei zum Ausdruck gebrachten Entscheidungen der Mehrheit des Volkes respektieren muß.

Dies bedeutet, daß wir eben nicht dem Sozialismus absagen oder sein Kommen hinauszögern, sondern vielmehr den besten, den kürzesten Weg

zu seiner Verwirklichung vorschlagen.

Dabei befinden wir uns in voller Übereinstimmung mit den Lehren des Marxismus-Leninismus, der keineswegs eine Sammlung von Dogmen ist, und mit der schöpferischen Erfahrung der kommunistischen Weltbewegung und unserer eigenen Partei.

Man weiß zum Beispiel, daß Lenin, als er die Realität zu Anfang dieses Jahrhundert analysierte, im Gegensatz zu dem, was Marx sich vorgestellt hatte, die These entwickelte, der Sozialismus könne sich zuerst in einem einzigen Land durchsetzen. Dieser entscheidende Schluß sollte die Strategie der bolschewistischen Partei 1917 begründen. Ebenso entwickelte die kommunistische Bewegung 1960 den neuen Gedanken, daß der Weltkrieg unter den Bedingungen von heute nicht mehr unausweichlich sei. Und es ist eine Tatsache, daß dreißig Jahre seit dem Zweiten Weltkrieg vergangen sind, daß die friedliche Koexistenz Fortschritte macht, obwohl sie nicht irreversibel ist. Was unser Land angeht, so war die Idee der Volksfront, die 1936 Wirklichkeit wurde, bei Marx und Lenin nicht voll ausgearbeitet. Sie basierte auf den allgemeinen Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus und auf „einer konkreten Analyse der konkreten Realität". Es wären vielfältige andere Beispiele anzuführen, die zeigen, daß unser heutiges Vorgehen sich aus der lebendigen Quelle der revolutionären Theorie und Praxis ableitet.

Dies sind die Grundlagen unserer Position und die Beweggründe, die uns dazu führen, den demokratischen Weg vorzuschlagen, der im *Programmentwurf* definiert ist. So erklärt sich auch, daß die „Diktatur des Proletariats" im *Programmentwurf* nicht vorkommt.

Folglich schlagen wir, wie es alle Beschlüsse der Versammlungen auf Departement-Ebene gefordert haben, dem Kongreß vor, die Aufgabe dieses Begriffs zu beschließen. Des weiteren schlagen wir dem Kongreß vor, das Zentralkomitee, das wir wählen werden, damit zu beauftragen, dem nächsten Parteikongreß die notwendigen Veränderungen an der Präambel der Statuten vorzulegen.

Trimm dich

Mal wieder fit machen
für den Klassenkampf

Für 3 Mark
signal abonnieren.

lies
signal

Bestellungen an den

signal-Vertrieb
1 Berlin 44, Allerstr. 35

Paul Boccara

DIE ERRUNGENSCHAFT DES MARXISMUS UND DIE NEUEN BEDINGUNGEN BERÜCKSICHTIGEN

Die Frage der Rücknahme des Begriffs der Diktatur des Proletariats ist im Rahmen einer bisher beispielslosen, weitreichenden Offensive der demokratischen und revolutionären Bewegung, wie auch der unserer Partei zu sehen.

Zum ersten Mal hat sich unsere Partei mit anderen politischen Kräften auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms für so tiefgehende und antimonopolistische demokratische Veränderungen zusammengeschlossen. Indem wir unsere Worte abwägen, sagen wir: Dieses Programm wird, sofern es entschlossen angewendet wird, die Errichtung einer ökonomischen und politischen Demokratie ermöglichen, die den Weg zum Sozialismus für Frankreich eröffnen kann, wenn unser Volk entscheidet, darüber hinaus zu gehen. Denn auch die französiche Gesellschaft befindet sich in einer Krise ohne Beispiel.

Die Analyse der Tiefe der Krise erwächst aus theoretischen und empirischen Untersuchungen, die seit langer Zeit über den heutigen Kapitalismus durchgeführt werden. Als erste in Frankreich und sicher auch im internationalen Rahmen konnte unsere Partei das vorbringen und erklären, was heutzutage jedermann erkennen muß: den Eintritt unseres Landes und der kapitalistischen Welt in die Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus, jener eigenständigen und äußerst gravierenden Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Unter diesen Bedingungen der Strukturkrise und der für unser Land bisher weitreichendsten Offensive der demokratischen Kräfte der Arbeiter und des Volkes ist der schöpferische, zugleich kühne und überlegte Charakter des Vorgehens unserer Partei mehr denn je notwendig, damit sie ihre Rolle als Avantgarde spielen kann.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen muß die Partei entschlossen und auf dem Gebiet des Gegners selbst zur Entfaltung der Gegenoffensive der Werktätigen beitragen, um einen Ausweg aus der Krise der Gesellschaft zu eröffnen und den neuerlichen Angriff des Großkapitals und seiner Macht auf die Lebensbedingungen aller Volksschichten zu begegnen.

Und genau dies tut sie gerade auf zwei Gebieten, die trotz einiger Rückschläge bisher von der Großbourgeoisie in unserem Land gehalten und beherrscht wurden: auf dem Gebiet der technisch-ökonomischen Effektivität und auf jenem der Freiheiten und der Demokratie.

Unsere Partei hat mit einer Genauigkeit und Breite ohne Beispiel begonnen, die Debatte auf die Strukturkrise unserer Wirtschaft zu lenken, und somit den Einbruch, den die Krise in der herrschenden Ideologie bewirkt hat, zu erweitern. Sie hat gezeigt, daß Profit und Akkumulation des Großkapitals weit davon entfernt sind, Fortschritt und Wachstum zu begünstigen. Vielmehr sind sie verantwortlich für die wachsende Anarchie des öko-

* Paul Boccara: „Tenir compte de l'acquis du marxisme et des conditions nouvelles", in: Cahiers du communisme 2/3 Februar–März 1976, S. 140–143. Redebeitrag auf dem 22. Parteitag der FKP. Aus dem Französischen übersetzt von Renate Heimann.

nomischen Systems, für die Fehlleitung des technischen Fortschritts und der wissenschaftlich technischen Revolution und für die Bremsung der Produktivitätssteigerung, die beachtlich ausgeweitete Arbeitslosigkeit, die Finanz- und Währungskrise sowie die Verschlechterung des sozialen Lebens in all seinen Aspekten, das vereinte Wirken des modernen Elends und des Elends schlechthin.

Ende 1974 mußten die offiziellen Statistiken des nationalen Instituts für Statistik und ökonomische Untersuchungen trotz ihrer Grenzen unsere Analyse über die entscheidende Rolle der Verschwendung der Investitionen in der Krise bestätigen; ebenso die Rolle der Akkumulation der großen Monopole und die Verschwendung der Akkumulation, die sich auf dem Raubbau an Menschen gründet.

Auf dieser Grundlage haben wir unsere Konzeption des Auswegs aus der Krise erarbeitet und sind weiter dabei, sie systematisch zu konkretisieren. Dabei geht es um einen neuen Typ der Entwicklung, der auf Einsparung bei den Ausgaben für Produktionsmittel und einer beispielslosen Förderung der Ausgaben für die Menschen beruht.

Das gleiche gilt auf dem Gebiet der Freiheiten und der Demokratie, das mit dem ersten Bereich durch seinen Klasseninhalt verbunden ist; insbesondere durch unseren entscheidenden Text „Frei leben" und unsere Konzeption der Macht der Werktätigen in einem sozialistischen Frankreich, eine Konzeption, die die Aufgabe des Bezugs auf den Begriff der Diktatur des Proletariats voraussetzt.

Der schöpferische Charakter unseres Vorgehens berücksichtigt sowohl die Errungenschaften des Marxismus und Leninismus, als auch die neuen und spezifischen Bedingungen Frankreichs. Gerade auf dieser Grundlage halten wir die Rücknahme des Begriffs der Diktatur des Proletariats für notwendig, ebenso wie, im Interesse des Sozialismus in Frankreich, die Propagandierung des Begriffs der Macht der Gesamtheit der Werktätigen unter denen die Arbeiterklasse eine vorwärtstreibende Rolle ausübt.

Tatsächlich ist der Begriff der Diktatur des Proletariats kein offenbartes Dogma, sondern eine historische, eine relative Schöpfung.

Was die grundlegenden Errungenschaften der marxistisch-leninistischen Theorie betrifft, so muß man sehen, daß der notwendige Klasseninhalt der Macht in der sozialistischen Gesellschaft nicht mit dem Begriff der Diktatur des Proletariats identisch ist.

So hat Marx , auch wenn er sich bisweilen veranlaßt sah, den Begriff der Diktatur des Proletariats zu gebrauchen, ebenso andere Ausdrücke in Bezug auf die Macht und den sozialistischen Staat verwendet. So schreiben die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, beispielsweise im *Kommunistischen Manifest*, daß das, was im Zusammenhang mit der Macht in der Revolution notwendig sei, „die Konstituierung des Proletariats als herrschende Klasse, die Eroberung der Demokratie" sei.

Sie meinen, daß die Eroberung der Demokratie der Arbeiterklasse ihre ganze befreiende und verändernde Rolle verleihen kann, ausgehend von der Ausübung der politischen Staatsmacht und auf der Grundlage des kollektiven Eigentums an den großen Produktionsmitteln. Und auf der Grundlage der späteren Erfahrungen sollten sie diesen Gesichtspunkt weiter entwickeln (siehe das Vorwort von Engels zu den *Klassenkämpfen in Frankreich* von 1895).

Sicher hat der Begriff der Diktatur des Proletariats in bestimmten historischen Zusammenhängen der vorwärtstreibenden Rolle der Arbeiterklasse

bei der revolutionären Umwandlung der Gesellschaft entsprochen. Dies gilt insbesondere für den Kampf der Bolschewiken unter den Bedingungen des Zarenreiches. Daher die besondere Hervorhebung des Begriffs zu jener Zeit.

Tatsächlich umfaßt die Arbeiterklasse am Ende des Zarenreiches nur einige Millionen von einer Bevölkerung von mehr als 150 Millionen (bei bedeutenden kapitalistischen Bestrebungen der großen Masse der Bauern). Und die Bedingungen des Bürgerkriegs und der kapitalistischen Einkreisung sind im übrigen bekannt.

Unter diesen Umständen ist verständlich, warum Lenin und seine Partei auf sozialdemokratische Kritiker, die sich wortwörtlich auf diesen oder jenen Text von Marx beriefen, um dem tatsächlichen revolutionären Prozeß den Rücken zu kehren, antworten konnte, daß unter ihren spezifischen Bedingungen die Diktatur des Proletariats, auch wenn sie gegebenenfalls die Regel der formalen Demokratie verletze, dem Wesen nach unvergleichlich demokratischer sein könne, indem sie unter den historischen Bedingungen der Epoche im Interesse der Emanzipation der breitesten Masse der Arbeiter und Bauern wirke. Um die Revolution durchzuführen, gab es keine andere Wahl.

Unter den Bedingungen Frankreichs im Jahre 1976 verhält es sich dagegen ganz anders. Und wenn man die Texte von Marx und Lenin ohne Bezug auf den aktuellen Kontext zitiert, so tut man nichts anderes als die reformistischen Zensoren von Lenin und den Bolschewiken: man sieht in dem Fall nicht die spezifischen, die notwendigen Bedingungen des revolutionären Kampfes für die soziale Emanzipation in unserem Land heute.

Unsere Bedingungen ermöglichen nicht nur, sie erfordern gerade, die breiteste Demokratie für alle, selbst in ihren formalen politischen Aspekten auf erneuernde und offensive Weise voranzutreiben, um nämlich der Befreiung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen inhaltlich zum Sieg zu verhelfen.

Zunächst sind die internationalen Bedingungen aufgrund der neuen Situation nach der Oktoberrevolution und des durch die tiefen sozialen Umwandlungen und die friedliche Koexistenz errungenen Erfolges der sozialistischen Länder nicht mehr dieselben.

Dann haben sich die Bedingungen auf nationaler Ebene im Verhältnis zu denen vor fünfzig Jahren beispielsweise zutiefst verändert.

Wie Georges Marchais in seinem Bericht ausgeführt hat ist die Arbeiterklasse heute in Frankreich nach den rapiden Veränderungen der letzten Jahrzehnte mit 44 % der aktiven Bevölkerung die stärkste Klasse. Mit dem Eintritt zahlreicher Produktions-Techniker in ihre Reihen hat sie sich inhaltlich erweitert; die beschleunigte Lohnabhängigkeit der französichen Gesellschft in der jüngsten Zeit bewirkt, daß die Lohnabhängigen eindeutig mehr als drei Viertel der aktiven Bevölkerung ausmachen. Dadurch wird die Masse der Werktätigen der Arbeiterklasse stark angenähert, ohne daß sie darin aufginge. Die Bedingungen der historisch revolutionären Rolle der Arbeiterklasse werden dadurch zutiefts verändert.

Die Arbeiterklasse kann und muß ihre historische Rolle unter den Bedingungen der breitesten Demokratie auf allen Ebenen spielen. Dies entspricht im übrigen auch der Fortführung der gesamten historischen Entwicklung der demokratischen Errungenschaften in unserem Land und ebenso der Entwicklung der entschlossenen Initiativen unserer Partei in dieser Richtung, die seit der Volksfront gegen die Versuche, eine faschistische Diktatur zu errichten,

gerichtet waren.

Die Macht im sozialistischen Frankreich muß die Macht der Gesamtheit der Werktätigen sein, aller Kategorien von Werktätigen, die Macht der überwältigenden Mehrheit, wobei die Arbeiterklasse auf diese Weise eine vorwärtstreibende, führende Rolle im Bündnis mit allen Schichten der Werktätigen, aber ohne politisch-rechtliche Vorrechte spielen kann. Dagegen wird gerade die Abschaffung aller rechtlichen und faktischen Vorrechte der Arbeiterklasse und ihrem Bündnis mit allen Werktätigen die meiste Kraft verleihen.

Wenn sie sich in allen Etappen auf das allgemeine Wahlrecht sowie den Klassen- und Massenkampf, sowohl auf dem Gebiet des politischen Kampfes und des Kampfes der Ideen, als auch auf dem Gebiet der Ökonomie und des gesamten sozialen Lebens, stützt, kann die Arbeiterklasse zusammen mit allen Werktätigen das Großkapital am besten isolieren und die Versuche der Reaktion lahmlegen, in der Ungesetzlichkeit der Subversion und der Gewalt Zuflucht zu nehmen; auf diese Weise kann die Macht der Werktätigen entschlossen die demokratischen Mehrheitsentscheidungen unseres Volkes respektieren und ihnen Respekt verschaffen, so wie wir es in unserem *Beschlußentwurf* sagen.

Der letzte Punkt mit dem ich schließen möchte, ist die für alle unseren Parteimitgliedern bestehende Notwendigkeit, sich den tiefen Sinn unseres revolutionären Vorgehens zu eigen zu machen und die besten demokratischen Traditionen unseres Volkes und unserer Partei auf eigenständige Weise zu entwickeln, damit ihnen so die neuen Waffen , die sich die Partei in ihrem Kampf für den Sozialismus geschaffen hat voll zur Verfügung steht.

Unser demokratischer Weg, so wie er den gerechten Bestrebungen der Franzosen und Französinnen entspricht, ist allerdings nicht der einfachste. Es ist der Weg des Kampfes, um die breitesten Massen zu gewinnen und mit ihnen zusammen das Großkapital und die Reaktion zu isolieren.

Neue Fortschritte aller unserer Organisationen, aller unserer Mitglieder sind notwendig, um unsere offensiven Ideen, die fruchtbaren Ideen des 22. Parteitags zu propagandieren und sie immer kohärenter zu gestalten. Einen besonderen Platz unter diesen Ideen nimmt jene ein, der entsprechend unter den Bedingungen des heutigen Frankreichs die Frage der Freiheit und der Demokratie eine ganz wesentliche Leitlinie im wirklichen Kampf für den Sozialismus darstellt, jenen Sozialismus den die Kommunisten für Frankreich wollen.

François Hincker

FÜR EINE KRITISCHE ASSIMILATION DER THEORIE *

Wie wir bereits im Editorial der letzten Nummer von „La Nouvelle Critique" bemerkt haben, hat der 22. Parteitag der FKP, um auf die schon massiven Fragen an die Kommunisten über ihre Konzeption der sozialistischen Macht und den politischen Übergang vom gegenwärtigen Regime zum Sozialismus zu antworten, die theoretischen Schlußfolgerungen aus der Praxis gezogen: unter den Bedingungen des kapitalistischen, von der Macht der Monopole beherrschten Frankreich von 1976 wird die sozialistische Revolution den demokratischen Weg beschreiten, den Weg der Klassenkämpfe und der allgemeinen Wahlen, die die Übereinstimmung von politischer Mehrheit und Wählermehrheit aufzeigen; er wird die arbeitende Bevölkerung, deren führender Teil die Arbeiterklasse ist, an die Macht bringen. Es ist ganz natürlich, daß diejenigen, die sich der KP zuwenden, gleichzeitig theoretische Anforderungen stellen in bezug auf ihre eigenen Erfahrungen und ihre eigenen Vorstellungen und diesen theoretischen und politischen Schritt verbinden wollen mit den gesamten Erfahrungen der marxistisch-leninistischen Konzeption von Staat und Revolution. Denn genau das ist es, wovon der 22. Parteitag handelt: Staat und Revolution in Frankreich heute.

Wir wollen beitragen zur Erfüllung dieser Anforderungen, indem wir Überlegungen beisteuern, die vielen Diskussionen in Vorbereitung des Parteitages und bei der Verbreitung seiner Ergebnisse, mit Kommunisten wie auch weit darüberhinaus, entstammen.

Zuvor wollen wir daran erinnern, woraus sich der marxistisch-leninistische „Corpus" über dieses Thema zusammensetzt, und gleichzeitig unterstreichen — was eigentlich nicht gesagt werden brauchte, aber besser noch einmal gesagt wird — daß der theoretische Teil dieser Texte jeweils hervorgeht aus der Notwendigkeit, aus der Sicht der Arbeiterklasse auf eine konkrete politische Situation zu antworten: wie könnte man z.B. nicht daran denken, daß *Staat und Revolution* nicht die Seiten 393—507 des 25. Bandes von Lenins Werken bedeutet, sondern, nach dem Untertitel, die Bestimmung der *Aufgaben des Proletariats in der Revolution?* Die Theorie hat bei Marx und Lenin nicht den gleichen Status wie in Spinozas *Tractatus* oder in der Hegelschen *Philosophie des Rechts.* Sie ist nicht mehr im historischen Relativismus befangen. Sie ist Theorie des gegenwärtigen Augenblicks, der konkreten Situation. Sie ist hervorgegangen aus der gegenseitigen Beeinflussung von älteren Erfahrungen der revolutionären Arbeiterbewegung und der veränderten Praxis dieser konkreten Situation. Deswegen zögern wir auch nicht zu versichern, daß beispielsweise die *Kritik des Gothaer und des Erfurter Programms* (Beitrag zur Diskussion um einen Parteitagstext), *Staat und Revolution* und das Dokument des 22. Parteitags der Französischen Kommunistischen Partei das gleiche theoretische Gewicht haben, sich auf der gleichen Ebene befinden, der der kommunistischen Theorie, die eben nicht die der „Theorie" des „Kathedersozialismus" ist.

* François Hincker: „Pour une assimilation critique de la theorie", in La Nouvelle Critique/Nr. 93, Paris 1976. Aus dem Französischen übersetzt von Jürgen Schmitt.

Was ist also dieser „Corpus", diese Textgrundlage? Er beginnt, als Marx die Hegelsche Rechtsphilisophie kritisiert und dabei herausstellt, daß das Gesetz, das Recht, der Staat weder die Verkörperung der absoluten Idee noch der willkürliche Ausdruck einer Übereinkunft von Individuen sind, sondern die politische Ebene des Kampfes von Klasseninteressen und der politische Ausdruck des Kräfteverhältnisses dieser Klassen. In der *Deutschen Ideologie* geht er weiter: der Staat ist nicht einfach die politische Ebene des Klassenkampfes, sondern dabei Instrument der herrschenden Klasse, weshalb „jede nach der Herrschaft strebende Klasse (. . .) sich zuerst die politische Macht erobern muß" (MEW 3, S. 34).

Die Begegnung mit dem Pariser Proletariat, wo, durch die Vermittlung Babeufs, über die *Geschichte der Verschwörung der Gleichen* von Buonarroti, über Blanqui, die proletarische Version der jakobinischen Konzeption der Revolutionären Diktatur — d.h. der zeitweisen nach dem Vorbild der antiken Römischen Republik — verbreitet war, führte Marx dazu, sich im *Manifest* mit dem Wort und der Sache — der Diktatur des Proletariats — zu beschäftigen und es 1852 in einem Brief an Joseph Weidemeyer ausdrücklich zu formulieren. Wohlgemerkt, in diesem Moment bedeutet das Wort einerseits nur die außergewöhnliche, besonders konzentrierte Macht, d.h. ohne Trennung von Legislative und Exekutive, und abzielend auf die Aktion (der Ausdruck verweist auf den Wohlfahrtsausschuß); andererseits beinhaltet er keinerlei besondere Eigenschaft (physische Gewalt oder nicht, Diktatur der Mehrheit oder der Minderheit, direkte oder repräsentative Demokratie, Wahlen oder nicht): er bedeutet, und das ist der Kern der marxistischen Staats- und Revolutionstheorie, daß, in letzter Instanz, solange es antagonistische Klassen gibt, der Staat das Machtinstrument einer Klasse gegen eine andere ist, ohne die Möglichkeit der Teilung oder des Kompromisses. Und, wohlgemerkt, der Ausdruck entspringt der Realität des Kapitalismus des 19. Jahrhunderts, wo das Prolatariat die einzige Klasse ist, die ihre Befreiung nur in Überwindung des Kapitalismus erreichen kann.

Außerdem ist anzumerken — und das wurde in der Folge oft genug vergessen — daß Marx die Notwendigkeit für das Proletariat, die Staatsmacht zu erobern, d.h. die Notwendigkeit für eine herrschende Klasse, *ihre eigenen Interessen als allgemeine Interessen darzustellen*, als viel grundlegender betrachtete als die, den Apparat, die materiellen Kräfte zu kontrollieren.

Nun, der Staat hat gleichzeitig einen allgemeinen Charakter — wie die Hegelianer und die Liberalen sagen, weil er durch das Gesetz die Gesamtheit der Gesellschaft zwingt und organisiert — und einen Klassencharakter in dem Sinn — entdeckt von Marx, vorher schon geahnt von Rousseau und den französischen Revolutionären — daß er diesen Zwang und diese Organisation verwirklicht im Interesse der herrschenden Klasse. Es ist die Erfahrung der Pariser Commune, die Marx die Möglichkeit gibt, die Form der Diktatur des Proletariats zu konkretisieren und zu erkennen, daß diese eine doppelte Funktion, chronologisch wie logisch, hat: die Zerstörung des Inhalts und der Formen des alten Staates, und den Aufbau von neuen Inhalten und Formen. Die Commune wird zu recht der theoretische Bezugspunkt fürdie Macht der Arbeiterklasse bleiben, aber sie ist nicht ein Beispiel im förmlichen Sinn: Wenn sie das wäre, befände man sich in der paradoxen Situation, daß *die* Diktatur des Proletariats unbedingt bedeuten müßte: allgemeine Wahlen (die Commune dachte nicht einen Moment daran, sie zu umgehen), Pluralismus und eine enge Verbindung der Arbeiterklasse mit kleinbürgerlichen Schichten (denn die Commune behielt in Paris diese für die französischen Volksbewegungen des

19. Jahrhunderts typische Verbindung bei, nur dieses Mal unter der Vorherrschaft des Proletariats, während 1848 noch die Kleinbourgeoisie vorherrschte); und deshalb gleicht der Commune keine der seit 1917 wirklich errichteten sozialistischen Mächte . . .

Nach dem Tode von Marx ist Engels Zeuge des schnellen Aufstiegs der deutschen sozialdemokratischen Partei. Er kann deswegen die Idee des Reifens der Bedingungen für die proletarische Revolution im Rahmen der demokratischen Republik weiterentwickeln, wo „das allgemeine Stimmrecht (. . .) der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse" ist *(Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats*, MEW 21, S. 168). Die *Kritik des Gothaer Programms* hat darüber hinaus schon seit 1875 das Programm einer sozialdemokratischen Partei für diese demokratische Etappe vorgezeichnet, denn *das Programm hat es nun weder mit letzterer* (der revolutionären Diktatur des Proletariats) *zu tun, noch mit dem zukünftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft* (Marx, *Kritik des Gothaer Programms*, MEW 19, S. 28).

Lenin hat sich zwischen April und Oktober 1917 konkret mit dem revolutionären Übergang von der demokratischen Etappe zur Etappe der Diktatur des Proletariats in einer Reihe von Texten auseinandergesetzt, die man unbedingt Tag für Tag lesen, sie einordnen muß in die Entwicklung des politischen Kräfteverhältnisses in Rußland, wenn man die scheinbaren Widersprüche (und formell sind es Widersprüche) in Lenins Thesen aufklären will. Ein einziges Beispiel: Im September 1917, während er *Staat und Revolution* schrieb, spricht er in seinen anderen Artikeln von der „höchst seltenen und *höchst* wertvollen Möglichkeit" des friedlichen Übergangs *(Über Kompromisse*, LW 25, S. 315; vgl. auch LW 26, S. 51, d.Ü.), stellt jedoch zweimal fest, daß dieser Weg ausgeschlossen ist (am 4. September, dann am 3. Oktober), weil zweimal die anderen Parteien nicht ihre weniger antibolschewistische Haltung, die sie nach dem Scheitern des Kornilow-Putsches gezeigt hatten, fortführten; dann nach der Wahl eines neuen Exekutivkomitees der Sowjets. Darauf aufbauend, konstatiert Lenin, daß nur noch ein anderer Weg möglich ist, selbst wenn es in seinen Augen nicht der wertvollste ist, den die Oktoberrevolution eingeschlagen und der gleichzeitig das Konzept der Diktatur des Proletariats mit einer konkreten und dennoch unauslöschlichen Realität gefüllt hat.

Was ist diese Realität?

1. Allein das Proletariat ist in der Lage, die Krise des imperialistischen Rußland im revolutionären Sinne zu lösen. Möglicherweise wird es einen wichtigen Teil der Bauernschaft mitreißen, vielleicht sogar die Mehrheit, aber selbst in diesem Fall kann die Bauernschaft nur geführt sein, kann sie nur, sicher in ihrem eigenen Interesse, das vom Proletariat *diktierte* Programm übernehmen. Bestenfalls ist sie an der Macht beteiligt, aber in untergeordneter Rolle, im schlechtesten ist sie davon ausgeschlossen; in beiden Fällen handelt es sich um die Diktatur des Proletariats *für* und *über* die Volksmassen, *gegen* die Bourgeoisie. Für die Volksmassen in dem Sinn, daß das revolutionäre Programm Punkte enthält (Bodenverteilung, Frieden), die nicht spezifisch proletarisch sind. Über die Massen in dem Sinn, daß die revolutionären Arbeiter die einzigen sind, die aktiv handeln können, um das alte Rußland umzuwandeln: sie werden die „Kommissare" sein, die die Macht in Händen halten. Es gibt also einen Unterschied zwischen Klasseninhalt der Macht (Klassenbündnis, das die Mehrheit umfaßt) und Ausübung der Macht durch die Arbeiterklasse (in der

Minderheit).

2. Die Diktatur des Proletariats hat zur Aufgabe, die ökonomische und politische Macht der Bourgeoisie zu zerstören, die Arbeiterklasse als herrschende Klasse einzurichten und deren Staat aufzubauen, die konterrevolutionären Umtriebe der besiegten Klasse zu unterdrücken.

3. Um die Diktatur des Proletariats zu erreichen, darf dieses nicht zögern, auf die Gewalt der Waffen zurückzugreifen, obgleich diese nicht unbedingt nötig ist („je nachdem").

4. Die Diktatur des Proletariats öffnet den Weg zum Absterben des Staates, das im Kommunismus zu Ende gehen wird.

Das ist der Kern der leninistischen Konzeption. Es ist nicht unnütz — wenn auch sekundär — zu unterstreichen, daß er nichts zu tun hat mit einer ganzen Reihe von Vereinfachungen, die ihn verstümmelten, und Deformationen, die daher rühren, daß — mehr oder weniger absichtlich — andere Elemente des Leninischen Denkens, die, gleichzeitig, woanders als in *Staat und Revolution* zu finden sind, ausgelassen werden. So heißt für Lenin, die Arbeiterklasse als herrschende Klasse zu konstituieren nicht allein, ihr die militärische und politische Macht zu sichern, das heißt auch ihr erlauben zu *zählen* und zu *rechnen* (heute würde man sagen, einen Plan aufzustellen): es ist natürlich, daß der erste Aspekt vor dem Oktober von Lenin stark herausgestellt wird und der zweite sofort danach: die Aufgaben sind nicht die gleichen. So heißt für Lenin, den Parlamentarismus zu überwinden, nicht die gewählten Versammlungen zu unterdrücken, sondern in ihnen alle Macht zu konzentrieren (wie unter der Verfassunggebenden Versammlung in Frankreich 1792—95) und zu untersagen, daß sie sich vom Volk entfernen. Und endlich heißt für Lenin, das politische und Verwaltungspersonal des alten Regimes zu eliminieren, nicht, die für das Funktionieren der Gesellschaft unentbehrlichen Spezialisten (oder Techniker) zu entlassen, sondern sie der Arbeiterklasse unterzuordnen.

Weiterhin ist es nicht unnütz zu unterstreichen, daß bestimmte Analysen Lenins nur verständlich sind in Bezug auf die russische Realität. Der Beamte, den er beschreibt und den es im demokratischen Staat radikal zu entfernen gilt, ist offensichtlich direkt bei Gogol und Tschechow entsprungen, ein korrumpierter, gekaufter Beamter, reiner Transmissionsriemen der reaktionären Politik, ordensgeschmücktes Tier, dessen einzige Aufgabe es ist, die Gesellschaft einzurahmen. Ebenso stellt Lenin mit Schrecken fest, als sich die Aufgabe des Aufbaus des Sozialismus den Bolschewiki stellt, daß es nicht reicht, armer Bauer zu sein, daß es nicht einmal reicht, Arbeiter zu sein, um die Macht wirklich auszuüben. Die Unkultur und die „asiatische Barberei" wüten weiterhin, die Massen sind entpolitisiert, haben einen unglaublich engen Blickwinkel. Lenin greift also die Maratsche und Babeufsche Argumentation auf, die Diktatur zu rechtfertigen: die Klassenlage bedeutet nicht mechanisch ein entsprechendes Bewußtsein, das „Volk" ist ideologisch und kulturell noch in der alten Welt gefangen. Es muß also leider von der Avantgarde gezwungen werden. Bei dieser Gelegenheit sei gesagt, daß, wie spezifisch die russische Situation auch sei, die Schlußfolgerungen, die Lenin daraus zieht, folgende Überlegungen anregen sollten: Die Zurückweisung der Auffassung, in Frankreich sei allein das Proletariat zur Herrschaft, zum Nutzen der werktätigen Bevölkerung, befähigt, findet nur dann ihre volle Berechtigung, wenn zudem über die Tatsache hinaus, daß heute auch andere als die Arbeiter Interesse am Sozialismus haben, der Grad und die Macht des revolutionären und politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger, darüber hinaus ihr allgemeines kulturelles Niveau erwähnt werden. Kann eine Arbeiterklasse,

erst recht wenn sie mit Vertretern anderer Schichten zusammengeht, die der Vorherrschaft des Reformismus unterworfen sind, die Macht ausüben? Es ist der bereits beträchtliche Einfluß der revolutionären Linie in der Arbeiterklasse und im Volk, der heute zu sagen erlaubt, daß die Diktatur des Proletariats, als von einer einzigen Klasse ausgeübte Macht, nicht mehr unabdingbar ist für den Übergang zum Sozialismus.

Die Praxis der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten mußte schließlich einige von ihnen dazu führen, eine neue Phase des sozialistischen Staates zu definieren, der sich an die Diktatur des Proletariats anschließt, *den Staat des ganzen Volkes*, der das offensichtliche Verschwinden antagonistischer sozialer Klassen kennzeichnet, aber die Existenz unterschiedlicher, an der Macht beteiligter sozialer Klassen. Gleichzeitig wurden damit die Merkmale der Diktatur des Proletariats als die Macht allein der Arbeiterklasse präzisiert. Aus dieser Sicht gibt es unserer Meinung nach keine möglichen Zweideutigkeiten.

Zur gleichen Zeit fanden sich andere kommunistischen Parteien mit einer in der Sowjetunion unbekannten Realität konfrontiert: Neben der Arbeiterklasse und der armen und mittleren Bauernschaft, gab es weitere Volksschichten, die zu einen Teil durch Eigentum und Ideologie an die kapitalistische Produktionsweise gebunden, zum anderen Teil durch die Geschichte an die Arbeiterbewegung gebunden waren und der Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus Widerstand leisteten. Diese Realität war außerdem die eines bourgeoisen Staates, der stark und subtil an die bürgerliche (civile) Gesellschaft gebunden war, und die einer Politisierung und eines Prozesses des Zusammenwachsens der Massen durch das lebendige Funktionieren der bürgerlichen Demokratie. Damit verlangten die grundsätzlichen Fragen nach Staat und Revolution dem angemessene Antworten: Was heißt es, die Macht der Bourgeoisie unter diesen Umständen zu brechen? Was, die Arbeiterklasse als herrschende Klasse zu konstituieren? Welche Ausdehnung, welche Ziele, welche Formen nimmt hinfort die Bündnisstrategie an? Welches sind die Beziehungen im Hinblick auf die Umwandlung des Staates zwischen demokratischer Revolution, sozialistischer Revolution und entwickeltem Sozialismus? Gramsci hatte als erster die Kühnheit, diese Fragen zu stellen und etwas voranzukommen auf dem Weg zu ihrer Beantwortung. Insbesondere als er die Vorstellung hatte, daß die Revolution nicht unbedingt eine auf eine kurze Zeit zusammengedrängte, äußert gespannte Phase ist, sondern sich über eine ganze Periode ausdehnt, wo Stellungskrieg und bewegte Fronten einander abwechseln; und indem er entdeckte, daß der Staat (welches sein Klasseninhalt auch sei) die Hegemonie (und nicht allein die Macht) der herrschenden Klasse sichert. Dabei entdeckte er auch, daß die Vorherrschaft einer Klasse nicht allein ökonomisch und politisch, sondern auch ideologisch ist, und daß der Staat nicht nur die Unterdrückungsapparate, sondern auch die ideologischen Apparate in Gang hält.

Die Erfahrung der Volksfronten ging natürlich von dieser selben Realität aus. Es ist wahr, daß die Kommunistischen Parteien nicht die Überlegungen, die von dieser Praxis ausgingen, fortsetzten zu einer Theorie des revolutionären Übergangs zum Sozialismus. Sie hatten das auch nicht nötig, denn die Frage stand nicht auf der Tagesordnung. Aber es wäre zuwenig, allein dem „Stalinismus", damals noch kaum konstituiert, das lange Schweigen bestimmter Leute und bestimmter Parteien im Hinblick auf eine Strategie der Volksfront anzulasten. Rückblickend ist klar, daß sich von da an eine Debatte zwischen einer starren und einer evolutionären Konzeption von der Diktatur

des Proletariats entwickelte; wer sieht denn nicht, daß nichts unverträglicher ist mit dem Geist des Vorgehens der Französischen Kommunistischen Partei von 1934—36 als die Idee, daß die Klassen und Schichten, die sie aufrief, sich mit der Arbeiterklasse zu vereinen, dann eines Tages von dieser beherrscht würden? Deshalb kann man in Passagen des Berichts von Maurice Thorez auf dem Parteitag von Villeurbanne (1936) und in seinem Interview mit der *Times* (1946) die ersten Anfänge der Strategie des demokratischen Weges zum Sozialismus finden. (Diese Dokumente sind zitiert im Dossier „Der Sozialismus für Frankreich", La Nouvelle Critique, Dez. 1975).

Welche Überlegungen erzeugt nun das Zurückgehen auf diese Textgrundlagen im Licht der politischen Erfahrungen der Kommunisten während der letzten zehn Jahre?

Zuerst, es gibt während der ganzen Geschichte der marxistisch-leninistischen Arbeiterbewegung, sich überkreuzend, zwei Einschätzungen von der Rolle des Staates: ein „weite" Einschätzung und eine „enge". Man kann nicht diesen oder jenen Namen mit einer dieser Einschätzungen verbinden. Es sind vielmehr die Erfordernisse des politischen Kampfes, die dazu führen, daß die Theorie diese oder jene Seite einer einheitlichen Theorie betont.

Eine enge Einschätzung: der Staat ist ein Apparat; er ist im Wesentlichen ein Unterdrückungsinstrument; er ist ein Apparat, der von der herrschenden Klasse geschaffen wurde, er hat sich von der Basis (den Produktionsbedingungen) gelöst und greift von außen in sie ein. Folglich ist die politische Revolution — zumindest in der Phase des Übergangs bis zum Staat des ganzen Volkes oder zur kommunistischen Gesellschaft (die Phase, die im allgemeinen Diktatur des Proletariats genannt wird) das Durchschneiden des Bandes, das diesen Staatsapparat an die Produktionsverhältnisse bindet, um so die Bedingungen zu schaffen, daß er zerbricht: das heißt das Errichten eines neuen unterdrückenden Apparates, der nicht weniger von außen auf die neue soziale Basis einwirkt. Wir vereinfachen zweifellos, aber wer kann leugnen, daß es genau dies ist, was die größte Zahl der Leute, die sich Marxisten nennt (Kommunisten eingeschlossen), im Kopf hat?

Eine weite Einschätzung: der Staat ist in seinem Wesen kein Apparat. Die Apparate des Staates sind die konkreten Agenzien der politischen Beziehungen zwischen der herrschenden Klasse und der beherrschten Klasse. Das Wesen des Staates besteht in der Organisation des Funktionierens der Klassengesellschaft im Sinne der Reproduktion der Produktionsverhältnisse, im Sinne der Reproduktion der Herrschaft der herrschenden Klasse (das ist eine bessere Formulierung gegenüber: im Sinne der Interessen der herrschenden Klasse, denn die letztere suggeriert eine mechanische Entsprechung zwischen diesen Interessen und der konkreten Politik des Staatsapparates, während alles darauf hinweist, daß „Politik machen" für das politische Personal der herrschenden Klasse heißt, die unmittelbaren und qua Definition in Konkurrenz stehenden Interessen der bourgeoisen Individuen zu überschreiten. Diese Herrschaft, diese Vorherrschaft wird ausgeübt mit dem Mittel der Unterdrückung, mit dem Mittel der Ideologie, aber auch mit dem Mittel der Organisation, sogar und gerade weil sie Dienste leistet, die, für sich genommen, einen allgemeinen Gebrauchswert haben. Dieser letzte Aspekt ist von den alten oder zeitgenössischen Klassikern nicht ausreichend herausgestellt worden. Nicht alle Konsequenzen sind aus der zu Anfang des Artikels zitierten Marxschen Bemerkung gezogen worden: die herrschende Klasse muß ihre eigenen Interessen als allgemeine darstellen. Seine eigenen Interessen als allgemeine hinstellen heißt sicher, eine als allgemeingültig geltende Ideologie zu entwickeln, z.B. das bürgerliche Recht und die bürgerliche Schule, aber das bedeutet auch die Tatsachen des Straßenbaus, der Errichtung von Schulen, von Krankenhäusern, ein Urteil von der Justiz sprechen lassen (im allgemeinen zugunsten der herrschenden Klasse, aber auch, ob man nun will oder nicht, eine gewisse Sicherheit, eine gewisse Ruhe gebend) usw. Und gerade dann, wenn der Klassenstaat nicht dazu kommt, seine Ideologie zu entwickeln, seine Leistungen halbwegs allen zu sichern, erscheint er, gleich Andersens König ohne Kleider, als das, was er in seinem Wesen ist: als Klassenstaat.

Eine Klasse kann nicht allein durch ihre Polizisten, ihre Generäle, ihre intellektuellen Wachhunde bestehen. Sie besteht, weil von ihrem Staat alle wenigstens etwas haben, wenn möglich möglichst viel. Deshalb lassen heute die sozialen Unterschiede aller Arten, die Beschränkungen in bezug auf die sozialen Einrichtungen, auf die Entwicklung der öffentlichen Dienste, auf die Entwicklung der Produktivkräfte im allgemeinen, den Staat sogar im Staatsapparat selbst, bei seinen Beamten, seinen Richtern, seinen Offizieren, als Klassenstaat erscheinen, lassen die untragbare steuerliche Ungerechtigkeit erscheinen, die Ungleichheit vor der Justiz, die soziale Auslese in der Schule: all das existiert schon länger, vielleicht früher sogar stärker, aber es wurde ertragen, weil die Franzosen den bürgerlichen Staat als den ihren anerkannten. Polizei und Armee flankierten dieses wesentliche Verhältnis und hielten die Minderheit, die sich daraus entfernte, im Zaum: aber sie hatten dieses Verhältnis nicht erzeugt, sie bestanden nicht einmal darauf.

Es ist sicher wahr, daß die zaristische Selbstherrschaft auf diesem Verhältnis bestand, besonders seitdem die Produktionsverhältnisse in Rußland nicht mehr feudal waren, und es ist natürlich, daß Lenin im Augenblick der Aktion, d.h. in *Staat und Revolution* (September 1917), die Analyse auf die repressive Funktion des Staates konzentrierte, aber wenn er seine Augen gen Westen richtete, war er sich des viel lebendigeren und viel organischeren Charakters der Verhältnisse zwischen Staat und Gesellschaft völlig bewußt. Und Deutschland gab ihm das Beispiel eines Staates, der schon organisierte, zählte, rechnete, plante, in Osmose mit den Monopolen und für ihre Rechnung, der aber gleichzeitig die Gesamtheit des sozialen Lebens und die Gesamtheit der Bevölkerung organisierte, zählte, rechnete, plante. Seit dem Text *Die drohende Katastrophe . . .*, natürlich nach dem Oktober und besonders nach 1921 ist es genau diese Aufgabe — das Außenstehende des Staates gegenüber der Gesellschaft wieder rückgängig zu machen und damit die wirklichen Bedingungen für das Absterben des Staates zu schaffen — zu der Lenin die Bolschewiki aufruft. Und er stellt fest, daß eine ganze Reihe von Dingen — die schwache Vergesellschaftung der Produktivkräfte, die Unkultur, die Traditionen, mit denen sich die Bolschewiki selbst herumschlagen, aber auch enge, administrative, militärische, repressive Vorstellungen — die Fassungskraft der Partei bremsen. Für Lenin sind nach 1921 die Aufgaben der Diktatur des Proletariats im Grunde keine repressiven mehr, sondern Aufgaben der Organisation.

Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK)— d.h. der Notwendigkeit für die Monopole, dem Staat laufend immer mehr Funktionen zu übertragen, die dem privaten Unternehmen zu kostspielig werden — und die Volkskämpfe, die die Versicherung der Ideologie des bürgerlichen Staates, allgemeingültig zu sein, beim Wort nehmen und ihm wirklich demokratische

Eingriffe abringen (Beispiel: die Sozialversicherung, die beträchtliche Ausweitung der Erziehung . . .), haben diese „Vergesellschaftung" des bürgerlichen Staates viel weiter geführt als im Deutschland von 1914, und daraus entspringt sein Widerspruch: er ist „sozial" (und das ist nicht nur Illusion, selbst wenn man das Wort im gewöhnlichen Sinn nimmt, erst recht wenn man darunter die Vergesellschaftung der Produktionsverhältnisse versteht), und er ist bürgerlich.

Den Staat des SMK zerbrechen, das heißt eben diesen Widerspruch zerbrechen, das heißt den einheitlichen Mechanismus zerbrechen, der, indem er Staat und Monopole vereint, die soziale Funktion des Staates seiner Funktion als Apparat der Klassenherrschaft unterordnet. Den Staat zerbrechen, das heißt den demokratischen Staat entwickeln mit dem Ziel, ihn voll und ganz seine soziale Funktion übernehmen zu lassen. Den Staat der Monopole zerbrechen heißt nicht das I.N.S.E.E. (staatliches Statistik- und Wirtschaftsplanungsinstitut, d.Ü.) zerbrechen, sondern es der demokratischen Planung und nicht der monopolistischen Planung dienstbar zu machen. Den Staat der Monopole zerbrechen, heißt nicht all die eingerichteten Organismen, sondern die Steine zerbrechen, die zu einer gegen die Forderungen der Arbeiterklasse und des Volkes errichteten Mauer gehören, sie nicht nur in Empfänger dieser Forderungen, sondern auch in ihre Anreger umwandeln, denn die Demokratie und die ökonomische und soziale Entwicklung verlangen, daß die „Spezialisten" (wie Lenin sagt) nicht nur dem Volk helfen, sondern es aufgrund ihrer Kompetenz und ihrer Information mit Waffen versorgen.

Sieht man nicht heute schon, daß die ökonomischen Informationen, die die Repräsentanten der Arbeiterklasse in dieser oder jener Kommission erhalten, Forderungen liefern, helfen, gerechtfertigte Losungen zu formulieren? Das wird im Sozialismus genau so sein, Staat und Werktätige stützen sich gegenseitig. Genau das ist das Ziel der *Macht der werktätigen Bevölkerung.*

Deshalb — und das ist der zweite Gedanke, den wir entwickeln wollen — läßt sich die marxistische Theorie von der Revolution und der Ausübung der politischen Macht nicht reduzieren, auf welche Art und Weise auch immer, auf eine Theorie der Zwangsmittel, der Unterdrückung, der Gewalt, noch weniger der bewaffneten, aber auch nicht der administrativen Gewalt. In dieser Frage läuft immer alles so ab, als ließen sich die Kommunisten vom Klassengegner allein auf dieses Feld drängen und stellen sich den Staat als Umkehrung des Klassenstaates vor: dieser unterdrückt das Volk, jener die der ökonomischen Macht beraubte Bourgeoisie. Dabei ist doch das kleine Einmaleins des Marxismus diese doppelte oder besser doppelgesichtige Idee: Jeder Staat ist gezwungenermaßen Staat einer Klasse oder einer Gruppe von Klassen gegen eine Klasse oder eine Gruppe von Klassen, und unter diesen Bedingungen erlaubt er tatsächlich der ersteren, Zwang gegen die zweite auszuüben, aber der Zwang einer Klasse ist in erster Linie das Gesetz und die Anwendung des Gesetzes: die Form dieser Ausübung ist in keiner Weise im Konzept der Gewalt enthalten.

Der Zwang, den das große Kapital ausübt, das ist ebenso die Entfernung kommunistischer Minister durch Paul Ramadier, sozialistischer Präsident des Conseil, wie die Erschießung von Mahjoub, Generalsekretär der Sudanesischen Kommunistischen Partei: der Unterschied der Formen, die derselben Strategie dienen, resultiert aus unterschiedlichen Kräfteverhältnissen, die dem Imperialismus erlauben, unter bestimmten Umständen soweit und nicht weiter zu gehen, und unter anderen bis zum Ende.

Der Zwang der Arbeiterklasse und der Werktätigen über die große Bourgeoisie, das ist ebenso die demokratische Verstaatlichung, deren Anwendung von der bewußten und aktiven Mehrheit der Bevölkerung befürwortet wird, wie die Verstaatlichung durch das Eingreifen von Arbeitermilizen: Der Unterschied der Formen, die der gleichen Strategie dienen, resultiert auch hier aus der Tatsache, daß im ersten Fall das massive Eingreifen der Werktätigen möglich ist, während im zweiten, aus verschiedenen Gründen (diese Werktätigen sind nicht zahlreich, jene nicht bewußt genug) nicht möglich ist. Dieser Unterschied hat zur Folge, daß in bestimmten Fällen, und Frankreich 1976 ist ein solcher Fall, allein die erste, das demokratische Eingreifen, erlaubt, das strategische Ziel zu erreichen. Heute in Frankreich kann allein die Unterstützung der Mehrheit die Verstaatlichung einerseits ermöglichen und andererseits eine Umkehr verhindern; die zweite Form führte die Arbeiterklasse dorthin, wo die Bourgeoisie sie schon immer haben wollte, d.h. sie würde als Kanonenfutter dienen, um ein Wort aufzunehmen, das Engels in der Einleitung zur Ausgabe von 1895 der *Klassenkämpfe in Frankreich* (MEW 7, S. 523) verwendete. Während es andererseits im Rußland des Oktober 1917 ohne bewaffneten Aufstand überhaupt keine Möglichkeit der Entwicklung der demokratischen Revolution hin zum Sozialismus gegeben hätte und folglich in diesem Moment keine andere Möglichkeit, einen Sieg der Konterrevolution zu verhindern. An diesen beiden Fällen wird deutlich, daß der Rückgriff auf die bewaffnete Gewalt 1976 in Frankreich oder der Verzicht darauf 1917 in Rußland mehr als ein Fehler, ein Verbrechen gegenüber dem Volk für eine revolutionäre Partei wäre. Das ist die materialistische Position in Geschichte und Politik. Fügen wir im übrigen noch dazu, daß man immer die Möglichkeiten berücksichtigen muß, die die historische Situation einer Partei, einer Klasse, einem Volk, einer Nation bietet, revolutionären Erfolg und humanistische Gefühle in Einklang zu bringen, denn diese sind bei den Kommunisten immer vorhanden, gerade weil ihr Ziel nicht der Kampf an sich oder der Sieg um des Sieges willen ist, sondern die Befreiung der Werktätigen und der ganzen Menschheit, ihr Glück und ihre Sicherheit.

Die beiden ersten Lehren, die man aus dem theoretischen Wissen des Marxismus-Leninismus ziehen kann, scheinen uns von großer Evidenz, was natürlich nicht heißt, daß ihr Umsetzen in die Tat einfach sei.

So sind wir auch versucht zu sagen, daß die wirkliche Neuheit — auf theoretischer Ebene — der Debatte über die Diktatur des Proletariats, wie sie auf dem 22. Parteitag der FKP geführt wurde, nicht den Inhalt, die Ausübung oder die Form der sozialistischen Macht betraf — denn für Lenin war es eine Selbstverständlichkeit, die vielen verschiedenen Möglichkeiten der Konkretisierung dieser Macht ins Auge zu fassen sondern daß unter den Bedingungen des SMK und seiner Krise, nicht mehr allein das Proletariat, sondern die *werktätige Bevölkerung* fähig ist, die sozialistische Macht auszuüben. Wohlgemerkt, da es sich damit um die Mehrheit handelt, politisch wie arithmetisch, entsprechen die Formen ihrer Macht nicht mehr denjenigen einer von einer Klasse ausgeübten Macht und mit Recht auch nicht mehr der Bedeutung des Wortes Diktatur, obwohl es sich sehr wohl (wie könnte es anders sein?) um die Macht gegen eine Minderheit handelt, gegen die großen Kapitalisten und ihre Agenten, denen man ohne Zweifel Zwang auferlegen muß:aber mit Unterstützung der Mehrheit.

Aber es ist wahr, daß der 22. Parteitag, indem er die Folgerungen aus den Analysen der Partei über den SMK konsequent und bis zu Ende zog, das erstemal die Theorie der sozialistischen Macht hervorgebracht hat, die die Macht der Arbeiterklasse und anderer, ihr objektiv und folglich auch

konstitutionell nicht mehr untergeordneten Klassen und Schichten ist (was durch die Formel: *die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten* bezeichnet wird), mit voller Gleichheit von Rechten und Pflichten. Eine andere Sache ist, daß es wünschenswert wäre und für die dauerhafte Entwicklung des Sozialismus unabdingbar ist, daß die Gesamtheit der werktätigen Bevölkerung die entscheidende und führende Rolle der Arbeiterklasse anerkennt (führend im Sinne von Richtung weisend, orientierend und nicht im Sinne von herrschend über, befehlend.) Und im Frankreich von 1976 wird diese Anerkennung auf der Überzeugung der Intellektuellen, der Bauern usw. auf der Basis ihrer eigenen Interessen beruhen, oder sie wird es nicht geben, und dann wird die Arbeiterklasse ihre führende Rolle nicht ausüben. Sie wird sie nicht aufzwingen.

Damit wird gesagt, daß in allen Etappen, gestern wie morgen, das Bündnis ein Kampf sein wird. Nicht zwischen antagonistischen gesellschaftlichen Kräften, wenn das Bündnis nicht eine Betrügerei sein soll, sondern zwischen verschiedenen Kräften, die alle, von ihren verschiedenen Standpunkten aus, Interesse am Sozialismus haben. Das heißt auch, um es ganz klar zu machen, daß ein möglicher Wechsel in den Augen der Kommunisten bedeutet, daß während dieses politischen Kampfes die Arbeiterklasse zeitweise dominiert werden kann, z.B. wenn zeitweise reformistische Konzeptionen zum Aufbau des Sozialismus vorherrschen. Wir Kommunisten denken nicht, und wir werden es niemals denken, daß das eine gute Sache ist, und man erwarte von uns nicht, daß wir nicht alle Anstrengungen unternehmen, damit die revolutionären Vorstellungen wieder vorherrschen, aber politische und ideologische Anstrengungen, Arbeiterkämpfe, die sich in einem bestimmten Moment immer auf allgemeine Wahlen beziehen.

Es handelt sich dabei nicht um Versicherungen, die plötzlich aus der Phantasie auftauchen, sondern um die Ausweitung der Analyse und der Theorie der Produktionsverhältnisse und der gesellschaftlichen Klassen unter dem SMK auf die Frage der sozialistischen Macht. Eine Analyse und eine Theorie, die man findet sowohl in den Texten wie in den Redebeiträgen der internationalen Konferenz von Choisy über den SMK von 1966, in der *Marxistischen Abhandlung über politische Ökonomie* (1971), im *Manifest von Champigny*, in den Dokumenten des 19., 20., 21. Parteitags, in *Changer de cap* (Kurswechsel, Vorschlag der FKP für ein gemeinsames Regierungsprogramm, 1971, d.Ü.), in der *Demokratischen Herausforderung*, und dann in der praktischen Umsetzung im Gemeinsamen Programm, im Eintritt von Millionen und Abermillionen von Französinnen und Franzosen in den Kampf, dem Ansteigen des Wunsches nach Sozialismus bei der Warenhausverkäuferin wie beim höheren Angestellten, beim Bankangestellten wie beim Verwaltungsbeamten, beim Arbeiterpriester wie beim Künstler, beim Offizier wie beim Lehrer.

Es handelt sich mit dem 22. Parteitag auf der Ebene dieses Artikels wohl um einen neuen Beitrag zur marxistisch-leninistischen Staatstheorie: er wischt nicht die vorhergehenden Erfahrungen vom Tisch, sondern baut darauf auf und nimmt sie auf, er assimiliert sie, wie es richtig ist, entwickelt sie weiter, damit sie mit den neuen Realitäten in Einklang stehen, und mit den „neuen Aufgaben des Proletariats in der Revolution".

Serge Goffard

DIE MACHTFRAGE STEHT AUF DER TAGESORDNUNG

Es hat sich etwas geändert mit dem 22. Parteitag der französischen kommunistischen Partei, als würde sich ein neues Kapitel in der Geschichte unseres Landes eröffnen. Nicht deshalb, weil die französischen Kommunisten es „gewagt" haben, Kritik im Hinblick auf die Regierung der Sowjetunion zu üben, wie es gewisse Kommentatoren verstanden wissen wollen, sondern weil dem gesamten Lande Fragen gestellt worden sind. Mit der Bekräftigung, daß die Lösung der Krise in einem demokratischen Weg zum Sozialismus zu finden ist, hat die FKP eine Herausforderung gestellt. Der Kampf für eine tatsächliche Veränderung der Gesellschaft hat von nun an auf dem Boden der gegebenen Realität begonnen.

Diese Konkretisierung wird in starkem Maße unterstützt durch den Bericht des Zentralkomitees und die Schlußresolution, in denen den verheerenden Folgen der Giscard'schen Verwirklichung der Macht der Monopole die Perspektiven entgegengesetzt werden, die das gemeinsame Regierungsprogramm praktisch erschliesst; und zwar geschieht dies in der selben Weise wie auch die Machtfrage gestellt wird. Mit der Entscheidung, daß die Diktatur des Proletariats nicht den französischen Weg zum Sozialismus darstellt, geben die französischen Kommunisten in der Tat dem revolutionären Prozeß eine neue Form, die in diesen Texten präzisiert wird. Daß dies nicht von alleine geht, davon zeugen die Debatten zur Vorbereitung des Parteitages, die Kommentare und Hypothesen in der Presse, die Reaktionen in der internationalen kommunistischen Weltbewegung.

Bevor wir diese Seite des Problems untersuchen, wollen wir die erste Frage stellen: Warum haben wir den Franzosen so klar und eindringlich einen Machtwechsel vorgeschlagen?

Heute

Es gibt eine Art, Antworten zu vermeiden, nämlich zu sagen, daß seit dem von Marx und Engels verfaßten *Manifest der kommunistischen Partei* (1847) der Systemwechsel auf der Tagesordnung steht. Seit der Formulierung der Analyse des Kapitalismus und der mit den Klassenkämpfen verbundene Theorie heißt das: mit dem Auftreten der kapitalistischen Produktionsweise tritt der antagonistische Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem privaten Charakter der Aneignung auf. Dieser Widerspruch kann nur durch die Errichtung des Sozialismus gelöst werden, weil dieser die private Aneignung abschafft. Die Geschichte hat gezeigt und zeigt noch immer, daß die Formulierung der Theorie nicht ausreicht: der Sozialismus entsteht nicht im Selbstlauf.

Heute treten in Frankreich historisch neue Bedingungen auf. Seit 1971 haben die französischen Kommunisten als erste die tiefgreifende Krise ange-

* Serge Goffard: „La question du pouvoir est a l'orde du jour", in: La Nouvelle Critique/Nr. 93, Paris 1976. Aus dem Französischen übersetzt von Marie-Luise Ullrich.

kündigt, die den französischen Kapitalismus — vor unseren Augen und in unserem täglichen Leben — ergriffen hat. Dies geschah nicht durch Zufall. Die Krise ist ausgebrochen, und seitdem verschlimmert sie sich nur noch, mit ihren Begleiterscheinungen der Arbeitslosigkeit, der Verringerung der Kaufkraft, der Desorganisation der Wirtschaft, den Angriffen auf die Freiheiten, der Verarmung der nationalen Kultur. Trotz wiederholter Versprechungen waren die Repräsentanten der Macht des Großkapitals nicht in der Lage, dieser Situation ein Ende zu bereiten. Im Gegenteil, sie wollen, daß die Masse der Franzosen die Folgen zugunsten des Monopolprofits auf sich nimmt.

Eben weil das tägliche Leben für die übergroße Mehrheit des Volkes immer schwerer zu ertragen ist, weil die Zukunftsperspektiven, die sich aufgrund der aktuellen Machtpolitik eröffnen, noch auf größere Schwierigkeiten hinauslaufen, wird der Systemwechsel eine Notwendigkeit. Eine Forderung, die objektiv, aber nicht zwingend verbindlich ist: erste Bedingung, um dahin zu gelangen, ist die einheitliche, massive und kontinuierliche Aktion; damit sie stattfindet, müssen klare und konkrete Perspektiven formuliert werden. Innerhalb dieser Grenzen stellt sich das Problem: da die Leidtragenden des Systems die übergroße Mehrheit bilden, müssen die Perspektiven vollkommen verändert und die Macht der werktätigen Bevölkerung, deren Kern die Arbeiterklasse ist, abgegeben werden.

Sehr richtig, wird man sagen; aber man sollte doch nicht zu große Verwirrung stiften: Erfordert dieses Ziel eine Strategie, die sich explizit von der Diktatur des Proletariats distanziert? Muß man nicht zugeben, daß die FKP mit dem Verzicht auf diesen Begriff vom revolutionären Weg zum Reformismus übergegangen ist?

Die neue Tatsache

Einmal ist zu sagen, daß diese Art und Weise, die Frage nach der Macht und ihrem Inhalt zu stellen, sowohl das Ergebnis fast zwanzigjähriger grundlegender Überlegungen der Kommunisten als auch Ergebnis der Entwicklung der nationalen Lage ist. Drei Faktoren haben zu diesen strategischen Änderungen geführt. Der erste Faktor wird von der Ökonomie definiert.

Als 1958 General DeGaulle mit Hilfe einer politischen Krise, die durch den Kolonialkrieg gegen das algerische Volk noch verschlimmert wurde, seine Macht etablierte, handelte es sich weder um eine einfache personelle, politische Veränderung noch um eine Neuverteilung der Aufgaben. Die vierte Republik hatte Bankrott gemacht. Der gaullistische Sieg im Referendum vom September 1958 resultierte aus dem Bewußtsein dieser Verkommenheit und war eine Antwort darauf. Es schien möglich, durch eine Reform des Systems die Widersprüche, die die vierte Republik untergraben hatten, zu lösen. Das nahm übrigens altbekannte Formen an: Infragestellung der Macht der von der Nation gewählten Vertreter durch die Etablierung einer Präsidentenmacht, die ihre Legitimation aus dem direkten Rückgriff auf allgemeine Wahlen bezog. Das sind Erscheinungsformen des Second Empire, von denen sich schon zur Zeit der Krise von 1929 bestimmte Politiker der dritten Republik inspirieren ließen — allerdings ohne Erfolg. Die Machtausübung wurde auf diese Weise stärker eingeschränkt und sollte härter werden. Das heißt, die Ziele des Kapitalismus wurden nicht in Frage gestellt.

Im Gegenteil, sie sollten noch kräftiger unterstützt und weiter begünstigt

werden. Die Errichtung einer solchen Form der Macht beruht nicht auf dem Zusammenspiel glücklicher Zufälle, sondern auf der Tatsache, daß sich der Kapitalismus der entwickelten Länder wie Frankreich in einer grundlegenden Umwandlung befand. Die schon bestehenden oder noch in Entstehung begriffenen kapitalistischen Monopole benötigten dringendst die staatliche Macht, um mit der Internationalisierung der Produktion und den Notwendigkeiten der internationalen Konkurrenz mithalten zu können.

Diesen Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus hatten bereits die Klassiker des Marxismus ins Auge gefaßt. Ausgehend von der Analyse der ökonomischen Krise begründete Friedrich Engels (*Anti-Dühring*, 3. Abschnitt, Kapitel 2) diesen Übergang mit der Erkenntnis des gesellschaftlichen Charakters der Produktion: „Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist." Diese Macht etablierte sich in Frankreich. Ihre Notwendigkeit wurde verstärkt durch ein weiteres Gesetz des Kapitalismus, das Karl Marx in „*Das Kapital*" aufgestellt hatte, das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Mit der Vergesellschaftung eines wichtigen Teils des Kapitals durch den Staat wird es möglich, die Profitrate zu erhöhen, da dieser „verstaatlichte" Teil keine hohen Profite hervorbringen kann; auf diese Weise erhält das private Kapital größere Freiheit.

Diese Analyse ist heute Allgemeingut der kommunistischen Bewegung. Doch ist sie nicht als gänzlich ausgearbeitete Analyse entstanden; es bedurfte der Überlegungen der Kommunisten, um sie zu begründen. Auf diesem Gebiet hat die FKP eine entscheidende Rolle gespielt.

1959 wurde auf dem 15. Parteitag der FKP der Schwerpunkt zugleich auf die ‚persönliche Macht' und ihre gefährlichen Folgen für die Demokratie und auf den Aufschwung der Kapitalkonzentration gesetzt. Man stellte fest, daß direkt mit den Monopolen in Verbindung stehende Personen die Regierung innehatten. Nach und nach verfeinerte und vertiefte sich diese Analyse. Schon 1960 wurde auf der Konferenz der 81 Kommunistischen- und Arbeiterparteien eine Definition dieses neuen Machttypus erstellt. : „Die Widersprüche des Imperialismus haben die Umwandlung des Monopolkapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus vorangetrieben. Indem der staatsmonopolistische Kapitalismus die Macht der Monopole auf das nationale Leben ausdehnt, vereint er die Herrschaft der Monopole mit der des Staats in einem einzigen Mechanismus, mit dem Ziel, das kapitalistische Regime zu retten, um durch die Ausbeutung der Arbeiterklasse und durch die Plünderung breiter Teile der Bevölkerung die Profite der imperialistischen Bourgeoisie bis aufs Maximum zu steigern".

Eine vorläufige Rettung nur, die uns weiter oben von Reformismus sprechen ließ; denn diese Umwandlung beseitigt in der Tat nicht die kapitalistische Produktionsweise: die Arbeiter bleiben die Ausgebeuteten. Der Grundwiderspruch bleibt weiter bestehen.

Die neue Tatsache liegt im Staatsmonopolismus, zum einen weil er die Vergesellschaftung der Produktivkräfte mittels der Vergesellschaftung des Kapitals verstärkt, zum anderen weil er sehr bedeutende soziale Veränderungen mit sich bringt. Dieses neuen Entwicklungsmoment wird in die Überlegungen der französischen Kommunisten miteingehen: um revolutionär zu sein, muß man die reale Bewegung verstehen, um in der Lage zu sein, sie zu beeinflussen. Dies geschieht im Mai 1966 auf der internationalen Konferenz von Choisy-le-Roy über den staatsmonopolistischen Kapitalismus (*Economie et Politique*, Juni—Juli, August—September 1966), auf der die so entstandene Situation untersucht und eine Analyse des staatsmonopolistischen Kapita-

lismus formuliert wird, die durch spätere Überlegungen bestätigt und präzisiert wird.

Auf dem Weg zum Bündnis

Der zweite Faktor ist eine Folge des ersten: der Staatsmonopolismus verwandelt die sozialen Klassen. Auf sozialer Ebene entsteht eine Polarisierung. Die Arbeiter, das Proletariat, sind nicht mehr die einzigen direkten Opfer des Systems, obwohl sie die auf die härteste und systematischste Weise Betroffenen bleiben. Andere Klassen, andere Schichten und andere soziale Bereiche sind von nun an auch der Ausbeutung und Ausplünderung ausgesetzt. Weit davon entfernt zu verschwinden, wie gewisse Ideologen, auch der Linken, weißmachen wollten, wächst die Arbeiterklasse besonders unter den Facharbeitern. Parallel dazu verläuft ein Prozeß, in dem neue Schichten zunehmend in Lohnempfänger verwandelt werden. Die Kader, die Techniker, die Intelligenz im allgemeinen verlieren rapide ihre Privilegien, die nur noch der Form nach bestanden. Hier vollzieht sich eine Spaltung, und es bilden sich objektiv neue Interessengemeinschaften. Diese Entwicklung hat nicht nachgelassen, im Gegenteil: Das Buch von Claude Quin: *Classes sociales et union du peuple de France* (Editions sociales, 1976) liefert hierfür einen klaren Beweis.

Diese Gegensätzlichkeit, die der entspricht, die der staatsmonopolistische Kapitalismus in der Ökonomie hervorbringt, schafft neue Bedingungen. Wenn das Staatseigentum an einem Teil der Produktivkräfte noch nicht die Lösung des Konflikts bedeutet, so liegt darin doch das formale Mittel, wie mit der Errichtung des Sozialismus der Konflikt zu lösen ist. Der unabänderliche Charakter des Interessenwiderspruchs kann der Anlaß für die Bildung eines Bündnisses all derer sein, die nicht der monopolistischen Bourgeoisie angehören und die die Mehrheit des französischen Volkes ausmachen.

Dies ist nur eine Möglichkeit. Genauso könnte diese gesellschaftliche Veränderung den Gedanken aufkommen lassen, daß die Gesamtheit der nichtmonopolistischen Schichten einen undifferenzierten Block bilden, in dem die Arbeiterklasse nur ein Element wäre, ohne eine besondere Rolle innezuhaben. Diese Problematik tritt in den Jahren nach dem Beginn des Gaullismus 1958 auf, und die französischen Kommunisten weisen sie als utopische Vorstellung zurück, da die neue Form, die der Kapitalismus angenommen hat, nicht die Ausbeutungsverhältnisse aufhebt, nicht die Homogenität der Arbeiterklasse zerstört. Sie ist von ihrer Zahl, ihrem Organisationsgrad her und als Erbin einer Tradition von Klassenkämpfen die einzige, die nichts als ihre Ketten zu verlieren hat. Durch ihre Stellung in der Produktion ist sie die Quelle des nationalen Reichtums. Sie ist auch diejenige Klasse, die am stärksten von den Entscheidungen und von der Macht ferngehalten wird. Die Behauptung, daß die Arbeiterklasse bei den revolutionären Veränderungen eine vorwärtstreibende Rolle spielt, beruht nicht auf einem Glaubensbekenntnis, sondern auf wissenschaftlicher Forschung.

Im Gegenteil, dieser prinzipielle Standpunkt erlaubt einen politischen Schritt von höchster Bedeutung, der durch die Veränderungen in den sozialen Verhältnissen begründet wird: die *Bündnispolitik*, die von den Kommunisten gemacht wird. Kriterium für die vorgeschlagene Umschichtung ist nicht die Unzufriedenheit oder die oppositionelle Haltung, sie bezieht ihre Dynamik vielmehr aus der allgemeinen Rolle, die die Arbeiterklasse nun innehat: der Sozialismus, der die Arbeiterklasse befreit, befreit auch die

nichtmonopolistischen Schichten, und zwar nicht nur ökonomisch, sondern auch sozial, politisch und ideologisch. Voraussetzungen für die Befreiung ist die tatsächliche Befreiung der Arbeiterklasse. Unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus erfordert eine solche Strategie ein Bündnis der Zusammenarbeit, dessen Ziele alle gesellschaftlichen Bereiche umfassen. Für ein freies, für ein besseres Leben vereinheitlichen und ergänzen sich die Kämpfe. Der Mai/Juni 1968 hat für diese grundlegende Debatte über die Rolle der Arbeiterklasse außerordentliche Bedeutung: die Massenerhebung Oppositioneller, die auf noch zahlreiche Zwiespältigkeiten in den politischen Erwartungen und auf Verwirrungen, die durch den Antikommunismus entstanden waren, und auf das Fehlen konkreter politischer Perspektiven stieß, führte nicht zu der erhofften Veränderung.

Das Bewußtsein von einer oppositionellen Übereinstimmung ist unzureichend, es muß durch einen umfassenden politischen Bewußtwerdungsprozeß ergänzt werden. Darin liegt das ganze Problem. Denn die Situation, die wir in groben Zügen skizziert haben, (staatsmonopolistischer Kapitalismus, sozio-ökonomische Umwälzungen) trifft nicht nur auf Frankreich zu. Andere entwickelte kapitalistische Länder wie die Bundesrepublik oder England — um in Europa zu bleiben — kennen sie genauso. Zwar kann dort die Frage nach einem in Betracht zu ziehenden und absehbaren Regimewechsel die Machtfrage zur Zeit nicht bedacht werden.

Warum also in Frankreich?

Die treibende Kraft

Hier kommt der dritte Faktor ins Spiel: Der Kampf, die Massenbewegung. Nach dem Referendum vom September 1958 hatte die demokratische Bewegung des Landes einen schweren Schlag erlitten. Die Politik der Sozialpartnerschaft, geführt von der sozialistischen Partei (S.F.I.O.), deren Vorsitzender damals Guy Mollet war, die Fortführung des Kolonialkrieges gegen das algerische Volk und eine schwierige ökonomische und soziale Situation hatte es den Großkapitalisten ermöglicht, den mit seiner Vergangenheit spekulierenden DeGaulle als Mann der Vorsehung zu präsentieren, und den Weg zum staatsmonopolistischen Kapitalismus geöffnet. Das Referendum brachte eine große Mehrheit für die neue Macht; die Kommunisten hatten als einzige die Gefahren aufgezeigt und Lösungen vorgeschlagen. Die Arbeiterklasse war nach dieser historischen Prüfung deutlich gespaltener als je zuvor; die anderen sozialen Schichten waren den Illusionen einer starken Macht gewichen.

Doch Stärke und Sieg trügten: aus der gleichen Bewegung heraus entstand im historischem Prozeß eine Kluft im sozialen Gefüge, was schließlich zur Isolierung der Monopolisten führte. Unmittelbar nach dem Referendum rief Maurice Thorez in einem Leitartikel der *Humanite* die französischen Kommunisten auf, das Bündnis mit den sozialistischen Arbeitern zu suchen. Ein langer Kampf begann.

In den Jahren darauf sollte die Ausarbeitung der Politik der FKP folgendermaßen aussehen: in bezug auf die gerade stattfindenden ökonomischen und sozialen Veränderungen ist es notwendig, die Arbeiterklasse zu vereinen und um sie herum alle Opfer des Monopolregimes zu versammeln. Diese strategische Entscheidung mutet eigenartig an, in einer Periode, wo die FKP isoliert schien, wo die Sozialisten mit der Macht flirteten, wo die gaullistische

Partei (damals UNR) eine absolut aufsteigende Linie verfolgte.

Aus dieser Weigerung heraus, sich auf sich selbst zurückzuziehen, auf der Suche nach Bündnissen, die auf klaren Zielen beruhten, entstand die Politik, die heute von der FKP verfolgt wird. Die Lektüre der Berichte und Resolutionen der seit 1958 abgehaltenen Parteitage (acht) erlaubt es, die Veränderung des Kräfteverhältnisses in Frankreich nachzuvollziehen. Von 1958 an, wo die Partei zum Kampf aufrief gegen die ‚persönliche Macht', für den Wiederaufbau und die Erneuerung der Demokratie, wo die Rohfassung eines demokratischen Programms (Erbe der Politik der Pariser Kommune, der Volksfront und der Résistance) erarbeitet wurde, in dem die Opposition (Bauern, Lehrende, Arbeiter, alte Kämpfer, Mittelklassen) in ihrem Zusammenhang dargestellt wurde, um die sie verbindenden Interessen aufzuzeigen; von 1958 bis 1976, mit den Vorschlägen des 22. Parteitages, ist es ein langer Weg. Die Kontinuität und Erneuerung werden hierin sichtbar.

Historische Kontinuität in den Forderungen nach Verstaatlichungen, nach in allgemeiner Wahl gewählten Nationalversammlungen, nach Maßnahmen, die die Initiative der Massen vorantreibt, die der Arbeiterklasse im nationalen Leben den herausragenden Stellenwert beimißt; Kontinuität in der im antifaschistischen Kampf und der Volksfront eingeleiteten Politik der Einheit, die in der Resistance gegen die Nazis und Kollaborateure fortgesetzt worden war. Kontinuität im Kampfaufruf an die Arbeiterklasse und an alle, die von der Macht der Bourgeoisie bedroht sind, um Forderungen durchzusetzen und Zukunftsperspektiven zu eröffnen; Kontinuität im Rückgriff auf den historischen und dialektischen Materialismus, um die historische Entwicklung begreifen und beeinflussen zu können.

Das Leitmotiv hat sich nie verändert: nämlich Mittel und Wege für eine dauerhafte und wirksame Macht der Arbeiter zu finden. Durch die Forderungen des politischen Kampfes werden die Erneuerungsprozesse vorangetrieben werden. Neben anderem ist es vor allem die Entwicklung der Kämpfe der Arbeiterklasse, die die FKP dazu führt, nach und nach ihre Politik der Einheit neu zu formulieren: Einheit der Arbeiterklasse, um die anderen sozialen Schichten um sie zu gruppieren, mit dem Ziel eines wahren Klassenkampfes, einer Einheit der demokratischen Kräfte, um der revolutionären Bewegung eine konkrete politische Form zu geben; eine Einheit auf der Grundlage eines gemeinsamen Regierungsprogrammes, um den Teufelskreis zu durchbrechen und Veränderungen möglich zu machen. Die Zusammenfassung der Bewegungen und ihre Analyse führen zur Erweiterung und Präzisierung, ohne in ausweglose Unzufriedenheit zu verfallen.

Die ständigen Kämpfe und die Beteiligung neuer Schichten modifizieren schließlich beträchtlich das vorgeschlagene Programm, selbst wenn es sich im Kern nicht ändert. So wie nach und nach die Bewegung wächst, wird das Programm der FKP präzisiert und bereichert: Das Jahr 1968 hatte unter diesem Gesichtspunkt eine katalysierende Wirkung. Daß die Bewegung nicht erfolgreich sein konnte, lag an dem Mangel eines klaren, wirklich umwälzenden Programms und der politischen Einheit, die die Veränderungen praktisch ermöglicht hätte. Gleichzeitig war die *Massenbewegung in weit kleinerem Ausmaß* aufgetreten als die Breite, die die Kommunisten für notwendig hielten. Um dieser Bewegung Erfolg zu verschaffen, veröffentlichten die Kommunisten eine Erklärung des Zentralkomitees *(Für eine fortgeschrittene Demokratie, für ein sozialistisches Frankreich*, Champigny Dezember 1968), in der die demokratischen Veränderungen, die den Weg zum Sozialismus eröffnen, in groben Zügen skizziert sind. Und dann, angesichts des Zögerns und

der Zwiespältigkeiten der sozialistischen Partei (man erinnere sich an ihre beschämende Vorstellung bei den Präsidentenwahl 1969) und als Antwort auf Fragen und Erwartungen brachten sie das Programm „*Changer de cap*" (Den Kurs wechseln) (Oktober 1971) in Umlauf. Diese Initiative verschaffte einem demokratischen System Realität, indem die zu ergreifenden Maßnahmen präzisiert wurden, um das Land von der Macht der Monopole zu befreien und um einen Prozeß demokratischer Erneuerungen mittels Massenaktionen in Gang zu bringen. Infolge dieser Entscheidungen konnte das *Gemeinsame Regierungsprogramm* (unterzeichnet am 27. Juni 1972) aufgrund der Zustimmung breiter Volksmassen und gegen den auf die Arbeiterklasse ausgeübten Druck erscheinen. Durch die Wahlen von 1973 (Legislative) und 1974 (Präsidentenwahl) sollte dieser Schritt sanktioniert werden: 10 Millionen Stimmen für die Linke in der ersten, 13 Millionen in der zweiten Wahl. Es muß erwähnt werden, daß in der Zwischenzeit (1973) Georges Marchais in „*Die Demokratische Herausforderung*" im Namen der FKP auf die Fragen, die das „Nach-dem-gemeinsamen-Programm" betrafen, antwortete. Dieser neue Schritt der Weiterentwicklung, der durch die Klassenkämpfe hervorgerufen worden ist, kann auch in folgenden Worten ausgedrückt werden: *von der Wiedererrichtung und der Erneuerung der Demokratie (1969) zum Sozialismus für Frankreich* (1976).

Mittel und Zweck

Auf diesem Weg wächst eine neue Forderung heran: die Demokratie. Handelt es sich dabei um eine taktische Forderung, die in der Strategie der FKP aus Gründen der Opportunität miteinbezogen wird — weil man in Frankreich den demokratischen Gepflogenheiten des Volkes Rechnung tragen muß? Dies ist die Hauptthese der Rechten (offen oder getarnt): der Kampf der Kommunisten für Demokratie und Freiheit sei ein von den Umständen abhängiges Zugeständnis, das nach der Machtübernahme wieder in Frage gestellt würde. Deshalb sei die Rücknahme des Konzeptes der Diktatur des Proletariats einzig eine Frage des Vokabulars: das Wort Diktatur macht Angst. Wenn man all dem Rechnung tragen will, was wir weiter oben ausgeführt haben, um die Entwicklung der Politik der FKP zu erklären, erscheint die Leugnung eines prinzipiellen Strebens nach Demokratie wie ein polemisches Argument. Die Demokratie ist eine Notwendigkeit, denn sie bedeutet per Definition die Macht des Volkes.

Das Manifest von Champigny (1968) beleuchtet deutlich die Frage: „Eine Erneuerung der Demokratie muß die Maßnahmen, die die Ausweitung der politischen Rechte der Massen anstreben, mit solchen Maßnahmen verbinden, die ihre Beteiligung an der Leitung und Orientierung des wirtschaftlichen Lebens des Landes, von der sie bis jetzt ferngehalten worden sind, vorsehen. Die Erfahrungen des Mai/Juni haben das immense Initiativvermögen der arbeitenden Massen bestätigt. Es geht darum, dieses Vermögen dem Aufschwung aller ökonomischen, wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Ressourcen der Nation zur Verfügung zu stellen." (S. 33) Diese Feststellung ist das Ergebnis der Entwicklung der Kämpfe und des langsamen Zutagetretens klarer politischer Perspektiven, die die Macht der Monopole grundlegend in Frage stellen. Die Demokratie ist nicht nur das grundlegende Prinzip eines Systems, in dem die Macht in den Händen der Arbeiter liegt, also eine Folge davon: sie ist die Ursache desselben. Ohne

Demokratie kann die Arbeitermacht weder siegen noch aufgebaut werden.

Warum? Das ist keine spekulative Frage. Die Polarisierung zwischen Monopoleignern und dem „Rest" des Volkes schafft neue gesellschaftspolitische Beziehungen, die eine freie und aufrichtige Zusammenarbeit ermöglichen. Aber außerdem hat der staatsmonopolistische Kapitalismus zu einer allgemeinen Einschränkung der Demokratie in Frankreich geführt. Zur gleichen Zeit sah er sich genötigt, die Entwicklung der Produktivkräfte zu begrenzen, um eine hohe Profitrate aufrechtzuerhalten. Die Errichtung einer „fortgeschrittenen Demokratie" erfordert die aktive Beteiligung und die Kontrolle der Arbeiter, um diesen globalen Mängeln abzuhelfen. Mit der Errichtung des neuen Systems wird die Entwicklung der Produktivkräfte möglich: Wie kann man das erreichen ohne die erfinderische Beteiligung der Arbeiter? Wie kann diese unabdingbare Schöpferkraft ohne eine sich ständig erweiternde Demokratie zum Tragen kommen.

Man muß noch weitergehen. Von dem Augenblick an, wo die Frage des Sozialismus auf der Tagesordnung steht, wo der Übergang von der im gemeinsamen Programm definierten „fortgeschrittenen Demokratie" zum Sozialismus aufgrund einer Reihe von Volksentscheidungen ins Auge gefaßt wird, wo der Rückgriff auf allgemeine Wahlen als Legitimationsquelle angesehen wird, ist die Demokratie die Bedingung der historischen Entwicklung, das heißt des Klassenkampfes. Indem sie an vorderster Front der Kämpfe um Freiheit und Demokratie steht, hat die FKP die Rolle der Avantgarde dadurch inne, daß sie die zukünftigen Begebenheiten klar benennt.

Erneut muß man sich darüber verständigen, was die Demokratie ist. 1959 z.B. (15. Parteitag der FKP) setzte Maurice Thorez zwei Akzente: den einen Akzent setzte er auf die Wiederherstellung der Demokratie, die historisch von den Volkskämpfen errungen worden war (allgemeine Wahlen, parlamentarisches System, elementare Menschen- und Bürgerrechte), „ da dieser Kampf dem Proletariat Autorität und Stärke verleiht und es ihm ermöglicht, die Mehrheit des Volkes zu vereinigen und die breitesten Massen um sich zu scharen" (Sonderausgabe der *Cahiers du communisme*, Juli/August 1959, S. 59); den anderen Akzent legte er auf die Beschränkung der wirtschaftlichen Macht der Monopole: „Mit der Einschränkung der Herrschaft der Monopole über die Produktivkräfte und die Reichtümer verteidigt die Arbeiterklasse nicht allein ihre eigenen Interessen, sondern auch diejenigen der Bauernschaft, der Intellektuellen und der Mittelklassen, die sich gegen die Unterdrückung des Großkapitals auflehnen, und findet sich immer mehr dazu in der Lage, die Last des materiellen und geistigen Erbes Frankreichs auf sich zu nehmen." (ebenda, S. 16) Die im Entwurf skizzierte Demokratie wird als unentbehrliches Mittel bezeichnet. Heute, mit der *Demokratischen Herausforderung* (1973), mit *Frei leben!* (Vivre libres) (1975) und der Resolution des 22. Parteitages wird die Demokratie als konstitutiv für das zu errichtende politische System verstanden, als eine der Bedingungen des Übergangs zum Sozialismus. Dort wird sie im Detail analysiert und formuliert: es ist notwendig, daß sich jeder mit Sachkenntnis engagiert.

Dieser Schritt ist möglich geworden durch die Kämpfe, die zur politischen Einheit der Linken auf der Grundlage eines Programms, das mit der Vergangenheit bricht, geführt haben, durch die Verstärkung der Bindungen zwischen der Arbeiterklasse und den nichtmonopolistischen Schichten, durch den Kampf der Kommunisten für die Organisierung der Massen und für die Verbreitung notwendiger Erklärungen.

Der Staat

Es wäre vergeblich, von der Macht, den Freiheiten und der Demokratie zu sprechen, ohne den Staat miteinzubeziehen. Dazu drängt uns die französische Realität besonders in dieser Krisenperiode, wo der Staat dem täglichen Leben immer stärker seinen Stempel aufdrückt, wo politische Entscheidungen sich unmittelbar mit ökonomischen Zielen schneiden, wo staatliche und nichtstaatliche Strukturen einer autoritären Staatsform dienen. Der Klassencharakter des Staates wird immer augenscheinlicher. Das Auftreten des staatsmonopolistischen Kapitalismus hat die Inhalte des Problems teilweise modifiziert. Die Marxisten haben den Staat lange Zeit als eine losgelöst funktionierende Einheit der Ausbeuterklasse verstanden. Als formaler und scheinbarer Repräsentant der gesamten Gesellschaft sicherte er Ordnung und Organisation, den Fortbestand der Macht einer Klasse, der er als Maske diente. Die Eroberung der Macht durch das Proletariat erforderte die Zerschlagung der alten Staatsmaschinerie, um sie durch eine neue zu ersetzen, die fähig war, die Diktatur des Proletariats auszuüben.

Mit dem Aufgeben der Strategie der Diktatur des Proletariats trägt die FKP den eingetretenen Veränderungen Rechnung: außer dem Zwangs- und Repressionsinstrumentarium — das es zu brechen und zum Verschwinden zu bringen gilt — hat der staatsmonopolistische Kapitalismus durch seine wirtschaftlichen Verflechtungen das Instrumentarium zur Organisation und Verwaltung des gesellschaftlichen Kapitals entwickelt, an dem keine demokratische Macht, auch keine sozialistische, vorbeigehen könnte. Es besteht hier ein technischer Entwicklungsstand, der eine große Errungenschaft darstellt.

Damit wir uns richtig verstehen: das demokratische System und der Sozialismus werden nicht sanftmütig dem Schoße des alten Staatsapparates entschlüpfen. Demokratisierung alleine reicht nicht aus, denn wenn der Staat eine Institution ist, die die Komplexität der gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse notwendig macht, bleibt er doch nach marxistischer Theorie ein Instrument der Klassenherrschaft. Doch der sozialistische Staat erfüllt neue Funktionen: er schafft die Mittel zur Beteiligung des Volkes an der Lenkung und Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten in allen Bereichen und auf allen Ebenen, er verteidigt die neue Macht gegen die Machenschaften der alten Ausbeuter. Jenseits der prinzipiellen Aussagen blieben Zwiespältigkeiten der Realität bestehen. Die Beispiele von Chile und Portugal fordern uns auf, diesen Fragen nachzugehen, die zur Zeit noch weitgehend offen bleiben. Der Staat als Organisator darf nicht idealisiert werden: die Gefahr ist vorhanden.

Sowohl faktisch als auch rechtlich darf die reale Macht des Staates nicht zur hemmenden Instanz werden, zu einem Apparat, der die Volksinitiative blockiert oder sich an ihre Stelle setzt. Deshalb muß das letzte Wort dem Willen und der Initiative der Massen überlassen bleiben, auch wenn eine Anzahl von Verwaltungseinrichtungen notwendig ist, um den Volkswillen realisieren zu können, aber auch um Individuen und Minoritäten zu schützen (ein weiteres Problem von größter Wichtigkeit, vergl. die Vorschläge in ‚Vivre Libres').

Charakteristisch für den Staat, den wir vorschlagen, ist, daß es darin möglich sein muß, die traditionellerweise auf administrativem, bürokratischem und autoritärem Weg abgesicherten Funktionen durch Mittel und Wege zu ersetzen, die das Eingreifen der Massen auf allen Ebenen ermöglichen; das heißt, in ihm wird politischer Pluralismus nicht nur durch allgemeine Wahlen abge-

sichert, sondern kommt auch im Ringen der demokratischen Kräfte bei der Führung der Angelegenheiten des Landes zum Ausdruck. Die Demokratie ist nicht einfach nur eine konjunkturbedingte Form eines Staates, der zunächst durch seinen Klassengehalt zu definieren ist, sie ist vielmehr *politischer Ausdruck* einer von Grund auf neuen Klassenrealität, auf der unsere Strategie aufbaut. Deshalb erfordert unsere Strategie eines demokratischen Weges zum Sozialismus auch mehr denn je die Betonung der führenden Rolle der Partei als Instrument der politischen Bewußtwerdung, als Organisator und als *treibende Kraft des Bündnisses* der Arbeiterklasse und aller Werktätigen.

Diese Prinzipien werfen vielleicht ein neues Licht auf die marxistische Theorie vom Absterben des Staates: Erscheint unter diesen Bedingungen die Perspektive der Abschaffung des Staates als einem „besonderen Instrument der Unterdrückung", um anderen Formen gesellschaftlicher Organisation, die auf der Initiative der Menschen beruhen, Platz zu machen, nicht sehr viel näher? Man kann beim gegenwärtigen Stand der Dinge nur die Frage stellen.

In diesem Zusammenhang ist der Begriff der Gewalt neu zu definieren: Der Übergang zu einem demokratischen System und dann zum Sozialismus kann auf friedlichem Weg (pacifiquement) erfolgen. Heißt das, daß es ein glatter Weg sein wird? Der Klassenkampf wird noch lange weiterbestehen, aber er wird neue Formen annehmen: Streik, Kundgebungen, alle Formen, Druck auszuüben, die wir in Betracht ziehen, die wir anwenden, um die Erfüllung unserer Forderungen durchzusetzen, um unsere allgemeinen Ziele zu erreichen, sind Formen der Gewalt. Es muß wiederholt werden , daß dies nicht spontan entsteht: Das gemeinsame Programm ist nicht vom Himmel gefallen, seine Verwirklichung geschieht weder automatisch noch führt sie obligatorisch zum Sozialismus. „Der Sozialismus wird nicht durch Erlasse von oben geschaffen. Seinem Geiste ist der fiskalisch-bürokratische Automatismus fremd. Der lebendige, schöpferische Sozialismus ist das Werk der Volksmassen selbst". (Lenin Werke, Bd. 26, Berlin 1961, S. 283).

Etienne Balibar

ÜBER DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS*

Verschiedene Beiträge, die in der *Humanité* und in *France Nouvelle* erschienen sind, haben Stellung bezogen teils *für* teils *gegen* die Bezugnahme auf die „Diktatur des Proletariats" in dem Dokument, das dem Parteitag vorgelegt wird; ja sogar für oder gegen das Vorhandensein dieses Begriffs in den Statuten der Partei. Im zweiten Fernsehprogramm befragt (am 7. Januar), hat sich Georges Marchais als Anhänger der Ablehnung der „Diktatur des Proletariats" erklärt, deren zwei Worte weder der aktuellen Situation noch den Zielen der Kommunisten entsprächen. Und er fügte hinzu: „Der Parteitag wird schnell entscheiden." Wir stehen also vor folgender Situation: der 22. Parteitag läuft Gefahr, offiziel eine radikale Wendung bezüglich der Prinzipien zu bestätigen, auf denen von Beginn an die politische Tätigkeit und die Organisation der kommunistischen Parteien beruht. Nachdem er die eindeutigen Thesen von Marx zitiert hatte, schrieb Lenin:

„Den Marxismus auf die Lehre vom Klassenkampf beschränken, heißt den Marxismus stutzen, ihn entstellen, ihn auf das reduzieren, was für die Bourgeoisie annehmbar ist. Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der *Diktatur des Proletariats erstreckt.*" („Staat und Revolution", Lenin Werke Bd. 25, Berlin 1970. S. 424, d.Red.)

1. Eine erste Bemerkung drängt sich auf: eine theoretische Wendung dieser Bedeutung darf nicht in aller Eile vollzogen werden. Wie kommt es, daß das vorbereitende Dokument des Parteitags, Grundlage der gegenwärtigen Diskussion, sie in Schweigen übergegangen hat? Sind die Kommunisten unfähig, den Schock einer klar gestellten Frage zu ertragen und eine grundsätzliche Diskussion der Prinzipien ihrer Politik zu führen? Wäre es nicht ratsam gewesen, *genau aus Anlaß des Parteitags* im Detail das Ganze dieser Argumentation darzulegen, die darauf abzielt, die Tätigkeit der Kommunisten auf *neue Grundlagen* zu stellen, ihr neue historische Zielsetzungen zu geben, die von nun an die Diktatur des Proletariats *ausschließen* — damit die Kommunisten sich mit Sachkenntnis äußern können und nicht einfach nach dem Gefühl des Widerwillens, den nunmehr das *Wort* „Diktatur" einflößt?

Tatsächlich, und dies ist meine zweite Bemerkung, ist leider sehr zu befürchten, daß wir Kommunisten — das heißt die Partei — in diesem Augenblick unfähig sind, diese Diskussion von Grund auf zu führen. Denn die Bedingungen dafür sind nicht erfüllt.

(Selbst ein Parteitext, der anders abgefaßt wäre, der nicht als „Manifest" für die Zukunft konzipiert wäre, sondern als eine *Analyse* derjenigen politischen Probleme, denen die gegenwärtige Theorie und Taktik der Partei entgegentreten muß, hätte diese Bedingungen nicht von heute auf

* Etienne Balibar: „Sur la dictature du proletariat", in: L'Humanité, 22.1. 1976. Aus den Französischen übersetzt von Rolf Löper.

* Der in Klammern gesetzte Abschnitt wurde von der Redaktion der Humanité gekürzt. (Anmerkung des Übersetzers.)

morgen schaffen können. Tatsächlich hätte sich die Partei in den vorangegangenen Jahren auf allen Ebenen die Aufgabe stellen müssen, gründlich die Probleme der Diktatur des Proletariats durch systematische Konfrontation mit den Lehren der alltäglichen Erfahrung zu studieren. Stattdessen hat die Partei freiwillig oder nicht, in dieser Frage geschwiegen und so eine Kluft entstehen lassen zwischen ihren Analysen, ihren Programmentwürfen und der marxistischen politischen Theorie. So daß schließlich *diese* „Diktatur des Proletariats", die man heute ablegt wie ein abgenutztes Kleidungsstück, kaum mehr ist als der Schatten, die Karikatur des Begriffs, den Marx und Lenin ausgearbeitet und zum Prüfstein der revolutionären Klassenposition gemacht hatten und den sie nicht ohne Mühe versucht hatten, von der Arbeiterbewegung ihrer Zeit verstehen und anwenden zu lassen).*

Die französischen Kommunisten werden aufgefordert, kurzfristig und ohne wissenschaftliche Analyse ein Prinzip zurückzuweisen, das eng mit der marxistischen Tradition verbunden ist und sich nicht auf Worte reduziert. Sind wir daher sicher, den objektiven Sinn dessen, was wir an seine Stelle setzen sollen, richtig einzuschätzen?

2. Ich habe ein Zitat wiedergegeben. Man könnte tausende andere nennen. Aber Zitate beweisen nichts. Auf Zitate reduziert, wird der Marxismus zu einer sterilen Scholastik, einer Religion der Formeln: eine schmerzhafte Erfahrung hat uns dies durch ihre Konsequenzen hinreichend gelehrt. Erinnern wir uns jedoch an diese Tatsache: die „Diktatur des Proletariats" ist keine den Köpfen der marxistischen Theoretikern entsprungene *theoretische Erfindung*, sie ist eine *Entdeckung*, die sie machen mußten und die in sich die Lehren einer langen Praxis zusammenfaßt. Was diese Praxis besonders lehrte, war, daß es der revolutionären Klasse nicht möglich ist, sich in die mystifizierenden Alternativen, auf denen die bürgerliche juristische Ideologie beruht, einzuschließen: „Diktatur" an sich *oder* „Demokratie" an sich; Organisation der Arbeiter als herrschende Klasse mittels staatlichen Zwangs oder durch demokratischen Massenkampf für ihre Emanzipation. Wir aber sind dabei, uns genau in diese Alternativen einzuschließen.

Man muß sehr genau den Einsatz sehen. Wenn der Klassenkampf der Arbeiterbewegung sich für die Diktatur des Proletariats als Ziel, mit allen Schwierigkeiten und sogar den furchtbaren Widersprüchen, die sie in sich trägt, hat entscheiden müssen, und nicht „ganz einfach" für das Glück, die Freiheit, die Demokratie etc., so aus einem materiellen Grund: weil die kapitalistische Ausbeutung unweigerlich die *Klassendiktatur der Bourgeoisie* nach sich zieht und sich auf sie stützt, wie auch immer die ungleichartigen gewalttätigen und offen repressiven Formen dieser Diktatur unter bestimmten historischen Bedingungen sein mögen; weil es unmöglich ist, die historischen Grundlagen der bürgerlichen Diktatur zu zerschlagen, *ohne* unmittelbar die Zerschlagung des bestehenden Staatsapparats in Angriff zu nehmen, der als solcher nicht „im Dienst der Arbeiter" funktionieren könnte. Falls wir also glauben, für die „reale" Demokratie, die Demokratie der Volksmassen kämpfen zu können, *ohne* die Diktatur des Proletariats durchzumachen, so weil wir meinen, die *Existenz der bürgerlichen Diktatur* verneinen zu können, und weil wir die Rolle des Staatsapparates als Instrument der Ausbeutung verleugnen. Entspricht dies wirklich der Erfahrung der Arbeiter in den Kämpfen des heutigen Frankreich?

3. Wir sind mit einer dramatischen Tatsache konfrontiert, von der wir schließlich haben begreifen müssen, daß sie schwer auf der Massenbewegung lastet. Dieses Faktum ist, daß die Geschichte der sozialistischen Länder (oder bestimmter sozialistischer Länder) die *„Diktatur des Proletariats" entstellt und diskreditiert hat.* Sie hat aus ihr, durch die Identifizierung von Partei und Staat, das Synonym einer Diktatur *über* das Proletariat gemacht; praktisch hat sie Diktatur des Proletariats und politische Massendemokratie einander *gegenübergestellt.* Sie hat zu schweren politischen Krisen und zu tiefen Spaltungen der internationalen kommunistischen Bewegung geführt. Aber es genügt nicht, angesichts dieser Situation zu jammern, vergeblich hofft man, sie umgehen zu können, indem man ihr ausweicht und sodann offen die Diktatur des Proletariats zurückweist. Man muß im Gegenteil diese Situation *analysieren.* Ein historische Phänomen hat historische Ursachen. Welches sind die historischen Ursachen, die die Völker der sozialistischen Länder (jenseits aller Fragen nach „Persönlichkeiten") daran *gehindert haben*, die Diktatur des Proletariats vollständig zu verwirklichen und diese damit tendenziell in ihr Gegenteil verkehrt haben? Welches sind die historischen Ursachen, die die wirkliche Zerstörung des bürgerlichen Staatsapparates und damit die vollständige Lösung der riesigen sozialen Widersprüche als Hinterlassenschaft jahrhundertelanger Klassenunterdrückung verhindert haben? Welche Form nehmen *heute* diese Ursachen an — in der sozialistischen und in der kapitalistischen Welt — und *wie* kann man hoffen, ihnen entgegenzuarbeiten? Welches sind folglich die *Bereicherungen* (einschließlich der *Berichtigungen)*, die man an den Begriff der Diktatur des Proletariats herantragen muß, um die revolutionäre Tätigkeit der Kommunisten anzuleiten?

4. Die Abwesenheit dieser Fragen verfälscht weitgehend die aktuellen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei. Ihre Wirkungen lassen sich in jeder Zeile der Vorlage spüren und erzeugen manchmal verblüffende Resultate. Ich gebe dafür nur ein Beispiel. Der Entwurf widmet einen kleinen Abschnitt dem „internationalen Kontext". Dieser vermittelt den Eindruck, daß sich auf der einen Seite die Weltsituation *auf der ganzen Linie* zum Nachteil des Imperialismus entwickelt, zum Besten des sozialistischen Lagers, der Befreiungskämpfe, der Arbeiterbewegung sowie der *Einheit* dieser fortschrittlichen Kräfte. Auf der anderen Seite soll Frankreich auf Grund seiner „Bedeutung in der Welt" die *Mittel* besitzen, seine innere soziale Umwandlung zu verfolgen, wobei es der Intervention des Imperialismus *entrinnt.* Aber die Tatsachen dementieren vollständig diese simple und optimistische Sicht. *Die einzigen* Völker, denen es im Verlauf der letzten Jahrzehnte gelungen ist, sich vom Imperialismus zu befreien und den Weg zum Sozialismus zu beschreiten, haben dies um den Preis äußerst langer Kämpfe gegen die imperialistischen Intervention getan: Kuba und Vietnam. Es handelt sich natürlich nicht darum, die historische Reichweite dieser Siege zu unterschätzen, zeigen sie doch, daß die Revolution für die Völker und Arbeiter *möglich* ist. Und dies *trotz* der Hemmnisse, die aus der *Uneinigkeit* des sozialistischen Lagers und der Anfälligkeit des Bündnisses zwischen Sozialismus und nationalen Unabhängigkeitsbewegungen (siehe Naher Osten!) folgen, und auf die der Imperialismus unaufhörlich setzt.

Aber was soll man dann von dem Argument denken, das geltend gemacht wird, um diesem Einwand implizit zuvorzukommen, dem Argu-

ment der „Bedeutung Frankreichs in der Welt"? Im Klartext kann dies nur bedeuten: *weil Frankreich selbst ein imperialistisches Land ist*, befinde es sich in *günstigeren* Bedingungen, um die Intervention des imperialistischen Weltsystems (an dem es teilhat) in seiner internen Geschichte zu neutralisieren, ja sich ihr sogar vollständig zu entziehen! Aber dieses Argument ist unhaltbar: deshalb ist in der Tat keiner soweit gegangen, dies so offen zu formulieren. Denn das *Gegenteil* ist wahr: Je mehr ein Land im Innern des imperialistischen Systems angesiedelt ist, umso lebenswichtiger ist es für den Imperialismus, hier eine revolutionäre Entwicklung zu verhindern, um so mehr verfügt er über die ökonomischen, ideologischen, politischen und millitärischen Mittel, dies zu erreichen. Umso weniger ist er gezwungen, unmittelbar zu seiner Extremform der ausländischen Aggression zu greifen, die letztlich die nationale Einheit der Volkskräfte gegen ihn bewirken würde. Bereits 1945—47 konnte die Bewegung des Volkes in Frankreich auf diese Wiese isoliert und geschlagen werden. Aber 1976 hat sich die *Abhängigkeit* der französischen Gesellschaft vom imperialistischen Weltsystem nicht verringert, sondern noch beträchtlich verstärkt.

Was lehren uns insbesondere die Beispiele von Chile, Portugal, vielleicht sogar in diesem Augenblick das des benachbarten Italiens? Sicherlich, daß die Intervention des Imperialismus niemals genau die gleiche Form annimmt, daß sie sich an die konkreten Bedingungen anpassen muß. Fügen wir hinzu, daß sie dabei bemerkenswert erfolgreich ist, wenn sie hier zum Militärputsch greift, dort zu den ökonomischen Pressionen des Gemeinsamen Marktes, begleitet und geleitet von der konterrevolutionären Handlungsweise der europäischen Sozialdemokratie — überall die spezifischen Schwächen der Massenbewegung ausnutzend. Diese Beispiele zeigen uns eine grundlegende Tatsache, die für die gegenwärtige Situation charakteristisch ist: die heute noch immer sehr große Macht des Imperialismus, *seine Fähigkeiten zur Initiative und zum präventiven Eingriff*. Es *genügt*, daß in irgendeinem Land der kapitalistischen Welt die Massen selbst beginnen, auf dem politischen Schauplatz einzuschreiten — selbst um nur begrenzte soziale Änderungen durchzusetzen, selbst wenn sie noch nicht ihre vollständige politische Einheit entwickelt und auch kein Bewußtsein davon haben, daß der Umsturz des Kapitalismus notwendiges Ergebnis ihres Kampfes ist —, damit der Imperialismus interveniert und auch vorbeugend beginnt, die Konterrevolution vorzubereiten und zu organisieren.

Daher kann sich angesichts der Tatsache, daß in unserem Land die Notwendigkeit und die Bedingungen einer realen sozialen Veränderung reifen, eine Strategie, die diese erreichen will, nicht auf die einfache Aneinanderreihung derjenigen sozialen Schichten stützen, die *heute* in ihren Interessen durch die Politik des Großkapitals beeinträchtigt werden, und die sich *im Prinzip* gegen diese Politik zusammenschließen können sollten. Unsere Strategie kann sich nicht auf die einfache *Feststellung* gründen, daß diese Schichten auf dem Papier die „Mehrheit" bilden; sie kann sich nicht damit begnügen, allgemeine Losungen und allgemeine ideologische Themen vorzubringen, die *spontan* eine solche Mehrheit zusammenbringen sollten. Sie muß auch die Bedingungen der Intervention des Imperialismus, die an dessen Existenz selbst gebunden sind, voraussehen; sie muß in der Analyse sowohl die Widersprüche innerhalb des Volkes — die der Imperialismus ausspielen kann — als auch die Mittel berücksichtigen, über

die der Imperialismus verfügt und die er alle einsetzen wird um große Massen, einschließlich *ausgebeuteter* Massen (ist es ihm nicht in Portugal gelungen, in erster Linie an die armen Bauern heranzukommen, die er selbst in das Elend und die Emigration getrieben hatte?) gegen die Veränderungen, gegen ihre eigenen Interessen zu mobilisieren. Schematisch gesagt, es genügt nicht, die *Grundlagen der Volkseinheit* für die Veränderung und den Übergang zum Sozialismus in Erwägung zu ziehen, man muß *auch* — und darin liegt die ganze Schwierigkeit — die potentiellen *Grundlagen der Konterrevolution* berücksichtigen, um sie zu analysieren und die Kampfformen, die sie implizieren, ins Auge zu fassen. Jede Strategie, die diese *beiden* Aspekte des Problems ignorieren würde, wäre utopisch, würde keine Siege, sondern Niederlagen vorbereiten.

Damit — und dies ist dabei nur ein Aspekt des Problems, den ich herausgegriffen habe, um mich in annehmbaren Grenzen zu halten — kehren wir zur Diktatur des Proletariats zurück. Nicht zum einfachen Wort „Diktatur des Proletariats", sondern zu den *Problemen* der Diktatur des Proletariats die wir auf unsere Weise stellen und lösen müssen, die kein anderer *an unserer Stelle* entschieden hat oder wird entscheiden können. Nicht zur Diktatur des Proletariats *anstelle* des demokratischen Kampfes der Massen gemäß der Alternative, die die Bourgeoisie uns aufdrängen möchte, sondern vielmehr zu den offen demokratischen Kampfformen der Massen, die *tatsächlich* die Diktatur des Proletariats *verwirklichen*, die kämpferische Einheit der Arbeiter und des Volkes gegen die Ausbeuter und den bürgerlichen Staat. Ich selbst bin zutiefst davon überzeugt, daß der Übergang zum Sozialismus, durch eigenständige Etappen hindurch, sowohl in der französischen Gesellschaft als auch in anderen kapitalistischen Ländern „auf der Tagesordnung" steht. Ich glaube nicht, daß wir eine Möglichkeit haben, ihn zu erreichen, wenn wir dem ideologischen Druck des Gegners nachgeben, wenn wir die Widersprüche dieses Prozesses unterschätzen und wenn wir uns täuschen über die Schärfe und den Einsatz der Klassenkämpfe, die er impliziert.

Genossen, verwerfen wir nicht leichtfertig die Losung von der Diktatur des Proletariats! Seien wir mehr denn je in der Theorie und in der Praxis Kommunisten!

Roland Simon-Schaefer, Walther Zimmerli (Hrsg.): Wissenschaftstheorie der Geisteswissenschaften, Hoffmann und Campe, Hamburg 1975

Die deutsche bürgerliche „geisteswissenschaftliche Schule" hat sich von dem seit 20 Jahren andauernden heftigen Streit mit angelsächsischen Neopositivisten noch nicht wieder erholt. Bisher führte die deutsche Schule ihren Kampf lediglich im Aufbau von Kontrapositionen zur naturwissenschaftlichen Methodologie, indem sie die Eigenständigkeit des Kunstgriffs „Verstehen" von Individualitäten des „Geistes" gegenüber der der Operation „Erklären" von gesetzmäßigen Zusammenhängen, vorwiegend in den Naturwissenschaften, betonte. Seit Dilthey, Rickert und Max Weber wurde über ein halbes Jahrhundert lang die Argumentation zur Rechtfertigung eines „Autonomieanspruchs" der Geisteswissenschaften gegenüber naturwissenschaftlicher Erkenntnis als allgemein geteilter Konsens tradiert. Dieser Anspruch wurde, je nach philosophischer Richtung, im Sprachspiel unterschiedlicher Nuancen bürgerlicher Ideologie, auch in der Nachkriegszeit, immer wieder neu formuliert, zuletzt noch von Gadamer und Habermas. Stärkstes Aufsehen unter diesen Versuchen hatte einst die Phänomenologie Heideggers erregt mit ihrem Konzept eines „Vernehmens der Offenbarkeit des Seins", d.h. eines Verstehens der von sich aus evidenten sprachlich strukturierten Lebenswelt. Die Verstehbarkeit von geistigen Objekten sollte danach nicht mehr erkenntnistheoretisch reflektiert werden. Zeugnisse (Denkmäler, Dokumente, Artefakte) der historischen Tradition tragen danach ihre Verständlichkeit in sich. Der Erkennende übernimmt jedoch ihre Vorurteilsstruktur und vergleicht diese allenfalls mit eigenen Vorurteilen. Vereinfachend gesagt, tritt ein „Verstehen" nur im Fall der Kongruenz geschichtlich überlieferter Ideologien mit der Vormeinung des Erkennenden ein. Damit einher ging die scharfe Abgrenzung geisteswissenschaftlicher Methoden von denen der naturwissenschaftlichen Erklärung. Diese Grenzziehung wiederholte sich in der Verdammung der Technik in ihrem Herrschaftsanspruch über Menschen, d.h. über sich autonom fühlende, Wissen schaffende Geister (so bei Heidegger).

In diesen Auseinandersetzungen reflektierte sich ein zentrales Problem der Apologetik bürgerlicher Ideologie. Seitdem Marx den hegelschen Anspruch materialistisch eingelöst hatte, Geschichte und Ideologien im Zusammenhang gesellschaftlicher Totalität zu erklären und auf allgemeine Gesetze zu bringen, konnte man in der bürgerlichen Ideologie nur noch schlecht die Erkennbarkeit von allgemeinen Gesetzen des Geschichtsablaufs und der Entwicklung geistiger Formationen behaupten. Über ein Jahrhundert wurde, mit der Ignorierung marxistisch fundierter Erkenntnisse, ein Skeptizismus gegenüber Erklärungsversuchen für historischen Wandel aus den Produktionsweisen kultiviert. Dies geschah unter der Voraussetzung, in den Geisteswissenschaften sei keine „generalisierende", sondern nur eine „individualisierende" Betrachtungsweise zulässig (Rickert), die historischen Wissenschaften operierten nicht „nomothetisch", sondern nur „ideographisch" (Windelband), die Erkenntnisobjekte der Geschichte seien nicht Fakten oder Gegebenheiten, sondern historiographische Konstrukte, sprich „Idealtypen" (M. Weber).

Daß sich solche Grenzbestimmungen gegenüber sämtlichen konkurrierenden, auf Gesetzerkenntnis abzielenden Wissenschaften (also nicht nur gegenüber dem historischen und dialektischen Materialismus) hervorragend zur willkürlichen Rechtfertigung bürgerlicher Ideologie eignet, ist von Nachfahren der geisteswissenschaftlichen Schule selbst bemerkt worden. Die von der bürgerlichen Hermeneutik behauptete These von der notwendigen Zirkelhaftigkeit des Verstehens (Dilthey, Heidegger) ist von Habermas wirksam dem Ideologieverdacht ausgesetzt worden, so daß ihr letzter Vertreter Gadamer sein hermeneutisches Verfahren zuletzt selbst als ein „ideologiekritisches" ausgeben mußte (vgl. Apel u.a.: Hermeneutik und Ideologiekritik, Frankfurt/M. 1971).

Nun zeichnen sich inzwischen Konsenspositionen ab zwischen den Schülern der geisteswissenschaftlichen Hermeneutik (Apel, ebd. 1971, pp. 7 ff., sowie im vorlieg. Band pp. 23 ff.) und der Frankfurter Schule (Habermas, vgl. Apel u.a. ebd. 1971, pp. 57 ff., 120 ff.), zumal beide Richtungen sich noch gemeinsam in Abgrenzungsstrategien versuchen gegenüber naturwissenschaftlicher Erkenntnis, welche sie beide für generell technokratieverdächtig halten.

Der bürgerliche Wissenschaftsbetrieb hält indes eine Dualität von Rechtfertigungsideologien, die für die Gegenstände „Geist" und „Natur" unterschiedlich formuliert werden, nicht auf Dauer aus. So entlarven sich Versuche einer Rettung des Autonomieanspruchs der Geisteswissenschaftler gegenüber Vertretern naturwissenschaftlich-technischer Disziplinen im bürgerlichen Lager selbst als konservativ und „unwissenschaftlich". Seit über 20 Jahren versuchen ohnehin neopositivistische Wissenschaftstheoretiker, die mangelnde Operationalisierbarkeit hermeneutischer Begriffe für die empirische Erkenntnis aufzudecken. Das Verfahren „Verstehen" wird in seiner Eignung zur Formulierung wissenschaftlich überprüfbarer (also zu falsifizierender) Aussagen schlichtweg in Frage gestellt oder auf das neopositivistische Modell der „Erklärung" reduziert (so bei Hempel, Oppenheimer, Abel).

Der vorliegende Band soll diese Diskussion unter der westdeutschen geisteswissenschaftlichen Schule neu beleben, und zwar „mit Hilfe des Instrumentariums moderner Wissenschaftstheorie den Methodenstreit zwischen Natur- und Geisteswissenschaften auszutragen bzw. in konkreten Fällen zu überwinden" versuchen. / Deckblatt /

Die Herausgeber *Simon-Schaefer* und *Zimmerli* denken sich das so:

1. Die bisherige Grenzziehung zwischen Natur- und Geisteswissenschaften von Dilthey bis Habermas wird verworfen. Die „Sprachspiele" beider Richtungen werden als ineinander überführbar behauptet. /Simon-Schaefer pp. 12 ff./
2. Der wissenschaftstheoretische Streit kann nicht mehr ausgetragen werden in der Suche nach den Gegenständen der Erkenntnis (z.B. Gesellschaft, Geschichte, Persönlichkeit, Literatur, Recht), sondern nur noch in der „metawissenschaftlichen Reflexion". / Herausgeber pp. 7 ff., 340 ff. / Eine Konvergenz der Methoden vollzieht sich in der Angleichung der Forschungslogik verschiedener Disziplinen. Als Gegenstand der wissenschaftstheoretischen Forschung bleibt die sprachliche Formulierbarkeit von Aussagen, Hypothesen und Gesetzen über beliebige Gegenstände übrig.

Die Wissenschaftstheorie thematisiert damit nicht mehr Geschichte, sondern nur noch Historiographie / so *Hübner* pp. 111 ff. /, nicht mehr Kunst und Literatur, sondern nur noch die Semantik ihrer Interpretation / *Fiebig* pp. 141 ff., *Weimar* pp. 172 ff. /, nicht mehr Erziehung, sondern nur noch die sprachliche Formulierung pädagogischer Normen / *Grzesik* pp. 184, *Künzli* pp. 195 ff /, nicht mehr das Seelenleben, sondern nur noch die Psychologie psychologischer Erkenntnis / *Guitar-Amsterdamer* pp. 214, *Salber* pp. 258 /, nicht mehr die Gegenstände Staat und internationale Beziehungen, sondern nur noch die entscheidungstheoretischen Modelle, die dem politisch Handelnden von Wissenschaftlern unterstellt oder angeboten werden. / *Bunge* pp. 309 ff., D. *Frei* pp. 324 ff. /

Wie moderne wissenschaftstheoretische Erkenntnisse tatsächlich auf Gegenstände geisteswissenschaftlicher Forschung angewendet werden sollen, bleibt in jedem der Beiträge offen. Forschungsobjekte wie Gesellschaft, Pro-

duktivkräfte, Produktionsverhältnisse, Ideologien, ästhetische Widerspiegelungen bleiben außerhalb der Diskussion, ganz so als ob die Autoren einen Konsens im Totschweigen marxistischer Wissenschaft erzielt hätten. Nicht einmal der gesellschaftliche Bezugsrahmen von Wissenschaft darf beschrieben werden. Wissenschaftstheorie beschränkt sich hier auf die Diskussion der Konvergenz bereits eingeführter wissenschaftlicher Praxen untereinander. Daß Forschergemeinschaften in einem transzendentalen „Kommunikations-Apriori" / *Apel* pp. 23 ff., vgl. auch *Bubner* pp. 56 ff. / selbst aktiv einen Konsens über die Regeln ihrer Forschung herstellen, statt in ihren Forschungsaufgaben objektive Realität selbst widerspiegeln zu lassen, scheint eine Konvention fast aller in diesem Band vertretenen Autoren zu sein. *Zimmerli* stellt daher ein „Theorem verschränkt-wechselseitiger Dienstleistungen" verschiedener Disziplinen auf. / pp. 340 ff. / Für eine noch zu entwickelnde „allgemeine Theorie des Wertungswandels" will er selbst noch eine idealtypisch operierende „Fundamentalästhetik" nachliefern. Man sieht, sobald Geschichte als zentrales Objekt geisteswissenschaftlicher Forschung aufgegeben wird, bleibt nur noch ihre abstrakte Widerspiegelung in der historiographischen Literatur einer wissenschaftstheoretischen Reflexion würdig / so bei *Hübner* pp. 101 ff., *Lübbe* pp. 132 ff. /. Von dieser Kritik läßt sich nur *Haverkate* mit seinem Aufsatz „Jurisprudenz: Wissenschaft als Politik" / pp. 239 ff. / ausnehmen, insofern er historische und politische Bedingungen der gelehrten Rechtsdiskussion in den letzten beiden Jahrhunderten tatsächlich berücksichtigt und den Ideologievorwurf gegen die konservative Fixierung nicht falsifizierbarer Rechtsgeltungen wenigstens im Horizont des „kritischen Rationalismus" ernsthaft diskutiert.

Wer das Buch jedoch als Dokument der internen Auseinandersetzung innerhalb der bürgerlichen Wissenschaften lesen will, kann, sofern ihm die genannten Selbsteinschränkungen in der Diskussion bekannt sind, interessante neue Entwicklungen entdecken, die in Zukunft mit Sicherheit die Rechtfertigungsstrategien bürgerlicher Ideologie beeinflussen werden. Es läßt sich belegen, daß die Betonung der Eigenständigkeit geisteswissenschaftlicher Erkenntnis (wie in diesem Buch nur noch von *Apel* / pp. 23 ff. / und *Gründer* / pp. 86 ff. / vertreten) und damit der Autonomie in der Ideologieproduktion (unabhängig von Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft) selbst in diesem Betrieb antiquiert wirkt. Geisteswissenschaft hört nun mit einemmal auf, nur „individualisierende" Verfahren anzuwenden. Die Geisteswissenschaftstheorie sucht also, erstmalig seit dem Ende des deutschen Idealismus, verstärkt nach allgemeinen Gesetzen und Regeln der Entwicklung von Gesellschaft und Wissenschaft sowie des menschlichen Verhaltens.

Dabei gewinnt die Rezeption der Theorien zweier angelsächsischer Autoren zunehmend an Bedeutung. Es handelt sich einmal um Erklärungsansätze für die Wissenschaftsentwicklung selbst, deren erstes Modell des „Paradigmenwechsels" von Th. Kuhn (vgl. Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen: Frankfurt/M. 1968) für die philosophische Diskussion in der BRD bahnbrechend gewirkt hatte. Wissenschaftlich erklärende Forschungen – auch in den Geisteswissenschaften — hören danach auf, als einmalige oder zeitlose Kreationen tiefgründig verstehender Gelehrter zu gelten. Nur als Theorien mit Allgemeinheitscharakter, damit mit Gültigkeitscharakter für Makrobereiche in Natur und Gesellschaft, für welche Bereiche Gesetzesaussagen formulierbar sind, unterliegen sie einer empirischen Bewährung. Andernfalls treten neue Paradigmata auf und lösen das aus, was Kuhn einst wissenschaftliche Revolutionen nannte. Unverzichtbar sind dabei für die Entstehung und Bewährung dieser Paradigmen auch nichtwissenschaftliche Parameter. Wissenschaft selbst wird

damit endlich auch im bürgerlichen Theoriebetrieb historisch reflektierbar. Damit kommen z.B. auch gesellschaftliche Produktionsverhältnisse als Variablen wissenschaftlicher Entwicklung infrage. *Zimmerli* übergeht die Relevanz des Kuhnschen Ansatzes dadurch, daß er den entsprechenden Parameter von „non-scientific influence" als für die Geisteswissenschaften noch fast gar nicht erforscht behauptet / pp. 350 f. /. Das kann nur behaupten, wer die Existenz marxistisch fundierter Gesellschafts- und Kulturwissenschaften ignoriert.

Eine andere bedeutsam gewordene Forschungstheorie findet sich bei Danto (in: Analytische Philosophie der Geschichte, Frankfurt/M. 1974). Für die Auswertung dieses Ansatzes in der Diskussion um Hermeneutik sind die Aufsätze von Gerhard *Frey* /pp. 71 ff./ und Kurt *Hübner* / pp. 101 ff. / lesenswert. Danto hatte nämlich in seiner Analyse der historiographischen Sprache zeigen können, daß in jeder Erzählung allgemeine Prämissen implizit enthalten sind, die ein einzelnes historisches Ereignis determinieren. *Hübner* diskutiert das einfache Beispiel aus einer ausgedachten Erzählung, in der (a) ein Mensch friert und (b) sich dann seinen Ofen anzündet. Die Beziehung von a und b kann nur als Erklärung unter einer allgemeinen Prämisse hergestellt werden, die nicht ausdrücklich mitformuliert ist: Wenn Menschen frieren, suchen sie sich Wärme zu verschaffen. Das klingt trivial, verweist aber auf den von nun ab auch für die bürgerliche Wissenschaft unumgänglichen Zwang zur deduktiven Erklärung historischer Ereignisse aufgrund allgemeiner Prämissen. Die Theorie des individualisierenden Verstehens selbst im Bereich persönlichkeitsorientierter historischer Detailforschung wird damit obsolet. Natürlich ist damit die von Marxisten geforderte Operation mit allgemeinen und anerkannten Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung in der Historiographie noch nicht garantiert. Aber der konservative Agnostizismus gegenüber generalisierenden Forschungen über gesellschaftliche Entwicklungen hat es nunmehr noch schwerer, sich ideologisch zu behaupten.

Nun gilt es in der wissenschaftstheoretischen Diskussion spätestens seit Popper als ausgemacht, daß allgemeine Prämissen, die für die Erklärung singulärer Ereignisse dienen, theorieabhängig sind. *Hübner* verzichtet daher auf Parteinahme für eine bestimmte Theorie und untersucht nur die formalen Kriterien der geschichtswissenschaftlichen Theoriebildung. Er nennt in diesem Zusammenhang axiomatische, judicale (d.h. Annahme oder Verwerfung begründende) sowie normative Grundsätze. Am Beispiel der römischen Expansion in der Antike diskutiert er ernsthaft die sich einander ausschließenden Annahmen des „macchiavellistischen Prinzips des bloßen Willens zur Macht" und des „Prinzips der immer weiter vordringenden Bestandsicherung" (Mommsen, vgl. *Hübner* p. 112) als Axiome der zugrundeliegenden Geschichtstheorien. Theoretisch notwendige Einwände gegen solche Rückprojektionen imperialistischer Ideologie in die Vergangenheit zählen dabei anscheinend nicht. „Es heißt, daß man mit einer Interpretation ‚durchkommt' oder ‚nicht durchkommt' . . . Und doch läßt sich so niemals eine Theorie auf *eindeutige* und *absolute* Weise empirisch verifizieren oder falsifizieren". / *Hübner* p. 113 /.

Der Methodenpluralismus aufgrund unterschiedlicher Ideologien wird generell hingenommen. Auch wo er am Beispiel des Fehlens einer international verbindlichen Theorie internationaler Beziehungen beklagt wird / vgl. Daniel *Frey*, pp. 324 ff. /, behindert die Respektierung der Grenzen im pluralistischen Meinungsfeld die Entdeckung der Notwendigkeit, die sich widersprechenden Ideologien im Rahmen einer materialistisch vorgehenden Gesellschaftstheorie zu systematisieren. D. *Frey* hofft einfach auf die Konvergenz verschiedener Wissenschaftsansätze in der Politologie unterschiedlicher Weltsysteme.

Außerhalb der Diskussion in diesem Band bleiben solche den „Geisteswissenschaften" zuzuordnenden Disziplinen, die schon immer mit Theorien über die Geltung allgemeiner Gesetzlichkeiten operieren mußten, die Liguistik, Ökonomie und Soziologie. Da aber Geisteswissenschaften nicht nur Überbaudisziplinen sind, wurde die Aufsatzsammlung um den Reprint eines 11 Jahre alten und bereits zweimal veröffentlichten Beitrags von Hans *Albert* über „Markt und Organisation" / pp. 273 ff./ ergänzt. Der Verzicht auf die Diskussion wenigstens einiger Ansätze zur Kritik bürgerlicher Sozialforschung in der BRD (z.B. bei Ritsert, Krysmanski, Neumann) läßt sich nicht damit entschuldigen, diese seien „bereits zum Gegenstand intensiver Diskussionen im wissenschaftstheoretischen Bereich geworden" /Vorwort/, als deren letzter Beitrag immerhin der berühmte „Positivismusstreit in der deutschen Soziologie" /ebd. Anmerkung 5/ zitiert wird!

Stellt sich also die bürgerliche Geisteswissenschaftstheorie als praxisfern und apolitisch dar? Das ist die Regel. Aber die Ausnahme ist erhellend: Mario *Bunge* /pp. 309 ff./ bietet seine Sachkompetenz in Entscheidungslogik den US-Politikern nach Friedensschluß in Vietnam noch nachträglich an. Seine Auflistung in einer Skala von erstrebenswerten Zielen politischen Handelns — an der Spitze antikommunistische und imperialistische Prinzipien — setzt er mit den verschiedenen Variablen der für die US-Spitze unerwünschten Nebenfolgen und der möglichen Mittel arithmetisch in Beziehung. Dabei kommt z.B. heraus, daß im Indochina-Konflikt seit 1954 das Mittel M1 (Neutralität) dem Ziel (goal) G1 (Kontrolle der kommunistischen Expansion) am ehesten gedient hätte, wäre nur ein Mr. *Bunge* von Eisenhower und dessen Nachfolgern rechtzeitig gehört worden. Den Widerspruch zwischen „Kontrolle" durch und „Neutralität" seitens der USA bemerkt *Bunge* nicht. So zieht er das Facit, daß das Scheitern der amerikanischen Vietnampolitik im fehlerhaften oder fehlenden Einsatz entscheidungstheoretischer Modelle zu suchen sei. Wissenschaftstheorie in diesem Sinne bleibt also auch beim imaginären Ausflug in die Schaltstellen imperialistischer Machtausübung nur noch mit sich selbst beschäftigt. Es geht ihr auch da noch um die *Logik* der Entscheidungen mehr als um diese selbst. Um so schlimmer für die Tatsachen!

Arnim Regenbogen

W. Segeth: Elementare Logik, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften Berlin 1972

Segeht bezeichnet seine *Elementare Logik* als „eine Darstellung von Grundbegriffen der formalen Logik vom Standpunkt der dialektisch materialistischen Erkenntnistheorie aus" / S. X/. Es wird als Anliegen des Buches bezeichnet, „der Präzisierung des Denkens und des Sprechens zu dienen" (l.c.). Und wie üblich bei Einführungen in die formale Logik — als solche betrachtet der Autor seine Arbeit — werden beim Leser „keinerlei fachliche Vorkenntnisse" vorausgesetzt. /S. XI/.

Das erste Kapitel „Logik — Denken — Sprache" versucht u.a. eine Einordnung der formalen Logik in das System der Wissenschaften. Ihr Zusammenhang mit der marxistisch-leninistischen Philosophie als der ihr übergeordneten Disziplin ergibt sich aus der Bestimmung von Philosophie als „Theorie der objektiven Dialektik". Als dialektischer Materialismus untersucht sie „die der objektiven und subjektiven Dialektik gemeinsamen Gesetze" / S. 3 /. Aufgabe der Erkenntnistheorie ist die „Widerspiegelung der objektiven Dialektik durch die subjektive Dialektik" (l.c.). Die subjektive Dialektik, „insbesondere die Gesetzmäßigkeiten des Denkens" (l.c.) ist dann Gegenstand der Logik, der dialektischen und der formalen. Damit ist für Segeth „der Zusammenhang zwischen formaler Logik und marxistisch-leninistischer Philosophie kurz skizziert" (l.c.).

Es wird betont, daß die Gesetze der formalen Logik Gültigkeit für jedes menschliche Denken haben und daß dies „Ausdruck ihrer Bedingheit durch die objektive Realität" /4/ sei. Nach H. Wessel (s. seinen Aufsatz „Eine dialogische Begründung logischer Gesetze", in: H.Wessel (Hrsg.): Quantoren, Modalitäten, Paradoxien, Berlin 1972) wird damit eine „ontologische" Logikauffassung vertreten, nach der die logischen Gesetze Gültigkeit haben, „weil die uns umgebende Welt so beschaffen ist", wie sie behaupten. Damit soll nicht gesagt sein, „daß die logischen Gesetze unmittelbare Widerspiegelungen von Gesetzen der objektiven Realität sind" /11/. Er schränkt also ein: „die formale Logik erfaßt nur einen bestimmten Aspekt des Denkens und abstrahiert von anderen, wesentlichen Aspekten" /4/. Diesen Abstraktionsaspekt berücksichtigend wird die formale Logik schließlich als die Wissenschaft „von den allgemeinen Strukturen des richtigen Denkens in seiner sprachlichen Existenzform" /7/, deren Regeln und Gesetze „für jedes menschliche Denken" /4/ Geltung haben sollen, definiert.

Zu fragen ist hier, wieweit diese Definition mit dem Standpunkt der dialektisch materialistischen Erkenntnisauffassung verträglich ist. Was man hier wie überall in dem Buch vermißt, wenn von formaler Logik als Wissenschaft, ihrem Gegenstand, ihrer Bedeutung usw. die Rede ist, ist die historisch materialistische Rekonstruktion dieser Wissenschaft. So entsteht nämlich der Eindruck, als gäbe es formale Logik als identischen zeitlosen Gesetzeskanon richtigen menschlichen Denkens an sich und als spiegelten sich in ihr unverstellt die Gesetze der subjektiven und damit der objektiven Dialektik. Unberücksichtigt erscheint, daß die formale Logik nur als historisches Produkt der Denkleistungen konkreter gesellschaftlicher Subjekte existiert, die sie unter dem Einfluß objektiver historischer Arbeitsbedingungen vollbracht haben und vollbringen. Die Abstraktion von der historisch-materiellen Bedingtheit der formalen Logik als Wissenschaft, aber ebenso ihres Gegenstandes, des „richtigen Denkens" der historischen Subjekte, schafft entsprechende Gefahren der Fehlbestimmung ihrer Einordnung und Gegenstandsbestimmung.

So nimmt einen *Segeths* glattes Bekenntnis zum Extensionalitätscharakter der formalen Logik /8/ etwas wunder, da die inzwischen unübersehbaren Ansätze zur Entwicklung intensionaler Logiken längst auch Theoretiker, die nicht vom Standpunkt dialektisch materialistischer Erkenntnistheorie ausgehen, zu einem Neuüberdenken der Form-Inhaltsproblematik in der Logik veranlaßt hat. Das Gleichsetzen von formaler mit extensionaler und Gegenübersetzen zu dialektischer als intensionaler Logik, deren Unausgearbeitetheit man zugleich beklagt (G. Klaus), demonstriert daher eine gewisse Unsensibilität gegenüber den immanenten Widersprüchen der modernen Entwicklung der formalen Logik, die einen Marxisten gerade interessieren sollten. Sobald man nämlich — wie auch Segeth beansprucht — das Denken in seiner sprachlichen Existenzform als den Gegenstand der Logik konkret zu bestimmen unternimmt, zeigt die Unmöglichkeit von Vollständigkeitsbeweisen für ausdrucksreichere Sprachsysteme, daß die Extensionalitätsauffassung gegenüber dem erwähnten Anspruch zu kurz greift. So drängt sich die Annahme auf, daß kein System logischer Gesetze die wirklichen Bedingungen der Möglichkeit menschlichen Erkennens unter Abstraktion vom Intensionalitätscharakter des Denkens beschreiben kann. Wo es scheint, daß Segeth dies selbst vertritt, indem er die Zuständigkeit der dialektischen Logik für den Intensionalbereich erklärt, tut er das ohne den Ansatz einer Vermittlung von Form- und Inhaltsproblematik. So stehen sich dialektische und formale Logik als scheinbar zwei eigenständige Disziplinen komplementär gegenüber, ohne daß vom Gegenstand her ihre Aufgabenverteilung tatsächlich sinnvoll begründet ist. Dieser Mangel wird mit der Bemerkung entschuldigt, daß „noch keine befriedigende Darstellung der dialektischen Logik existiert und unter den marxistisch-leninistischen Philosophen über den Gegenstand der dialektischen Logik und ihr Verhältnis zu anderen philosophischen Disziplinen noch keine Einigung erzielt ist". /7/ G. Klaus, der in *Moderne Logik* eine ähnliche Auffassung vertritt, versucht wenigstens noch eine Erklärung des Zusammenhangs von formaler und dialektischer Logik durch eine Art Schichtenmodell. „Die Extensionalitätsthese der Logik", sagt er (1966, S. 128) „ist in Wirklichkeit gar keine These, sondern eine Grenzziehung. Das heißt, die Aussagenverbindungen sind nicht reduzierbar auf extensionale, also solche, deren Wahrheitswerte nur von den Wahrheitswerten der Einzelaussagen abhängt. Allerdings hat jede Aussagenverbindung einen extensionalen Aspekt, und dieser gehört zum Gegenstandsbereich der formalen Logik. Was sich nicht extensional erfassen läßt, der intensionale Aspekt also, ist Gegenstand der dialektischen Logik." Damit ist für ihn die formale Logik eine „notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung der dialektischen Logik" (l.c.). Das heißt aber wieder nichts anderes, als daß man formale Logik als eine Art Basislogik ohne Rückgriff auf intensionale Denkbestimmungen konsistent betreiben kann; daß Bereiche vorausgesetzt werden dürfen, in denen nicht dialektisch gedacht werden muß oder sogar kann.

Die undialektische Vorgehensweise beim Versuch der Einordnung der formalen Logik in das System der marxistisch-leninistischen Philosophie zeigt ihre Konsequenzen in der Frage der Gegenstandsbestimmung der Logik. Die Logik als Wissenschaft von den Denkgesetzen sei natürlich nicht mit der Psychologie als Wissenschaft vom Denken „in seiner konkreten Wechselbeziehung mit den anderen Seiten des menschlichen Bewußtseins", „vom Einfluß des Denkens auf das Gefühl und umgekehrt", vom Denken als „Willensakt" usw. /5/ zu verwechseln, wird gesagt. Der nicht-empirische Charakter logischer Gesetze wird betont. Diese Abgrenzungen sind Standards der bürgerlichen Logikauffassung seit Freges und Husserls Psychologismuskritik. Sie hatten hier ihre historische Berechtigung und Notwendigkeit gegenüber empiristischen Konzeptionen von Erfahrungserkenntnis. Vom Standpunkt der dialektisch materialistischen Erkenntnisauffassung, die mit einem gänzlich anderen Erfahrungsbegriff operiert, müssen sie fragwürdig werden. Mit der Herauslösung des Denkens aus seinem konkreten Erscheinungszusammenhang, mit der undialektischen Trennung von Denken und Erfahrung läuft die Gegenstandsbestimmung der Logik nämlich Gefahr, zirkulär zu werden. Dann wird die Logik zur Wissenschaft von der „logischen Widerspruchsfreiheit und Folgerichtigkeit" /5/. Was mit „logisch" gemeint ist, ist damit nicht erklärt. Auch nicht dann, wenn man die Logik als die Wissenschaft vom „richtigen " Denken bestimmt. Denn wenn es danach die Aufgabe der Logik ist, richtiges Denken von unrichtigem abzugrenzen, dann kann sie das nach Segeth nur unter der Hypothese der Strukturidentität von Denken und Sein, der Behauptung, daß „der Mensch doch schon sozusagen von Natur aus logisch denkt" /12/. Das große Problem ist hier, wie wir diese Hypothese — die ontologische Begründung der Logik (s.o.) — überprüfen. Die formale Logik — wie Segeth selbst zugesteht — erweist sich dafür jedenfalls als unbrauchbar: „Die formale Logik hat zwar mit dem richtigen Denken zu tun, aber grundsätzlich wird die Frage, wann das Denken richtig ist, von der marxistischen Erkenntnistheorie beantwortet" /6/.

Die Frage dabei ist nur, ob die marxistische Erkenntnistheorie in ihrer Antwort mit Segeths Auffassung kompatibel ist, die formale Logik sei als Wissenschaft von den *allgemeinen* Strukturen des richtigen Denkens über Geschichts- und Gesellschaftsschranken hinweg realisiert oder realisierbar. Eine Wissenschaft mit solchem Anspruch verfällt nach der dialektisch materialistischen Erkenntnisauffassung notwendig der Idealismusgefahr, da für den Nachweis ihrer Behauptungen ein konkreter Bestätigungsbereich nicht definierbar ist. Über die Stellung abstrakt allgemeiner Begriffe im Erkenntnisprozeß lese man bei Marx z.B. in der „Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie" nach. Was hier von der Produktion gesagt wird — „Wenn es keine Produktion im Allgemeinen gibt, so gibt es auch keine allgemeine Produktion" — muß ebenso für das logische Denken gelten. Sonst sind von einer Wissenschaft des logischen Denkens, die von seinen besonderen gesellschaftsformenden Bedingungen, unter denen wirkliche Menschen denken, abstrahiert, nur flache Tautologien als ihre Gesetze zu erwarten. Hier kommt aber jede formale Logik, die ernsthaft vom Standpunkt des dialektischen Materialismus aus betrieben werden soll, mit dem Zugeständnis einiger bürgerlicher Logiker in Konflikt, rein extensional aufgebaute Logiksysteme enthielten nur Tautologien. M.a.W. sie formulierten keine Wahrheitsbedingungen, sondern sinnlose Formstrukturen, die angeblich — denn dafür gibt es keine Überprüfungsmöglichkeit — die Formstrukturen der objektiven Realität abbildeten.

In ähnlichen Schwierigkeiten gerät auch Segeth mit seiner ontologischen Logikfundierung, auch wenn er sie materialistisch gedeutet wissen will. Seine Auffassung der Beziehung von Denken und Sein ist dabei so unverbindlich, daß man über weite Strecken den Eindruck gewinnen muß, daß bei seinem Materialismus die Dialektik vergessen worden ist. Denn zwar soll „das logische Denken nicht von der Materie unabhängig" sein /11/, andererseits soll die Abstraktheit logischer Gesetze bedingen, daß sie nicht „unmittelbare Widerspiegelungen von Gesetzen der objektiven Realität sind" (l.c.). Diese Nichtunmittelbarkeit gibt Spielraum dafür, „daß das logische Denken in seiner Gesetzmäßigkeit nicht an Gesellschaftsordnungen oder einzelne Klassen gebunden ist"

(l.c.) — also für die Irrelevanz des historischen Materialismus für den Gegenstand der Logik.

Was an dem zitierten Satz auffällt, ist die logische Verselbständigung des Begriffs ‚logisches Denken'. Das logische Denken tritt als Subjekt auf, Gesellschaftsordnungen und -klassen im Prädikat. Damit wird das wirkliche Verhältnis von Subjekt und Prädikat auf den Kopf gestellt. Die wirklichen Subjekte — die realen Träger logischen Denkens, die konkreten geschichtlichen Menschen — verflüchtigen sich zu einem Prädikat, zu einer Eigenschaft des logischen Denkens.

Nun gesteht zwar Segeth für die *Wissenschaft* der Logik — also die historischen Bemühungen, die Gesetzmäßigkeiten des logischen Denkens wissenschaftlich zu erfassen — „seit ihrem Entstehen" das Stattfinden „ein(es) ständige(n) Kampf(es) zwischen Materialismus und Idealismus" zu, aber das tatsächliche logische Denken der Menschen, als eines dessen Ergebnisse die Wissenschaft der Logik entstanden ist, taucht auch weiterhin nur als abstraktes Unding in der *Elementaren Logik* auf. Das zeigt sich vor allem dort, wo die Konkretisierung des Gegenstandes der Logik als Sprache zur Diskussion kommt. Hier liegt auf der einen Seite das Hauptverdienst der modernen Logik überhaupt — daß sie, als Sprache gefaßt hat; andererseits wieder nicht konkret genug, um sich auf die Untersuchung der logischen Eigenschaften der wirklichen Gesellschaftssprachen einzulassen. Das Problem ist hier allerdings ein grundlegendes, ideologisches, denn selbst Ansätze zu solchen Untersuchungen lassen erkennen, daß in ihnen das Grundgeheimnis der bürgerlichen Ideologie, die Verschleierung des Zusammenhangs wissenschaftlicher Theorien und gesellschaftlicher Praxis, von Erkennen und Handeln, nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Die Standardsysteme der formalen Logik wurden daher an den Eigenschaften im voraus so definierter Konstruktsprachen entwickelt, wie sie den Anforderungen, die die bürgerliche Wissenschaftsauffassung an die gesellschaftliche Funktion wissenschaftlicher Theorien stellt, entsprechen.

Es ist daher nicht unbedenklich, G. Klaus' Meinung zu übernehmen, daß der Gegenstand der Logik nicht in den natürlichsten Sprachen zu suchen sei, jedoch die formale Logik als „eine Art Sprachwissenschaft, und zwar die Wissenschaft von der Sprache der Logik" (moderne Logik, a.a.O., S. 5) zu definieren. Gesteht man wissenschaftlichem Erkennen und damit den Wissenschaftssprachen eine ideologische Funktion zu, so werden auch „an eine Wissenschaftssprache gestellte Forderungen . . ., das spontane, unkontrollierte Element in den natürlichen Sprachen bei ihrem Gebrauch in den Wissenschaften auszumerzen" /20/ an den Ergebnissen einer historisch materialistischen Sprachtheorie zu überprüfen sein. Lassen es die diskutierten Auffassungen der ontologischen Logikfundierung fragwürdig erscheinen, ob die „Elementare Logik" dem Anspruch genügt, „eine Darstellung von Grundbegriffen der formalen Logik vom Standpunkt der dialektisch materialistischen Erkenntnistheorie aus" zu sein, so würde ich den pädagogischen Anspruch, eine Darstellung der formalen Logik ohne „fachliche Vorkenntnisse" zu geben, weitgehend als erfüllt bezeichnen. Die Darstellungweise wählt einen geglückten Mittelweg zwischen systematischem und pädagogischem Aufbau, der einen guten allgemeinen Überblick über die Grundbegriffe, Entscheidungsverfahren und Anwendungsmöglichkeiten der Aussagenlogik gibt. Ähnlich wird im Kapitel über die Prädikatenlogik verfahren. Das dritte Unterkapitel gibt hier überdies einen Ausblick auf nichtelementare Erweiterungen, die Logik des Identitätsbegriffes, der Kennzeichnungen und höherstufige Prädikatensysteme. Das letzte Kapitel behandelt über den Rahmen der engeren Logik hinaus Probleme der

allgemeinen Methodologie der Wissenschaften — Definitionstheorie und die Theorie des reduktiven Schließens (induktive Logik).

Jörg Zeller

Karin Hausen/Reinhard Rürup (Hrsg.): Moderne Technikgeschichte, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1975.
Wolfgang Jonas (Hrsg.)/Valentine Linsbauer/Helga Marx: Die Produktivkräfte in der Geschichte Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1969.
E.J. Dijksterhuis: Die Mechanisierung des Weltbildes, Springer Verlag, Berlin, Göttingen, Heidelberg 1956

Die Geschichte der Technik ist zugleich über weite Strecken die Geschichte des Verhältnisses von Wissenschaft und Produktion. Inwieweit technikhistorische Forschung zu dessen Verständnis beitragen kann, hängt von den theoretischen Prämissen ab, unter denen sie betrieben wird. Unter diesem Aspekt werden die ersten zwei Publikationen rezensiert, die jeweils den gegenwärtigen Stand technikhistorischer Forschung und die unterschiedlichen Ansätze in kapitalistischen und sozialistischen Ländern repräsentieren. Die dritte Publikation ist eine ältere, zu Unrecht wenig bekannte Arbeit zur Entwicklung der klassischen Mechanik.

Hinter dem Titel *Moderne Technikgeschichte* verbirgt sich eine Sammlung von sechzehn Aufsätzen und Fallstudien, herausgegeben von *Karin Hausen* und *Reinhard Rürup*, die „im wesentlichen die moderne Technik seit Beginn der industriellen Revolution"/7/ behandeln. Die Sammlung wendet sich an Historiker und Sozialwissenschaftler, mit ihr versuchen die Herausgeber eine Zwischenbilanz der bisherigen technikgeschichtlichen Forschung zu ziehen und in Forschungszusammenhänge und thematische Schwerpunkte einzuführen. Die einzelnen Beiträge sind in sechs, mit Vorbemerkungen der Herausgeber versehene Themenbereiche gegliedert. Der Anhang umfaßt neben einem Personenregister eine rund 900 Titel aufführende Bibliographie, die im Frühjahr 1974 abgeschlossen wurde. Als Arbeiten aus den sozialistischen Ländern sind in der Bibliographie Publikationen aus der DDR sowie englische und französische Übersetzungen polnischer und sowjetischer Autoren vertreten.

Im ersten Teil „Gegenstand und Methode der Technikgeschichte" werden zwei Aufsätze *(Maurice Dumas:* „Technikgeschichte: ihr Gegenstand, ihre Grenzen, ihre Methoden"; *George Daniels:* „Hauptfragen der amerikanischen Technikgeschichte") vorgestellt, die der von der Herausgebern in ihrer Vorbemerkung konstatierten Dominanz und Spezifik der angelsächsischen und französischen Forschung Rechnung tragen sollen, aber nur verschiedene Ansätze in oberflächlicher Weise Revue passieren lassen und eine bunte Mischung von Fragen aufwerfen, ohne einen Weg zu möglichen Antworten zu weisen. Ein weiterer, „als Denkmodell äußerst fruchtbarer, weil für wichtige Interdependenzen offener Forschungsansatz"/28/, wie er etwa in der DDR vom Arbeitskreis „Geschichte der Produktivkräfte" verfolgt wird, konnte, wie die Herausgeber mit großem Bedauern in einer Anmerkung erklären, nicht dokumentiert werden, da für den vorgesehenen Artikel keine Abdruckgenehmigung zu erhalten war. In Anbetracht der Ansprüche, die die Herausgeber mit dieser Aufsatzsammlung verbinden, ist die inhaltliche Ausklammerung dieses Forschungsansatzes unendschuldbar. Auch wenn es für die Herausgeber unmöglich gewesen ist, den vorgesehenen Artikel durch einen eigens für diesen Band geschriebenen zu ersetzen, so hätten sie doch in ihrer Vorbemerkung näher auf den marxistischen Ansatz eingehen müssen.

Im zweiten Teil „Naturwissenschaft und Technik" sind zwei Diskussionsbeiträge zur Kontroverse über das Verhältnis von naturwissenschaftlicher und

technischer Entwicklung in den Anfängen der industriellen Revolution abgedruckt *(Peter Mathias:* „Naturwissenschaft und technischer Wandel von 1600 bis 1800; *Milton Kerker:* „Die Naturwissenschaft und die Dampfmaschine"). Peter Mathias weist in seiner viel Quellenmaterial auswertenden Arbeit nach, daß die technische Entwicklung zu dieser Zeit noch weitgehend unabhängig vom Stand der naturwissenschaftlichen Forschung war. Milton Kerker versucht in seiner Fallstudie zur Entwicklung der Dampfmaschine die entgegengesetzte These herauszuarbeiten, gibt aber letztlich nur ein Beispiel dafür, wie man mit der isolierenden Untersuchung von einzelnen Produktionsmitteln sich den Zugang zu allgemeineren Beziehungen versperren kann. Eine dritte Arbeit *(John J. Beer:* „Die Teerfarbenindustrie und die Anfänge des industriellen Forschungslaboratoriums") untersucht anhand der Vorläufer des Chemie-Monopolkonzerns Bayer die ökonomischen Bedingungen, die zur Herausbildung der Industrieforschung geführt haben.

Thematischer Schwerpunkt der Beiträge in Teil drei und vier ist die Beziehung von Technik und Wirtschaft. In Teil drei sind unter dem Stichwort Theoretische Probleme zwei Arbeiten abgedruckt *(R.M. Hartwell:* „Technik und industrielle Revolution"; *Jakob Schmookler:* „Ökonomische Ursachen der Erfindungstätigkeit"), welche die vor allem in den USA verbreitete Vorgehensweise technikhistorische Forschung mit Hilfe des statistischen Instrumentariums wirtschaftswissenschaftlicher Theorien zu betreiben und technische Entwicklung in isolierte Faktoren zerlegt auf quantitative Beziehungen zu reduzieren, in seiner Problematik deutlich werden zu lassen.

Klarer wird das Verhältnis von Technik und Wirtschaft in den drei Arbeiten des Teils vier „Innovationsprozesse" *(Duncan Bythell:* „Die Anfänge des mechanischen Webstuhls"; *Bertrand Gille:* „Technische Probleme der französischen Eisen- und Stahlindustrie im 19. Jahrhundert"; *Nathan Rosenberg:* „Technischer Fortschritt in der Werkzeugmaschinenindustrie 1840—1910"). Alle drei Beiträge sind quellenreiche Fallstudien, die die Komplexität der Durchsetzungsbedingungen neuer technischer Verfahren analysieren und durch die Vielfalt der untersuchten Beziehungen zwischen technischer Entwicklung und Faktoren wie Transportkapazitäten , Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte etc. Anregungen für ähnliche Studien bieten.

Der konkrete Zusammenhang von technischer, sozialer und ökonomischer Umwälzung wird in den ersten zwei Arbeiten des Teils fünf „Technik und Industriearbeit" *(Gerd Hardach:* „Technik und Industriearbeit. Zur Sozialgeschichte der französischen Hüttenarbeiter in der industriellen Revolution"; *Jürgen Kocka:* „Von der Manufaktur zur Fabrik. Technik und Werkstattverhältnisse bei Siemens 1847—1873") untersucht. Der dritte Beitrag *(Alain Tourraine:* „Industriearbeit und Industrieunternehmen. Vom beruflichen zum technischen System der Arbeit") reflektiert diesen Zusammenhang in Bezug auf die zunehmende Automatisierung des industriellen Produktionsprozesses und deren Auswirkung auf die Qualifikationsstruktur der Industriearbeiter.

Im letzten Teil „Technik, Staat und Politik" werden drei Fallstudien vorgestellt *(John G. Burke:* „Kesselexplosionen und bundesstaatliche Gewalt in den USA"; *Clive Trebilcock:* „Rüstung und Industrie. Zum ‚spin-off'-Probelm in der britischen Wirtschaftsgeschichte 1760—1914"; *Thomas P. Hughes:* „Das ‚technologische Momentum' in der Geschichte. Zur Entwicklung des Hydrierverfahrens in Deutschland 1898—1933"), von denen nur die Arbeit von Trebilcock, in der er die Bedeutung der Rüstungsindustrie als Schrittmacher für die allgemeine technische Entwicklung zu bestimmen

versucht, verallgemeinerbare Ergebnisse enthält und daher von größerem Interesse sein dürfte.

Die einzelnen, qualitativ recht unterschiedlichen Arbeiten sind mehr oder minder willkürlich den Themenbereichen zugeordnet, die von den Herausgebern in keiner Weise als sinnvolle, sachlich begründete ausgewiesen werden. Der unter dem Stichwort „Technik, Staat und Politik" eingereihte Beitrag von Trebilcock hätte ebensogut in Teil IV „Innovationsprozesse" erscheinen können. Eine Systematik, die sich orientiert an der Entwicklung der Technik, wie sie in ihren Beziehungen zu anderen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bestimmt wird und bestimmend wirkt, fehlt. Die verschiedenen Themenbereiche erscheinen als voneinander getrennte Forschungsschwerpunkte; was Technik, Wissenschaft, Staat und Wirtschaft verbindet, bleibt unerklärt. So finden sich zum Verhältnis von Wissenschaft und Produktion in diesem Band auch nur verstreute Informationen, lediglich in der Arbeit von P. Mathias „Naturwissenschaft und technischer Wandel von 1600 bis 1800" wird dies Verhältnis explizit thematisiert. Im Rahmen der abgedruckten Fallstudien werden zwar Beziehungen von technischer, wissenschaftlicher und sozio-ökonomischer Entwicklung herausgearbeitet, die wenigen allgemeinere Probleme behandelnden Beiträge lassen aber keine Ansätze zur Verallgemeinerung der aus sorgfältigen Detailstudien gewonnenen Ergebnisse erkennen. Entsprechend ernüchternd fällt das Fazit der Herausgeber aus: „Derzeit steht keine umfassende Theorie zur Verfügung, die imstande wäre, Ursachen, Formen, Wirkungen und Richtung des technischen Fortschritts zu verorten"/121/. Die Herausgeber sind sich dieses theoretischen Defizits durchaus bewußt. „Historikern und Sozialwissenschaftlern in der Bundesrepublik ist es kaum zu verdenken, wenn sie angesichts dieses Diskussions- und Entwicklungsstandes gegenüber der Technikgeschichte in kritischer Distanz verharren. Es wäre aber an der Zeit, in kritischer Aufarbeitung der internationalen Diskussion auch in Deutschland in gemeinsamem Bemühen von Historikern und Sozialwissenschaftlern Gegenstand und Methoden technikgeschichtlicher Arbeit neu abzustecken. Dazu könnte nicht zuletzt der Versuch beitragen, die derzeit aktuellen, aber relativ isoliert voneinander entwickelten methodischen Ansätze der internationalen Forschung auf Kongruenz und Divergenz hin abzuklopfen und auf ihre systematische und forschungspraktische Aussagekraft hin vergleichend zu überprüfen."/29/ Es bleibt festzuhalten, daß die Herausgeber, offenbar ihrem eigenen Programm untreu geworden, die Darstellung eines methodischen Ansatzes der internationalen Forschung unterlassen haben. Im Sinne des zitierten Programms erlaubt sich daher der Rezensent auf ein Buch aufmerksam zu machen, das vorzüglich geeignet ist, jenes theoretische Defizit auszugleichen und die Darstellung des marxistischen Forschungsansatzes nachzuholen.

Der von *Wolfgang Jonas* herausgegebene Band *Die Produktivkräfte in der Geschichte 1* ist als Einführung in den marxistischen Ansatz konzipiert. Der Band ist in drei Teile gegliedert. In ihm wird versucht, die Entwicklung der Produktivkräfte in ihren Wechselbeziehungen zu anderen Sphären der Gesellschaft „von den Anfängen der Urgemeinschaft bis zum Beginn der industriellen Revolution" nachzuvollziehen, den zugrunde liegenden theoretischen Ansatz transparent zu machen und die Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Geschichte der Produktivkräfte in ihrer Relevanz für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft aufzuzeigen.

Der erste Teil „Vom Werden und Wirken der gesellschaftlichen Produktivkräfte", verfaßt von Wolfgang Jonas, führt unter dem Aspekt der Struktur

des Gesamtsystems der Produktivkräfte in theoretische und historische Grundfragen ihrer Entwicklung anhand der Darstellung der wesentlichen Charakteristika ihrer Entwicklungs*epochen* ein. Im ersten Abschnitt werden die Stufen der Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur von der künstlichen Erzeugung des Feuers, der Überschreitung der Grenze der physischen Kraft des Menschen durch die Übergabe der manuellen Bearbeitung eines Werkstücks an einem Mechanismus bis hin zur wissenschaftlich-technischen Revolution im Überblick nachgezeichnet und die entscheidenden Fortschritte in der Entwicklung der Produktivkräfte in ihrer Bedeutung für die Abfolge der Gesellschaftsformationen und der Umwälzung ihrer spezifischen Produktionsverhältnisse markiert.

Im zweiten Abschnitt wird systematisch der von den Autoren verfolgte Ansatz aus den Arbeiten von Marx und Engels abgeleitet und von den Ansätzen bürgerlicher Wissenschaftler abgegrenzt. Der dritte Abschnitt macht am Beispiel der Periodisierung grundsätzliche Probleme in Bezug auf die gesellschaftlichen Kräfte der Arbeit und ihrer Naturbedingungen deutlich und zeigt, daß diese nur auf der Grundlage einer breiten Analyse der jeweiligen Gesamtstruktur der Produktivkräfte zu lösen sind.

Der zweite Teil „Probleme und Bilder aus der Geschichte der Produktivkräfte" stellt die Entwicklung der Produktivkräfte exemplarisch in Abbildungen, ausgewählt von *Valentine Linsbauer*, dar, die jeweils durch korrespondierende Quellentexte und Erläuterungen kommentiert werden. So findet sich neben einem Bild aus dem Jahre 1586, das die Aufstellung des 327t schweren Vatikanischen Obelisken auf der Piazza San Pietro in Rom zeigt, der Bericht des mit dieser Arbeit beauftragten Ingenieurs. An anderer Stelle wird am Beispiel der Drehbank der qualitative Sprung zur Maschine, „die Tatsache, daß das bearbeitende Werkzeug von einem Mechanismus des Geräts gehalten und geführt wird",/126/ erklärt. Die Abbildungen sind chronologisch geordnet, zur Verdeutlichung der Entwicklung eines Teilsystems der Produktivkräfte werden aber auch Bilder verschiedener Entwicklungsstufen, wie etwa Handwerk und Manufaktur, unmittelbar gegenübergestellt.

Der dritte Teil „Zur methodischen Arbeit mit Stoffen aus der Geschichte der Produktivkräfte im Geschichtsunterricht", aus der Dissertationsarbeit von *Helga Marx* hervorgegangen, verfolgt einerseits das Ziel, den methodischen Aufbau des Buches vom Inhalt her zu begründen und damit das Verständnis der anderen Teile zu vertiefen, andererseits ein dem Stoffgebiet entsprechendes didaktisches Unterrichtskonzept zu entwickeln. Die Autorin beschränkt sich darauf, von der Analyse des Stoffgebiets ausgehend dessen didaktischen Implikationen ohne Rücksicht auf die variierenden Unterrichtsbedingungen herauszuarbeiten. Das Konzept ist also nicht speziell auf den Unterricht an den Schulen in der DDR zugeschnitten, sondern könnte auch Lehrern in der BRD und Westberlin als Unterrichtsgrundlage dienen. Die Lernschritte sind entsprechend der marxistischen Methode des „Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten" angelegt, auf mögliche Schwierigkeiten, wie sie sich z.B. aus der Verwendung von Schemata ergeben können, wird nachdrücklich anhand der die Konzeption konkretisierenden Behandlung der „Spinning Jenny" eingegangen.

Die drei Hauptteile werden durch vier Karten, ausführliche Register und eine auf den Abbildungsteil verweisende, historische und strukturelle Zusammenhänge wichtiger Teilsysteme der Produktivkräfte darstellende Übersichtstafel ergänzt.

Der Band *Die Produktivkräfte in der Geschichte 1* ist eine leicht verständ-

liche Einführung in den in sozialistischen Ländern verfolgten Forschungsansatz, auf der Grundlage des Historischen Materialismus einzelne Aspekte historischer Forschung, wie Technikgeschichte, Wirtschaftsgeschichte, Wissenschaftsgeschichte etc., in ihren strukturellen Wechselbeziehungen als Geschichte der Produktivkräfte zu erfassen und damit das Verhältnis von Wissenschaft und Produktion in seiner Bedeutung für den jeweiligen Entwicklungsstand der Produktivkräfte zu bestimmen. Zugleich bietet er den schon mit der Materie vertrauten Lesern dank des Abbildungsteils eine Fülle von Quellenmaterial und macht in den Textteilen auf viele, bisher noch nicht systematisch herausgearbeitete Zusammenhänge aufmerksam und damit neue Forschungsperspektiven deutlich.

Eine Untersuchung derart komplexer Beziehungen, wie sie die Entwicklung der Produktivkräfte bestimmen, erfordert ohne Zweifel die Arbeit mit verläßlichen Gesamtdarstellungen der Geschichte einzelner Teilbereiche. Darstellungen zur Geschichte der Naturwissenschaften, die diese nicht mehr oder minder losgelöst von ihrem weltanschaulichen Hintergrund beschreiben, sondern deren Entwicklung in ihren Bezug auf diesen Hintergrund analysieren, sind immer noch rar. Unter dem Titel *Die Mechanisierung des Weltbildes* hat der niederländischen Wissenschaftshistoriker *E.J. Dijksterhuis* eine ausgezeichnete Arbeit zur Entstehung der modernen Naturwissenschaften veröffentlicht. Der Autor versucht, ohne daß auf Seiten des Lesers besondere mathematische oder physikalische Kenntnisse vorausgesetzt werden, zu erklären, wie die mechanistische Naurwissenschaft zustande gekommen ist. Die Darstellung ist methodisch und begrifflich auf *Newtons* Arbeiten, in denen der Autor den Abschluß des Entwicklungsprozesses der klassischen Mechanik sieht, hin strukturiert.

Der Anfang dieses Prozesses wird nicht willkürlich bei *Leonardo da Vinci* oder *Galilei* angesetzt, sondern aus der antiken Physik und Naturphilosophie abgeleitet. Im ersten Teil werden unter dem Stichwort „Erbgut des Altertums" die „Hauptströmungen des griechischen philosophischen Denkens über die Natur", vom Pythagoreismus bis zum Neoplatonismus, und das „fachwissenschaftliche Erbgut", Mathematik, Astronomie, Physik, Technik etc., referiert sowie der Zusammenhang von antiker Naturphilosophie und den konkreten Vorstellungen über Naturvorgänge herausgearbeitet.

Der zweite Teil „Die Naturwissenschaft im Mittelalter" geht ausführlich auf die philosophisch-theologischen Auseinandersetzungen um die Rezeption der aristotelischen Physik und deren Auswirkungen auf die physikalische Theoriebildung ein. Im Mittelpunkt der Ausführungen stehen die Vorstellungen über die Struktur der Materie und die Theorien über Fall und Wurf. Ein Beispiel für die sorgfältige Arbeit des Autors liefern seine Ausführungen zu den verschiedenen Hypothesen über die Erdbewegung, in denen er nachweist, daß schon 200 Jahre vor Kopernikus „Oresme die Theorie der Achsendrehung auf eine Art behandelt hat, die Kopernikus nicht mehr zu verbessern brauchte"./322/ Es ist ein hochzuschätzendes Verdienst des Autors, daß er anhand solcher Detailuntersuchungen die Entwicklung naturwissenschaftlicher Theorien von ihren Ausgangspunkten bis zu den einzelnen, die Fundamente der klassischen Mechanik legenden Einsichten aufzeigt.

Unter der Überschrift „Die Vorbereitung und das Entstehen der klassischen Naturwissenschaft" werden im dritten Teil die Anfänge neuer, auf Gedankenexperimente und mathematische Überlegungen zurückgreifende Lösungsversuche für die Probleme aus Mechanik und Astronomie aufgedeckt. Neben allgemeineren Betrachtungen über den Einfluß der Philosophie der Renaissance

auf den Herausbildungsprozeß der klassischen Naturwissenschaft bestimmt der Autor die aus der Entwicklung der Technik kommenden Impulse als empirische Grundlage, ohne die weitere Fortschritte in der naturwissenschaftlichen Theoriebildung unmöglich gewesen wären. „So führten der Gebrauch von Feuerwaffen und die Beobachtung der damit zu erzielenden Effekte dazu, daß die Bewegungserscheinungen in den Mittelpunkt des Interesses gerückt wurden und daß also das im Altertum noch kaum betretene Gebiet der Dynamik erschlossen wurde. Die Gestalt der Geschoßbahn und der augenscheinliche Zusammenhang zwischen der Größe der explodierenden Ladung, der Elevation des Geschützes, dem Gewicht des Projektils und der Schußweite gaben Anlaß zu Untersuchungen, die von größter Wichtigkeit für die Entwicklung der Physik gewesen sind."/280/

Der vierte, bei weitem ausführlichste Teil „Die Geburt der klassischen Naturwissenschaft" beginnt mit einer Darstellung der Entwicklung der Astronomie von *Kopernikus* bis *Kepler*, in der sehr genau die Verknüpfung von physikalischer Theoriebildung und weltanschaulicher Auseinandersetzung herausgearbeitet wird. Das zweite Kapitel „Die Mechanik von Stevin bis Huygens" behandelt die langsame Herausbildung der dynamischen, d.h. die Ursachen von Bewegungerscheinungen erforschende Betrachtungsweise und macht am Beispiel der Untersuchung der Fallgesetze die für den heutigen Leser nur schwer zu rekonstruierenden Schwierigkeiten in der Bildung physikalischer Begriffe anschaulich. So schien die Ansicht, daß die konstante Einwirkung einer Kraft auf einen Körper eine beschleunigte Bewegung hervorrufe paradox. Selbst Galilei ging noch davon aus, „daß eine konstante Bewegungsursache eine gleichförmige Bewegung hervorruft und daß die Geschwindigkeit dieser Bewegung ein Maß für ihre Stärke ist"./407/ Im dritten Kapitel „Physik, Chemie und Naturphilosophie im 17. Jahrhundert" werden hauptsächlich die Entwicklung von Hydrostatik und Pneumatik und die Verarbeitung der naturwissenschaftlichen Erkenntnisse zu allgemeinen Theorien über den Aufbau der Materie beschrieben. Den Abschluß dieses Kapitels bildet eine längere Untersuchung zur Axiomatisierung der Mechanik in Newtons „Principia" und dessen naturphilosophische Ansichten.

Der Umfang des Buches (594 S.) läßt ahnen, mit welcher Genauigkeit die Entwicklung der klassischen Mechanik dargestellt wird. Der Leser wird nicht mit einer chronologischen Auflistung der Resultate naturwissenschaftlicher Forschung und dem klugen Kommentar eines Wissenschaftshistorikers konfrontiert, sondern in den Stand gesetzt, die Entwicklung der klassischen Mechanik in ihren Irrwegen zu verfolgen und die Aufdeckung physikalischer Zusammenhänge sowie die mühsame Herausbildung zentraler Begriffe, wie etwa Kraft, Trägheit etc., nachzuvollziehen. Der Leser dieser ausgezeichneten Arbeit sollte sich aber immer darüber im klaren sein, daß das Kriterium für die Stoffauswahl, der vom Autor fixierte Abschluß des Entwicklungsprozesses der klassischen Mechanik — die Werke Newtons —, eine Einseitigkeit mit sich bringt, die leicht zu einem falschen Verständnis dieses Prozesses führen kann.

Andreas Mehlitz

AUTORENVERZEICHNIS

Hans-Werner Franz
Jahrg. '47, Diplom-Übersetzer und Doktorand der Soziologie an der FU Berlin (West)

Andreas Mehlitz,
Jahrg. '52, Studium der Philosophie an der FU Berlin (West)

Arnim Regenbogen
Jahrg. '39, Dr. phil., Wiss. Oberrat für Philosophie an der Universität Osnabrück

Peter Ruben
Jahrg. '33, Dr. phil sc. Tätigkeit im Bereich ‚Dialktischer Materialismus' am Zentralinstitut f. Philosophie, Akademie der Wissenschaften der DDR.

Thomas Waldhubel
Jahrg. '50, Studium der Psychologie am Fachbereich 11 der FU Berlin (West)

Silke Wenk
Jahrg. '49, Studium der Kunstwissenschaften und Soziologie an der FU Berlin (West)

Michael Wolff
Jahrg. '42, Dr. phil, Lehrtätigkeit in der Abteilung Philosophie der Universität Bielefeld

Jörg Zeller
Jahrg. '44, Doktorand der Philosophie an der FU Berlin (West)

VERLAG & VERTRIEB SOZIALISTISCHE POLITIK

Anschrift: 1 Berlin 41, Postfach 410 269, Telefon (030) 851 11 13 (ISSN 00005–9374)

Herausgeber: Redaktion SOPO. Presserechtlich verantwortlich (auch für Anzeigen): Hella Stern

Redaktion und Werbung unter der angegebenen Anschrift.

Postscheckkonto: Bln/W. 620 10–107

Grafische Gestaltung und Layout: Joachim Mücke
Satz & Druck: Verlag und Druck Informdienst GmbH Westberlin.

Copyright: Verlag und Vertrieb SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH – Nachdruck und Übersetzung ist nach Rücksprache mit der Redaktion möglich.

Jährlich erscheinen insgesamt 4 Hefte. Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 6,– zuzüglich Porto (Doppelheft DM 10,– zzgl. Porto); des Jahresabonnements DM 18,– zzgl. DM 2,– Porto, insgesamt DM 20, . Diese Angaben gelten ab Heft 28/1974. Für die vorhergehenden Hefte bitte Auskunft beim Verlag einholen.